

Statistik in der Wirklichkeitswissenschaft:
Anwendungen Quantitativ Empirischer Analyseverfahren
im Bereich der Politischen Soziologie

Kumulative Habilitationsschrift im Fach Politikwissenschaft

Philosophische Fakultät der
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Dr. Sebastian Jäckle

Vorwort

Die vorliegende kumulative Habilitationsschrift basiert auf mehreren Forschungsunterfangen, die ich am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau in den Jahren 2014 bis 2022 bearbeitet habe. Vielfach handelt es sich dabei um Forschung, die ich nicht allein, sondern die ich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus Freiburg und von anderen Universitäten durchgeführt habe. Ihnen allen gilt zuvorderst mein Dank für die intensive Zusammenarbeit, ohne die die Veröffentlichung vieler, der in dieser Arbeit enthaltenen Artikel, nicht möglich gewesen wäre. Einer dieser Ko-Autoren ist mein Doktorvater Uwe Wagschal, an dessen Lehrstuhl ich als Assistent stets die nötigen Freiheiten für meine Forschung vorgefunden habe und der darüber hinaus als akademischer Mentor für Fragen jeglicher Art immer zur Verfügung stand. Ihm gebührt mein besonderer Dank.

Freiburg, im Juni 2023

Sebastian Jäckle

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung – inhaltliche und methodische Klammer der Arbeit	1
2. Die vier thematischen Blöcke	5
2.1. Block 1: Covid-19.....	5
2.1.1. Auswirkungen von Covid-19 in ökonomischer, sozialer, politischer und psychologischer Hinsicht.....	5
2.1.2. Covid-19 als Thema in der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung.....	7
2.1.3. Exponential Growth Bias als Hürde in der Corona-Kommunikation (Art. 1 & 2).....	11
2.1.4. Der Faktor Vertrauen im Zusammenhang mit Covid-19 (Art. 3).....	16
2.1.5. Polit-soziologische Erklärungsfaktoren der Covid-19 Impfbereitschaft (Art. 4).....	21
2.2. Block 2: Gender und Sexualität.....	31
2.2.1. Homonegativität im internationalen Vergleich und ihre Determinanten (Art. 5).....	31
2.2.2. Geschlechterunterschiede in den Einstellungen zur Homosexualität (Art. 6).....	36
2.2.3. Einführung gleichgeschlechtlicher Partnerschaftsmodelle im internationalen Vergleich (Art. 7)	42
2.2.4. Der Einfluss von Religiosität auf Einstellungsmuster zu moralischen Themen im Allgemeinen und Genderthemen im Speziellen (Art. 8)	47
2.2.5. Einstellungen zum Gendern in Deutschland (Art. 9).....	49
2.3. Block 3: Politische Gewalt	56
2.3.1. Wird Terrorismus immer brutaler? (Art. 10).....	59
2.3.2. Rechtsextreme Gewalttaten und rechter Terror seit 1990 (Art. 11).....	64
2.3.3. Anschläge auf Geflüchtete (Art. 12, 13 & 14).....	74
2.3.4. Hate Speech in Sozialen Netzwerken gegen Bürgermeister (Art. 15).....	84
2.4. Block 4: CO ₂ -Fußabdruck wissenschaftlicher Konferenzen (Art. 16, 17 & 18).....	89
2.4.1. Forschungsstand zu Wissenschaftlichen Konferenzen und deren Treibhausgasemissionen.....	92
2.4.2. Methodische Vorgehensweise	95
2.4.3. Zentrale Ergebnisse.....	96
2.4.4. Vorschläge zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen.....	99
3. Literatur	103
4. Überblick über die Artikel inklusive Angabe zum individuellen Beitrag der beteiligten Autoren bei Artikeln in Koautorschaft	134
Block 1: COVID-19	134
Block 2: Gender und Sexualität	138
Block 3: Politische Gewalt.....	142
Block 4: CO ₂ -Fußabdruck wissenschaftlicher Konferenzen	146
Anhang: Originalveröffentlichungen.....	148

Abbildungen

Abbildung 1: Politikwissenschaftliche Zeitschriftenartikel mit Covid-19 Bezug nach behandeltem Themengebiet.....	8
Abbildung 2: Politikwissenschaftliche Zeitschriftenartikel mit Covid-19 Bezug nach Art der Studie und geographischem Fokus.....	9
Abbildung 3: Vertrauen der Bevölkerung in verschiedene Informationsquellen zur Corona-Pandemie nach Wahlpräferenz.....	18
Abbildung 4: Entwicklung der Covid-19 Impfquoten nach Bundesland.....	22
Abbildung 5: Covid-19 Impfquoten nach Bundesland (Stand 04.03.2023).....	24
Abbildung 6: Die Kuhpocken – oder die wundervollen Effekte der Neuen Inokulation (1802).....	25
Abbildung 7: Anzahl an Covid-19 Impfungen nach Einstellung zu Waldorf Erziehung, Homöopathie und Schulmedizin sowie nach Konfession.....	30
Abbildung 8: Einstellungen zu Homosexualität für acht Länder 1981-2022	33
Abbildung 9: Angenommene Effekte auf die Homonegativität auf Individual- und Aggregatebene in Jäckle und Wenzelburger (2015)	35
Abbildung 10: Die Müller-Lyer-Illusion als Beispiel für kulturell unterschiedliche Wahrnehmungsmuster.....	37
Abbildung 11: Contour Plot der Average Marginal Effects (AMEs) von Geschlecht auf die Akzeptanz von Homonegativität nach dem Niveau des Entwicklungsstands und der Geschlechtergerechtigkeit	41
Abbildung 12: Rechtliche Situation für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften (Stichtag 01.04.2023)	42
Abbildung 13: Entwicklung gleichgeschlechtlicher Partnerschaftsmodelle.....	45
Abbildung 14: Experteneinschätzung der Parteiposition zum Thema Gendern.....	52
Abbildung 15: Anzahl politisch motivierter Straftaten nach PKS-S einerseits und KPMD-S andererseits (1997-1999).....	65
Abbildung 16: Politisch motivierte Gewalt 2021	67
Abbildung 17: Ergebnisse der Sonntagsfrage für die AfD	71
Abbildung 18: Beispiele für Selbstpositionierung der AfD als Friedenspartei.....	73
Abbildung 19: Anzahl an registrierten (Spät)Aussiedlern, Asylanträgen sowie Gesamtschutzquote in Asylverfahren (a) sowie Zuzüge, Fortzüge und Wanderungssaldo (b).....	75
Abbildung 20: Distanzdummies zur Erklärung des AfD-Wahlerfolgs bei der Bundestagswahl 2017	82
Abbildung 21: Straftaten und Gewalttaten gegen Amts- und/oder Mandatsträger	86
Abbildung 22: Anteil Flugpassagierkilometer nach Weltregion (2019)	91
Abbildung 23: Treibhausgasemissionen der ETH Zürich (in t CO _{2e})	94
Abbildung 24: Durchschnittliche, durch An- und Abreise verursachte Treibhausgasemissionen von ECPR General Conferences pro Teilnehmer.....	97

„Die Sozialwissenschaft, die wir treiben wollen, ist eine Wirklichkeitswissenschaft. Wir wollen die uns umgebende Wirklichkeit des Lebens, in welches wir hineingestellt sind, in ihrer Eigenart verstehen – den Zusammenhang und die Kulturbedeutung ihrer einzelnen Erscheinungen in ihrer heutigen Gestaltung einerseits, die Gründe ihres geschichtlichen So-und-nicht-anders-Gewordenseins andererseits.“
(Weber 1922, S. 170–171)

1. Einleitung – inhaltliche und methodische Klammer der Arbeit

Dieser kumulativen Habilitationsschrift liegt sowohl eine inhaltliche als auch eine methodische Klammer zugrunde. Inhaltlich lassen sich die 18 enthaltenen Artikel dem Bereich der Politischen Soziologie zuordnen – sofern man diesen Teilbereich der Sozialwissenschaften, wie das an dieser Stelle auch geschehen soll, vergleichsweise breit als Schnittmenge der beiden Disziplinen Soziologie und Politikwissenschaft auffasst. Elementar für diese Einsortierung ist, dass die Artikel, wenn auch aus sehr unterschiedlichen Perspektiven, so doch alle das Verhältnis zwischen gesellschaftlicher und politischer Ebene in den Blick nehmen. Dabei fokussieren sie sowohl auf die „gesellschaftlichen Bedingungen der Politik [...] [als auch die] Wirkungen der Politik auf die Gesellschaft“ (Schiller 1997, S. 413). Beide Kausalrichtungen spielen in den Artikeln eine Rolle. So zeigen die Artikel 12, 13 und 14 von Jäckle und König (2017, 2018, 2019) unter anderem, wie sich die vorherrschende politische Situation, etwa gemessen über Wahlergebnisse, auf die Wahrscheinlichkeit von Anschlägen auf Geflüchtete und damit auf die gesellschaftliche Ebene auswirkt. Andererseits untersuchen Hildebrandt, Trüdinger und Jäckle (2017) in Artikel 7 wie sich gesellschaftliche Einstellungsmuster zum Thema Homosexualität gekoppelt mit religiösen Vorstellungen auf die Politik, genauer die Gesetzgebung im Bereich gleichgeschlechtlicher Partnerschaft bzw. Heirat auswirken. In diesen beiden Fällen ist eine explizite Verbindung zwischen politischer und gesellschaftlicher Sphäre gegeben. Doch auch wenn dies nicht so ist, wie beispielsweise in den Artikeln 16, 17 und 18 zum Thema *Carbon Footprint* wissenschaftlicher Konferenzen (Jäckle 2019, 2021, 2022a), steht hinter diesen Arbeiten, die in diesem Fall primär eine ökologische und gesellschaftliche Problemstellung adressieren, ebenfalls eine im Kern politische Frage. Nämlich wie die Politik, als Regelungsinstanz solche in der Gesellschaft auftauchenden Probleme angehen kann, bzw. inwiefern sie dies überhaupt sollte, oder nicht eher eine Selbstregulierung durch gesellschaftliche Gruppen oder den Markt zielführend sein könnte.

Inhaltlich bearbeitet die Politische Soziologie gemäß diesem grundlegenden, konzeptionellen Verständnis eine Vielzahl an Themen, von der politischen Kulturforschung, über die Forschung zu Ideologien, Einstellungen und v.a. dem Wertewandel, die Wahlforschung und die Verbändeforschung, bis hin zur politischen Elitenforschung. Entsprechend dieser verschiedenen Themenbereiche haben sich auch das konzeptionelle und das methodische Instrumentarium der Disziplin immer weiter ausdifferenziert, wobei weiterhin behavioristische aber auch institutionelle Ansätze stark vertreten sind (Kaina und Römmele 2009, S. 13). Zudem

gilt, obgleich qualitative Analyseverfahren und methodenverbindende Forschungsdesigns mittlerweile keine Ausnahme mehr sind (Eith und Mielke 2009, S. 295; Pötschke 2009, S. 447), dass quantitativ-statistische Methoden für die Politische Soziologie heute das „dominierende [...] Handwerkszeug für ihren wissenschaftlichen Zugang zur Wirklichkeit“ (Kaina und Römmele 2009, S. 11) darstellen. Die Politische Soziologie arbeitet dabei in aller Regel komparativ (Ebbinghaus 2009, S. 481–482), wobei die Vergleiche auf Mikro-, Meso- und Makroebene erfolgen können. Wenngleich die in dieser Schrift enthaltenen wissenschaftlichen Zeitschriftenartikel nicht alle der hier angesprochenen, konstituierenden Elemente politisch soziologischer Arbeiten aufweisen, bzw. inhaltlich und in ihrem Anwendungsbezug unterschiedliche Schwerpunkte setzen, stellt der, die politische und soziale Ebene verbindende Fokus der Politischen Soziologie doch eindeutig das thematische Verbindungsglied der Artikel dar. Zudem beschäftigen sich alle Artikel entweder direkt, oder zumindest implizit mit bestimmten gesellschaftlichen Konflikten oder mit Themen, bei denen deutliche Differenzen in den Werteinstellungen der Bürger vorhanden sind. Sie untersuchen damit die Basis dessen, was nach Gerhard Lehmbruch die Politik ausmacht, als „gesellschaftliches Handeln, [...] welches darauf gerichtet ist, gesellschaftliche Konflikte über Werte verbindlich zu regeln“ (Lehmbruch 1968, S. 153).

Der vergleichsweise breite inhaltliche Fokus dieser Habilitationsschrift korrespondiert dabei auch mit meinem persönlichen Verständnis davon, wie ich die Arbeit als Politikwissenschaftler auffasse, nämlich nicht in engen Disziplinengrenzen denkend, sondern als generalistische Wissenschaft des Sozialen und Politischen, bei der auch Theorien und Ansätze aus der Psychologie, der Soziologie und anderen Nachbardisziplinen miteinfließen. Daher arbeite ich auch gezielt zu mehreren unterschiedlichen Themen aus diesem breit verstandenen Schnittmengenbereich der Politischen Soziologie. Die für diese Habilitationsschrift ausgewählten Artikel stehen exemplarisch für diese Sichtweise. Sie dokumentieren die letzten Jahre meines wissenschaftlichen Arbeitens und zeigen dabei in ihrer Gesamtheit, welche fruchtbaren Erkenntnisse der Blick über den disziplinären Tellerrand hinaus bieten kann.

Die methodische Klammer dieser Arbeit indes besteht darin, dass in allen Artikeln auf einen quantitativ-statistischen Werkzeugkasten zurückgegriffen wird und stets die empirische Analyse sozialer und politischer Sachverhalte im Vordergrund der Untersuchungen steht. Normative Aspekte sind bei dieser Form des wissenschaftlichen Arbeitens nicht im Fokus. Vielmehr orientieren sich die einzelnen Studien von ihrer normativen Grundposition an Max Weber, nach dem „eine empirische Wissenschaft [...] niemanden zu lehren [vermag], was er soll, sondern nur, was er kann und – unter Umständen – was er will“ (Weber 1904, S. 27). Generell sei es „niemals Aufgabe einer Erfahrungswissenschaft [...], bindende Normen und Ideale zu ermitteln, um daraus für die Praxis Rezepte ableiten zu können“ (Weber 1922, S. 149). Auch wenn die auf Basis von empirischen Analysen gewonnenen Erkenntnisse vielfach auch für die Praxis von Interesse sein können und ein konkreter Anwendungsbezug vielfach gegeben ist (dazu genauer weiter unten), ist das Ziel der sozialwissenschaftlichen Forschung, wie sie in dieser Arbeit verstanden wird, somit doch deutlich von Politikberatung zu unterscheiden. Die letzten drei Artikel dieser Habilitationsschrift zum Thema *Carbon Footprint* wissenschaftlicher Konferenzen, stellen dabei eine gewisse Ausnahme dar, enthalten sie doch auf empirischen Analysen fußende, konkrete Handlungsempfehlungen.

Unterscheiden muss man an dieser Stelle ebenfalls zwischen den Vorstellungen einer *werturteilsfreien* und einer *wertfreien* Forschung. Letztere stellt auch nach Max Weber keine sinnvolle und auch gar keine real mögliche Option dar, empirisch-sozialwissenschaftliche Forschung zu betreiben. So gehen er und in seiner Folge ebenso Hans Albert erstens davon aus, dass allein die Entscheidung sich wissenschaftlich zu betätigen, nur auf dem Fundament einer bestimmten „Wertbasis“ (Albert 1972, S. 55) geschehen könne. Zweitens determinieren Werte und subjektive Positionen der Forschenden zu einem großen Teil die Auswahl der Forschungsgegenstände – das eine Untersuchung begründende Erkenntnisinteresse kann damit niemals als frei von normativen Ansichten angesehen werden (Schmid 2020, S. 193; Weber 1922, S. 161). Zudem gilt, dass drittens Werte und Normen selbst Untersuchungsgegenstand empirischer Forschung sein können, wie dies exemplarisch in der (politischen) Einstellungsforschung geschieht. Dabei sind gerade gesellschaftlich umstrittene Themen, denen man evtl. zunächst nur eine untergeordnete politische Relevanz zuordnen würde, bei denen jedoch normative und ideologische Grundeinstellungen aufeinanderprallen, vielfach besonders spannend zu untersuchen. Gerade in den letzten Jahren hat sich gezeigt, wie solche normativ aufgeladenen, die eigene Identität definierenden Themen immer stärker die politische Debatte zu prägen begannen. Diese werden gezielt genutzt, insbesondere von populistischen politischen Gruppierungen, primär um die eigene Basis zu mobilisieren und den Graben zum politischen Gegner, zumindest in der Wahrnehmung der eigenen Anhängerschaft, zu vergrößern (Fukuyama 2018). Seien es die Debatten um Abtreibung und Waffenbesitz in den USA, dort, wie auch in vielen anderen Ländern Fragen der Diskriminierung von Minderheiten (Black Lives Matter, LGBTQ) oder, insbesondere in Deutschland die Diskussion über die angemessene sprachliche Repräsentation von Frauen und nicht-binären Personen, das sogenannte Gendern – alle diese Themen nehmen mittlerweile einen sehr großen Teil der politischen Diskussion ein. Sie verdrängen damit zunehmend die von Lipset und Rokkan (1967) identifizierten klassischen Konfliktlinien, wie Arbeit vs. Kapital oder Zentrum vs. Peripherie. Aber auch neuere Konzept der politischen Positionsbestimmung, wie die Anfang der 2000er als Ergänzung zur links-rechts-Skala von Hooghe, Marks und Wilson (2002) eingeführte GAL-TAN-Skala, sind nur begrenzt in der Lage, die neuen, auf diesen stark normativ besetzten Themen basierenden, gesellschaftlichen Spaltungslinien zu erfassen. Zum Teil bilden sich hier auch ideologische Schnittmengen aus, die noch vor wenigen Jahren entsprechend klassischer politischer Spektren undenkbar waren. So haben die Proteste im Zuge der Corona-Pandemie in Deutschland Gegner der Schutzmaßnahmen und der Impfung aus gänzlich unterschiedlichen Lebenswelten gemeinsam auf die Straße gebracht. Geeint in der Ablehnung der Corona-Politik demonstrierten hier esoterisch und anthroposophisch eingestellte Personen gemeinsam mit Rechtsradikalen (Pisoiu 2021; Weidmann 2022). Neben den Werten und Normen selbst als mögliche Untersuchungsgegenstände, können auch die „Herkunftsumstände und [...] faktischen Folgen zweck- und wertorientierten Handelns“ (Schmid 2020, S. 194) in sozialwissenschaftlichen Analysen betrachtet werden. Zusammenfassend kann damit festgehalten werden, dass eine wertfreie Forschung in den Sozialwissenschaften damit weder erstrebenswert noch möglich ist.

Anders ist dies bei der Vorstellung möglichst werturteilsfrei Forschung zu betreiben. Dieses von Weber als Werturteilsfreiheitspostulat formulierte Ziel wird in dieser Arbeit als weiterhin erstrebenswert angesehen.

Basierend auf der klaren Trennung von Tatsachenbeschreibungen sozialer Sachverhalte und wertenden Aussagen, wie sie Weber bereits 1895 in seiner Freiburger Antrittsvorlesung mit dem Titel „Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik“ vertritt¹, sollte das Postulat der Werturteilsfreiheit allerdings nicht so verstanden werden, dass Wissenschaftler sich gänzlich jeglicher Werturteile enthalten sollten, sondern vielmehr, dass sie „die Feststellung empirischer Tatsachen und [ihre] praktisch wertende, diese Tatsachen als erfreulich oder unerfreulich beurteilende, Stellungnahme auseinanderhalten“ (Keuth 1989, S. 7). Auch wenn ein Abkoppeln der Wissenschaft von der sozialen Realität und damit ein Forschen quasi im werte- und normenfreien Raum als unmöglich anzusehen ist, sollten Forschende doch versuchen sich ihrer jeweiligen Brillen, mit denen sie ihre Untersuchungsgegenstände betrachten, bewusst zu werden und v.a. möglichst keine einseitigen normativen Grundpositionen vertreten, die eine unvoreingenommene, distanzierte Betrachtung unterminieren. Insbesondere bei ideologisch umstrittenen Themen, wie beispielsweise den identitätspolitisch aufgeladenen Debatten um das Gendern (vgl. Jäckle 2022b), ist eine solche möglichst neutrale Selbstpositionierung der Forschenden zentral, denn nur so ist es möglich die realen sozialen Verhältnisse mit den Fremdbeschreibungen verschiedener Gruppen zu kontrastieren (Kieserling 2000, S. 77).

In den in dieser Habilitationsschrift enthaltenen Artikeln nehmen methodische Fragen, beispielsweise bezogen auf die Übertragbarkeit von Ansätzen, Analyseverfahren oder graphischen Darstellungsmethoden aus anderen Wissenschaftsbereichen, die in der Politikwissenschaft noch vergleichsweise selten genutzt werden, vielfach eine wichtige Position ein. Dies liegt in meiner Überzeugung begründet, dass viele dieser Herangehensweisen das Potenzial haben auch über die konkrete Anwendung in den hier präsentierten Artikeln

¹ Weber beschreibt, basierend auf Statistiken, in dieser Antrittsvorlesung zunächst die Situation in Westpreußen im Hinblick auf die Güte des Ackerbodens, die soziale Schichtung der bäuerlichen Bevölkerung sowie deren Nationalitäten. Er zeigt beispielsweise, dass mit „abnehmender Güte des Bodens“ (Weber 1895, S. 2) dieser vermehrt vom polnischen Bevölkerungsteil bestellt wird, gleichzeitig „die Polen [...] die Tendenz [hätten] sich in der ökonomisch und sozial niedrigsten Schicht der Bevölkerung anzusammeln“ (Weber 1895, S. 4) und es „vornehmlich deutsche Tagelöhner [seien], die aus Gegendern mit hoher Kultur abziehen“ (Weber 1895, S. 8). Aufbauend auf dieser Beschreibung sozialer Tatsachen versucht sich Weber an einer Erklärung dieser Sachverhalte. Diese enthält eindeutig rassistische und sozialdarwinistische Argumentationsmuster. Deutlich wird dies beispielsweise, wenn er den von ihm diagnostizierten Siegeszug des polnischen Kleinbauern gegenüber seinem deutschen Pendant in Westpreußen damit begründet, dass ersterer „an Boden gewinnt, weil er gewissermaßen das Gras vom Boden frißt, nicht trotz, sondern wegen seiner tiefstehenden physischen und geistigen Lebensgewohnheiten“ (Weber 1895, S. 10–11). Es handle sich um einen „Ausleseprozess [bei dem diejenige Nationalität] [...] siegt, welche die größere Anpassungsfähigkeit an die gegebenen ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen besitzt“ (Weber 1895, S. 11). Im Anschluss stellt Weber auch klare Forderungen auf – in denen er ebenfalls nationalistisch-deutschtümelnde sowie sozialdarwinistische Positionen bezieht. So fordert er die Schließung der Ost-Grenzen um die „slavische Flut“ (Weber 1895, S. 14) zu hemmen sowie Bodenankauf von Seiten des Staates um eine „systematische Kolonisation deutscher Bauern auf geeigneten Böden“ (Weber 1895, S. 13) voranzutreiben. Unabhängig von den, zumindest aus heutiger Sicht, extrem problematischen Positionen, die Weber hier vertritt, zeigt sich an seinem Vorgehen aber wie er Werturteilsfreiheit verstanden wissen will. Zwei Aspekte sind hierfür elementar: erstens trennt Weber klar zwischen den Tatsachenbeschreibungen (sowie möglichen Erklärungen für diese) einerseits und den von ihm aufgestellten Forderungen andererseits. So ist es durchaus möglich Webers empirischen Befunden zu folgen und diese als korrekt zu akzeptieren und gleichzeitig seine Forderungen abzulehnen (Keuth 1989, S. 9). Zweitens benennt er konkret die Prämisse, die seinen Forderungen zugrunde liegt, nämlich „daß wir das Deutschtum des Ostens als solches für etwas halten, das geschützt werden und für dessen Schutz auch die Wirtschaftspolitik des Staates in die Schranken treten soll“ (Weber 1895, S. 15). Damit macht er seine eigene ideologische Perspektive auf das Thema deutlich. Weber zeigt in seiner Antrittsvorlesung also bereits, dass es ihm nicht darum geht als Wissenschaftler, grundsätzliche keine subjektiv, wertenden Aussagen bzw. Forderungen zu treffen. Vielmehr sei es wichtig, diese Wertungen deutlich von Beschreibungen und Erklärungsansätzen der sozialen Wirklichkeit abzugrenzen. Ferner sei es nicht Aufgabe von Forschern ihre eigenen Wertungen als vermeintlich wissenschaftlich belegte Tatsachen vom Katheder aus zu predigen (vgl. Schmid 2020, S. 193).

hinaus die politikwissenschaftliche Forschung zu bereichern – vgl. hierzu das Buch „Neue Trends in den Sozialwissenschaften“ (Jäckle 2017), welches ebenfalls Verfahren vorstellt, die den klassischen Methodenkanon der Politikwissenschaft inhaltlich erweitern und bereichern. Darunter befinden sich Kapitel zu Methoden wie der Sequenzanalyse, Agent-Based Modeling, QCA, oder der Multidimensionalen Skalierung, die in den Artikeln dieser Arbeit keine Rolle spielen, aber auch Kapitel zu experimentellen Ansätzen, Mehrebenenregression oder der Arbeit mit georeferenzierten Daten (GIS), die zum Teil auch in den vorliegenden Artikeln zum Einsatz kommen.

2. Die vier thematischen Blöcke

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in vier thematische Blöcke. Im Folgenden werden diese Blöcke beschrieben, sowie die darin enthaltenen Artikel in ihren Zusammenhang mit der Forschungsliteratur gesetzt. Dabei wird auch der weitere Kontext der Arbeiten für die Politische Soziologie wie auch die quantitativ arbeitende Methodik dargelegt.

2.1. Block 1: Covid-19

Es ist sicherlich nicht übertrieben zu sagen, dass kaum eine Krise der vergangenen Jahrzehnte weltweit so weitreichende und langandauernde Konsequenzen in ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Hinsicht nach sich gezogen hat, wie die Covid-19-Pandemie. Die Johns-Hopkins-Universität listete seit dem 22.01.2020 in ihrem Covid-19 Dashboard täglich die gemeldeten Infizierten- und Todesfälle, bis sie diese Zählung zum 10.03.2023 einstellte. Insgesamt verzeichnete die Liste in den gut drei Jahren der Pandemie weltweit über 676 Mio. Infektionen und fast 6,9 Mio. Todesfälle. Allein in Deutschland listet diese Quelle über 38 Mio. Fälle und fast 169.000 Tote (Johns Hopkins University 2023). Ohne an dieser Stelle in die komplizierte Debatte der Datenqualität bei Infektionen und Todesfällen einzusteigen (Dong et al. 2022), zeigen diese Werte bereits das Ausmaß in dem die Corona-Pandemie eine medizinische Herausforderung dargestellt hat. Den internationalen Gesundheitsnotstand, den sie am 30. Januar 2020 ausgerufen hatte, hat die WHO erst Anfang Mai 2023 aufgehoben. Es handelt sich damit um die zweitlängste Phase eines solchen internationalen Gesundheitsnotstandes nach dem für Poliomyelitis (seit 2014 andauernd). Die WHO spricht von geschätzt mindestens 20 Mio. Menschenleben, die das Virus insgesamt gekostet hat (Zeit Online 2023b). Dass es sich bei der Corona-Pandemie jedoch nicht nur um eine medizinische Problemlage handelte wurde bereits in den ersten Monaten sehr schnell offensichtlich. Mit mehr als drei Jahren zeitlichem Abstand zum Ausbruch in Wuhan lassen sich eine ganze Reihe an negativen Auswirkungen der Pandemie als gesichert ansehen.

2.1.1. Auswirkungen von Covid-19 in ökonomischer, sozialer, politischer und psychologischer Hinsicht

Covid-19 leitete eine globale Wirtschaftskrise ein, die sich in Form eines Rückgangs des Wirtschaftswachstums und des internationalen Handels zeigte (Hayakawa und Mukunoki 2021; Vidya und Prabheesh 2020). Aber auch die ausländischen Direktinvestitionen, von denen viele Entwicklungs- und Schwellenländer abhängen, gingen stark zurück (Camino-Mogro und Armijos 2022; Hayakawa et al. 2022; Hysa et al. 2022). Zumindest vorübergehend war auch der Personen- und Warentransport durch Grenzschließungen, und die

Einstellung von internationalen Flugbewegungen extrem eingeschränkt mit offensichtlichen Konsequenzen für Lieferketten, Tourismus und, beispielsweise innerhalb des Schengen-Raums, auch der Verfügbarkeit von Arbeitskräften (Khan et al. 2021). Die Arbeitslosenquoten stiegen während der Corona-Pandemie ebenfalls deutlich an (Kong und Prinz 2020). In vielen Teilen der Welt führten die Pandemie und die getroffenen Schutzmaßnahmen zu einem Anstieg der Armutquoten (Buheji et al. 2020). Die Pandemie wirkte dabei oft als Katalysator bereits bestehender Ungleichheitsprozesse: Gerade diejenigen, die schon zuvor von Armut bedroht waren, sahen sich nun noch größeren Problemen gegenüber. So hatten beispielsweise die zur Eindämmung der Pandemie vielfach beschlossenen Lockdowns in Ländern des globalen Südens auf Tagelöhner sehr viel größere Auswirkungen, als beispielsweise auf Angehörige der Mittel- und Oberschicht in den westlichen Gesellschaften. Letztere hatten vielfach die Option auf digitales Arbeiten und Home Office auszuweichen. Personen, die während dieser Zeit hingegen darauf angewiesen waren, von Tag zu Tag ihren Lebensunterhalt mit ihrer eigenen Hände Arbeit zu bestreiten, hatten vielfach gar nicht die Möglichkeit sich durch Absonderung adäquat vor dem Virus zu schützen. Entsprechend verwundert es nicht, dass viele Studien zeigen konnten, dass das Risiko (schwer) an Covid-19 zu erkranken und auch zu sterben unter Menschen, die in Armut leben, deutlich höher war, als unter wohlhabenderen Personen (Bargain und Aminjonov 2021). Weitere Studien wiesen zudem nach, dass die sozioökonomischen Lebensumstände weitaus relevanter für das Risiko einer Erkrankung sind, als beispielsweise der ethnische Hintergrund einer Person (Iacobucci 2020).

Neben den wirtschaftlichen Konsequenzen hatte die Pandemie auch weitere Auswirkungen auf die Gesellschaft und die mentale Gesundheit der Menschen. So stieg insbesondere zu Beginn der Pandemie die Anzahl psychischer Probleme, Depressionen, Angstzustände und Suizidgedanken an, was Brüllhart et al. (2021) anhand von Daten zu Telefon-Hotlines mit Hilfsangeboten zeigen konnten. Für Deutschland konnte in einem ähnlich gelagerten Studiendesign nachgewiesen werden, dass die Anrufe bei solchen Hilfs-Hotlines nach Verhängung von Lockdowns um etwa 20 Prozent angestiegen sind. Dies war insbesondere in denjenigen Bundesländern der Fall, die striktere Maßnahmenpakete beschlossen hatten (Armbruster und Klotzbücher 2020). Eine groß angelegte Reviewstudie konnte indes zeigen, dass psychischer Stress zwar insbesondere unter jungen Frauen, und Eltern von kleinen Kindern in den ersten Monaten der Pandemie deutlich zugenommen hat, dieser aber bis Mitte 2020 wieder in etwa auf das Niveau vor der Pandemie zurückgegangen war. Zudem ist kein signifikanter Anstieg in den Selbstmordraten und in den meisten Ländern auch keine reduzierte Lebenszufriedenheit feststellbar gewesen (Aknin et al. 2022).

Insbesondere für Kinder und Jugendliche gestaltete sich die Pandemiezeit allerdings in vielen Ländern doch sehr schwierig. Schulschließungen führten trotz des zum Teil ersatzweise angebotenen Online-Unterrichts zu Lerndefiziten. Erneut zeigte sich, dass dabei vor allem Kinder aus sozioökonomisch schwächeren Haushalten und mit einem bildungsferneren Hintergrund sehr viel stärker betroffen waren, als Kinder aus höheren sozialen Schichten. Anhand eines natürlichen Experiments konnte beispielsweise nachgewiesen werden, dass Grundschüler während des, im internationalen Vergleich relativ kurzen, 8-wöchigen Lockdowns in den Niederlanden so gut wie gar keinen Fortschritt im Lernstoff gemacht haben (Engzell et al. 2021). Und das

obwohl die Niederlande als eines der Länder gelten kann, in denen die Verfügbarkeit von Breitbandinternet, wie es für Online-Unterricht von Nöten ist, sehr hoch ist. Zudem zeigen die Autoren, dass der Bildungshintergrund der Eltern einen großen Unterscheid ausmacht. Während Kinder aus Akademikerfamilien „nur“ etwa drei Perzentilpunkte in den nationalen Tests in Lesen, Schreiben und Mathematik im Vergleich zu den Jahren zuvor einbüßten, waren es bei Kindern, deren Eltern nur eine niedrige formale Schulbildung besitzen, über fünf Perzentilpunkte (Engzell et al. 2021, S. 3). Für Deutschland kamen Grewenig et al. (2021) zu einem ähnlichen Befund. Ihrer Analyse zu Folge reduzierte sich zwar bei allen Schülern durch die Schulschließungen die Lernzeit, aber besonders ausgeprägt war dies bei denjenigen, die bereits zuvor eher schwächere schulische Leistungen erbracht hatten. Auch im Bereich der Bildung wiederholt sich damit das Muster, dass die Covid-19 Pandemie die ärmeren, und bildungsferneren Schichten deutlich stärker betrifft, als besser situierte Bevölkerungsschichten. Eine weitere negative Auswirkung der Pandemie war die Zunahme an häuslicher Gewalt gegen Kinder und Frauen (Ebert und Steinert 2021; Yakubovich et al. 2018).

Die hier genannten Beispiele illustrieren welche enormen Herausforderungen die Pandemie und deren Eindämmung für die Politik bedeutete. Zumeist mussten Entscheidungen, beispielsweise über Lockdowns oder Schulschließungen, unter großem Zeitdruck und vor dem Hintergrund einer unsicheren Datenlage gefällt werden. Es ging bei diesen Fragen in erster Linie um die Wahl des geringeren Übels, da allen Beteiligten bewusst war, dass sämtliche zur Verfügung stehenden Optionen auch negative Auswirkungen in der einen oder anderen Hinsicht haben würden. Vor diesem Hintergrund beschlossen fast alle Länder weltweit in Ermangelung medizinischer Optionen (Medikamente, Impfungen) zunächst Nicht-Pharmazeutische Interventionen (NPIs) zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Darunter fielen das Tragen von Schutzmasken, Versammlungsbeschränkungen und Verbote, die Schließung von Arbeitsplätzen und Schulen, die Unterbindung des Reiseverkehrs durch das Schließen von Grenzen bis hin zu generellen Ausgangssperren.

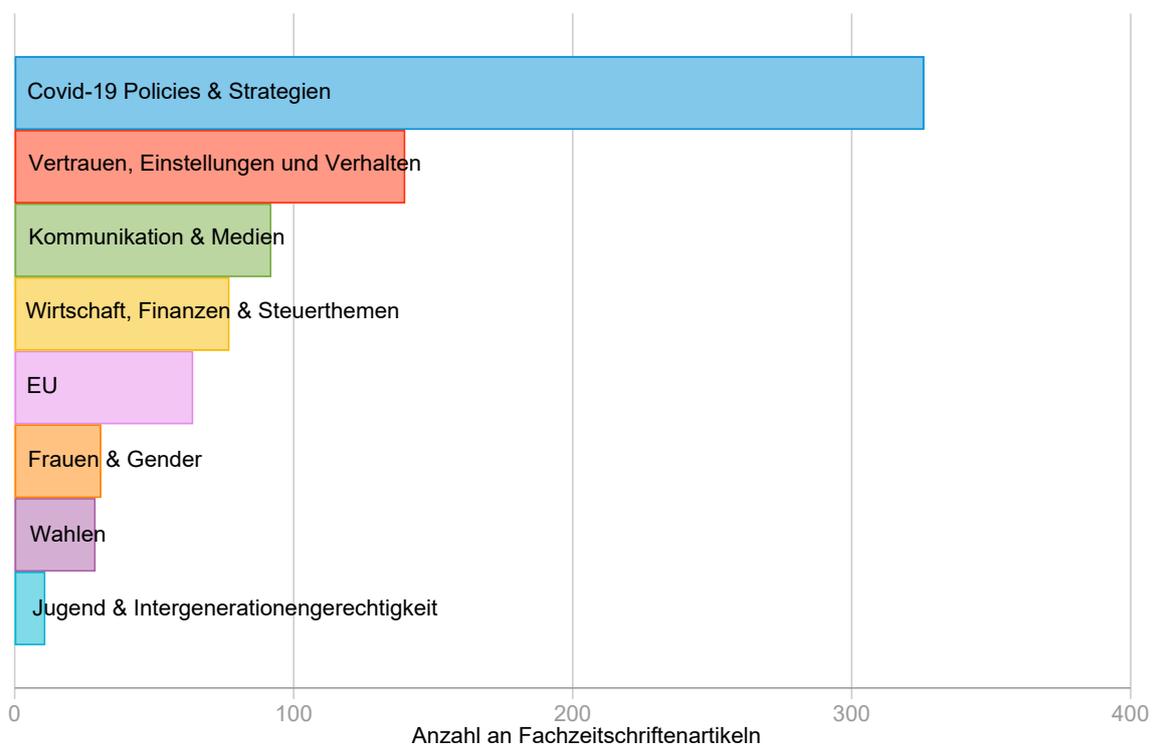
2.1.2. Covid-19 als Thema in der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung

Während sich bei diesen Maßnahmen aus epidemiologischer Sicht v.a. die Frage gestellt hat, wie gut sie wirken, d.h. in der Lage sind die Ausbreitung des Virus einzudämmen², stellten sich aus sozialwissenschaftlicher Perspektive sehr bald weitere Fragen: Wie lassen sich diese freiheitseinschränkende Maßnahmen legitimieren? Wie erklärt sich die vorgefundene Varianz und unterschiedliche Strenge an Maßnahmen? Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen auf das Verhältnis der Bevölkerung zur Politik? Wie lässt sich die

² Systematische Reviews konnten zeigen, dass eine Reihe der getroffenen NPIs in der Tat signifikant zur Eindämmung des Virus beigetragen haben. Insbesondere Schulschließungen, das Schließen von Arbeitsplätzen und Geschäften sowie das Verbot öffentlicher Veranstaltungen wurden als hilfreiche Instrumente identifiziert. Daneben zeigten sich auch andere Maßnahmen, die weniger stark in Freiheitsrechte eingreifen als effektiv. So beispielsweise das Tragen von Schutzmasken oder öffentliche Informationskampagnen. Andere Maßnahmen, wie die Schließung des öffentlichen Nahverkehrs, Test- und Kontaktnachverfolgungsstrategien oder Quarantäne- und Isolationsregelungen erwiesen sich laut der in diesem Systematic Review untersuchten Studien als wenig effektiv (Mendez-Brito et al. 2021). Gleichzeitig wird aber auch diskutiert, wie überhaupt Effektivität in diesem Kontext gemessen werden sollte: a) anhand epidemiologischer Aggregatmaße, die die gesamte Bevölkerung beschreiben, wie Infektionszahlen, Todes- oder Hospitalisierungsraten, b) anhand von Individualdaten einzelner Erkrankter (beispielsweise um Infektionsketten nachzuverfolgen), oder c) anhand von Verhaltensdaten, die sowohl als Makrodaten z.B. anhand von Mobilitätsdaten, gemessen über Handybewegungen, oder auf der Mikroebene beispielsweise über Verhaltenssurveys gemessen werden können (Banholzer et al. 2022). Hier zeigt sich, dass je nach verwendeter Operationalisierung von Effektivität auch unterschiedliche NPIs sich als effektiv erweisen.

Zustimmung zu und die Einhaltung der Maßnahmen in der Bevölkerung erhöhen? Aufgrund der Relevanz dieser Fragen hat sich auch die Politikwissenschaft bereits frühzeitig mit dem Thema Covid-19 beschäftigt. So finden sich *Special Issues* zu Covid-19 in vielen wichtigen politikwissenschaftlichen Zeitschriften: beispielsweise in *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* (Graham und Grinstein-Weiss 2021), *International Political Science Review* (Stockemer und Reidy 2021), *Journal of European Public Policy* (McConnell und Stark 2021), *Political Psychology* (Muldoon et al. 2021), *West European Politics* (Goetz und Martinsen 2021) sowie für den deutschen Sprachraum in *Swiss Political Science Review* (Maggetti et al. 2021), *German Politics* (Wurster et al. 2022) oder *dms - der moderne staat* (Blum et al. 2021).

Abbildung 1: Politikwissenschaftliche Zeitschriftenartikel mit Covid-19 Bezug nach behandeltem Themengebiet



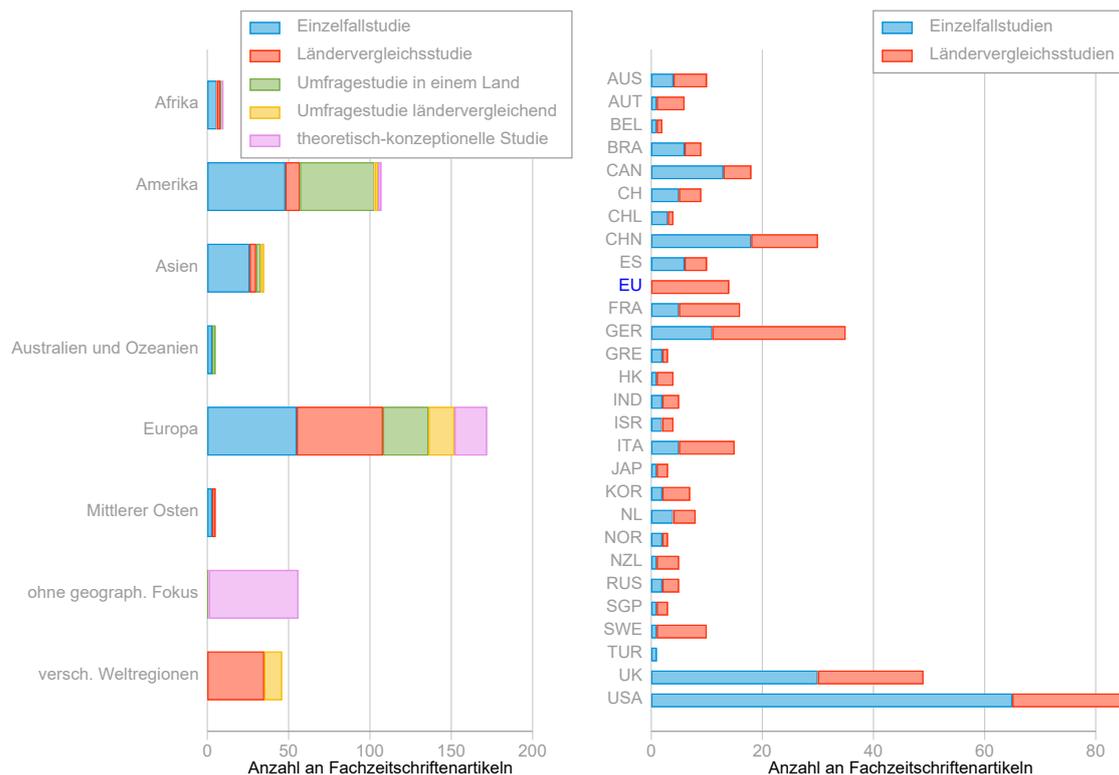
Anmerkung: eigene Datenerhebung und händische Kodierung auf Basis der Titel, Keywords und Abstracts der Artikel. Ein Artikel kann in mehrere Kategorien kodiert werden.

Ohne die gesamte politikwissenschaftliche Forschung zum Thema Covid-19 an dieser Stelle rekapitulieren zu können, zeigt eine Ende März 2022 in der *Web of Science* Kategorie „Political Science“ durchgeführte Literatursuche nach den Stichwörtern „Covid“, „Covid-19“ und „Coronavirus“ doch deutliche Muster, zu welchen Themen politikwissenschaftlich geforscht wurde.³ Von den insgesamt 442 gefundenen Artikeln beschäftigt sich die große Mehrzahl mit Policy-Maßnahmen und Strategien der Politik, um der Krise entgegenzutreten (vgl. **Abbildung 1**). Am zweithäufigsten finden sich Artikel, die auf der individuellen Ebene die Reaktionen der Bevölkerung auf die Pandemie und die von der Politik getroffenen Maßnahmen betrachten. Hierbei handelt es sich zumeist um polit-soziologische Arbeiten, die vielfach aufbauend auf Umfragedaten

³ Genauer zu dieser Metaanalyse siehe Wurster et al. (2022).

Veränderungen in den Einstellungs- und Verhaltensmustern der Bevölkerung, sowie das Vertrauen in Informationsquellen zum Thema Covid-19 oder politische Entscheidungsträger analysieren. Andere Themen, wie die Auswirkungen der Pandemie auf Wahlen, sowie auf spezifische Policies, die auf bestimmte, von den Corona-Maßnahmen besonders stark betroffenen gesellschaftliche Gruppen fokussieren (wie etwa Frauen oder Kinder⁴), finden sich hingegen relativ selten unter den gefundenen politikwissenschaftlichen Artikeln.

Abbildung 2: Politikwissenschaftliche Zeitschriftenartikel mit Covid-19 Bezug nach Art der Studie und geographischem Fokus



Anmerkung: eigene Datenerhebung und händische Kodierung auf Basis der Titel, Keywords und Abstracts der Artikel.

Daneben ist interessant zu sehen, dass die weitaus meisten politikwissenschaftlichen Arbeiten zu Covid-19 sich mit der Situation in Europa und Amerika beschäftigen haben. Afrika, der Mittlere Osten sowie Australien

⁴ Maßnahmen wie Schul- und Kindergartenschließungen führten zu einem erhöhten Betreuungsaufwand. Dieser wurde, wie Studien zeigen, zum größten Teil von Frauen geschultert (Illing et al. 2022). Die zusätzliche Arbeit durch Home Schooling belastete insbesondere alleinerziehende Mütter aus bildungsferneren Schichten deutlich (Zinn und Bayer 2021). Kinder wiederum waren in Schule und Kindergarten, zumindest in vielen deutschen Bundesländern, oftmals härteren und länger andauernden Corona-Schutzmaßnahmen unterworfen, als Personen im Arbeitsleben. Dies führte nicht nur zu den bereits angesprochenen Bildungsrückständen, deren Ausmaß erneut stark vom sozialen und ökonomischen Hintergrund der Schüler abhing (Bremm und Racherbäumer 2020), sondern auch zu physischen (weniger körperliche Aktivität) und psychischen Problemen (mehr Einsamkeit, depressive Symptome). Bei den psychischen Auswirkungen der Pandemie auf die Jugendlichen zeigt sich zudem, dass Schülerinnen deutlich häufiger betroffen sind – sie haben ein etwa dreimal so hohes Risiko wie männliche Schüler. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund gilt dies in ähnlichem Maße. Ihr Risiko depressive Symptome im Zuge der Corona-Pandemie zu entwickeln, lag doppelt so hoch wie für Kinder ohne Migrationshintergrund (Bujard et al. 2021, S. 28–29). Daneben kamen fast alle Studien, die sich mit der Thematik beschäftigen, zu dem Schluss, dass Gewalt gegenüber Frauen und Kindern während der Pandemie zugenommen hat. Von den 15 in der Reviewstudie von Bourgault et al. (2021) aufgelisteten wissenschaftlichen Arbeiten sind es beispielsweise zwölf, die einen klaren Anstieg an Gewalt gegenüber Frauen und/oder Kindern feststellen konnten.

und Ozeanien spielen in der Forschung nur eine untergeordnete Rolle (vgl. **Abbildung 2**). Unterteilt man die Arbeiten weiter danach, ob es sich um Einzelfallstudien, ländervergleichende Arbeiten, Umfragestudien (in einem Land oder ländervergleichend) oder rein theoretisch-konzeptionelle Studien handelt, fällt auf, dass in Amerika Einzelfallstudien (ob auf Basis von Umfragen oder nicht) deutlich dominieren. In Europa finden sich sehr viel häufiger ländervergleichende Arbeiten. Betrachtet man die rechte Seite von **Abbildung 2**, in der die beiden Kategorien Einzelfallstudie und Ländervergleichsstudie getrennt nach Land abgetragen sind (dabei wurden alle Länder, aus denen empirisches Datenmaterial für eine Studie herangezogen wurde, entsprechend kodiert), zeigt sich dieses Muster ebenfalls deutlich. Während in den USA und Kanada (aber auch in China und dem Vereinigten Königreich) Einzelfallstudien dominieren, werden die meisten europäischen Länder im Vergleich zu anderen Staaten analysiert.

Neben der Größe eines Landes (und der damit verbundenen Anzahl der Forschenden), die unzweifelhaft die Gesamtzahl der Arbeiten genauso determiniert wie die Beschränkung auf englischsprachige Artikel, zeigt sich aber auch, dass bestimmte Charakteristika ein Land interessanter für die Forschung machen können, als andere Länder. Die relativ betrachtet vielen Arbeiten zu Schweden und der hohe Anteil an Ländervergleichsstudien unter diesen könnte dafür sprechen, dass der Sonderweg, den das skandinavische Land in der Pandemiebekämpfung gegangen ist, bzw. der ihm zumindest in den Medien vieler anderer Länder zugeschrieben wurde – Stichwort *Othering* (Hagström et al. 2022) – eine interessante, komparative Forschungsperspektive geboten hat. Als Land mit den viertmeisten gefundenen Artikeln sticht auch China heraus. Dies lässt sich zum einen dadurch erklären, dass Covid-19 in China seinen Ursprung nahm. Insbesondere dürfte hierfür aber auch die im internationalen Vergleich sehr strikte, und für die Bevölkerung mit erheblichen Freiheitseinschränkungen verbundene, Null-Covid-Strategie Chinas eine Rolle spielen, an der das Land fast drei Jahre lang festgehalten hat, bevor es nach zum Teil gewalttätigen Straßenprotesten im Dezember 2022 eine abrupte Kehrtwende hin zu einer Öffnung vollzog.

Tabelle 1 gliedert die gefundenen Arbeiten zu Covid-19 zusätzlich nach Untersuchungsobjekt und Analyseebene auf. Mehr als die Hälfte aller Arbeiten greift ausschließlich auf die nationale Ebene zurück. Dabei stehen von der Politik Betroffenen (Bürger/Wähler) wie auch die politischen Entscheidungsträger selbst (Regierung/Eliten/Parteien) im Fokus der Analyse. Andere Untersuchungsebenen und -objekte finden sich deutlich seltener.

Tabelle 1: Politikwissenschaftliche Zeitschriftenartikel mit Covid-19 Bezug nach Untersuchungsobjekt und Untersuchungsebene

Untersuchungsobjekt	Lokal	Regional / Subnational	National	Transnational	International	Supranational	Kombination mehrerer Ebenen	Keine Ebene oder unklar	Summe
Bürger	3	2	84	7	12		2	19	129
Wähler	1		13						14
Regierung	5	16	70		16	9	12	2	132
Regierung & Bürger		1	14				3	1	17
Institutionen			8	1	2	1			12
Opposition			1						1
Parlament		1	3			1			5
Parteien		1	10	2					13
Politische Entscheidungsträger & Eliten	1	2	21		9	4	5	9	51
Privater Sektor	1		1		1				3
Flüchtlinge					1			1	2
Trans- Inter-, & Supranationale Organisationen			3		16	4	1	2	26
Anderes oder unklar	1		6		8	1	1	20	37
Summe	12	23	234	10	65	20	24	54	442

Anmerkung: eigene Datenerhebung und händische Kodierung auf Basis der Titel, Keywords und Abstracts der Artikel.

Die in dieser Arbeit enthaltenen vier Artikel, welche die Covid-19 Pandemie zum Ausgangspunkt nehmen, lassen sich entsprechend **Tabelle 1** in die Kategorie derjenigen Arbeiten einsortieren, die Bürger innerhalb eines Landes untersuchen. Inhaltlich lassen sie sich dem Bereich der (politischen) Einstellungsforschung zuordnen und sie basieren dabei durchweg auf Umfragedaten aus Deutschland. Die Artikel 1 (Jäckle und Eттensperger 2021) und 2 (Jäckle und Waldvogel 2022) zeigen den Zusammenhang zwischen dem Wissen über die Pandemie und der Einschätzung der Corona-Schutzmaßnahmen auf. Dabei steht in beiden Arbeiten der sogenannte *Exponential Growth Bias* im Fokus der Analyse und mit ihm die Frage, ob Menschen, wenn ihnen die exponentielle Ausbreitungsgeschwindigkeit des Virus besser vermittelt wird, zu einer anderen Einschätzung der Lage und damit der Angemessenheit bestimmter NPIs gelangen. Artikel 3 (Jäckle et al. 2022) untersucht wie das Vertrauen in die Politik damit zusammenhängt, ob die Befragten die Corona-Politik als übertrieben, oder als angemessen betrachten. Dabei wird Vertrauen einerseits in einer generalisierten Version als soziales Vertrauen in die Mitmenschen und andererseits als konkretes Vertrauen in die relevanten, handelnden Entscheidungsträger während der Pandemie begriffen. In Artikel 4 (Jäckle und Timmis 2023) wird analysiert, inwieweit politisch-ideologische Positionen Auswirkungen auf die Einstellung gegenüber der Covid-19-Impfung haben. Obgleich die grobe Stoßrichtung in Bezug darauf, dass in allen vier Artikeln mit Einstellungen im Kontext der Covid-19 Pandemie ähnliche abhängige Variablen betrachtet werden und die Arbeiten auf selbsterhobenen Befragungsdaten basieren, eine ähnliche ist, unterscheiden sie sich doch in ihren grundlegenden, konzeptionellen und methodischen Ansätzen.

2.1.3. Exponential Growth Bias als Hürde in der Corona-Kommunikation (Art. 1 & 2)

Zu Beginn der Pandemie, als noch keine Impfung und auch keine, die Symptome zielgerichtet bekämpfenden medikamentöse Therapien verfügbar waren, stellten NPIs wie Ausgangssperren, Begrenzungen von

Teilnehmerzahlen bei Veranstaltungen oder die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasenbedeckung (Maskenpflicht) den einzig gangbaren Weg dar, die Verbreitung des Virus einzudämmen.⁵ Im internationalen Vergleich zeigte sich eine deutliche Varianz in Bezug auf die Geschwindigkeit mit der von staatlicher Ebene freiheitseinschränkende Schutzmaßnahmen beschlossen wurden, aber insbesondere auch auf deren Ausmaß und Striktheit (Cheng et al. 2020; Hale et al. 2021). Neben der reinen Einführung solcher Maßnahmen durch Gesetze und Verordnungen ist für die Wirksamkeit derselben vor allem die Einstellung der Bevölkerung zu diesen Schutzmaßnahmen und die damit verbundene Compliance relevant. Hierfür ist es wichtig, dass die betroffenen Bürger die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen nachvollziehen können und sie diese auch als angemessene Reaktion auf die pandemische Situation beurteilen. An dieser Stelle zeigt sich die Bedeutung einer geeigneten Krisenkommunikation durch Politik, Wissenschaft und Medien.

In Deutschland wurde zu Beginn der Pandemie von vielen politischen Akteuren, beispielsweise dem damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn, auf die Gefahr der „exponentiellen Ausbreitung“ verwiesen, bzw. darauf, dass es „die exponentielle Welle“ zu brechen gelte. Da aus vielen anderen Lebensbereichen bereits bekannt ist, dass exponentielles Wachstum und dessen Konsequenzen für Menschen nur schwer vorstellbar sind (Cordes et al. 2019; Foltice und Langer 2018; Levy und Tasoff 2017) und das obgleich diese Form des Wachstums in der Realität vielfach vorkommt (z.B. konstantes Wirtschaftswachstum, das Mooressche Gesetz der Steigerung der Rechenkapazität von Computern, oder die Verbreitung viraler Inhalte in sozialen Medien) liegt es nahe, bei einer sich exponentiell ausbreitenden Pandemie einen solchen exponentiellen Wachstumsbias (*Exponential Growth Bias EGB*) zu vermuten. Mit Hilfe von Online-Experimenten konnte folglich auch gezeigt werden, dass Teilnehmende die exponentielle Ausbreitung des Virus in der Tat falsch einschätzen, ein EGB also vorliegt und dieser auch Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Schutzmaßnahmen, der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung sowie die Risikobereitschaft bei Geldanlagen zeitigt (Banerjee et al. 2021; Banerjee und Majumdar 2020).

⁵ Die alternative Idee einer gezielten, kontrollierten Durchseuchung der jüngeren Bevölkerung zum Aufbau einer Herdenimmunität bei gleichzeitiger Isolation der älteren Menschen und Risikopatienten, wie sie zu Beginn der Pandemie teilweise zirkulierte, wurde letztlich in allen Ländern weltweit aufgegeben. In Großbritannien wurde eine solche Strategie anfangs zwar unter Premierminister Boris Johnson verfolgt, als sich jedoch Überlastungen im Gesundheitswesen und sehr viele schwere Covid-19 Verläufe zeigten, auch relativ bald durch Einführung strikterer Maßnahmen abgelöst. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss kam im Oktober 2021 zu dem Erkenntnis, dass dieser anfangs verfolgte Ansatz die Ausbreitung des Virus nicht einzudämmen, sondern vielmehr insbesondere in den weniger gefährdeten Gruppen eine Ansteckung hinzunehmen, ein gravierender Fehler gewesen sei (House of Commons Health and Social Care and Science and Technology Committees 2021). Einzig Schweden verfolgte zu einem gewissen Grad diesen Ansatz mit Verweis auf die Eigenverantwortung der Bürger über einen längeren Zeitraum, wobei der Befund von Baldwin (2022) zutrifft, dass dieser Ansatz inkohärent gewesen ist. Denn letztlich bauten die Verantwortlichen in Schweden darauf, dass die Bevölkerung eben nicht in der Lage sei eigenverantwortlich Ansteckungen zu vermeiden, sondern es vielmehr zu einer Durchseuchung kommen würde, wodurch die angestrebte Herdenimmunität erreicht werden sollte. Auch diese unehrliche Kommunikation mit der Bevölkerung zum Thema Covid-19 wird entsprechend kritisiert (Baldwin 2022, S. 7). Letztlich steht Schweden mit seinem Ansatz im Vergleich zu seinen skandinavischen Nachbarländern, welche härtere Maßnahmen erlassen hatten, ansonsten aber ähnliche Bedingungen aufweisen, in Bezug auf die Covid-19 Toten pro 100.000 Einwohner schlecht da (Schweden: 204; Norwegen: 83; Finnland: 138; Dänemark: 129; Island: 59; Daten vom 14.12.2022 Johns-Hopkins-Universität, Coronavirus Resource Center: <https://coronavirus.jhu.edu/region/sweden>). Der Schwedische Sonderweg wurde daher im Nachhinein auch von vielen Wissenschaftlern intensiv kritisiert: „There was more emphasis on the protection of the ‘‘Swedish image’’ than on saving and protecting lives or on an evidence-based approach“ (Brussels et al. 2022, S. 13), vgl. hierzu auch die Beiträge im Sammelband „Sweden’s Pandemic Experiment“ (Bergmann und Lindström 2022).

Eine Studie von Lammers, Crusius und Gast (2020) ist an dieser Stelle besonders erwähnenswert. Während der ersten Pandemiewelle, Mitte März 2020, führten die Autoren drei Online-Experimente zum EGB in den USA über Amazon MTurk durch. Den Teilnehmern wurden Informationen über die Anzahl der infizierten Personen zu einem bestimmten Zeitpunkt sowie die Verdopplungszeit gegeben. In drei verschiedenen Teilstudien wurden die Teilnehmer dann gebeten abzuschätzen, wie sich die Infiziertenzahl in den Tagen zuvor verändert hatte und vorherzusagen, wie sie sich in den folgenden 15 Tagen entwickeln würde. In der ersten Teilstudie finden die Autoren deutliche Beweise für die Existenz eines EGB, wenn es um die Ausbreitung von SARS-Cov-2 geht. Die Teilnehmer „nehmen fälschlicherweise das exponentielle Wachstum des Virus als weitgehend linear wahr“ (Lammers et al. 2020, S. 16266 eigene Übersetzung). In den beiden anderen Teilstudien konnten die Autoren nicht nur zeigen, dass vergleichsweise einfache Aufklärungsmaßnahmen geeignet waren den EGB zu minimieren, sondern auch, dass Teilnehmer, die diese zusätzliche Hilfe erhielten, im Vergleich zu den Personen in der Kontrollgruppe, eine größere Zustimmung zu sozialen Distanzierungsmaßnahmen zeigten. Die unterstützende Intervention in ihrer Studie erfolgte in Form von Hinweisen auf zusätzliche Rechenschritte, die eine leichtere, schrittweise Schätzung der endgültigen Anzahl der infizierten Personen ermöglichten.

Diese Versuchsanordnung nimmt Artikel 1 (Jäckle und Ettensperger 2021) zum Ausgangspunkt. In ihm wird das Vorgehen von Lammers et al. in einer Situation repliziert, in der das Auftreten eines EGBs deutlich unwahrscheinlicher sein sollte. Die folgenden Punkte machen die Analyse zu einem *least likely design*:

- a) Im Gegensatz zur Amazon MTurk Stichprobe aus der allgemeinen US-Bevölkerung bei Lammers et al. greifen Jäckle und Ettensperger ausschließlich auf Studierende in Erstsemesterveranstaltungen zurück. Deren generelles Bildungslevel sollte höher sein, als das der Teilnehmenden in der Vergleichsstudie.
- b) Dadurch, dass die teilnehmenden Studierenden alle bis vor Kurzem noch in der Schule Mathematikunterricht hatten, dieser in Deutschland auch exponentielle Funktionen beinhaltet, kann davon ausgegangen werden, dass sie besser auf dieses Wissen zurückgreifen können und die mathematischen Zusammenhänge hinter Exponentialfunktionen für sie viel präsenter sein dürften, als für die MTurk Probanden bei Lammers et al.
- c) Im Gegensatz zu Lammers et al. führten Jäckle und Ettensperger ihre Untersuchung nicht bereits im März, sondern erst im November 2020 durch. Politiker, Behörden wie das Robert-Koch-Institut und die Medien hatten seit März wiederholt vor der Gefahr eines exponentiellen Anstiegs der Infektionszahlen gewarnt. Diese Begrifflichkeit war also allgegenwärtig, und jeder, der ein Minimum an Medien konsumierte, war zwangsläufig bereits damit in Berührung gekommen.

Aus diesen drei Gründen wäre an sich ein schwächerer EGB zu erwarten gewesen als bei Lammers et al. Das Experiment zeigte jedoch, dass die Teilnehmenden in ähnlichem Maße nicht in der Lage waren die Infiziertenzahlen korrekt vorherzusagen wie die amerikanischen MTurk Probanden. Gleichzeitig bestätigte sich der zweite Befund aus Lammers et al., dass einfache edukative Hilfestellungen (*nudges*) bereits ausreichen, um den Teilnehmenden eine bessere Vorhersage der Infiziertenzahlen zu ermöglichen.

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive interessant ist dann aber v.a. der weitere Befund, dass diejenige Gruppe, die diese kleine Hilfe bekommen hat, und damit zu einer besseren Einschätzung der Lage gekommen ist, Kontakteinschränkungen signifikant positiver bewertet hat, als die Kontrollgruppe. Ein besseres Verständnis exponentieller Wachstumsprozesse kann somit auch bei der Bekämpfung der Pandemie helfen. Dies wiederum ist für die Praxis der Krisenkommunikation von Relevanz.

Ein schrittweises „Vorrechnen“ der Entwicklung der Infiziertenzahlen bei einer exponentiellen Ausbreitung, ähnlich der im Experiment gegebenen Hilfestellung, könnte etwa helfen, dass die Bürger ein realistischeres Bild der Lage entwickeln. Die Politik hat zumindest in Deutschland eine solche Kommunikationsstrategie allerdings nicht systematisch verfolgt. Eine Analyse von Politikerzitataten im Zeitraum März bis Dezember 2020, in denen das Wort „exponentiell“ vorkam, offenbarte, dass nur in einem einzigen von 55 Fällen versucht wurde den exponentiellen Prozess anschaulich zu machen (Jäckle und Ettensperger 2021, Supplementary Material Table A3)⁶, in allen anderen Fällen wurde zwar das Schlagwort „exponentielles Wachstum“ geradezu inflationär genutzt, in Anbetracht der Ergebnisse von Jäckle und Ettensperger kann allerdings davon ausgegangen werden, dass dies nur wenig dazu beigetragen hat, dass die Bevölkerung zu einem realistischeren Bild der Situation gelangt. Zu ähnlichen Befunden in Bezug auf den EGB gelangen auch Fansher und Kollegen (2022). Sie zeigen, dass die Art und Weise, wie Infektionsdaten präsentiert werden, Auswirkungen darauf hat, wie gut Befragte Vorhersagen der Infiziertenzahlen gelingen. Interessanterweise ist es ihrer Forschung zufolge so, dass Befragte ihren eigenen Prognosen mehr Vertrauen schenken, wenn sie zuvor Liniendiagramme der Infiziertenzahlen gesehen hatten. Die besseren Prognosen gaben hingegen diejenigen Befragten ab, die dieselben Daten in Tabellenform präsentiert bekommen hatten (auch wenn diese Personengruppe ihren eigenen Schätzungen weniger vertrauten). Auch der Befund, dass das exponentielle Wachstum besser in Form von Verdopplungszeiten als über Wachstumsraten präsentiert werden sollte, da es so besser nachvollzogen werden könne (Schonger und Sele 2020, S. 11), weist auf die Relevanz einer adäquaten Kommunikationsstrategie hin. Es stellt sich allerdings die Frage, ob mit Andauern der Pandemie ein gewisser Lerneffekt eintritt. Also, ob die Bürger über die Zeit zu einem besseren Verständnis der exponentiellen Ausbreitung des Virus gelangt sind und dadurch auch die Schutzmaßnahmen stärker befürworten. Ebenso wäre allerdings auch ein Gewöhnungseffekt denkbar. Durch die ständige Betonung der Krisenhaftigkeit und immer neue Meldungen von Höchstständen der Infizierten- und Todeszahlen sind die Bürger möglicherweise abgestumpft, wodurch sie Covid-19 als weniger gefährlich und die Schutzmaßnahmen als übertrieben auffassen könnten. Unter anderem dieser Frage widmet sich Artikel 2 (Jäckle und Waldvogel 2022).

Basierend auf einer Online-Umfrage unter 563 Schülerinnen und Schülern von Gymnasium, Realschule und Berufsschule, die zwischen dem 31. Januar und dem 11. Februar 2022 – und damit etwa zwei Jahre nach Ausbruch der Pandemie – durchgeführt wurde, wird in dem Artikel in einer ersten Teilstudie analysiert,

⁶ Hierbei handelte es sich um eine Pressekonferenz der Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende September, in der sie schrittweise vorrechnete, wie sie unter Annahme einer monatlichen Verdopplung zu einer Schätzung von mehr als 19.000 Fällen an Weihnachten 2020 kommt (Fried 2020).

inwiefern ein EGB in Bezug auf die Covid-19-Infiziertenzahlen weiterhin vorhanden ist und falls dies der Fall ist, inwieweit diese verzerrte Wahrnehmung weiterhin Auswirkungen auf die Bewertung von Schutzmaßnahmen hat. Im Vergleich zu dem Studierendensample aus Jäckle/Ettensperger (2021) kann von einem noch ausgeprägteren *least likely design* ausgegangen werden, da erstens den befragten Schülern die mathematischen Grundlagen exponentieller Verteilungen noch präsenter sein dürften als Studierenden. Zweitens hat die Corona-Pandemie zu diesem Zeitpunkt die Politik und Nachrichten bereits so lange geprägt, dass die große Mehrheit der Schüler ein zumindest grundlegendes Verständnis der bei Covid-19 vorherrschenden exponentiellen Verbreitung haben sollte. Die Ergebnisse zeigen, dass der EGB auch nach zwei Jahren weiterhin in etwa demselben Ausmaß vorherrscht, wie in den beiden Vergleichsstudien (Jäckle und Ettensperger 2021; Lammers et al. 2020). Festhalten lässt sich aber auch, dass die Gruppe, die zusätzlich einfache edukative Hilfestellungen erhalten hat, erneut zu einer weniger verzerrten Einschätzung des Verlaufs der Infiziertenzahlen gekommen ist. Dieser *nudging*-Effekt fällt allerdings etwas schwächer aus als in den Vergleichsstudien. In dem Artikel wurde zudem getestet, inwiefern die edukativen *nudges* Auswirkungen zeigen auf:

- a) Einstellungen gegenüber Corona-Schutzmaßnahmen, welche im Schulkontext von besonderer Relevanz waren: 1) generelle Kontaktbeschränkungen, 2) Maskenpflicht in Schulen, 3) verpflichtende Covid-19 Tests an Schulen, 4) Wechsel zwischen Online- und Präsenzunterricht sowie 5) eine generelle Impfpflicht gegen Covid-19) und
- b) Angaben zu (zukünftigem) Verhalten der Befragten in Bezug auf Covid-19: 6) sich selbst über aktuelle Entwicklungen bei Covid-19 informiert halten, 7) Covid-19 Tests auch in den Schulferien durchführen, 8) sich gegen die Omikron-Variante impfen lassen, 9) in der Schule stets Maske tragen sowie 10) private Kontakte zu reduzieren.

Zwischen der Kontrollgruppe und derjenigen Gruppe, welche die edukativen Hilfestellungen erhalten hatte, zeigten sich nur bei einem dieser zehn Faktoren signifikante Unterschiede: Schüler in der Experimentalgruppe befürworteten etwas häufiger den Wechsel zwischen Online- und Präsenzunterricht. Für die Einstellungen zu allen anderen Corona-Schutzmaßnahmen und auch bei den Angaben zum eigenen Verhalten in Bezug auf die Pandemie finden sich hingegen keine statistischen Unterschiede zwischen den beiden Gruppen. Insgesamt muss damit konstatiert werden, dass bei Schülern, die sich im dritten Jahr der Pandemie befinden, ein solcher einfacher edukativer *nudging*-Ansatz nicht ausreicht, um die Zustimmung zu Covid-19 Schutzmaßnahmen zu erhöhen oder die Absicht sich selbst an solche zu halten.

In dieser Hinsicht bestätigt das Ergebnis des Artikels frühere Studien, die ebenfalls weiterreichende Auswirkungen von pädagogischen *nudges* selbst auf das beabsichtigte Verhalten – ganz zu schweigen vom tatsächlichen Verhalten – als sehr gering einschätzten. In diesem Zusammenhang spricht Yu von zwei Lücken, die es zu überwinden gelte: einer „Wissens-Intentions-Lücke“ und einer „Intentions-Verhaltens-Lücke“ (Yu 2022, S. 5). Auch wenn die edukativen Hilfestellungen helfen das Wissen über die Ausbreitung des Virus zu

erhöhen, oder zumindest dieses kurzfristig nochmals ins Gedächtnis zu rufen, so sind konkrete Auswirkungen auf das Handeln der Individuen nach zwei Jahren Pandemie nicht mehr feststellbar. Das bedeutet, dass einerseits kurzfristige Bildungsansätze zu diesem Zeitpunkt offensichtlich nicht mehr ausreichen, um die Akzeptanz von freiheitseinschränkenden Anti-Coronavirus Maßnahmen unter Schülern zu erhöhen. Andererseits zeigt der zweite Teil der Analyse, dass das allgemeine Wissen über die Pandemie immer noch signifikant positiv mit der Akzeptanz von Schutzmaßnahmen korreliert. Daraus folgt, dass Bildungsansätze, die ein besseres langfristiges Verständnis für die Gefahren von Infektionskrankheiten wie COVID-19 unter Schülern erreichen, dabei helfen könnten, eine angemessenere Reaktion auf eine pandemische Gefahrenlage zu erzielen. Aber nicht nur diejenigen, die wirklich ein hohes Wissen über die Pandemie haben, sehen die meisten der Schutzmaßnahmen positiver, dasselbe gilt laut den Studienergebnissen auch für Personen, die zumindest der Meinung sind, dass sie selbst ein gutes Wissen über Covid-19 besitzen (Jäckle und Waldvogel 2022).

2.1.4. Der Faktor Vertrauen im Zusammenhang mit Covid-19 (Art. 3)

Nicht nur das eigene Wissen über diese Krankheit und mögliche auf einem EGB basierende Falscheinschätzungen der Ausbreitungsgeschwindigkeit spielen eine Rolle dafür, wie die deutschen Bürgerinnen und Bürger die Corona-Politik der Bundes- und Landesregierungen im Allgemeinen und die getroffenen, vielfach Freiheitsrechte einschränkenden, Schutzmaßnahmen im Konkreten wahrgenommen haben. Auch der Faktor Vertrauen hat einen großen Einfluss. Einige Arbeiten beschäftigen sich dabei aus soziologischer (Kye und Hwang 2020), psychologischer (Thoresen et al. 2021) und auch verwaltungs- bzw. politikwissenschaftlicher Perspektive (Bargain und Aminjonov 2020; Goldfinch et al. 2021) mit Vertrauen als abhängiger Variable im Kontext der Corona-Pandemie.

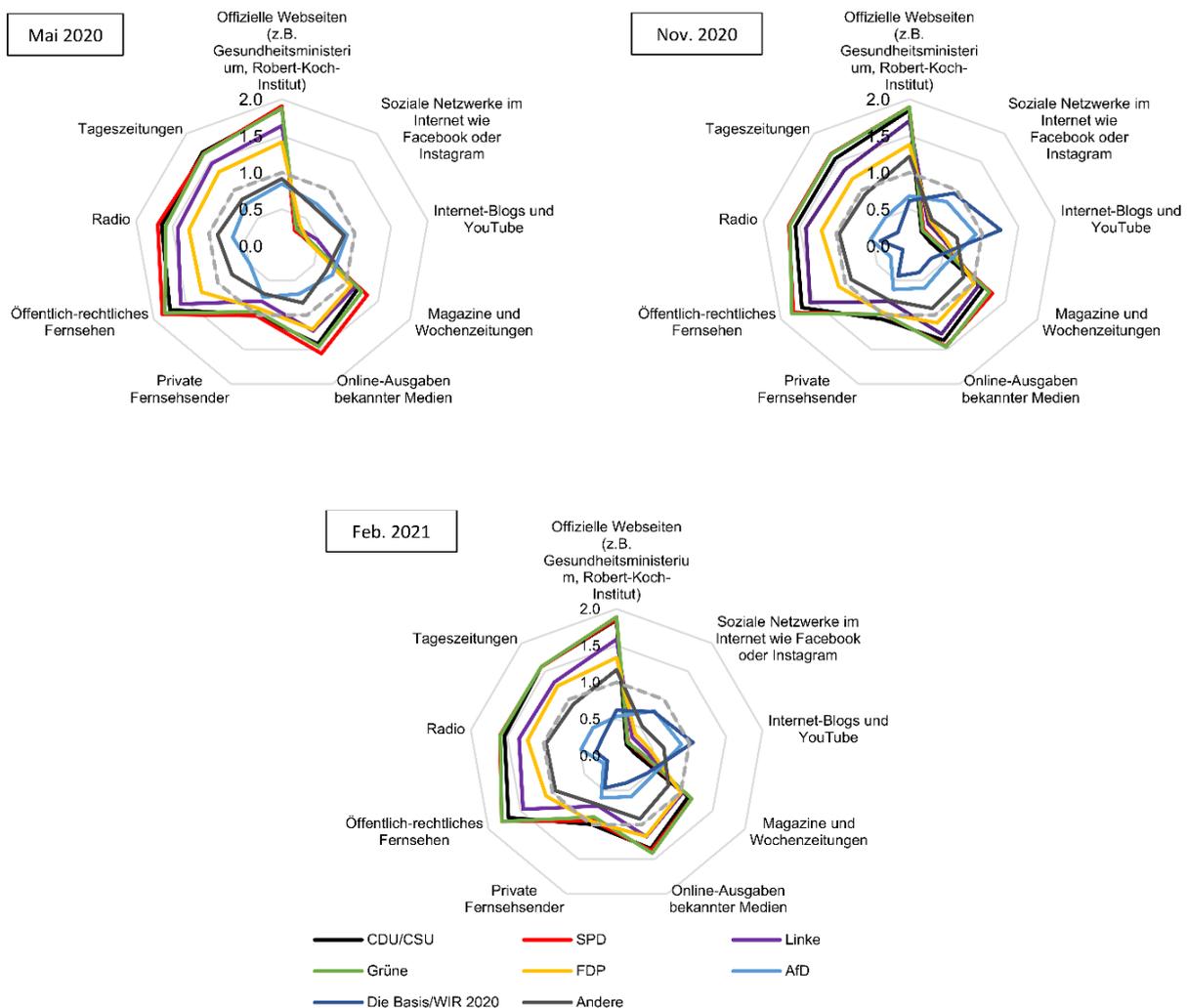
Jäckle und Wagschal (2022) konnten beispielsweise anhand von Paneldaten, die zwischen Mai 2020 und Februar 2021 erhoben wurden, für Deutschland zeigen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik vergleichsweise hoch und v.a. stabil war. Entsprechend zeigte auch die Corona-Pandemie, wie andere Krisen zuvor das bekannte Muster eines Rally-round-the-Flag-Effekts, bei dem sich die Bevölkerung hinter der Regierung versammelt. Dabei nimmt das spezifische Politikvertrauen, welches das Vertrauen in die konkret handelnden Politiker bemisst, zwar leicht im Laufe des Untersuchungszeitraums ab, aber zentraler als diese geringe zeitliche Varianz sind hier strukturelle Unterschiede. So gibt es deutliche Niveauunterschiede im spezifischen Politikvertrauen, je nachdem welcher Partei die Befragten nahestehen: Personen mit Wahlabsicht CDU/CSU, Grüne oder SPD weisen das höchste, diejenigen mit Wahlpräferenz für die AfD und die neu gegründeten Corona-Protestparteien (dieBasis, WiR2020) das niedrigste Politikvertrauen auf. Linken- und FDP-Anhänger liegen dazwischen, wobei auffällt, dass das spezifische Politikvertrauen der FDP-Anhänger im Laufe der Zeit deutlich nachlässt, wohingegen das der Linken-Anhänger gerade in der dritten Befragungswelle im Februar 2021 sogar eher zunimmt (Jäckle und Wagschal 2022, S. 17). Im Vergleich dazu verändert sich das generalisierte Politikvertrauen, welches als Grundstock für den gesellschaftspolitischen Zusammenhalt gelten kann und konkret über das Vertrauen in weitere gesellschaftspolitische Akteure und Institutionen gemessen wurde, über die betrachteten zehn Monate kaum. Dies kann als Hinweis darauf

gedeutet werden, dass „selbst eine Jahrhundertpandemie und ein – vorsichtig ausgedrückt – nicht immer optimales Krisenmanagement immer noch nicht zu einem eklatanten Vertrauensverlust in das politische Gemeinwesen führen [und] [...] das politische System in Deutschland [...] somit aktuell als vergleichsweise stabil betrachtet werden“ (Jäckle und Wagschal 2022, S. 20) kann. Dieses Ergebnis reiht sich in eine Reihe an Studien ein, die allesamt zumindest für die erste, durch Lockdowns und große Unsicherheit innerhalb der Bevölkerungen geprägte Phase der Pandemie, ein hohes Niveau an Vertrauen in die Politik, bzw. die handelnden Kernexekutiven aufzeigen (Bol et al. 2021; De Vries et al. 2021; Schraff 2020). Zum Teil zeigen die Ergebnisse jedoch auch, wie im Fall von Schweden, dass es einigen Regierungen nicht gelang, die positiven Bewertungen der ersten Pandemiephase dauerhaft aufrecht zu halten (Johansson et al. 2021).

Vertrauen stellt dabei aber auch eine Ressource dar, die zentral für die Bekämpfung der Pandemie ist. Drei Arten von Vertrauen können hier potenziell von Interesse sein: 1) Politikvertrauen, 2) Vertrauen in Informationsquellen und 3) soziales Vertrauen. Ohne Vertrauen in die handelnden Politiker wird die Bevölkerung die von der Politik getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus – seien es Lockdowns, die Pflicht zum Tragen von Mund-Nasen-Masken oder auch Impfkampagnen – nicht für notwendig erachten, oder sogar grundsätzlich ablehnen. Dies zeigen auch Han et al. (2021) in einer 23 Länder umfassenden Vergleichsstudie, nach der die Gefolgschaft bei Gesundheitsschutzmaßnahmen wie *Social Distancing* oder Selbstisolation umso stärker ausgeprägt ist, je stärker die Befragten ihrer jeweiligen Regierung vertrauen. Für Deutschland konnte gezeigt werden, dass ein hohes Vertrauen in die Regierung mit einer stärkeren Nutzung der Corona-Warn-App korreliert (Horstmann et al. 2021).

Neben dem Vertrauen in die Politik spielt, wenn es um die Bekämpfung der Pandemie geht, potenziell auch eine gewichtige Rolle welchen Informationsquellen die Bürger im Hinblick auf die Corona-Pandemie Vertrauen schenken. Sind es eher die Verlautbarungen offizieller Stellen, wie in Deutschland des Robert Koch Instituts (RKI) oder der Ständigen Impfkommission (STIKO), die offiziell unabhängig von der Politik doch vielfach von Kritikern der Corona-Politik als Sprachrohr der Regierung dargestellt wurden? Vertrauen die Bürger den Medien, und wenn ja, eher den öffentlich-rechtlichen oder den privaten, den klassischen Printmedien oder neueren Online-Medien, Internet-Blogs oder YouTube-Kanälen?

Abbildung 3: Vertrauen der Bevölkerung in verschiedene Informationsquellen zur Corona-Pandemie nach Wahlpräferenz



Anmerkung: eigene Darstellung auf Basis der Daten aus drei Wellen des *Politikpanel Deutschland* (Wagschal et al. 2020a, 2020b, 2021).

Die Frage, für wie vertrauenswürdig die Bürger unterschiedliche Informationsquellen in Bezug auf Covid-19 einschätzen, wurden zwischen Mai 2020 und Februar 2021 in drei Wellen des *Politikpanel Deutschland* gestellt. **Abbildung 3** zeigt das Vertrauensniveau aufgegliedert nach Befragungswelle und Sonntagsfrage. In Bezug auf die Corona-Berichterstattung vertrauen die Anhänger der Union, der SPD und der Grünen besonders offiziellen Webseiten sowie den etablierten, öffentlich-rechtlichen Medien und Zeitungen. Die Anhänger der Linken und insbesondere der FDP weisen hier durchweg ein geringeres Vertrauen auf. AfD-Anhänger und die Anhänger der im Zuge der Pandemie neu gegründeten Protestbewegungen (dieBasis/WiR2020) weichen deutlich vom Rest der Bevölkerung ab. Sie halten so gut wie alle Informationsquellen im Durchschnitt für eher nicht vertrauenswürdig, insbesondere das öffentlich-rechtliche Fernsehen schneidet bei ihnen schlecht ab. Die beiden Informationsquellen, denen von AfD/dieBasis/WiR2020-Anhängern noch am ehesten vertraut wird (Internet-Blogs und Youtube sowie Soziale Netzwerke) sind dabei gerade diejenigen, denen die restliche Bevölkerung am wenigsten Vertrauen entgegenbringt. Daneben fällt eine sehr große Konstanz über die Zeit auf – große Veränderungen im Vertrauensniveau lassen sich nicht ausmachen.

Als dritte zentrale Vertrauensressource, welche im Kontext der Covid-19 Pandemie von Relevanz ist, kann das soziale Vertrauen gelten. Dieses lässt sich in eine personalisierte und in eine generalisierte Variante unterscheiden. Während das personalisierte Vertrauen bemisst, wie stark man Personen aus dem eigenen Umfeld vertraut, zeigt das generalisierte, soziale Vertrauen an, wie stark man generell Menschen Vertrauen entgegenbringt, auch wenn einem diese unbekannt sind (Uslaner 2002). Vielfach wird generalisiertes, soziales Vertrauen als Möglichkeit gesehen, die Probleme anzugehen, die kollektivem Handeln entgegenstehen. Experimentelle Analysen zeigen, dass Menschen, die anderen Menschen ein höheres Maß an sozialem Vertrauen entgegenbringen, in Dilemma-Situationen mit vielen Beteiligten eher mit anderen kooperieren, da sie erwarten, dass die anderen sich ebenfalls kooperativ zeigen werden (Mannemar Sønderskov 2009). Diese Erkenntnis ist in vielerlei Hinsicht im sozialen Kontext relevant: sei es um eine stabile und gut funktionierende Demokratie aufzubauen (Zmerli und Newton 2008), oder im Kontext von *Public Health*, wobei soziales Vertrauen, bzw. das Leben in einem vertrauensvolleren Umfeld, mit besseren Gesundheitsoutcomes in Verbindung gebracht wird (Ehsan et al. 2019; Kawachi 2017).

Im Zusammenhang mit Covid-19 zeigt sich die Relevanz sozialen Vertrauens besonders deutlich. Viele der von der Politik getroffenen Eindämmungsmaßnahmen erforderten ein Mitmachen der Bevölkerung. Seien es NPIs wie das Maskentragen, die verschieden stark ausgeprägten Formen der Lockdowns und Ausgangssperren, die Test-, Isolations- und Quarantänevorschriften oder die Impfkampagnen. Bei all diesen Maßnahmen wurden Freiheitsrechte aktiv eingeschränkt, oder es wurden der Bevölkerung Maßnahmen empfohlen, die zumindest potenziell Freiheitsrechte einschränkten. Sofern ein Staat nicht, wie dies in China der Fall war, mit extremer Härte die getroffenen Maßnahmen durchsetzt, sondern stärker auf das Verständnis und das Mitmachen der Bevölkerung baut, wie dies eher für Deutschland und andere westliche Länder zutrifft, stellt sich das klassische Dilemma des Kollektiven Handelns (Olson 1971): auch wenn es global betrachtet für jeden Einzelnen besser wäre, wenn sich alle an die Maßgaben halten würden, stellen diese doch für jedes Individuum unangenehme Einschränkungen dar. Aus individuell-rationaler Perspektive könnte es sich, je nach Kosten-Nutzen-Bewertung, bei einzelnen Personen, daher anbieten, sich als Trittbrettfahrer selbst nicht an die Regeln oder Vorschläge zu halten und trotzdem davon zu profitieren, dass die anderen Mitglieder der Gesellschaft kooperieren. Entsprechend dieser Logik zeigen Goldstein und Wiedemann (2022) dass Personen mit einem höheren sozialen Vertrauen sich eher an Ausgangssperren halten, wobei dieser Effekt den beiden Autoren zufolge auch mit der Parteineigung der betreffenden Personen interagiert. Entsprechend könnte angenommen werden, dass soziales Vertrauen sich generell positiv auf die Bereitschaft zur Umsetzung der Corona-Schutzmaßnahmen und damit auf die Pandemiebekämpfung auswirken sollte.

Andererseits gibt es jedoch auch Studien, die einen entgegengesetzten Effekt in Bezug auf Covid-19 Outcomes feststellen. So zeigen Elgar et al. (2020) in einer Aggregatanalyse auf Länderebene, dass soziales Vertrauen mit einer höheren Covid-19 Todesrate einhergeht. Sie argumentieren, dass dies daran liegen könnte, dass innerhalb von Gruppen, in denen enge soziale Bindungen und damit ein hohes soziales Kapital vor-

herrscht, ein *Behavioral Contagion* Effekt (Villalonga-Olives und Kawachi 2017) einsetzen könnte, der risiko-reicheres Verhalten im Hinblick auf die Ansteckungsgefahr verstärken würde. In eine ähnliche Richtung weisen die Ergebnisse einer anderen Studie, die basierend auf Daten des *World Value Survey* nachweist, dass sich Covid-19 in Ländern, in denen ein höheres Niveau an sozialem Vertrauen vorherrscht, schneller ausgebreitet hat, aber diese Länder auch früher als andere den Höhepunkt der Corona-Wellen erreichten (Min 2020). Diese Studie zeichnet damit ein ambivalentes Bild des Effekts von sozialem Vertrauen. Einerseits würde in Gesellschaften mit viel sozialem Vertrauen schneller und konsequenter zusammengearbeitet um das gemeinsame Ziel einer Eindämmung des Virus zu erreichen, andererseits würde die in diesen Gesellschaften vorherrschende geringere Risikowahrnehmung sowie die zahlreicheren und engeren persönlichen Verbindungen zwischen den Menschen dort eine schnellere Ausbreitung des Virus begünstigen (Min 2020, S. 15). Der Befund, dass zwischenmenschliches Vertrauen generell mit engerem Kontakt einhergeht und damit Bemühungen unterminiere, Übertragungsketten durch physische Distanz zu unterbrechen, ist dabei nicht neu (Dezecache et al. 2020; Drury 2018). Obgleich dieses Verhalten aus epidemiologischer Perspektive irrational ist, lässt es sich evolutionsbiologisch so begründen, dass Menschen in Stress- und Bedrohungssituationen zusammenkommen, um in der Gemeinschaft Schutz zu suchen. Das Suchen nach physischem Kontakt als Reaktion auf eine äußere Bedrohungssituation, wie es die Covid-19 Pandemie darstellte, ist dabei nicht auf rationale Abwägungsprozesse zurückzuführen, sondern sie sei „durch einen affiliativen Neurokreislauf untermauert, der auf Oxytocin und endogenen Opioidpeptiden zu beruhen scheint“ (Taylor 2012, S. 32) – und damit in der Biologie des Menschen begründet.

Insgesamt lässt sich damit nicht eindeutig sagen, inwiefern generalisiertes, soziales Vertrauen einen positiven oder negativen Einfluss auf die Bekämpfung der Covid-19 Pandemie hat. Unter anderem dieser Fragestellung widmet sich Artikel 3 (Jäckle et al. 2022). Er untersucht dabei basierend auf Daten aus zwei Umfrageswellen des Politikpanel Deutschland aus dem Mai und November 2020 (Wagschal et al. 2020a, 2020b) wie sich politisches und soziales Vertrauen auf die Akzeptanz der Corona-Politik in Deutschland auswirken. Der Artikel geht damit einerseits kleinteiliger vor als viele der bestehenden Studien, die Vertrauen direkt mit der Einhaltung der Vorschriften (*Compliance*) oder Gesundheits-Outcomes (Infiziertenzahlen, Krankenhausbelegungen, Todeszahlen) zusammenbringen und damit ein wichtiges Element in der Kausalkette, nämlich die Einstellungen der Bevölkerung, überspringen. Andererseits versucht er in Bezug auf die Vertrauenseffekte ein vollständigeres Bild zu zeichnen, indem er systematisch sowohl soziales als auch politisches Vertrauen in multiplen Mehrebenenregressionen als erklärende Faktoren für die Akzeptanz der von der deutschen Politik getroffenen Anti-Corona-Maßnahmen testet und dabei auch untersucht, inwiefern der Effekt des politischen Vertrauens bei allen Personen gleichermaßen anzutreffen ist, oder ob bestimmte Personengruppen hier hervorstechen.

Unter Kontrolle einer Reihe weiterer individueller Faktoren (politisches Interesse, Links-Rechts-Einstellung, Gesundheitszustand, Haushaltseinkommen, Alter, Geschlecht, Bildungsstand) sowie Kontrollen auf der Kreisebene (u.a. Covid-19 Infizierten- und Todeszahlen, Distanz zu Covid-19 Hotspot Ausbrüchen),

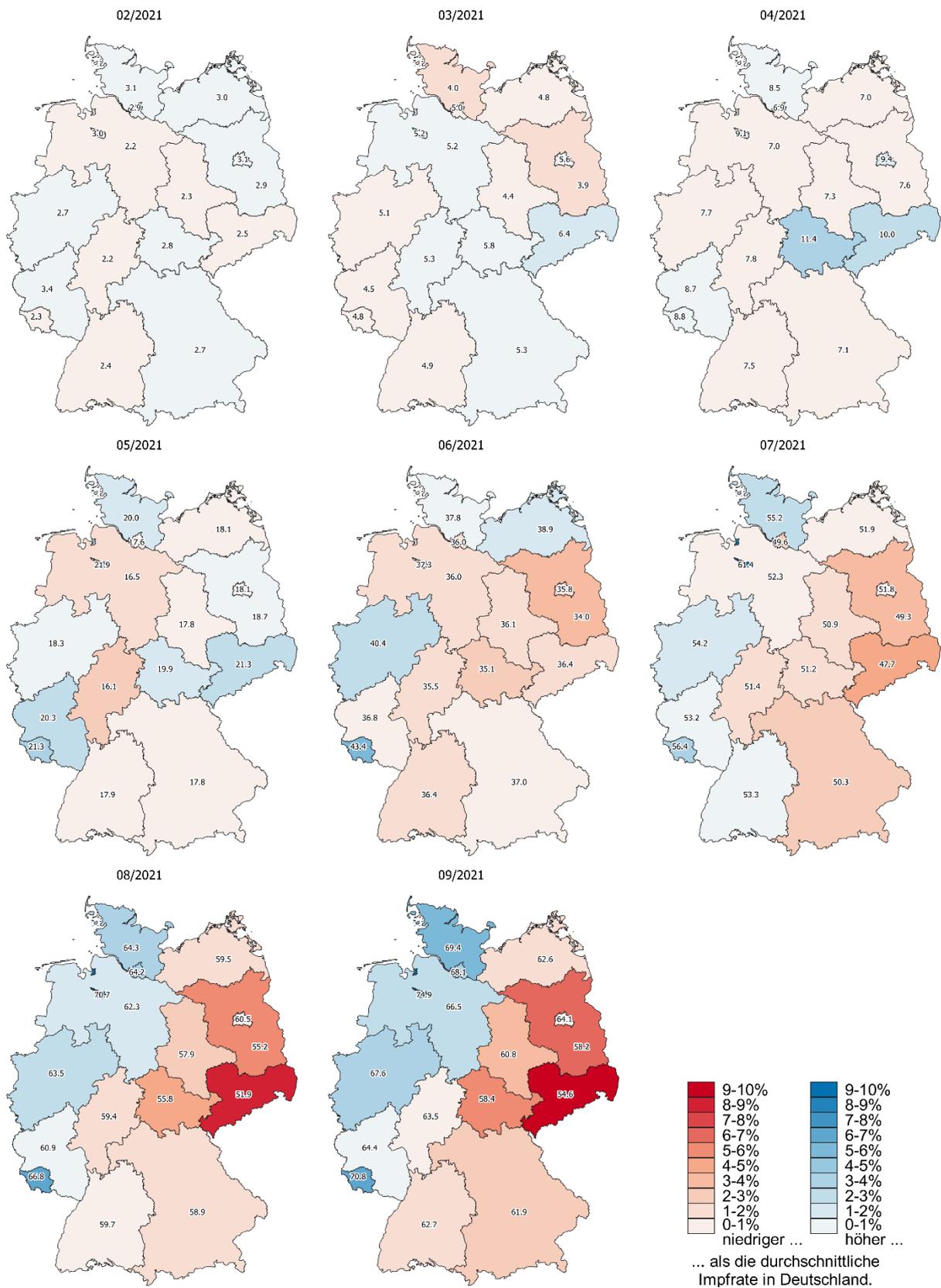
zeigt sich, dass Politikvertrauen der einflussreichste Erklärungsfaktor für die Akzeptanz der Corona-Maßnahmen ist. Je höher das politische Vertrauen, desto größer die Akzeptanz der Maßnahmen. Interaktionsmodelle zeigen allerdings, dass der Effekt des politischen Vertrauens für liberal eingestellte Personen signifikant stärker ausfällt, als für autoritär eingestellte. Während letztere von Grund auf höhere Akzeptanzlevel aufweisen, kann politisches Vertrauen bei liberaler eingestellten Menschen sehr viel stärker dazu beitragen, die Corona-Politiken zu akzeptieren. Generalisiertes soziales Vertrauen ist laut den Modellschätzungen nach dem Politikvertrauen der zweitstärkste Erklärungsfaktor. Allerdings wirkt es in die entgegengesetzte Richtung, d.h. Personen, die anderen Menschen generell Vertrauen schenken, akzeptieren die Corona-Politik weniger. Dies bestätigt die oben angesprochene Sichtweise, nach der soziales Vertrauen und damit Sozialkapital nicht per se positive Auswirkungen in Bezug auf Gesundheitsoutcomes haben muss. Eine mögliche Erklärung für den negativen Effekt des sozialen Vertrauens könnte sein, dass Personen, die ihren Mitmenschen generell vertrauen, diesen auch im Hinblick auf einen angemessenen Umgang mit der Corona-Pandemie Vertrauen schenken. Staatlich verordnete Vorschriften und Regelungen zum Schutz vor Covid-19 würden aus dieser Perspektive für unnötig erachtet (Jäckle et al. 2022, S. 18–19).

2.1.5. Polit-soziologische Erklärungsfaktoren der Covid-19 Impfbereitschaft (Art. 4)

Die Covid-19 Pandemie stellte zu Beginn auch insbesondere deshalb eine so große Gefahr dar, da es zunächst keine Impfung oder zielgerichtete medikamentöse Therapie gab. Es blieben damit nur NPIs, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Die Gesellschaft war damit, gleich in welcher Weltregion, letztlich auf dieselben rudimentären Schutzmaßnahmen angewiesen, wie sie bereits vor mehr als 100 Jahren bei der Spanischen Grippe praktiziert wurden. Vielfach führte dies zu einem Gefühl der Ohnmacht in der Bevölkerung, die es ansonsten mittlerweile gewohnt war, dass Krankheiten durch die moderne Medizin größtenteils beherrschbar geworden waren. In dieser schwierigen Situation wurde die im Vergleich zu anderen Impfstoffen extrem schnelle Entwicklung von mehreren Vakzinen gegen Covid-19 von vielen Wissenschaftlern, Politikern und auch in der Bevölkerung vielfach als *Gamechanger* wahrgenommen. Innerhalb von nur zwei Wochen (Ende Dezember 2020/Anfang Januar 2021) erhielten die beiden mit dem neuartigen mRNA-Verfahren entwickelten Impfstoffe Comirnaty (von Biontech/Pfizer) und Spikevax (Moderna) eine bedingte Marktzulassung der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA). Viele Gesundheitsexperten gingen zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass nur durch eine ausreichende Durchimpfung der Bevölkerung die Pandemie beendet werden könnte. In den ersten Monaten erhielten aufgrund des nur stockenden Nachschubs mit Impfstoffen zunächst nur besonders gefährdete Personen (Alte, immunsupprimierte Vorerkrankte) sowie Personen, die im Gesundheitssektor arbeiten, eine Impfung. In der zweiten Jahreshälfte 2021 zeigte sich jedoch, dass es schwierig werden würde, die von Epidemiologen zum Erreichen der Herdenimmunität angepeilte Impfquote von über 80 % in Deutschland zu erzielen. Dies galt insbesondere, als Mitte des Jahres mit der Delta-Variante eine nochmals deutlich ansteckendere Mutation des Virus aufgetaucht war (Merlot 2021).⁷

⁷ Am 26.08.2021 wies das RKI in seinem wöchentlichen Lagebericht den Anteil der Delta-Variante an allen Infektionen mit 99,3 % aus (Robert Koch Institut 2021, S. 25).

Abbildung 4: Entwicklung der Covid-19 Impfquoten nach Bundesland



Anmerkung: eigene Darstellung auf Basis der Daten des RKI Impfquotenmonitorings (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Daten/Impfquotenmonitoring.html). Die Zahlen geben die jeweiligen Impfquoten (vollständige Grundimmunisierung, d.h. Erst- und Zweitimpfung mit den Vakzinen von Biontech/Pfizer,

Moderna oder AstraZeneca bzw. Erstimpfung mit dem Impfstoff von Johnson&Johnson) für die Bundesländer jeweils zum Ende des Monats an. Die Farben zeigen die Abweichung zum bundesweiten Mittelwert zu diesen Zeitpunkten.

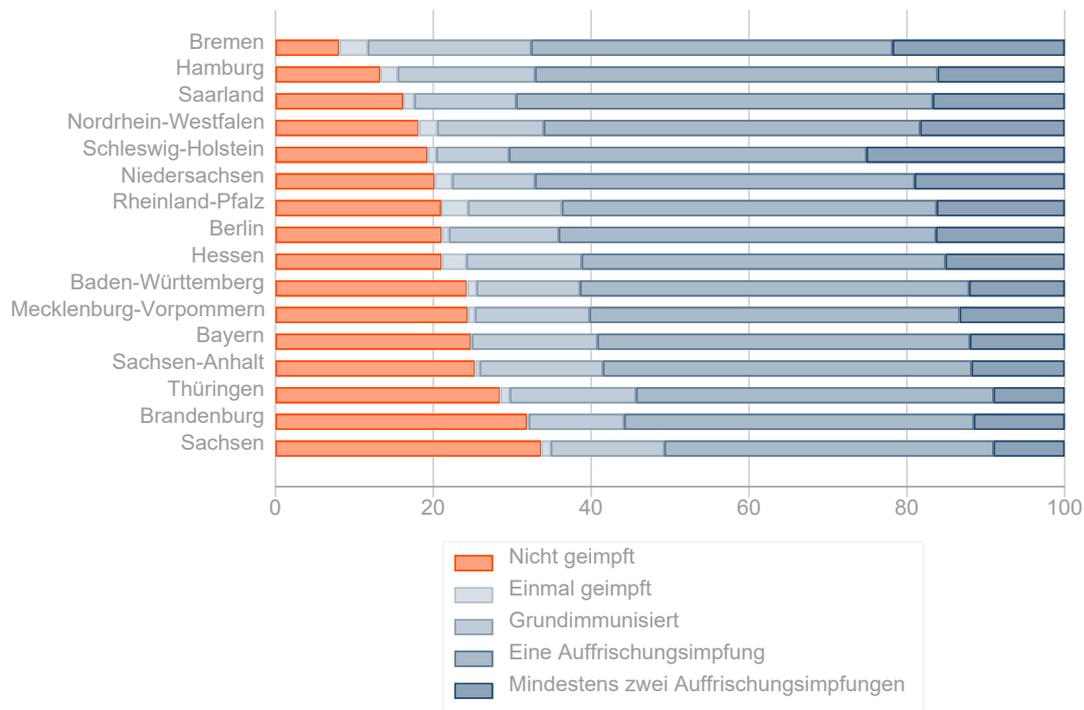
Abbildung 4 stellt die Entwicklung der Impfraten der vollständig grundimmunisierten Personen⁸ in den 16 Bundesländern von Februar bis September 2021 dar. Die Karten zeigen von Beginn an gewisse Unterschiede zwischen den Ländern, allerdings ohne dass eine klare Systematik erkennbar wäre. So konnten in Thüringen und Sachsen bis in den Mai aufgrund einer im Vergleich zu anderen Bundesländern leicht abweichenden Impfstrategie überdurchschnittlich viele Menschen geimpft werden. Dies lag zum Teil daran, dass beispielsweise Thüringer Kommunen „den Kreis der Impfberechtigten innerhalb der erweiterten Priorisierung eigenständig festlegen“ (Zeit Online 2023a) konnten, wodurch etwa Lehrer früher als in anderen Ländern eine Impfung erhielten. Zudem wurden auch an einige besonders stark betroffene Bundesländer zusätzliche Impfkontingente verteilt: dies erklärt beispielsweise auch die ab Mai überdurchschnittlich hohe Impfquote im Saarland (Wissenschaftliche Dienste 2021, S. 7). Ab Mitte des Jahres zeichnete sich dann aber ab, dass trotz einer sich deutlich verbesserten Verfügbarkeit der Impfstoffe und eines Ausbaus der Impfkapazitäten (in Impfzentren, bei Haus- und Betriebsärzten) der Fortschritt bei den Impfquoten nur in bestimmten Bundesländern deutlich voranging, in anderen hingegen stockte. Ende September waren es dann insbesondere die ostdeutschen Bundesländer sowie Bayern und Baden-Württemberg die niedrigere Impfquoten aufwiesen als der Westen und Norden Deutschlands. Während Ende September 2021 in Schleswig-Holstein und im Saarland etwa 70 % der Bevölkerung grundimmunisiert waren und in Bremen sogar fast 75 %, waren es in Brandenburg und Thüringen unter 60 % und in Sachsen sogar weniger als 55 %.

Dieses Bild einer regionalen, stark durch Ost-West- und Nord-Süd-Gegensätze geprägten Varianz in den Impfquoten, änderte sich auch in den folgenden Jahren und mit der dann gegebenen Möglichkeit weiterer Auffrischungsimpfungen nicht mehr. **Abbildung 5** zeigt den Stand Anfang März 2023. Während in Sachsen weiterhin fast 34 % der Bürger keine Impfung gegen Covid-19 erhalten haben, sind dies in Bremen gerade einmal 8 %. Diese deutlichen regionalen Unterschiede können zunächst verwundern, sind die Impfquoten doch zum Teil gerade in denjenigen Bundesländern niedrig, die zu Beginn der Pandemie besonders stark betroffen waren (Bayern, Baden-Württemberg), und in denen es auch zu medial viel beachteten Großausbrüchen (*Super Spreading Events*) und in der Folge zu Corona-Hotspots gekommen ist.⁹ Auch international zeigte sich, dass – trotz des zumindest im globalen Norden ab spätestens Ende 2021 ausreichend vorhandenen Impfstoffs – die Impfquoten hinter den von der Wissenschaft für optimal erachteten Werten zurückblieben (Sallam 2021). Vor diesem Hintergrund untersucht Artikel 4 (Jäckle und Timmis 2023) in Deutschland die Bereitschaft, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen, primär im Hinblick auf mögliche polit-soziologische Erklärungsmuster.

⁸ Als vollständig grundimmunisiert gelten Personen, die zwei Impfungen mit den Vakzinen von Biontech/Pfizer, Moderna oder AstraZeneca oder eine Impfung mit dem Wirkstoff von Johnson&Johnson erhalten haben.

⁹ Wijst zeigt beispielsweise auf, wie Starkbierfeste aber auch die am 15.03.2020 in Bayern durchgeführten Kommunalwahlen signifikant zur exponentiellen Verbreitung des Virus beigetragen haben, wodurch „Bayern einen Spitzenplatz aller Bundesländer [bei den Fallzahlen erreicht], der sich auch durch restriktive Folgemaßnahmen nicht mehr rückgängig machen lässt“ (Wjst 2021, S. 6).

Abbildung 5: Covid-19 Impfquoten nach Bundesland (Stand 04.03.2023)



Anmerkung: eigene Darstellung auf Basis der Daten des Impfdashboards des Bundesministeriums für Gesundheit (<https://impfdashboard.de/>).

Bisherige Analysen zur Impfbereitschaft (vor Covid-19), die aus der Perspektive unterschiedlicher Fachbereiche wie Impfstoffkunde, Epidemiologie, *Public Health*, Psychologie oder Soziologie verfasst wurden, führten zur Entwicklung einer Reihe an Modellen und Tools, welche Impfbereitschaft bzw. Impfverweigerung messbar machen sollten (Gilkey et al. 2016; Oduwale et al. 2019; Shapiro et al. 2018). Diese Modelle haben gemein, dass sie allesamt politisch-ideologische Einstellungsmuster nicht explizit als Erklärungsfaktoren integrieren. Auch wenn die vielfach genutzte und auch bereits intensiv validierte *Vaccine Hesitancy Determinants Matrix (VHDMx)* eine Itemgruppe *Politics/Policies* enthält, wird in ihr nicht genau definiert, welche Politik-Elemente exakt darunter zu verstehen sind (MacDonald 2015). Entsprechend verwundert es wenig, dass Studien, welche die VHDMx nutzen (im Hinblick auf Impfungen zu Covid-19 und auch anderen Krankheiten), die Politikdimension nicht explizit konzeptionell ausarbeiten. Hierdurch werden politische Sachverhalte in der Messung äußerst unterschiedlich operationalisiert und insgesamt nicht adäquat abgedeckt (Erchick et al. 2022; Majee et al. 2023). In der Folge konsequent ist es daher, dass viele Studien in Bezug auf den Einfluss der Politikdimension auf Impfbereitschaft zu deutlich voneinander abweichenden und letztlich schlecht vergleichbaren Befunden gelangen (ECDC 2015; Kulkarni et al. 2021; Lane et al. 2018). Zum Teil wird das Item *Politics/Policies* auch komplett ausgeblendet, obgleich es als konstituierendes Element die VHDMx mitausmacht (Soares et al. 2021).

Auch bereits vor der Covid-19 Pandemie hat sich jedoch gezeigt, dass das Thema Impfung in den letzten Jahren immer stärker politisiert wurde und eine Betrachtung der Impfbereitschaft, die diese Ebene nicht oder nur unzureichend beachtet, damit in Bezug sowohl auf *Public Health*-Fragestellungen wie auch auf Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts nicht mehr angemessen ist. Die historische Entwicklung der Einstellung zum Impfen verlief in mehreren Wellen. Obwohl das Impfen seit den ersten Pockenimpfungen durch Edward Jenner im Jahr 1796 vielfach heftiger und populistischer Kritik ausgesetzt war, wie die von James Gillray 1802 gezeichnete Karikatur zeigt (**Abbildung 6**), führten insbesondere die erfolgreichen Impfkampagnen in den 1960er und 70er Jahren (Pocken, Polio), zu einer verbreitet hohen Akzeptanz von Impfungen in den meisten westlichen Ländern.

Abbildung 6: Die Kuhpocken – oder die wundervollen Effekte der Neuen Inokulation (1802)



Anmerkung: Erste Impfungen gegen Pocken verwendeten noch den für diese Krankheit auslösenden Variolavirus selbst, der in geringen Mengen von Infizierten gewonnen und den Impfungen beispielsweise durch Einritzen der Haut verabreicht wurde. Diese Form der Impfung wird als Variolation bezeichnet. Die von Jenner entwickelte Impfung, war hingegen die erste, die aus einem, den menschlichen Pocken zwar ähnlichen, aber doch anderen Virus gewonnen wurde. Dies verringerte im Vergleich zur Variolation deutlich die Gefahr von Nebenwirkungen und unerwünschten Folgeschäden. Jenner verwendete hierfür das Kuhpocken-Virus (daher auch der Begriff Vakzin von lat. *vacca* „Kuh“). Diesen tierischen Ursprung des Pockenimpfstoffs griff der Karikaturist James Gillray in seiner Zeichnung auf. *Quelle:* Library of Congress, Prints & Photographs Division, LC-USZC4-3147 (<https://lccn.loc.gov/94509853>).

Der Erfolg dieser Impfkampagnen wurde dem Impfwesen in der westlichen Welt jedoch in späteren Jahrzehnten zum Teil zum Verhängnis, da viele Menschen in diesen Weltregionen verheerende Infektionskrankheiten wie Polio oder Pocken nicht mehr selbst erlebten – in einigen Fällen auch die Generation ihrer Eltern

nicht mehr. Infolgedessen hat die Impfmüdigkeit seit den 1990er und 2000er Jahren in westeuropäischen Ländern zugenommen, zum Beispiel was den MMR-Impfstoff (Masern, Mumps und Röteln) betrifft (Hussain et al. 2018). Gerade diese Kinderimpfungen wurden zum Teil auch gezielt diskreditiert. Beispielsweise veröffentlichte der englische Arzt Andrew Wakefield 1998 eine Studie in der medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet* (Wakefield et al. 1998- zurückgezogen), in der er die MMR-Impfung für Autismus bei Kindern verantwortlich machte. Die Studienergebnisse basierten, wie sich später herausstellte, auf gefälschten Daten (Deer 2011a) und waren wohl auch ökonomisch motiviert (Deer 2011b), weshalb der Artikel zurückgezogen und Wakefield letztlich auch mit einem Berufsverbot belegt wurde. Der Fall Wakefield zeigt jedoch exemplarisch, wie problematisch solche, vermeintlich wissenschaftlich fundierte impfkritische Veröffentlichungen sein können. Denn obgleich eine Vielzahl nachfolgender Studien, die im Gegensatz zu Wakefields Arbeit wissenschaftlichen Standards entsprechen, zu dem sehr klaren Befund gekommen ist, dass der MMR-Impfstoff keinen Autismus auslöst (Di Pietrantonj et al. 2021; Hviid et al. 2019), hält sich dieser Mythos hartnäckig. So gaben 2015 in einer YouGov Umfrage 21 % der 18-29-jährigen US-Amerikaner an, dass Kinderimpfungen sicher oder zumindest wahrscheinlich Autismus verursachen können (Moore 2015). Auch aus politikwissenschaftlicher Perspektive ist der Fall Wakefield interessant. So hat Donald Trump im Jahr 2014 und damit zu einem Zeitpunkt, als bereits klar war, dass die Ergebnisse Wakefields gefälscht waren, in einem Tweet diese Erzählung folgendermaßen verbreitet:

„*Healthy young child goes to doctor, gets pumped with massive shot of many vaccines, doesn't feel good and changes - AUTISM. Many such cases?*“ (Trump 2014)

Während des Präsidentschaftswahlkampfes 2016 traf sich Wakefield auch mit Donald Trump (Kopplin 2016), und bezeichnete den Präsidentschaftskandidaten im Anschluss als „auf unserer Seite“ (Dyer 2016). Damit verwundert es auch wenig, dass Trump im Zuge der Corona-Pandemie als ein wichtiger Verbreiter impfkritischer und wissenschaftlich nicht haltbarer Aussagen auf Twitter identifiziert wurde (Germani und Biller-Andorno 2021- zurückgezogen)¹⁰ und dadurch den öffentlichen Diskurs im Hinblick auf die Covid-19 Impfung beeinflusste (White et al. 2023). In der Folge zeigte sich, dass diejenigen Amerikaner, die ihre Informationen über die Corona-Pandemie im April 2020 vor allem über Trump und dessen Task Force bezogen hatten, im August 2021 mit 59 % mindestens einmal Geimpfter eine deutlich niedrigere Impfquote aufwiesen, als diejenigen, die sich über nationale Nachrichten (83 %) oder öffentliche Gesundheitsorganisationen (82 %) informiert hatten (Jurkowitz und Mitchell 2021). Donald Trump nahm in Bezug auf die Covid-19 Impfung insgesamt eine sehr ambivalente Position ein. Einerseits startete er im Mai 2020 mit der *Operation Warp Speed* ein Public-Private-Partnership, welches die Entwicklung und Herstellung von Covid-19-Impfstoffen mit insgesamt 18 Milliarden Dollar Forschungsgeldern beschleunigen sollte (J. Cohen 2020). Dies hat in der Tat dazu beigetragen, dass innerhalb von nur acht Monaten Entwicklungsdauer die ersten beiden Impfstoffe von Biontech/Pfizer und Moderna Ende 2020 eine Zulassung der US-amerikanischen

¹⁰ Der Artikel von Germani und Biller-Andorno wurde von der Zeitschrift aufgrund methodischer Mängel und aus den Daten nicht ableitbarer Aussagen zurückgezogen. Der hier, an dieser Stelle relevante Befund, dass Donald Trump sich via Twitter vielfach impfkritisch geäußert hat, lässt sich aus den im Artikel genutzten Twitter-Daten aber weiterhin ableiten.

Gesundheitsbehörde FDA (Food and Drug Administration) erhielten. Dieser Umstand wurde selbst von vielen Kritikern Trumps durchaus auch als sein Verdienst gewürdigt (Abutaleb et al. 2020), obwohl sein Drängen auf eine schnelle Zulassung noch vor dem Wahltermin (zu der es letztlich nicht kam) Sorgen vor einer politischen Beeinflussung des wissenschaftlichen Zulassungsprozesses begründeten. Dies wiederum unterminierte das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheit der Vakzine (Bokemper et al. 2021). Andererseits ließ Trump sich zwar selbst impfen, machte dies aber zunächst nicht öffentlich und warb auch nicht aktiv wie andere Politiker dafür, sich impfen zu lassen (Haberman 2021). Als er Ende 2021 vor eigenen Anhängern erwähnte, dass er eine Booster-Impfung erhalten hatte, buhte ihn die Menge aus (Ulmer 2021). In der Folge vermied es Trump, weiter mit dem Erfolg der *Operation Warp Speed* für sich zu werben, da unter den Republikanern impfkritische Stimmen immer mehr an Gewicht gewannen. Der frühere Trump-Berater Steve Bannon beschreibt die Gruppe der Impfkritiker, Impfskeptiker und Impfverweigerer entsprechend auch als eine immer wichtiger werdende politische Kraft (McGraw 2022).

Insgesamt zeigt der Blick in die USA, wie stark politisiert dort die Frage der Impfung mittlerweile ist und dass sich Impfkritik hierbei vielfach auch mit generell wissenschaftsfeindlichen Sichtweisen verbindet (Bolsen und Palm 2022). Dies offenbart exemplarisch die identitätspolitische Aufladung des Impftemas, welches die affektive Polarisierung (Iyengar et al. 2012), die bereits seit Jahren in den USA im Steigen begriffen ist (Iyengar et al. 2019), weiter ankurbelt (Sharfstein et al. 2021). Für die USA und andere westliche Länder zeigen auch mehrere Studien den Einfluss politischer Ideologie und Parteibindung insbesondere in Bezug auf populistische Parteien für die Einstellung zur Impfung (Aw et al. 2021; D. R. Jones und McDermott 2022; Stoeckel et al. 2022). In einer Aggregatdatenanalyse weist Kennedy (2019) zudem für die westeuropäischen Länder nach, dass der Anteil derjenigen in der Bevölkerung, die Vakzine für unwichtig, ineffektiv oder unsicher erachten, umso größer ist, je größer der Stimmenanteil populistischer Parteien in einem Land ist.

In Deutschland war es vor allem die AfD, die von der Politik getroffene Covid-19-Schutzmaßnahmen kritisierte und die auch gerade in den Sozialen Medien immer wieder mit impfkritischen Beiträgen auffiel, was zur Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft beitragen sollte (Jungkunz 2021). Neben den Anhängern der im Zuge der Corona-Pandemie gegründeten Protestbewegungen (Querdenken711, WiR2020, dieBasis) waren es im weiteren Pandemieverlauf auch vielfach AfD-Anhänger, die an den Anti-Corona-Protesten teilnahmen, welche vor allem in Ostdeutschland starken und langanhaltenden Zulauf hatten.¹¹ Bei diesen oftmals von rechtsextremen Gruppierungen (z.B. „Freie Sachsen“) organisierten Protesten wurde Kritik an den Corona-Maßnahmen und der Impfkampagne (insbesondere einer zeitweise diskutierten allgemeinen Impfpflicht) mit genereller Systemkritik kombiniert (Bernhard 2022). Entsprechend verwundert es auch nicht, dass in den Bundesländern, in denen die AfD bei der Bundestagswahl 2021 am besten abgeschnitten hat, die niedrigsten Impfraten zu diesem Zeitpunkt vorherrschten (Reuband 2022). Die Rechtspopulisten

¹¹ Laut eines Forschungsberichts, der basierend auf einer Befragung während Corona-Protesten in Konstanz am 04.10.2020 die Teilnehmerschaft dieser Querdenker-Demonstration analysierte, spielten AfD-Anhänger zu diesem Zeitpunkt zumindest im Südwesten noch so gut wie gar keine Rolle. Nur zwei Prozent der Befragten gaben dort an, der AfD nahezustehen (Koos 2021).

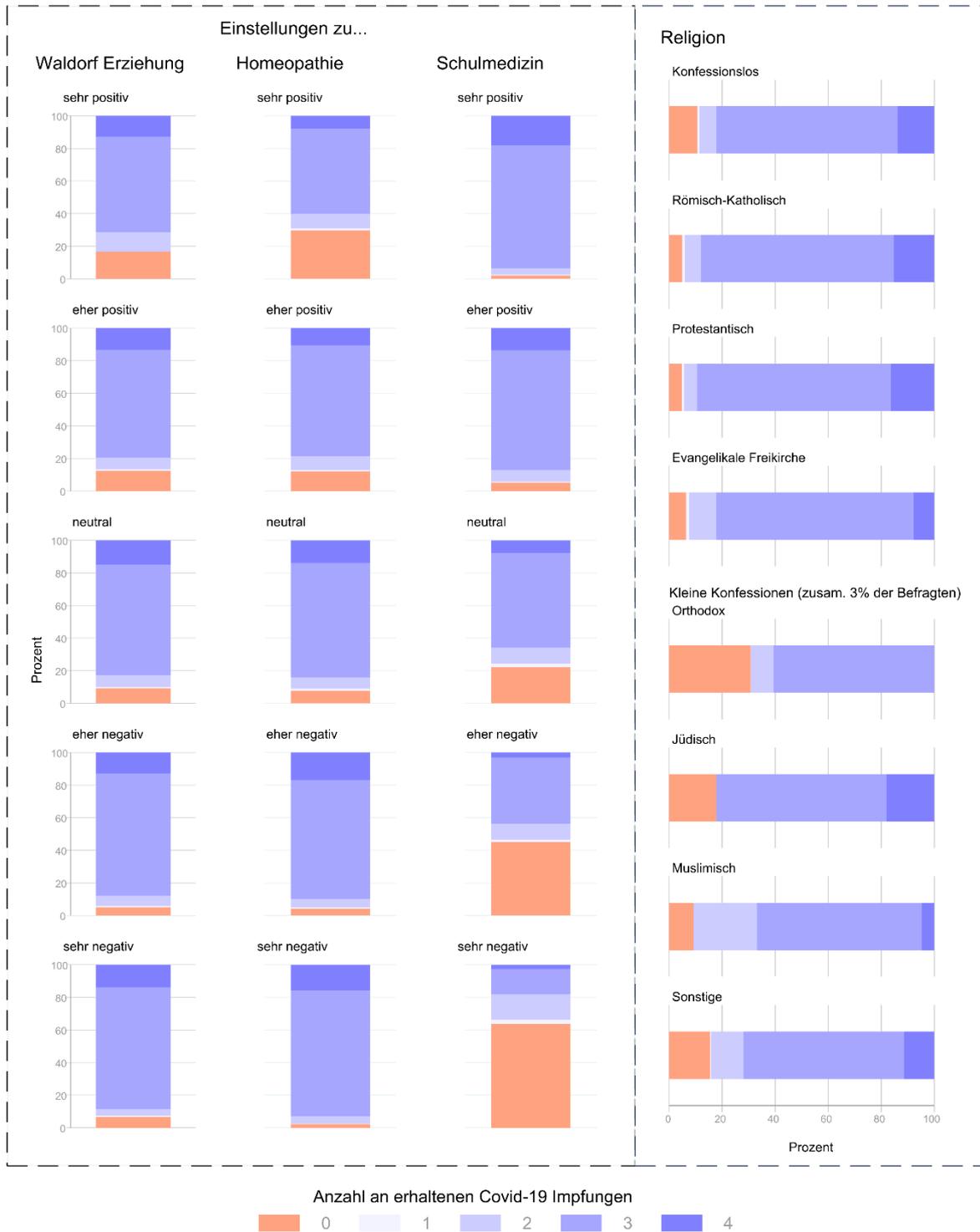
hatten nach der Euro- und der sogenannten Flüchtlingskrise ein neues Thema gefunden, welches geeignet war, um die Regierungspolitik grundsätzlich zu kritisieren und darüber einen großen Teil der Gesellschaft zu mobilisieren (Lehmann und Zehnter 2022). Sie versuchten dabei, die gesundheitspolitischen Fragen um Covid-19 zu einer generellen Demokratiekrise zu stilisieren (Lewandowsky et al. 2022, S. 237). Hierbei tauchten auch vermehrt verschwörungstheoretische Erzählmuster auf, nach denen die Regierung die Anti-Corona-Maßnahmen vor allem erließ, um den Bürgern ihre verfassungsmäßigen Freiheitsrechte zu nehmen und dabei auch sehenden Auges den Kollaps der deutschen Volkswirtschaft riskieren würde (Coenen et al. 2022). Aus diesem Grund würden „die Eliten“ eine „Corona-Hysterie“ schüren, um ihre eigene Agenda des Umbaus des Staats durchsetzen zu können (Rensmann und de Zee 2022).

Artikel 4 (Jäckle und Timmis 2023) fokussiert daher auch besonders auf die Einstellungen derjenigen mit Wahlabsicht AfD. Anhand von vier Wellen des Politikpanel Deutschland (Februar 2021, April/May 2021, Juli/August 2021 und September/Okttober 2021), an denen insgesamt mehr als 30,000 Befragte teilgenommen haben, zeigt die Analyse, dass Personen mit einer eher rechten politischen Einstellung impfkritischer sind als Menschen, die sich selbst politisch eher links positionieren. Dies gilt, wie eine Interaktionsanalyse nachweist, insbesondere für jüngere Befragte (< 45 Jahre), wohingegen für die älteste Befragtengruppe (> 64 Jahre) entweder kein signifikanter links-rechts-Effekt ersichtlich ist oder sogar eher links eingestellte Personen eine höhere Impfskepsis aufweisen (Jäckle und Timmis 2023, S. 670–671). Zudem weisen die Anhänger der AfD und der neugegründeten Protestparteien mit weitem Abstand eine impfkritischere Haltung auf als die Anhänger aller anderen Parteien. Gleichwohl sind auch Befragte mit Wahlabsicht FDP und Linke kritischer gegenüber der Covid-19 Impfung als diejenigen, die die Union, die SPD oder die Grünen wählen würden. Die Analyse zeigt damit, dass sich auch für Deutschland die Befunde aus den USA (D. R. Jones und McDermott 2022; Kirzinger et al. 2021) und anderen Ländern (Recio-Román et al. 2021; Sorell und Butler 2022) bestätigen, wonach die Anhänger von populistischen, rechtskonservativ ausgerichteten Parteien impfkritischen Ansichten näherstehen als das restliche politische Spektrum. Daneben weisen die empirischen Befunde weiterhin, auch unter Kontrolle auf die genannten politisch-ideologischen sowie soziodemographischen Faktoren, gewisse regionale Unterschiede in der Impfbereitschaft in Deutschland aus: insbesondere Befragte aus Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern stehen in der Analyse als vergleichsweise impfkritisch hervor.

Diese regionalen Unterschiede gilt es in weiteren Studien genauer zu beleuchten. Ein Faktor, der hier möglicherweise eine Rolle spielen könnte sind bestimmte alternative spirituelle, bzw. esoterische Einstellungsmuster (z.B. in Bezug auf Anthroposophie oder Homöopathie) sowie religiöse Vorstellungen, die sich regional unterschiedlich über Deutschland verteilen und ebenfalls mit Impfskepsis korreliert sein könnten. Einen ersten Hinweis darauf, dass dieser Erklärungsansatz eine gewisse Relevanz haben dürfte, zeigt **Abbildung 7**, die ebenfalls basierend auf einer Politikpanel Deutschland Umfrage aus dem Juli 2022 (Wagschal et al. 2022) die unterschiedlichen Covid-19-Impfquoten in Deutschland zu erklären sucht. Personen, die Homöopathie und Waldorfschulen (die hier aufgrund ihrer Bekanntheit als Proxy für anthroposophische

Einstellungsmuster dienen) positiv gegenüberstehen, sind deutlich seltener geimpft als andere. Die Konfession der Befragten spielt hingegen keine besondere Rolle. Insbesondere sind Evangelikale Christen, die in den USA und Brasilien zu den besonders heftigen Kritikern der Covid-19-Impfung zählten (Corcoran et al. 2021; Oliveira et al. 2021), in Deutschland nicht seltener geimpft als Konfessionslose, Protestanten oder Katholiken. Tendenziell sind laut dieser Umfrage orthodoxe Christen, Muslime und Juden etwas seltener geimpft. Da die Fallzahlen für diese Bevölkerungsgruppen allerdings gering waren (weniger als 0,5 % des Samples) sind diese Befunde nur bedingt belastbar.

Abbildung 7: Anzahl an Covid-19 Impfungen nach Einstellung zu Waldorf Erziehung, Homöopathie und Schulmedizin sowie nach Konfession



Anmerkung: eigene Darstellung auf Basis der Daten des Politikpanel Deutschland vom Juli 2022 (Wagschal et al. 2022).

2.2. Block 2: Gender und Sexualität

Ähnlich dem ideologisch extrem aufgeladenen Thema der Corona-Pandemie, welches, wie gezeigt, in den letzten Jahren zu einer starken Polarisierung und Angriffen auf das Fundament demokratischer Gesellschaften geführt hat, sind auch Themen aus dem Bereich Gender und Sexualität heute vielfach im Sinne identitätspolitischer Strömungen aus polit-soziologischer Perspektive relevant. Francis Fukuyama (2018) begreift als das zentrale Movens der Identitätspolitik das Streben bestimmter (Minderheits-)Gruppierungen nach Sichtbarkeit und v.a. Würde. Seiner Analyse zu Folge sei dies für das Konzept der liberalen Demokratie insofern eine Gefahr, als sich vor allem die politische Linke und gebildete, urbane Milieus immer mehr auf kleine ethnische, religiöse und sexuelle Gruppierungen kapriziere und dabei den eigentlichen Kitt der Gesellschaft, die nationale Identität im Sinne einer *Civic Culture* (Almond und Verba 1963), größtenteils unbeachtet lasse (Fukuyama 2021). In dieses entstehende Vakuum können dann laut Fukuyama ohne große Probleme rechte und populistische Strömungen stoßen, die sich als klare Alternativen aufstellen und das weniger in Bezug auf klassischerweise für eine politische Positionierung relevante Bereiche wie Ökonomie oder Außenpolitik, als vielmehr in Bezug auf kulturelle Fragen.

Vor dem Hintergrund dieser demokratiethoretischen Bedeutung identitätspolitischer Fragestellungen, befassen sich die vier in diesem Block enthaltenen Artikel allesamt mit Teilaspekten von Gender bzw. Sexualitäts-Fragen. Artikel 5 (Jäckle und Wenzelburger 2015) und Artikel 6 (Hildebrandt und Jäckle 2023), die beide dem Bereich der empirischen Einstellungsforschung zuzurechnen sind, untersuchen die Determinanten von Homonegativität im internationalen Vergleich unter besonderer Berücksichtigung von Konfession und Religiosität bzw. der Frage, inwiefern ein Unterschied zwischen den Einstellungen zur Homosexualität zwischen Männern und Frauen vom sozio-ökonomischen und kulturellen Kontext eines Landes konditioniert wird. Bei Artikel 7 (Hildebrandt et al. 2017) handelt es sich um eine international vergleichende Policy-Studie. Diese analysiert, welche Faktoren dazu geführt haben, dass Staaten früher, oder erst später, die gesetzliche Möglichkeit gleichgeschlechtlicher Partnerschaftsmodelle eingeführt haben. Artikel 8 (Hildebrandt und Jäckle 2020) weitet den Blick dann auf den generellen Einfluss der Religiosität auf moralische Einstellungen. Dabei liegt ein Fokus dieser Analyse auf Einstellungen zu Sexualitäts- und Genderthemen, wie der Einstellung zur Homosexualität, zu Scheidung, Abtreibung, aber auch zu körperlicher Gewalt gegenüber Ehefrauen. In Artikel 9 (Jäckle 2022b) wird dann ein Thema beleuchtet, welches in Deutschland in den letzten Jahren sehr intensiv und leidenschaftlich diskutiert wurde, nämlich die Frage der Repräsentation von Frauen und nicht-binären Personen in der deutschen Sprache. Die Analyse geht dabei der Frage nach, welche Faktoren die Akzeptanz des Gendersterns, als einer der am häufigsten verwendeten Varianten des schriftlichen Genderns, beeinflussen.

2.2.1. Homonegativität im internationalen Vergleich und ihre Determinanten (Art. 5)

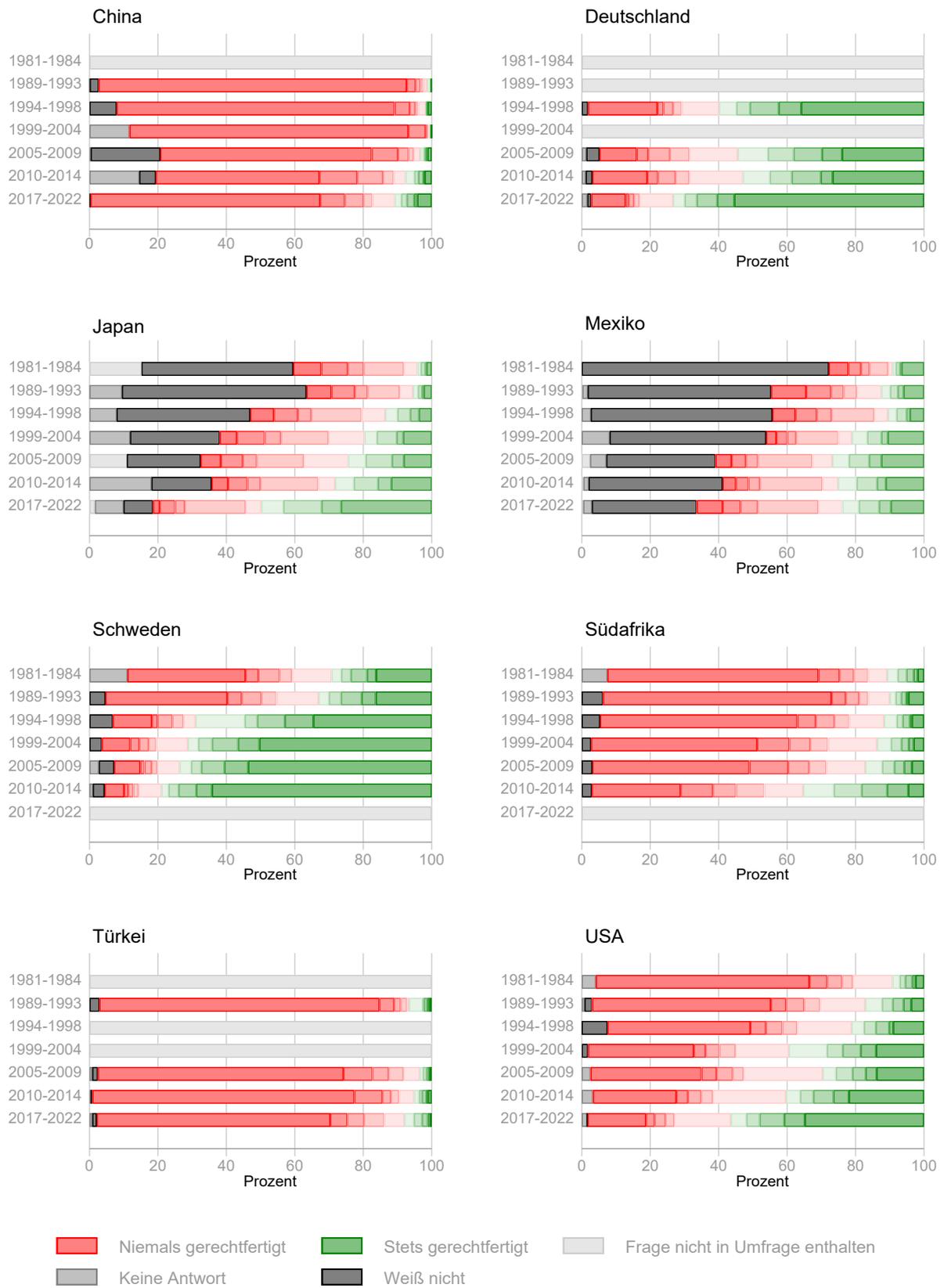
Unter Homonegativität wird im Folgenden eine auf Vorurteilsstrukturen fußende ablehnende Haltung gegenüber Homosexualität als soziale Praxis und/oder homosexuellen Personen verstanden. Der häufig verwendete Begriff der *Homophobie* soll an dieser Stelle gezielt nicht genutzt werden, da dessen etymologische Wurzel auf das Gefühl der Angst verweist, wobei psychologische Untersuchungen gezeigt haben, dass wenn heterosexuellen Personen Bilder von Männern beim Geschlechtsverkehr mit anderen Männern vorgelegt

werden, nicht Angst und Furcht die dominanten Gefühle sind, sondern Ekel und Wut (Herek 2004). Der Begriff Homophobie ist daher für das hier untersuchte Konzept der Ablehnung von Homosexualität weniger geeignet.

Abbildung 8 zeigt anhand der Daten des *World Value Survey* (WVS) die Einstellungen zu Homosexualität in acht Ländern über den gesamten Erhebungszeitraum von der ersten Befragungswelle 1981-84 bis zur letzten 2017-22. Die Grafiken zeigen zum einen eine deutliche Varianz zwischen Ländern. So wird Homosexualität in China, Südafrika, und der Türkei von einer großen Mehrheit als „niemals gerechtfertigt“ angesehen. Zum anderen herrschen innerhalb der betrachteten Länder aber auch deutliche Varianzen über die Zeit vor. So nahm der Anteil derjenigen, die Homosexualität zumindest tendenziell als gerechtfertigt ansehen, in Japan von ca. 5 % in der ersten Erhebungswelle auf ca. 50 % in der letzten Erhebungswelle zu. Dies liegt in Japan aber auch daran, dass mittlerweile deutlich mehr Befragte eine Meinung zu diesem Thema haben, bzw. diese auch wirklich äußern. Haben dort in den 1980er Jahren 60 % der Befragten entweder nicht, oder mit „weiß nicht“ geantwortet, waren dies in der letzten Umfragewelle nicht einmal mehr 20 %. Ein ähnliches Bild liefert Mexiko, wobei der mittelamerikanische Staat das einzige der betrachteten Länder ist, in denen in den letzten beiden Wellen die Einstellung gegenüber Homosexuellen wieder negativer geworden ist. Vergleicht man die westlichen Länder Schweden, USA und Deutschland, fällt auf, dass in Schweden und den USA ein deutlicher Wertewandel im Laufe der letzten 40 Jahre stattgefunden hat. Allerdings startete Schweden bereits von einem niedrigeren Niveau der Homonegativität. In Deutschland ist der Trend in Richtung niedrigerer Homonegativität weniger klar erkenntlich, was auch daran liegt, dass nur für vier der sieben WVS-Wellen Daten für Deutschland verfügbar sind. Zwischen Mitte der 1990er und Mitte der 2000er Jahre änderte sich in Bezug auf die Homonegativität nur wenig, sie nahm sogar entgegen dem Trend in den anderen westlichen Ländern eher leicht zu.

Bisherige Studien, die Einstellungen zu Homosexualität beleuchteten, fokussierten zunächst v.a. auf individuelle soziodemographische Charakteristika. So seien Menschen aus älteren Geburtskohorten Homosexualität gegenüber in der Regel kritischer eingestellt (Britton 1990; Herek und Gonzalez-Rivera 2006; Michael et al. 1999), wobei zumeist nicht von einem Alterseffekt, sondern von einem Effekt der Sozialisation zu einem früheren Zeitpunkt ausgegangen wird, als noch ein traditionelleres Familien- und Geschlechterbild vorgeherrscht habe (Kulik 2005, S. 139). Für einzelne gesellschaftliche Subgruppen (z.B. College Studenten, oder afroamerikanische Männer) werden jedoch auch umgekehrte Effekte des Alters berichtet (Johnson et al. 1997; Lemelle und Battle 2004). Männer haben sich empirisch in fast allen Studien als homonegativer als Frauen erwiesen (Finlay und Walther 2003; Hudson und Ricketts 1980; Kite 1984; Kite und Whitley 1996; J. P. Schwartz und Lindley 2005). Einzig wenn zwischen der Einstellung zu Schwulen und zu Lesben unterschieden wird, ist dies weniger eindeutig. Männer sind gegenüber Schwulen ablehnender, Frauen sind dies tendenziell gegenüber Lesben (Steffens 2005; Steffens und Christof 2004).

Abbildung 8: Einstellungen zu Homosexualität für acht Länder 1981-2022



Anmerkung: eigene Darstellung auf Basis der WVS Zeitreihendaten („World Values Survey Time-Series (1981-2022) Cross-National Data-Set“ 2022). Frage: Please tell me whether you think *Homosexuality* can always be justified, never be justified, or something in between. 10-Punkteskala: 1 = „niemals gerechtfertigt“ bis 10 = „stets gerechtfertigt“.

Bildungsgrad, Einkommen und Schichtzugehörigkeit wurden ebenfalls als relevante Einflussgrößen identifiziert (Herek und Gonzalez-Rivera 2006; Lambert et al. 2006; Ohlander et al. 2005; Walch et al. 2010). Hierfür findet als theoretische Grundlage unter anderem die Theorie der sozialen Dominanzorientierung (Sidanius et al. 1994; Sidanius und Pratto 1999; Six 2009) Anwendung, nach der gruppenbasierte soziale Hierarchiesysteme dadurch stabilisiert werden, dass Angehörige einer Gruppe zur eigenen Selbstversicherung eine klare – vielfach ablehnende Haltung – gegenüber Mitgliedern anderer Gruppen, insbesondere Minoritäten wie Homosexuellen, einnehmen. Personen aus höheren sozialen Schichten sind hier weniger betroffen und daher oftmals liberaler und toleranter. Zudem hat sich gezeigt, dass der Familienstand Auswirkungen auf die Einstellungen zu Homosexualität hat: Verheiratete weisen eine höhere Homonegativität auf als Singles (Adamczyk und Pitt 2009; Herek und Capitanio 1995).

Daneben wurde unter anderem auch im Rahmen von Impliziten Assoziationstests (IAT) gezeigt, dass sich Kontakt mit Homosexuellen sowie selbstberichtete Geschlechterrollen positiv auf die Einstellungen zur Homosexualität auswirken können (Black und Stevenson 1984; Herek und Glunt 1993). Politikwissenschaftlich ist das Thema ebenfalls von großer Relevanz, da sich auch die politische Einstellung von Individuen als ein wichtiger Erklärungsfaktor für Homonegativität erwiesen hat (Donaldson et al. 2017).

Neben individuellen Charakteristika untersucht die Forschung aber auch, inwiefern sich bestimmte Eigenschaften einer Gesellschaft oder politische Entscheidungen sowie rechtliche Regelungen in einem Land sozialisierend auf die Einstellungen gegenüber Homosexualität auswirken. Nach Abou-Chadi und Finnegan (2019) hat sich in Ländern, welche die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt haben, die Einstellung gegenüber Homosexualität verbessert. In Ländern, die gleichgeschlechtliche Partnerschaftsmodelle eingeführt haben, die der Natur nach nicht komplett identisch mit einer Ehe sind, stieg die Homonegativität hingegen.

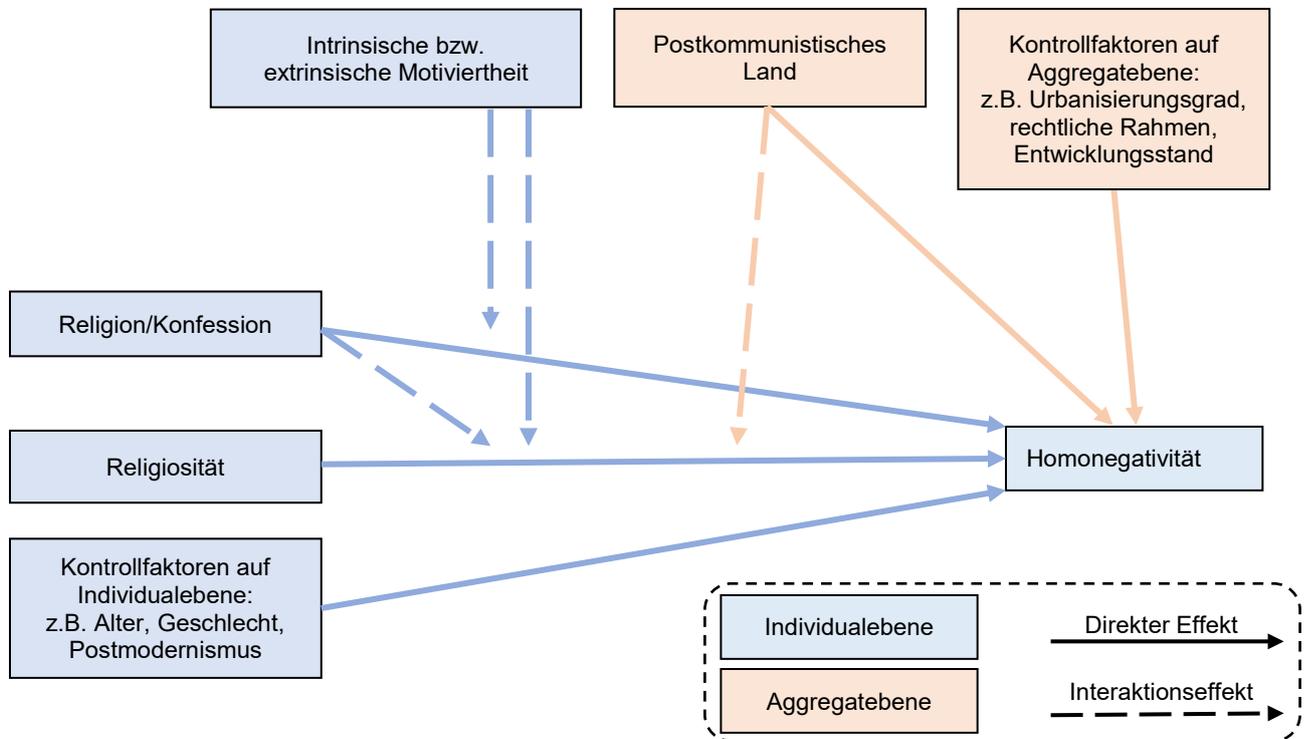
In Artikel 5 (Jäckle und Wenzelburger 2015) werden ebenfalls sowohl Individual- als auch Aggregateffekte betrachtet. Der Artikel fokussiert dabei primär auf die Frage, inwiefern Religion im Sinne von Konfession sowie Religiosität Auswirkungen auf die Homonegativität haben. Basierend auf einer Einstufung der wichtigsten Weltreligionen im Hinblick auf deren Positionierung zu Homosexualität¹², Selbsteinschätzungen zur Religiosität und der allgemeinen Stärke der extrinsischen bzw. intrinsischen Motiviertheit¹³ wird auf der Individualebene Fragen des Zusammenhangs zwischen Konfession und Religiosität nachgegangen. Um auch sozialisierende Effekte der staatlichen Aggregatebene (rechtliche Rahmenbedingungen für Homosexualität, Urbanisierung, Entwicklungsstand) analysieren zu können, werden die Regressionsmodelle als Mehrebenenmodelle geschätzt, wobei auch eine mögliche Cross-Level-Interaktion in den Blick genommen

¹² Diese Einstufung basiert darauf ob 1) Homosexualität in den zentralen heiligen Schriften einer Religion negativ konnotiert ist, 2) sich religiöse Führer dezidiert gegen Homosexualität aussprechen und 3) welches Gewicht einerseits fundamentale und andererseits liberale Untergruppierungen/Strömungen in der Religion einnehmen (Jäckle und Wenzelburger 2015, S. 213).

¹³ Hinter der Aufnahme dieser Variable in die Analyse steckt die Annahme, dass die Art der religiösen Motivation – von sich aus intrinsisch, oder extrinsisch, z.B. primär über die religiöse Gemeinschaft und Führungsgestalten motiviert (Allport und Ross 1967, S. 434) – ebenfalls relevant für die Frage ist, wie eine religiöse Person Homosexualität gegenübersteht. Auch wenn sich in bisherigen Studien stets Unterschiede zwischen intrinsisch und extrinsisch religiös motivierten Personen gezeigt haben, ist die Empirie in Bezug auf die Einstellung zu Homosexualität nicht eindeutig (Fisher et al. 1994; Ford et al. 2009; Wilkinson 2004).

wird: nämlich die Frage, ob Religiosität in vormalig kommunistischen Ländern, in denen eine freie Religionsausübung lange Zeit verboten war, auf andere Art und Weise mit Homonegativität zusammenhängt als in anderen Ländern. Das hierbei angenommene Modell ist in **Abbildung 9** schematisch dargestellt.

Abbildung 9: Angenommene Effekte auf die Homonegativität auf Individual- und Aggregatebene in Jäckle und Wenzelburger (2015)



Anmerkung: eigene Darstellung basierend auf Jäckle und Wenzelburger (2015, S. 217).

Als Hauptergebnisse lassen sich deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern der einzelnen Religionen in Bezug auf ihre Homonegativität festhalten: Muslime weisen die am stärksten ausgeprägte Homonegativität auf, am anderen Ende der Skala finden sich Buddhisten und Atheisten. Auch bezüglich der Religiosität ist das Ergebnis eindeutig: Religiöse Personen sind allgemein homonegativer. Dieser Effekt wird jedoch durch die Konfession einer Person konditioniert: Religiosität wirkt sich bei Muslimen entsprechend deutlich stärker in negative Richtung auf die Einstellung gegenüber Homosexuellen aus als beispielsweise bei Buddhisten. Auch der zweite auf der Individualebene getestete Interaktionseffekt, der untersucht, inwiefern die ex-/intrinsische Motiviertheit den Effekt der Religiosität bedingt, ist signifikant. Die Daten zeigen, dass extrinsische Motiviertheit den negativen Effekt von Religiosität auf die Einstellung gegenüber Schwulen und Lesben verstärkt und intrinsische Motiviertheit ihn dämpft. Zweitens zeigen die Resultate, dass die zwischenstaatliche Varianz hinsichtlich der Homonegativität zumindest teilweise durch auf der Nationalstaatsebene gemessene Aggregatvariablen erklärt werden kann. Als besonders erklärungskräftig hat sich dabei der in einem Land vorherrschende rechtliche Rahmen bezüglich Homosexualität erwiesen: konkret ob ein Staat die *UN Declaration on Human Rights, Sexual Orientation and Gender Identity* unterschrieben hat (UN 2008). Auch der Entwicklungsstand und die Dauer, seit der homosexuelle Handlungen in einem Land gesetzlich erlaubt sind, können laut den Modellen als signifikante Erklärungsfaktoren für Homonegativität

gelten. Die Cross-Level-Interaktion zwischen Religiosität und der Dummy Variable „Postkommunistisches Land“ zeigt, dass einerseits das Niveau der Homonegativität in postkommunistischen Ländern deutlich höher ist als in den übrigen Ländern, andererseits religiöse Personen sich hier in ihren Einstellungen gegenüber Homosexuellen jedoch deutlich weniger von nicht-religiösen Menschen unterscheiden (Jäckle und Wenzelburger 2015).

2.2.2. Geschlechterunterschiede in den Einstellungen zur Homosexualität (Art. 6)

Einer der Hauptbefunde empirischer Studien zu Homophobie bzw. Homonegativität ist, dass Männer eine stärker ablehnende Haltung gegenüber Homosexualität und/oder Homosexuellen Menschen einnehmen als Frauen. Empirisch finden fast alle Arbeiten, die sich mit diesem Thema beschäftigen, einen entsprechenden signifikanten Geschlechtereffekt (vgl. z.B. Davies 2004; Herek und McLemore 2013; Hudson und Ricketts 1980; Kite 1984; Kite und Whitley 1996; J. P. Schwartz und Lindley 2005; Whitley, Jr. 2001). Hiervon abweichende Befunde sind äußerst selten und lassen sich i.d.R. über die gewählte Operationalisierung der Homonegativität und/oder die betrachtete Stichprobe erklären (Berkman und Zinberg 1997). Sofern zwischen der Einstellung zu Schwulen und der Einstellung zu Lesben unterschieden wird, verschwimmen die Unterschiede etwas. Männer scheinen besonders gegenüber Schwulen ablehnend eingestellt zu sein, Frauen hingegen stärker gegenüber Lesben (Steffens 2005; Steffens und Christof 2004).

Fast alle dieser Studien basieren jedoch auf Daten aus westlichen, entwickelten Ländern¹⁴ und wurden auch von Forschenden mit einer ebenso westlichen akademischen Sozialisation durchgeführt. Eine forschungstheoretische Begründung für diese Fallauswahl wird dabei jedoch meist nicht gegeben. Eine Ausnahme bildet die Metastudie von Kite und Whitley, in der ausschließlich Arbeiten inkludiert werden, welche auf US-amerikanischen und kanadischen Stichproben aufbauen, um auf diese Weise auf mögliche kulturelle Unterschiede zu kontrollieren (Kite und Whitley 1996, S. 340). Henrich et al. (2010a) haben bereits vor mehr als zehn Jahren darauf hingewiesen, dass ein Großteil der psychologischen und behavioristischen Forschung, zu der auch viele der Arbeiten zu Einstellungen gegenüber Homosexualität gehören, auf Basis von Stichproben erstellt werden, die sich in vielerlei Hinsicht systematisch von den Grundgesamtheiten unterscheiden, die sie eigentlich repräsentieren sollen. Oft wird aus Kostengründen und aufgrund der einfachen Verfügbarkeit auf studentische Probanden bzw. Umfrageteilnehmer zurückgegriffen. Aus den Ergebnissen dieser Studien, die an sich nur für diesen sehr speziellen Personenkreis Geltung besitzen, werden dann oftmals für einen weitaus größeren Personenkreis Rückschlüsse gezogen, oder sogar weitgehende Gesetzmäßigkeiten aufgestellt, die universell für alle Menschen gelten sollten. De facto basieren viele der Erkenntnisse aus der experimentellen psychologischen und verhaltensökonomischen Forschung auf Studierendensamples aus dem Westen, insbesondere aus den USA. Forschende um den Anthropologen und Psychologen Joseph Henrich prägten hierfür das Akronym *WEIRD* „Western, Educated, Industrialized, Rich, and Democratic“ (Henrich et al. 2010a, S. 61). Laut Henrich und Kollegen kämen 96 % der in der Psychologie genutzten Stichproben aus Ländern, die nur 12 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren (Henrich et al. 2010a, S.

¹⁴ Die Studie von Chaux und Kollegen (2021), in der die Einstellungen zu LGBT-Personen in Lateinamerika und der Karibik analysiert werden, stellt eine rare Ausnahme in dieser Hinsicht dar.

63). Ähnlich argumentiert auch der Psychologe Arnett (2008), nach dessen Analyse in US-amerikanischen Psychologie-Zeitschriften primär auf US-amerikanische Stichproben zurückgegriffen wird und die hierdurch gewonnen Erkenntnisse, obwohl sie vielfach als universelle Erkenntnisse präsentiert würden, 95 % der Weltbevölkerung nicht repräsentieren würden.

Dies wäre in Bezug auf die von den Autoren betrachteten behavioristischen Wissenschaften – vornehmlich die Psychologie – wenig problematisch, wenn sich nicht mittlerweile gezeigt hätte, dass viele der durchgeführten Experimente durchaus zu deutlich abweichenden Ergebnissen führen, je nachdem welche Population untersucht wird. Bereits 1966 konnten Segall et al. zeigen, dass selbst so grundlegende Dinge wie die menschliche Wahrnehmung einfacher geometrischer Objekte je nach untersuchter Population enorm voneinander abweichen können. Ein Beispiel hierfür bildet die sogenannte Müller-Lyer-Illusion (vgl. **Abbildung 10**). Während für eine Stichprobe aus US-amerikanischen Studenten Linie b um fast 20 Prozent länger sein muss, damit die Studienteilnehmer die beiden Linien a und b für gleichlang einschätzen, sehen Angehörige der San aus dem südlichen Afrika beide Linien bereits in der Ausgangsstellung (in der sie real gleichlang sind) auch als gleichlang an. Für sie handelt es sich somit bei der Müller-Lyer-Illusion gar nicht um eine optische Täuschung (Henrich et al. 2010a, S. 64).

Abbildung 10: Die Müller-Lyer-Illusion als Beispiel für kulturell unterschiedliche Wahrnehmungsmuster



Anmerkung: eigene Darstellung nach Henrich et al. (2010a, S. 64); die beiden schwarzen Linien a und b haben dieselbe Länge. Viele Menschen nehmen a jedoch als länger wahr als b. In bestimmten Kulturen, beispielsweise bei den San, ist dies jedoch nicht der Fall.

Wenn sich bereits die Wahrnehmung solch einfacher geometrischer Formen nach Kulturraum unterscheidet, ist es wenig verwunderlich, dass sich auch bei weitergehenden experimentellen psychologischen und ökonomischen Studien (beispielsweise zu Fairness und Kooperationsverhalten, räumlicher Wahrnehmung, aber auch zu Moralvorstellungen) zum Teil deutlich abweichende Ergebnisse je nach Kulturraum, aus dem die Teilnehmenden stammen, zeigen. In den Worten von Henrich und seinen Kollegen:

„The sample of contemporary Western undergraduates that so overwhelms our database is not just an extraordinarily restricted sample of humanity; it is frequently a distinct outlier vis-à-vis other global samples. It may represent the worst population on which to base our understanding of Homo sapiens.“ (Henrich et al. 2010a, S. 82)

Das grundlegende Argument, wonach sich akademisch gebildete Personen aus dem westlichen Kulturkreis im Hinblick auf grundlegende psychologische Charakteristika wie Individualität, analytisches Denken, Offenheit gegenüber Neuem, Toleranz, Solidarität, Vertrauen in Fremde oder die eigene Selbstwahrnehmung, elementar von Menschen aus anderen Kulturkreisen unterscheiden¹⁵ und daher als Untersuchungsobjekte

¹⁵ In seinem Buch „*The WEIRDest People in the World: How the West Became Psychologically Peculiar and Particularly Prosperous*“ argumentiert Henrich (2020) aus Perspektive der Evolutionspsychologie und der kulturellen Entwicklung, dass sich die Eigenartigkeit der WEIRD Gesellschaften aus einer Reihe an Vorschriften und Tabus entwickelten, die seit dem

zur Klärung von Fragen in Bezug auf menschliche Einstellungs- und Verhaltensmuster nur sehr begrenzt hilfreich sind (Henrich et al. 2010b), lässt sich dabei auch über die experimentell arbeitenden behavioristischen Wissenschaften hinaus ausdehnen. Auch in den vielfach auf Beobachtungs- und Umfragestudien basierenden Sozialwissenschaften gibt es eine deutliche Unwucht zugunsten von Untersuchungspopulationen aus der westlich geprägten, entwickelten Welt. Solange die anhand dieser Samples gewonnenen Erkenntnisse nur auf die jeweiligen Inferenzpopulationen verallgemeinert und nicht zur Beschreibung einer größeren, über die Stichprobe nicht abgedeckten, Grundgesamtheit verwendet werden, stellt dies zwar insoweit ein Problem dar, als große Teile der Weltbevölkerung durch solche Studien ausgeblendet werden, die Rückschlüsse sind für diese Population aber an sich zumindest nicht falsch.

In der Realität sozialwissenschaftlicher Forschung findet sich jedoch allzu häufig zumindest die implizite Übertragung solcher Ergebnisse auf andere Gesellschaften. Auch in der Geschlechterforschung dominieren Analysen, welche auf WEIRD Populationen basieren (Klein et al. 2022), auch wenn über die konkrete Definition, welche Länder als WEIRD zu kodieren sind, eine gewisse Uneinigkeit besteht (Sakaluk und Daniel 2022). An dieser Stelle setzt der sechste Artikel (Hildebrandt und Jäckle 2023) an, indem er untersucht, inwiefern der vielfach berichtete Befund, dass Männer eine ablehnendere Haltung gegenüber Homosexualität aufweisen als Frauen, vergleichsweise universell ist und weltweit gilt, oder nur in bestimmten Regionen und damit kulturellen und/oder sozioökonomischen Kontexten vorfindbar ist. Der Artikel formuliert dabei zunächst zwei entgegengesetzte Hypothesen zur Frage, in welchen Gesellschaften der Unterschied zwischen den Geschlechtern in den Einstellungen zur Homosexualität größer oder kleiner ausfallen sollte.

Einerseits kann die Theorie von Wood und Eagly (2012) herangezogen werden, die eine biosoziale Konstruktion von Geschlechterunterschieden annimmt. Nach dieser hätten die biologischen Unterschiede (beispielsweise die größere körperliche Stärke von Männern, oder der Fakt, dass Frauen Kinder austragen und zunächst stillen) im Zusammenwirken mit verschiedenen kulturellen und sozialen Hintergrundkontexten in historischen Gesellschaften zu einer biologisch wie sozial begründeten ungleichen Verteilung der Arbeit geführt. Ansichten über Geschlechterrollen hätten sich dann entsprechend der empirisch für alle sichtbaren Aufgabenteilung entwickelt: Da Frauen sich um Kinder kümmerten, wurde ihnen Fürsorglichkeit als Attribut zugeschrieben, wohingegen Männern, die auf die Jagd gingen, oder im Krieg kämpften, mit Stärke und Tapferkeit assoziiert wurden (Wood und Eagly 2012, S. 57). Im Laufe der Entwicklungsgeschichte des Menschen von Jäger- und Sammlergemeinschaften über kleinbäuerliche bis hin zu Industriegesellschaften hat sich die Spezialisierung der Arbeit und damit auch die Ausdifferenzierung von Tätigkeiten nach Geschlecht

Mittelalter in christlichen (katholischen) Gemeinschaften galten. Insbesondere nennt er die erweiterten Inzestverbote, die die Familienstrukturen und damit auch die Psychologie der Menschen in Europa formten. Diese Veränderungen hätten den Weg bereitet für die politischen, ökonomischen und sozialen Institutionen der modernen Welt, welche wiederum unseren Verstand und unsere Ansichten formen. Die unterschiedlichen Welten, wie sie von den Angehörigen verschiedener Kulturen konstruiert werden, wirken sich entsprechend neurowissenschaftlichen Erkenntnissen somit auch auf die Biologie des Menschen (u.A. das Gehirn und hormonelle Prozesse aus). Entsprechend formuliert Henrich: „Culture thus not only shapes *what* we think, but *how* we think as well as how we reason and perceive the world“ (Henrich 2023).

immer weiter verstärkt. Erst in postindustriellen Gesellschaften, in denen die durch die Biologie vorgegebenen Beschränkungen bezüglich des Themas Reproduktion für Frauen abgenommen haben (weniger Kinder pro Frau, Ersatz für das Stillen durch Milchpulver, professionelle Betreuung für Kleinkinder etc.) und körperliche Stärke für viele Arbeitsbereiche keine große Rolle mehr spielt, stellt die Lohnarbeit für viele Frauen eine echte Alternative zur häuslichen Care-Arbeit dar. Je mehr Frauen und Männer in denselben Arbeitsbereichen tätig sind (dies gilt auch für Fälle, in denen Männer, in klassischerweise Frauen zugeschriebenen Bereichen arbeiten, wie beispielsweise Krankenpfleger oder Kindergärtner), umso stärker beginnen die Menschen tradierte Gender-Stereotype, nach denen sich die Geschlechter von Natur aus in Bezug auf ihre psychischen Charakteristika systematisch unterscheiden würden, in Frage zu stellen – die Polarisierung der Geschlechterrollen reduziert sich hierdurch (Wood und Eagly 2012, S. 63–65). Diese Entwicklung hat wiederum Auswirkungen auf die Einstellungen und Ansichten der Menschen. Konkret kann in Bezug auf die Einstellung zu Homosexualität folgende Hypothese aus der *biosocial construction theory* abgeleitet werden: Je stärker Maskulinitätsansprüche an Männer im Zuge dieser Entwicklung zurückgehen, umso weniger müssen sich Männer von vermeintlich unmännlicher Homosexualität abgrenzen. Entsprechend sollte mit wachsender Geschlechtergleichheit und höherem Entwicklungsstand, der Unterschied in den Einstellungen zu Homosexualität zwischen Männern und Frauen abnehmen.

Die Theorie der Evolutionären Psychologie kann als alternativer zweiter Theorierahmen herangezogen werden. Nach dieser sind die psychologischen Differenzen zwischen Männern und Frauen in evolutionären Adaptionprozessen begründet, die der Mensch im Laufe seiner Entwicklung durchlaufen hat. So seien beispielsweise laut der *parental investment* Theorie (Trivers 1972), Frauen selektiver in der Wahl ihrer Sexualpartner als Männer, da sie bei Schwangerschaft und Geburt eines Kindes einem deutlich größeren Aufwand gegenüberstehen würden als Männer (Mogilski 2021). Negative Einstellungen gegenüber Homosexualität können sich nach der Evolutionären Psychologie über unterschiedliche Kanäle entwickeln – z.B. Angst vor ungewolltem sexuellem Interesse, oder Wut über eine vermeintliche Bedrohung von In-Group Werten. Dabei sei dieser Effekt bei heterosexuellen Männern gegenüber Schwulen stärker ausgeprägt, als bei heterosexuellen Frauen gegenüber Lesben (Pirlott und Cook 2018; Pirlott und Neuberg 2014). In Bezug auf die Frage, inwieweit der sozio-kulturelle Kontext eines Landes Differenzen zwischen Männern und Frauen in ihren Einstellungen zur Homosexualität bedingen kann, bietet die Evolutionäre Psychologie ebenfalls Ansatzpunkte. In Analogie zu physischen Geschlechterunterschieden (z.B. in Bezug auf die Körpergröße), die in gesellschaftlichen Situationen, in denen die Ernährungslage problematisch ist, geringer ausfallen und die erst ihre vollständige Größe erreichen können, sofern die Umwelteinflüsse dies erlauben (d.h. größere Körpergrößendifferenz zwischen Männern und Frauen, sofern die Ernährungslage gut ist), gehen Schmitt und Kollegen davon aus, dass auch im Hinblick auf psychologische Aspekte der sozio-kulturelle Kontext einen mehr oder weniger großen Anpassungsdruck auf die die Geschlechter ausübt:

„As a society becomes more prosperous and more egalitarian, innate dispositional differences between men and women have more space to develop and the gap that exists between men and women in their personality traits becomes wider“ (Schmitt et al. 2008, S. 179).

Diese Annahme konnte bereits in Bezug auf mehrere psychologische Einstellungsmuster bestätigt werden. So sei der Geschlechterunterschied bei den *Big Five* Persönlichkeitsmerkmalen in höher entwickelten und wohlhabenderen Ländern größer, als in solchen mit einem niedrigeren Entwicklungsstand (Costa et al. 2001; Schmitt et al. 2008). Dasselbe gelte für Risikobereitschaft, Geduld, Altruismus sowie für positive und negative Reziprozität. Die Geschlechterunterschiede bei diesen Persönlichkeitsmerkmalen, sowie bei moralischen Fragestellungen und grundlegenden Wertvorstellungen wären zudem nicht nur in ökonomisch höher entwickelten Ländern ausgeprägter, sondern würden auch mit wachsender Geschlechtergerechtigkeit zunehmen (Atari et al. 2020; Falk und Hermle 2018; S. H. Schwartz und Rubel-Lifschitz 2009). Zusammengefasst kann damit auf Basis der Evolutionären Psychologie angenommen werden, dass je größer die Geschlechtergleichheit und der höher der Entwicklungsstand ist, umso ausgeprägter sollte der Unterschied in den Einstellungen zur Homosexualität zwischen Männern und Frauen sein.

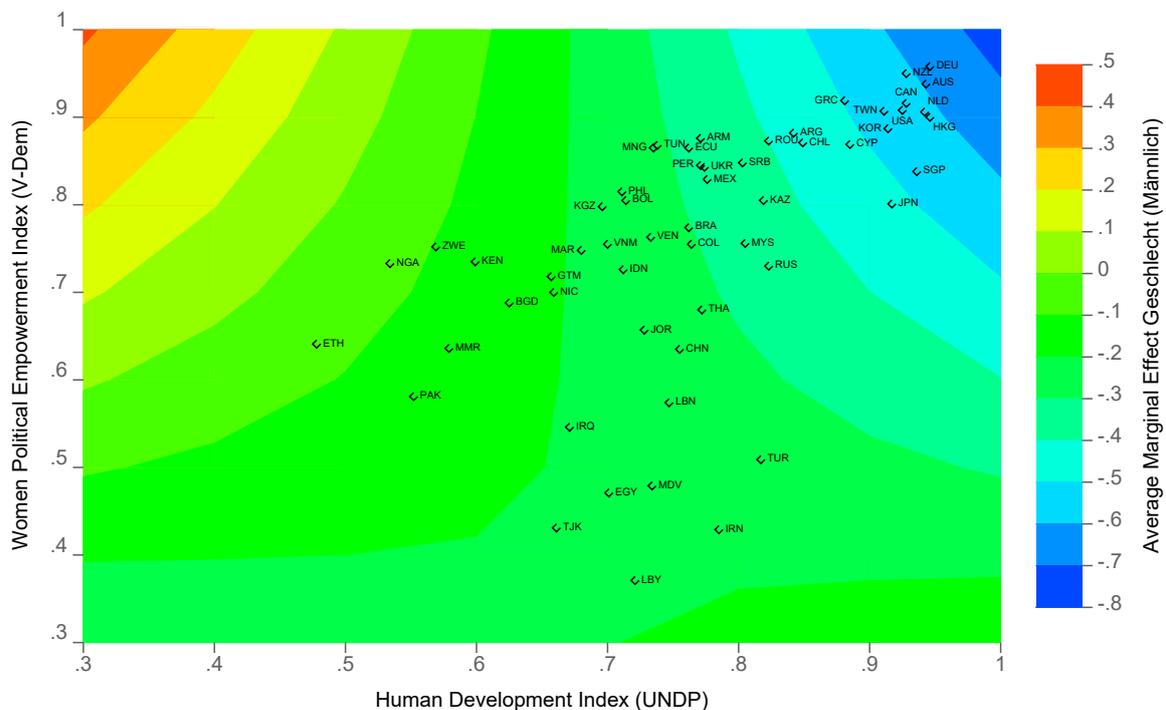
Um die beiden konkurrierenden Hypothesen einem Test zu unterziehen, wird in dem Artikel auf die siebte Welle des *World Value Survey* (2017-2021) zurückgegriffen. In dieser wurden unter anderem die Einstellungen zu Homosexualität abgefragt, welche im vorliegenden Artikel als abhängige Variable untersucht werden.¹⁶ Für insgesamt 54 Länder, die alle Weltregionen abdecken, liegen auswertbare Daten vor. Es handelt sich dabei um zehn westliche Staaten, fünf Nachfolgestaaten der UdSSR, elf lateinamerikanische, drei südasiatische, sieben südostasiatische, sechs ostasiatische Länder, sowie acht Staaten aus dem mittleren Osten/Nordafrika und vier aus Sub-Sahara Afrika. Für die Messung der beiden zentralen unabhängigen Variablen, Entwicklung und Geschlechtergleichheit, wurde auf den Human Development Index der Uno (UNDP 2018) sowie den Women's Political Empowerment Index, welcher im V-Dem-Projekt erhoben wird (Coppedge et al. 2022), zurückgegriffen.¹⁷ Für die statistische Analyse werden Mehrebenenregressionen geschätzt, da diese es ermöglichen individuelle Einstellungsmuster sowohl über individuelle Charakteristika (Level-1 Effekte) als auch über sozialisierende Effekte hierarchisch höher gelegener Ebenen (Level-2 ist hier die Staatenebene) zu erklären. Nachdem der Intraklassenkorrelationskoeffizient (ICC) mit einem Wert von 0,39 zeigt, dass fast 40 Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variable durch Unterschiede zwischen den Ländern zu erklären sind, ist es auch aus rein statistischer Perspektive angeraten eine Mehrebenenregression zu schätzen (Hox 2010). Das finale Modell untersucht dabei die *cross-level-interaction* Geschlecht*Entwicklungsstand*Geschlechtergerechtigkeit. Für die Darstellung der Ergebnisse dieser Dreifachinteraktion wird in dem Artikel auf eine bislang in der Politikwissenschaft vergleichsweise selten genutzte graphische Darstellungsform zurückgegriffen, einen Isolinien- oder auch Contour-Plot der *Average Marginal Effects* (AMEs). Im Vergleich zu den vielfach genutzten bivariaten AME-Plots, wie sie von Brambor, Clark und Golder (2006) eingeführt wurden und die gut geeignet sind um Zweifachinteraktionen darzustellen, bietet diese

¹⁶ Konkret wurde folgende Frage gestellt: „Please tell me for each of the following actions whether you think it can always be justified, never be justified, or something in between [...] *Homosexuality*“ (WVS 2021, S. 14). Die Messung erfolgte dabei auf einer 10-stufigen Skala (1 = niemals gerechtfertigt; 10 = immer gerechtfertigt).

¹⁷ Für Robustheitstests werden zudem weitere Operationalisierungen von Entwicklung und Geschlechtergerechtigkeit herangezogen.

Form der Darstellung zwei große Vorteile: Erstens ist es hierdurch möglich die Auswirkungen einer marginalen Erhöhung einer der drei Interaktionsvariablen (hier die Veränderung von Geschlecht „weiblich“ zu „männlich“) in Abhängigkeit von den Ausprägungen der beiden anderen Variablen (Wohlstandsniveau und Geschlechtergleichheit) gleichzeitig in einer einzigen Grafik abzutragen. Zweitens ermöglicht es diese Variante zu zeigen, in welchen „Bereichen“ in Bezug auf diese beiden anderen Interaktionsvariablen real überhaupt Beobachtungen vorhanden sind und eine Interpretation der AMEs des Geschlechts sinnvollerweise als empirisch relevanter Geschlechterunterschied damit überhaupt Sinn ergeben. Insofern greift diese Darstellungsweise auch das von Hainmueller und Kollegen aufgeworfene Problem des „*lack of common support of the moderator*“ auf, welches laut ihrer Analyse vielfach bei der Präsentation der Ergebnisse von multiplikativen Interaktionsmodellen in sozialwissenschaftlichen Arbeiten auftritt (Hainmueller et al. 2019). **Abbildung 11** zeigt den betreffenden Contour-Plot.

Abbildung 11: Contour Plot der Average Marginal Effects (AMEs) von Geschlecht auf die Akzeptanz von Homonegativität nach dem Niveau des Entwicklungsstands und der Geschlechtergerechtigkeit



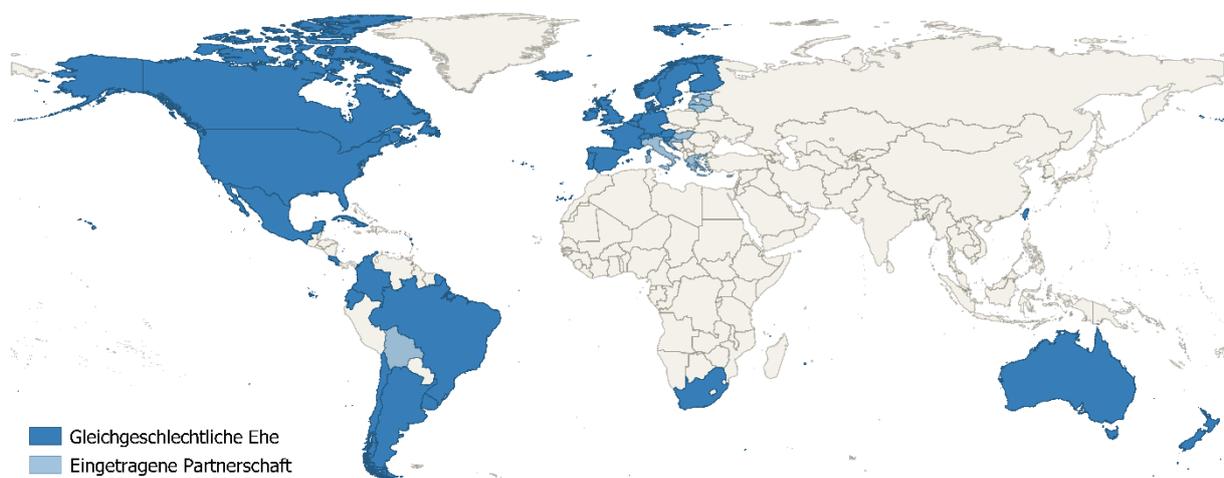
Anmerkung: eigene Darstellung; ARG: Argentina, ARM: Armenia, AUS: Australia, BGD: Bangladesh, BOL: Bolivia, BRA: Brazil, CAN: Canada, CHL: Chile, CHN: China, COL: Colombia, CYP: Cyprus, DEU: Germany, ECU: Ecuador, ETH: Ethiopia, GRC: Greece, GTM: Guatemala, HKG: Hong Kong SAR, IDN: Indonesia, IRN: Iran, IRQ: Iraq, JOR: Jordan, JPN: Japan, KAZ: Kazakhstan, KEN: Kenya, KGZ: Kyrgyzstan, KOR: South Korea, LBN: Lebanon, LBY: Libya, MAR: Morocco, MDV: Maldives, MEX: Mexico, MMR: Myanmar, MNG: Mongolia, MYS: Malaysia, NGA: Nigeria, NIC: Nicaragua, NLD: Netherlands, NZL: New Zealand, PAK: Pakistan, PER: Peru, PHL: Philippines, ROU: Romania, RUS: Russia, SGP: Singapore, SRB: Serbia, THA: Thailand, TUN: Tunisia, TUR: Turkey, TWN: Taiwan ROC, UKR: Ukraine, USA: United States, VEN: Venezuela, VNM: Vietnam, ZWE: Zimbabwe. Quelle: (Hildebrandt und Jäckle 2023, S. 11).

Inhaltlich zeigt die Grafik, dass der größte AME und damit der größte Geschlechterunterschied in den Einstellungen zur Homosexualität in denjenigen Ländern besteht, die hohe Werte sowohl beim HDI (Entwicklungsstand) als auch beim Women Empowerment Index (Geschlechtergleichheit) erzielen. Der Contour-Plot zeigt aber auch, dass nur sehr wenige Länder empirisch in diesen Bereich fallen (u.a. Deutschland, Australien, Niederlande). Die Mehrzahl der untersuchten Länder hingegen befindet sich in einem Bereich, in dem das Modell keinen signifikant von Null abweichenden AME schätzt. Damit zeigt die Analyse, dass keinesfalls von einem universell über alle Länder hinweg geltenden Geschlechterunterschied in den Einstellungen zu Homosexualität ausgegangen werden kann. Vielmehr scheint sich die auf der Evolutionären Psychologie basierende Hypothese zu bestätigen, dass die Einstellungsunterschiede beim Thema Homosexualität zwischen Männern und Frauen insbesondere in hochentwickelten und geschlechtergerechten Gesellschaften vorhanden sind, wohingegen in allen anderen Ländern Männer und Frauen vergleichsweise ähnliche Ansichten diesbezüglich aufweisen. Im Hinblick auf die zuvor erwähnte WEIRD-Problematik mahnen die Ergebnisse zur Vorsicht inwieweit auch im Bereich der Einstellungsforschung als gesichert geltende Erkenntnisse wirklich universelle Geltung besitzen, oder diese nur in einzelnen westlich dominierten Gesellschaften vorzufinden sind.

2.2.3 Einführung gleichgeschlechtlicher Partnerschaftsmodelle im internationalen Vergleich (Art. 7)

Der fünfte Artikel hat unter anderem die Relevanz eines rechtlichen Rahmens in Bezug auf Homosexualität für die Ausprägung der Homonegativität in einer Gesellschaft aufgezeigt. Besondere Bedeutung kommt dabei sicherlich der Frage zu, inwieweit homosexuelle Partnerschaftsmodelle rechtlich heterosexuellen Partnerschaften und insbesondere der Ehe gleichgestellt sind. Das liegt daran, dass eine solche juristische Gleichstellung für alle Beteiligten die Normalisierung homosexueller Lebensweisen auch nach außen hin sichtbar macht, bisher vorherrschende staatliche Diskriminierungen aktiv abbaut und so die Rahmenbedingungen schafft, um eine generell negative Einstellung gegenüber sexuellen Minderheiten zu reduzieren.

Abbildung 12: Rechtliche Situation für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften (Stichtag 01.04.2023)



Anmerkung: eigene Darstellung; Quelle: https://en.wikipedia.org/wiki/Same-sex_marriage.

Dabei handelt es sich bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaftsmodellen, um ein vergleichsweise neues Phänomen.¹⁸ Im Jahr 1989 führte Dänemark als erstes Land weltweit die Möglichkeit für homosexuelle Paare ein, eine eingetragene Partnerschaft zu schließen, die den Partnern weitestgehend dieselben Rechte wie in einer Ehe einräumte (Boele-Woelki et al. 2003). Bereits zuvor gab es in den Niederlanden und einigen skandinavischen Ländern die Möglichkeit einer unregistrierten Partnerschaft, die allerdings nicht dieselben Rechte bot wie die Ehe (Newton 2010). In den folgenden Jahren wurden sukzessive eingetragene Partnerschaftsmodelle in weiteren Ländern eingeführt. Die Niederlande waren im Jahr 2001 das erste Land, in dem Homosexuelle offiziell die Ehe schließen konnten (The New York Times 2000). Auch hier zogen andere, v.a. westliche Länder mit ähnlichen Gesetzen nach. **Abbildung 12** zeigt den Stand zum 1. April 2023: In 34 Ländern sind gleichgeschlechtliche Ehen möglich, in 16 weiteren Ländern besteht die Option einer eingetragenen Partnerschaft (dazu kommen eine Reihe an substaatlichen Einheiten, die eine solche erlauben). In allen anderen Ländern sind gleichgeschlechtliche Partnerschaftsmodelle nicht gesetzlich vorgesehen, oder sogar explizit verboten. So beispielsweise in Russland wo im Jahr 2020 in einem Verfassungsreferendum die Ehe nochmals explizit als Partnerschaft zwischen einem Mann und einer Frau festgeschrieben wurde (Fernández Simon 2021). Während viele westliche Länder in den letzten Jahren die Möglichkeiten gleichgeschlechtlicher Partnerschaftsmodelle oder Ehen eher ausweiteten – so wurde beispielsweise im Jahr 2015 nach einer Entscheidung des Supreme Courts die gleichgeschlechtliche Ehe in den USA landesweit eingeführt und 2017 hat der Deutsche Bundestag die bis dato geltende eingetragene Lebenspartnerschaft durch die Ehe für alle abgelöst – gibt es in einigen Teilen der Welt auch gegenläufige Bewegungen. So sind gleichgeschlechtliche Ehen in Kirgisistan (Arnold 2017) und Georgien (Dumbadze 2017), aber auch in einigen afrikanischen Staaten wie der Zentralafrikanischen Republik, Nigeria oder Malawi in den letzten zehn Jahren verboten und in den beiden letztgenannten Ländern sogar unter Strafe gestellt worden (Goitom 2013, 2015). Des Weiteren sind gleichgeschlechtliche Ehen in denjenigen Staaten verboten, in denen die Scharia gilt, oder in denen das islamische Recht zumindest als Basis des Familienrechts gesehen wird.

Abbildung 13 zeigt auf wann welche Länder eingetragene Partnerschaftsmodelle bzw. die Möglichkeit der gleichgeschlechtlichen Ehe eingeführt haben. Die Darstellung enthält alle Staaten die aktuell eine dieser beiden Optionen bieten. In den meisten Ländern ist ein stufenweiser Prozess erkennbar, bei dem zunächst die Möglichkeit eingetragener Partnerschaften und erst später die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt wurde. Nur in Südafrika und in Kuba wurde der Schritt der eingetragenen Partnerschaft übersprungen und direkt die Ehe für Homosexuelle eingeführt. Aus Perspektive der Policy-Forschung stellt sich bei Betrachtung der Abbildung die Frage, welche Faktoren dafür gesorgt haben, dass einige Länder innerhalb nur weniger Jahre den Vorreitern wie Dänemark gefolgt sind, „obgleich es keine besonderen Ereignisse gegeben

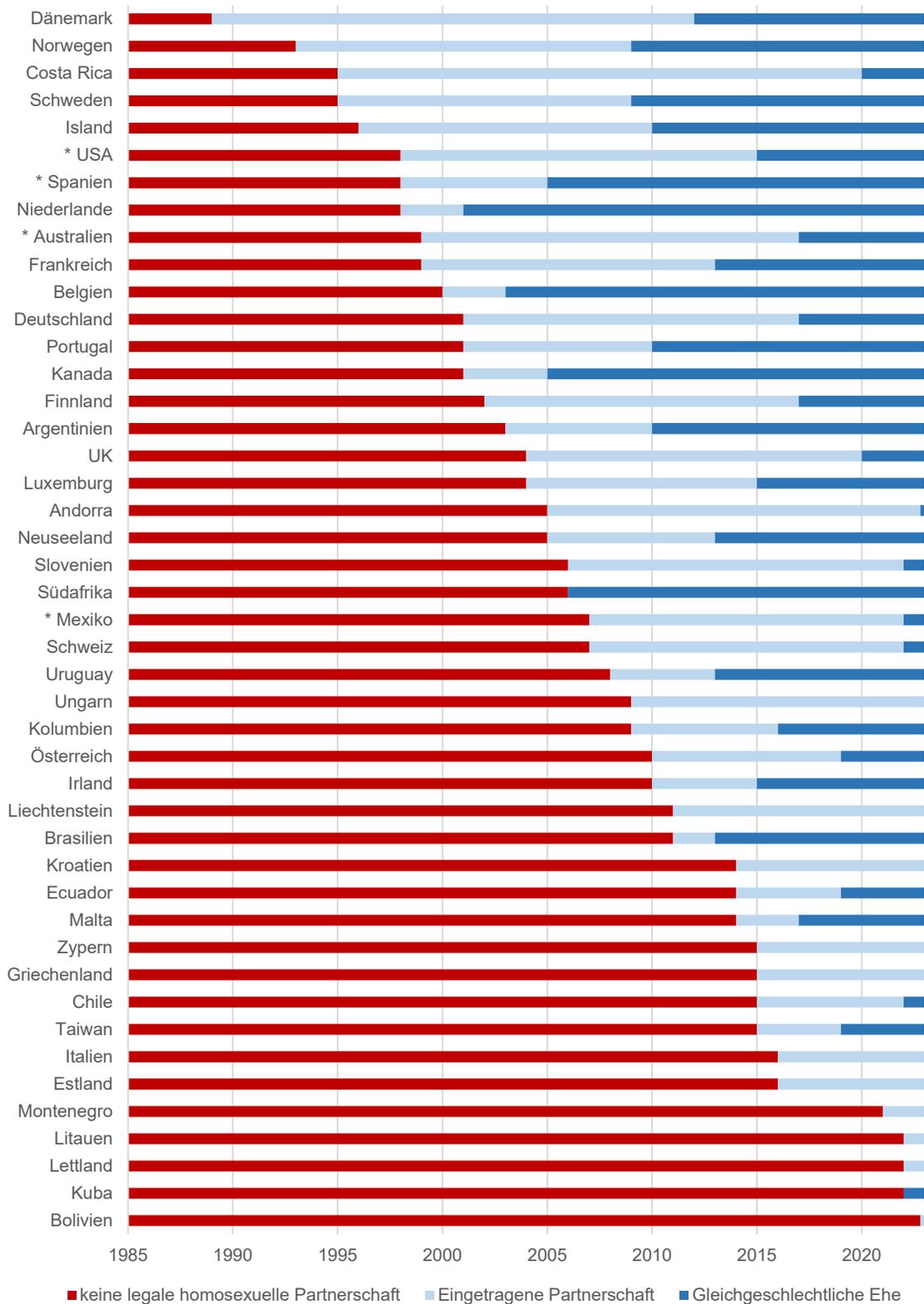
¹⁸ Obgleich es bereits in der Antike einzelne dokumentierte Fälle gleichgeschlechtlicher Partnerschaften gegeben hat – so heiratete Kaiser Nero beispielsweise zwei Mal von ihm freigelassene männliche Sklaven (Gellérfi 2020) und auch im antiken Griechenland, Ägypten, Mesopotamien und China sind zum Teil institutionalisierte Formen der Homosexualität überliefert (Dynes und Donaldson 1992) – stellte dies jedoch über Jahrhunderte die absolute Ausnahme dar. Seit dem frühen Mittelalter hat sich insbesondere in den von den monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam geprägten Gesellschaften eine starke Ablehnung von Homosexualität und damit auch in der Regel ein kodifiziertes Verbot gleichgeschlechtlicher Partnerschaften etabliert.

hatte, die ein explizites Window of Opportunity für solche Policy-Änderungen geöffnet hätten und auch keine supranationalen Regulierungen (beispielsweise auf EU-Ebene), die Gesetzesänderungen erfordert hätten“ (Hildebrandt et al. 2017, S. 1191 [eigene Übersetzung]).

Die Policy-Forschung hat sich dieser Fragestellung zunächst in Einzelfallstudien – etwa am Beispiel der Niederlande (Kollman 2017) – sowie qualitativen Vergleichsstudien genähert. Diese Arbeiten können dabei u.a. zeigen, dass der Einfluss der EU auf nationalstaatliche Gesetzgebung im Bereich gleichgeschlechtlicher Partnerschaftsmodelle durch Normendiffusion und Sozialisierung der Eliten größer ist als durch formelle Direktiven bzw. Rechtsprechung (Kollman 2009). Sie zeigen aber auch, dass es die institutionelle Strukturen politischer Systeme sind, die determinieren, inwieweit Gruppen, welche sich deutlich gegen gleichgeschlechtliche Partnerschaftsmodelle positionieren – etwa die Katholischen Kirche – im Gesetzgebungsprozess im Bereich moralpolitischer Fragen als Vetospieler positionieren können (Knill und Preidel 2015).

Daneben zeigen ländervergleichende Studien, welche sich dem Thema der Einführung gleichgeschlechtlicher Partnerschaftsmodelle bzw. Ehen deskriptiv nähern, dass etwa der Katholizismus zwar nicht direkt solche Policies verhindert, aber doch im Zusammenspiel mit anderen Faktoren den Prozess verlangsamen kann (Knill et al. 2014). Auch Pettinicchio (2012) kommt in seiner auf deskriptiv-statistischen Angaben beruhenden Analyse zu dem Ergebnis, dass kulturelle sowie institutionelle Faktoren nur dann als Erklärung für die Legalisierung homosexueller Partnerschaftsmodelle in Betracht kommen, sofern die Kombination ihrer Ausprägungen Policy-Wandel begünstigt. Obgleich sie interessante erste Einblicke liefern, kratzen diese Analysen aufgrund ihrer methodischen Unzulänglichkeiten allerdings doch nur an der Oberfläche der eigentlichen Fragestellung. Zum einen fehlt ihnen eine saubere statistische Kontrolle von Drittvariablen und zum anderen geht die eigentlich interessierende Dynamik des Legalisierungsprozesses aufgrund der deskriptiv statistischen Betrachtungsweise unter.

Abbildung 13: Entwicklung gleichgeschlechtlicher Partnerschaftsmodelle



Anmerkung: eigene Darstellung; * Abgetragen ist der Zeitpunkt zu dem zum ersten Mal in einer substaatlichen Einheit in betreffendem Staat ein eingetragenes Partnerschaftsmodell eingeführt worden ist. So wurde beispielsweise in Spanien erstmals 1998 in Katalonien ein solches gesetzlich verankert. Quellen: https://en.wikipedia.org/wiki/Same-sex_marriage, https://en.wikipedia.org/wiki/Civil_union.

Beide Probleme gehen Fernandez und Lutter (2013) in ihrer Arbeit an. Die beiden nutzen Event-History-Modelle, um Faktoren zu identifizieren, die eine Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaftsmodellen innerhalb Europas beschleunigen, bzw. verlangsamen. Sie testen dabei insbesondere zwei Theorien: 1) die Einbindung in die Weltgemeinschaft (operationalisiert über Mitgliedschaft in Internationalen Organisationen, und die Anzahl an ratifizierten Menschenrechtsabkommen) sowie 2) die Werteorientierung einer Gesellschaft basierend auf den Arbeiten Ingleharts (1997), gemessen über einen Index der säkular-rationalen Werte (Fernández und Lutter 2013, S. 108). Für beide Theorien finden sie empirische Evidenz. Länder, die enger kulturell in die Weltgemeinschaft eingebettet sind, sowie solche, in denen säkular-rationale Werte weiter verbreitet sind, führen gleichgeschlechtliche Partnerschaftsmodelle signifikant früher ein (Fernández und Lutter 2013, S. 112). Ihre Analyse betrachtet die kulturelle Einflussosphäre dabei allerdings vergleichsweise eindimensional. An dieser Stelle setzt Artikel 7 (Hildebrandt et al. 2017) an. Dieser nutzt ebenfalls den statistischen Ansatz der Event-History-Analyse, genauer gesagt semiparametrische Cox-Modelle, um nicht nur zu untersuchen ob in einem Land ein gleichgeschlechtliches Partnerschaftsmodell oder eine entsprechende Ehe gesetzlich eingeführt wurde, sondern v.a. wie lange dies im Vergleich zu anderen Ländern gedauert hat. Der Hauptfokus der Analyse liegt dabei auf zwei kulturellen Dimensionen. Zum einen der Einstellung gegenüber Homosexualität – nochmals unterteilt nach der Einstellung zu Homosexualität als soziale Praxis und der Einstellung zu homosexuellen Personen (vgl. Jäckle und Wenzelburger 2015) – und andererseits der Religiosität, die ebenfalls über zwei Aspekte abgedeckt wird: Erstens über die Frage nach der Bedeutung von Gott im eigenen Leben und zweitens über die Häufigkeit des Gottesdienstbesuchs. Die Ergebnisse sind eindeutig: Kulturelle Faktoren und Werteinstellungen spielen eine relevante Rolle bei der Erklärung weshalb bestimmte Länder gleichgeschlechtliche Partnerschaftsmodelle oder Ehen bereits früher und andere erst später oder noch gar nicht eingeführt haben. Dabei zeigte sich auf der Aggregatebene, dass sich Intoleranz gegenüber Lesben und Schwulen sowie der Besuch von Gottesdiensten verlangsamend auf die Legalisierung auswirken. Dies ist insofern interessant, als es scheinbar eher die Einstellungen konkreten Menschen gegenüber als die eher abstrakte Einstellung gegenüber Homosexualität als sozialer Praxis ist, die hier Wirkungen zeigt. In Bezug auf die Religiosität spielt offensichtlich auch die verhaltensbezogene Dimension (Gottesdienstbesuch) eine größere Rolle als die Einstellungsdimension (Wichtigkeit von Gott im eigenen Leben). Dies könnte dafür sprechen, dass insbesondere die von religiösen Autoritäten vertretenen, oftmals homosexuelle Partnerschaftsmodelle strikt ablehnenden Sichtweisen in den Ländern eine größere Rolle spielen, in denen ein größerer Prozentsatz noch Gottesdienste besucht (Halman und van Ingen 2015). Gleichzeitig zeigt die statistische Analyse, dass die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung, operationalisiert über verschiedene Abwandlungen des Schmidt-Index (Schmidt 2017), einen sehr starken Einfluss auf den Einführungszeitpunkt gleichgeschlechtlicher Partnerschaftsmodelle hat. Sofern christdemokratische, konservative und rechte Parteien gar nicht oder nur schwach im Kabinett vertreten sind, kommt es zu früheren Legalisierungen. Die von Fernandez und Lutter als zentral identifizierte Eingebundenheit in die Weltgemeinschaft erweist sich hingegen im Vergleich zu den zuvor genannten Faktoren, ähnlich wie auch institutionelle Kriterien oder Pfadabhängigkeiten, nicht mehr als besonders erklärungskräftige Determinante der Einführung gleichgeschlechtlicher Partnerschaftsmodelle.

An dieser Stelle zeigt sich, wie relevant Einstellungsmuster als wesentliches Themenfeld der politischen Soziologie auch für die Policy-Forschung sein können. Auch wenn die präsentierte Studie mit Länderdurchschnitten bei den zentralen unabhängigen Variablen (Religiosität und Homonegativität) und damit mit Aggregatdaten operiert, was eine Interpretation auf Individualebene aufgrund der ansonsten gegebenen Gefahr eines ökologischen Fehlschlusses unterminiert, hat sich der Zusammenhang zwischen Einstellungen der Bevölkerung und Einführung von Policies doch deutlich gezeigt. Welche kausalen Mechanismen hier vorherrschen ist damit jedoch noch nicht geklärt. Die Forschung hat hier bislang zwei Sichtweisen verfolgt.

Einerseits wurde untersucht, wie sich die Einstellungen der Bevölkerung in Bezug auf bestimmte Policies durch die von der Politik zur Verfügung gestellten Informationen bilden und eventuell auch gezielt beeinflussen lassen (Bachner und Hill 2014). Das Schlagwort „Framing“ – dem es weiterhin einer klaren Definition mangelt (Entman 1993; Iyengar 2010) – findet in diesem Bereich vielfach Anwendung. Dies gilt erstens wenn der Einfluss von (durch die Politik getroffenen) Aussagen auf die öffentliche Meinung anhand von Framing-Experimenten untersucht wird (Slothuus 2007; Wenzelburger und Hörisch 2016), aber auch wenn zweitens weitergehend der Politik ein strategisches Framing unterstellt wird (Helbling 2014; Marier und Mayer 2007) oder drittens Framing sogar zum Teil mit einer erfolgreichen, durch gezielte politische Kommunikation erreichten Veränderung der öffentlichen Meinung in Bezug auf bestimmte Policies gleichgesetzt wird (Elmelund-Praestekaer und Emmenegger 2013), obgleich diese Intentionalität in den seltensten Fällen Gegenstand einer empirischen Überprüfung ist, oder auch nur sein kann, wie König (2021) aufzeigt.

Andererseits wird in Policy-Studien vielfach auf die große Relevanz der Responsivität der Regierung für die Umsetzung der Politiken verwiesen. Dabei geht es um zwei Dinge: Erstens muss die Politik, um responsiv zu sein, denjenigen Themen ihr Augenmerk widmen, die von den Bürgerinnen und Bürgern, welche sie vertritt, für relevant gehalten werden und zweitens gilt es in der Folge die Präferenzen der Bevölkerung zu diesen Themen in Policies umzusetzen (Barberá et al. 2019, S. 885). Obgleich bereits länger bekannt ist, dass die Policy-Prioritäten der Politik und der Öffentlichkeit größtenteils kongruent sind (B. D. Jones und Baumgartner 2004) ist die Frage, wer letztlich als Agenda-Setter auftritt – die Öffentlichkeit oder die Politik – weiterhin nicht abschließend geklärt (Burstein 2003). Erste Ansätze Licht ins Dunkel dieser Fragestellung zu bringen leisten Barberá et al. (2019). In ihrer auf Twitter-Nachrichten basierenden Studie können sie zeigen, dass Kongressabgeordnete in den USA eher den öffentlichen Diskussionslinien folgen als diese Themen selbst zu setzen. Bezogen auf die Ergebnisse des hier präsentierten Artikels (Hildebrandt et al. 2017) kann damit eher angenommen werden, dass es die Einstellungen der Bevölkerung zum Thema der Homosexualität sowie deren religiöse Sichtweisen sind, die Auswirkungen auf die Einführung gleichgeschlechtlicher Partnerschaftsmodelle hatten.

2.2.4. Der Einfluss von Religiosität auf Einstellungsmuster zu moralischen Themen im Allgemeinen und Genderthemen im Speziellen (Art. 8)

Während in Artikel 7 unter anderem der Zusammenhang zwischen der durchschnittlichen Religiosität einer Gesellschaft und der im betreffenden Land eingeführten gesetzlichen Regelungen zu einer aus ethisch-moralischer Perspektive umstrittenen Policy wie der Ehe für Homosexuelle untersucht worden ist, handelt

es sich bei der Religiosität ebenfalls um eine Größe, die vielfach zur Erklärung individueller Einstellungsmuster herangezogen wurde (für einen Überblick vgl. Hood et al. 2018, S. 404–459). Dies gilt insbesondere wenn es sich dabei um Themen wie Schwangerschaftsabbruch (Adamczyk et al. 2020), Selbstmord (Saiz et al. 2021), Präimplantationsdiagnostik (Hichy et al. 2020), oder Sterbehilfe (Sabriseilabi und Williams 2022) handelt, zu denen vielfach sehr strikte und eindeutige offizielle Positionen von Religionsgemeinschaften vorliegen.

Artikel 8 (Hildebrandt und Jäckle 2020) geht der Frage nach, inwiefern der Entwicklungsstand einer Gesellschaft den Effekt von Religiosität auf solche moralische Fragestellungen moderiert. Denn während erstens, wie beschrieben, der generelle Einfluss der Religiosität auf moralische Einstellungsmuster bereits vielfach Gegenstand der Analyse war und hier somit gesicherte Erkenntnisse vorliegen, sowie zweitens ebenfalls bereits seit mehreren Jahren die empirische Evidenz eindeutig ist, dass ökonomische Entwicklung tolerante Einstellungen in Bezug auf moralische Themen fördert (Inglehart und Welzel 2005) war lange Zeit unklar, auf welche Weise die beiden Faktoren Entwicklung und Religiosität in Bezug auf Wertemuster und Einstellungen zu moralisch aufgeladenen Themen interagieren. Erstmals empirisch untersucht wurde dies von Gaskins, Golder und Siegel (2013). Die Autoren können dabei auf Basis von Einstellungsdaten aus dem World Value Survey zu Homosexualität, Schwangerschaftsabbruch, Scheidung, Sterbehilfe, Homosexualität und Selbstmord nicht nur zeigen, dass religiösere Personen weniger tolerant im Hinblick auf diese Themen sind, sondern insbesondere, dass dieser Effekt der Religiosität umso stärker ausgeprägt ist, je entwickelter ein Land ist. Mit fortschreitender Entwicklung schwinde zwar bei allen Menschen in einem Land, den säkularen wie den religiösen, tendenziell der soziale Konservatismus und sie werden toleranter, da dies jedoch bei den weniger religiös eingestellten Personen schneller vor sich geht, wachse mit fortschreitender Entwicklung der Abstand zwischen den beiden Gruppen in Bezug auf moralische Einstellungsmuster immer weiter an. Anders ausgedrückt, wachse mit der Entwicklung auch der soziale Konservatismus von religiösen Personen relativ im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt an, auch wenn sie absolut betrachtet ebenfalls tolerantere Einstellungen entwickeln (Gaskins et al. 2013, S. 1140). Diese Erkenntnis fügt sich nahtlos in die bereits erwähnte Debatte um Identitätspolitik, nach der es gerade in den höher entwickelten Staaten intensive gesellschaftliche Konflikte um moralische Themen, die auch vielfach eine religiöse Komponente aufweisen, gibt und die mittlerweile, zumindest teilweise, klassischerweise relevante politische Spaltungslinien wie links-rechts zu überdecken beginnt (Fukuyama 2018).

Gaskins, Golder und Siegel fokussierten allerdings ausschließlich auf die beiden Bereiche Sexualität/Partnerschaft und die Beendigung des Lebens. Andere Dimensionen, die für moralische Einstellungsfragen ebenfalls wichtig sind, betrachten sie hingegen nicht. Hier setzt Artikel 8 an, indem er – ebenfalls basierend auf Daten des World Value Survey (Welle 6) – neben den bei Gaskins et al. verwendeten Bereichen zusätzlich die zwei Moralbereiche der staatsbürgerlichen Moral sowie der Einstellung zu Gewalt untersucht. Während die statistischen Analysen bezogen auf die sexual-, bzw. partnerschaftsmoralischen Themen Homosexualität, Schwangerschaftsabbruch und Scheidung sowie in Bezug auf Selbstmord die Ergebnisse von Gas-

kins et al. untermauern (je höher der Entwicklungsstand, desto größer sind die Unterschiede zwischen religiösen und nicht-religiösen Personen in Bezug auf die Einstellungen zu diesen Themen), gilt dies nicht für die beiden anderen Moralbereiche. Weder im Bereich der staatsbürgerlichen Moral, wobei hier jeweils die Frage gestellt wurde, inwieweit Steuerbetrug, Diebstahl, Fahren ohne Fahrschein, das Annehmen von Bestechungsgeldern sowie die nicht rechtmäßige Inanspruchnahme von staatlichen Leistungen in Ordnung geht, noch bei den Einstellungen zu Gewalt (generelle Gewalt gegenüber anderen, Kinder bzw. Ehefrau schlagen) lässt sich eine solche größere Polarisierung in höher entwickelten Gesellschaften feststellen. Ganz im Gegenteil zeigt sich, dass auf einem niedrigeren Entwicklungsniveau religiöse Menschen dazu neigen, Gewalt und Verstöße gegen die bürgerliche Moral stärker zu missbilligen als säkulare Menschen. Auf höheren Entwicklungsniveaus vergrößert sich diese Kluft nicht, sondern sie verringert sich. In einigen Fällen, wie bei der Frage, ob es in Ordnung ist seine Ehefrau zu schlagen, dreht sich der Effekt der Religiosität sogar um. Während religiöse Personen in weniger entwickelten Ländern im Vergleich zu nicht-religiös eingestellten Personen es eher ablehnen Frauen zu schlagen, erhöht die Religiosität in hochentwickelten Ländern sogar die Bereitschaft hierzu. Entsprechend kann nicht generell davon ausgegangen werden, dass im Bereich moralischer Einstellungsmuster religiöse und nicht-religiöse Menschen sich mit steigendem Entwicklungsstand grundsätzlich in ihren Positionen voneinander entfernen, sondern es gilt hierbei auf die konkrete moralische Dimension zu achten.

2.2.5. Einstellungen zum Gendern in Deutschland (Art. 9)

Im letzten Artikel dieses Blocks (Jäckle 2022b) geht es um das Thema der sprachlichen Repräsentation der Geschlechter, kurz: um das Gendern. Dieses Thema hat sich in den letzten Jahren vermehrt zu einem Reizthema in der deutschen Gesellschaft entwickelt und ist auch für politische Parteien zu einem wichtigen Abgrenzungsmerkmal gegenüber den politischen Mitwettbewerbern geworden. Besonders interessant ist an dieser Stelle der Befund, dass sich Genderthemen zu einem der zentralen Motive der Identitätspolitik entwickelt haben. Fukuyama (2018) und andere argumentieren, dass Gruppen, die sich in ihrer selbstwahrgenommenen Identität innerhalb der Gesellschaft und auch von der Politik nicht ausreichend wahrgenommen sehen, verstärkt ihre (gefühlte) Benachteiligung als zentrales Moven ihrer politischen Betätigung ansehen. Diese Identitäten entstammen dabei nicht, wie noch bis in die 1990er Jahre in der politikwissenschaftlichen Forschung größtenteils argumentiert, v.a. ökonomischen Trennlinien (Arbeit vs. Kapital), sondern immer mehr sind es unterschiedliche Einstellungen zu soziokulturellen Fragen wie Einwanderung oder eben Genderthemen, die auch die politische Identitäten der Bevölkerung prägen (Hainmueller und Hopkins 2014). Materielle Fragen treten demzufolge gegenüber Fragen der Würde und der Anerkennung in den Hintergrund. Die Annahme, dass die Einstellungen zu Themen der Geschlechterungleichheit sich primär anhand der klassischen links-rechts Unterscheidung verorten ließen, wie es Evans (1993) diagnostizierte, ist der Einsicht gewichen, dass mittlerweile Genderthemen selbst zu zentralen ideologischen Unterscheidungskriterien für viele Parteien geworden sind. So zeigen empirische Arbeiten, dass insbesondere rechtsextreme und rechtspopulistische, aber teilweise auch konservative Parteien gelernt haben, dass sich mit dem Thema Gender die eigene Wählerbasis gut mobilisieren lässt (Abou-Chadi et al. 2021; Dietze und Roth 2020). Aber

auch bei Parteien aus dem eher linken bzw. sozialdemokratischen Parteienspektrum wächst die Salienz von Genderthemen zu Lasten der bislang dominanten ökonomischen Fragen (Hildebrandt und Jäckle 2021).

Diese Verschiebung bei der Frage, welche Themen die Parteien als besonders relevant ansehen, wird von der Wissenschaft dabei zum Teil durchaus kritisch betrachtet. So würde die gesellschaftspolitisch wichtige Frage der Geschlechtergerechtigkeit in einen von starken Emotionen geprägten, moralisierenden Diskurs verschoben, welcher auch autoritäre und diskriminierende Lösungsmuster hervorbrächte, was wiederum eine Gefährdung des Grundgerüsts liberaler Demokratien bedeuten würde (Jäckle 2022b, S. 472). Dies gelte für Staaten, die sich im Prozess der Demokratisierung befinden gleichermaßen wie für etablierte Demokratien (Kováts 2017; Krizsán und Roggeband 2021). Zudem zeigt sich teilweise ein sogenannter „gender backlash“, demzufolge politische Themen, die an sich nichts mit dem Thema Gender zu tun haben, von diesem überlagert werden – so hätten Männer, die sich aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert fühlen, überproportional häufig für den Brexit gestimmt (Green und Shorrocks 2021).

Das Thema der sprachlichen Repräsentation der Geschlechter stellt innerhalb dieses Rahmens – zumindest im deutschsprachigen Raum – eine wichtige Bezugsgröße für die Politik dar. Das liegt daran, dass es den Parteien durch die Art und Weise, wie sie sich zum Gendern aufstellen, einfach möglich ist, ihre Position im gesamten, identitätspolitisch stark aufgeladenen Themenkomplex Gender für die Wählerschaft schnell und leicht ersichtlich mitzuteilen. Die Frage ob Politiker einer Partei gendern und wenn ja auf welche Art und Weise, kann damit als *party cue* aufgefasst werden, ähnlich wie sich dies für die Geschlechteridentität im Bezug auf Transpersonen in der Politik bereits gezeigt hat (P. E. Jones und Brewer 2019). Diese sichtbaren Parteipositionen zum Thema Gendern können somit als Heuristiken dienen, anhand derer Einstellungsmuster innerhalb der Bevölkerung gebildet und insbesondere mit geringem Aufwand bestätigt werden können, sofern bereits gewisse Voransichten latent vorhanden sind (Bullock 2020). Die aktuelle Forschung zum Thema *party cues* ist sich zwar nicht einig wie stark deren Auswirkungen auf die öffentliche Meinung wirklich sind (Nordø 2021) und auch eine umgekehrte Kausalität ist hier durchaus vorstellbar, nach der sich die Parteien in ihren Positionen primär von der öffentlichen Meinung zum Thema Gendern leiten lassen. An der Annahme eines gewissen Zusammenhangs zwischen den Positionen, die die Parteien einnehmen und denen ihrer Anhänger gibt es hingegen keinerlei Grund zu zweifeln.

Das Thema Gender als solches hat innerhalb der politischen Debatte in den letzten Jahren eindeutig an Einfluss gewonnen, wie auch eine Datenanalyse des Tagesspiegels zeigt. Anhand von Facebook-Posts und Twitterkommentaren können die Autoren zeigen, dass der Begriff „Gender“ zu Beginn des betrachteten Zeitraums im Jahr 2017 v.a. von den Grünen und Linken im Zusammenhang mit ökonomischen Ungleichheitsverhältnissen („Gender-Paygap“, „Gender-Equality“) verwendet wurde, während er seit 2018 zunehmend v.a. von der AfD im Zusammenhang mit kulturellen und sprachlichen Themen in einer abwertenden Art und Weise gebraucht wird (z.B. „Gender-Gaga“, „Gender-Wahn“, „Gender-Sprache“). Auch Politiker der Union und der Linken haben im Bundestagswahlkampf 2021 begonnen verstärkt den Begriff „Gender“ in ihren Social Media Posts zu nutzen. Gesellschaftlich progressivere Parteien, wie FDP oder Grüne adres-

sieren zwar hingegen geschlechterpolitische Themen, vermeiden es dabei aber vielfach den Begriff „Gender“ zu gebrauchen (Barthels et al. 2021). Im Vorfeld der Bundestagswahl nahm dann auch die aktive Nutzung des Gendersterns bei Linken und SPD ab, was sowohl im Einklang zu innerparteilichen Debatten zum Thema Gendern und Identitätspolitik allgemein steht¹⁹, als auch als Versuch gewertet werden kann, denjenigen Teil der eigenen Wählerschaft nicht zu verschrecken, der gegenderte Schreibweisen ablehnt (Barthels et al. 2021).

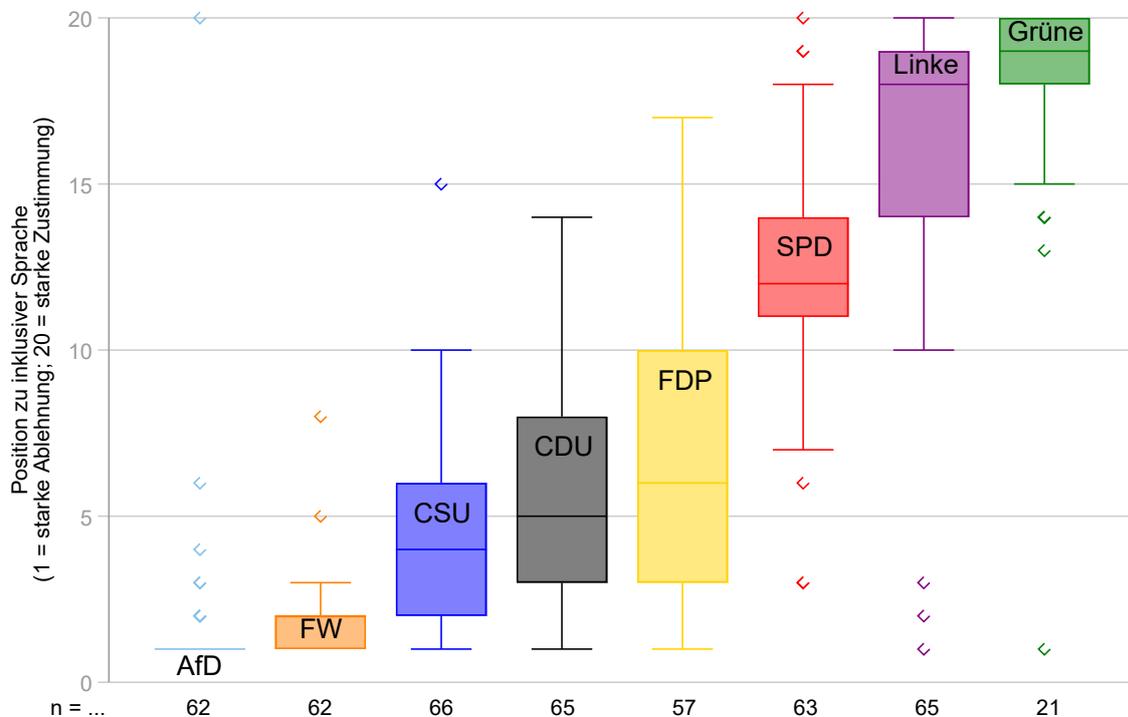
Daneben gab es jedoch auch Politiker, die das Thema Gendern ganz gezielt im Wahlkampf auf die Agenda setzten: Beispielsweise Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Kerstin Prien, die im September 2021 einen Erlass an Schulen verschickte, wonach das „Gendersternchen oder auch der Gender-Unterstrich nicht zum Regelwerk zur Erlangung der deutschen Rechtschreibung gehört“ (NDR 2021), der Hamburger CDU-Vorsitzende Christoph Ploß, der ein Genderverbot für staatliche Einrichtungen forderte (Lauterbach 2021) – was laute Kritik aus FDP und SPD nach sich zog (Teevs et al. 2021) – oder auch der FDP Vizeparteichef Wolfgang Kubicki, der davor warnte die Menschen durch Sprachvorgaben erziehen zu wollen (Ronzheimer 2021). Annalena Baerbock positionierte sich als Kanzlerkandidatin vor der Wahl ebenfalls eindeutig im Hinblick auf eine gendergerechte Sprache, gerade auch in Gesetzestexten: „Ich will Politik für alle Menschen machen und das bedeutet, auch alle mit anzusprechen – und nicht nur mitzumeinen“ (Haselberger et al. 2021). Insofern überrascht es nicht, dass von den Medien zum Teil der „Wahlkampf als Sprachkampf“ (Ortmann 2021) ausgerufen und „Gendern als Wahlkampfthema“ („Gendern als Wahlkampfthema“ 2021) intensiv beleuchtet wurde. Im zweiten Triell der drei Kanzlerkandidaten spielte die Frage der geschlechtergerechten Sprache ebenfalls eine Rolle, allerdings vermieden es Scholz, Baerbock und Laschet sich klar pro oder contra Gendern zu positionieren. Einzig einen Zwang zu Gendern für das einzelne Individuum lehnten alle drei ab (Jäckle 2022b, S. 475).

Die Tatsache, dass die drei Kanzlerkandidaten sich nicht eindeutig in Bezug auf das Gendern festlegen wollten mag auch daran liegen, dass trotz bestimmter Präferenzen innerhalb des jeweiligen Parteiestablishments nicht ganz klar ist, wie die eigene Wählerschaft wirklich zu diesem Thema steht, ob sich also eine wie auch immer geartete Positionierung positiv auf die Wahlchancen auswirken könnte. Auch Parteiexperten sind sich zum Teil nicht einig, wenn sie danach gefragt werden, welche Position eine Partei zum Thema Gendern einnimmt. Dieser Befund lässt sich zumindest aus den Ergebnissen des 2021 durchgeführten *Open Expert Survey* (Jankowski et al. 2021) ziehen, die in **Abbildung 14** dargestellt sind. Einerseits gehen fast alle Experten davon aus, dass die AfD eine inklusive Sprache vehement ablehnt, ähnlich wie die Freien Wähler. Daneben zeigen sich bei den anderen Parteien deutliche Unterschiede, die größtenteils einer gedachten konservativ-progressiv-Achse folgen. Gleichzeitig ist die gefundene Varianz der Einschätzungen beachtlich.

¹⁹ Exemplarisch sei hier an die Kritik an der „linken Identitätspolitik“ durch den ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (Berliner Zeitung 2021), sowie das Buch „Die Selbstgerechten“ (Wagenknecht 2021) von Sarah Wagenknecht erinnert, in dem sie das Dilemma der Linken unter anderem an einer Fokussierung auf Themen wie dem Gendern festmacht, die nur noch eine akademisch-gebildete Lifestyle-Linke interessiert: „Wer sich auf den Genderstern konzentriert statt auf Chancengleichheit und dabei Kultur und Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerungsmehrheit vernachlässigt, arbeitet der politischen Rechten in die Hände“ (Wagenknecht 2021, Klappentext).

Dies gilt insbesondere für die FDP, die SPD und die Linke, die von den Experten in Bezug auf ihre Positionierung zum Thema Gendern verhältnismäßig uneinheitlich bewertet werden.

Abbildung 14: Experteneinschätzung der Parteiposition zum Thema Gendern



Anmerkung: eigene Darstellung auf Basis der Daten des *Open Expert Survey*. Exakte Frage: „Um verschiedene Geschlechter sichtbar zu machen, wird in der öffentlichen Verwaltung und in den Medien eine inklusive Sprache und Schreibweise, zum Beispiel das sogenannte Gender-Sternchen verwendet. Welche Positionen vertreten Ihrer Meinung nach die Parteien dazu? 1 = Mit der männlichen Sprachform werden alle Geschlechter angesprochen, andere Sprachformen sind weder grammatikalisch richtig, noch nötig; 20 = Es soll eine möglichst inklusive Sprache und Schreibweise verwendet werden.“

Eine weitere Option die Positionen der Parteien zum Thema Gendern zu untersuchen, bietet ein Blick in deren Wahlprogramme. Dies stellt auch den ersten Teil der empirischen Analyse im vorliegenden Artikel dar. Besonders deutlich von den anderen größeren Parteien hebt sich die AfD ab. Sie ist zum einen neben den Kleinparteien dieBasis und Team Todenhöfer die einzige Partei, die durchgehend in ihrem Wahlprogramm auf das generische Maskulin setzt.²⁰ Zum anderen kommt der Begriff „Gender“ im Wahlprogramm der AfD mit 13 Erwähnungen am häufigsten von allen Parteien vor (Grüne 11x, Linke 6x, SPD und FDP 1x, Union 0x) und wird dabei ausschließlich negativ konnotiert als mit biologischen Erkenntnissen nicht kompatible Ideologie verstanden („Genderwahn“), die mit der deutschen Kultur nicht vereinbar sei (AfD 2021, S. 113, 154). Dieser deutliche Fokus auf kulturelle Aspekte bei der Nutzung des Gender-Begriffs unterscheidet die AfD von allen anderen Parteien. Bei Grünen und Linken (aber auch bei der einen Nennung der FDP) wird zumeist auf ökonomische oder soziale Ungleichheiten angespielt („Gender-Pay-Gap“,

²⁰ Im gesamten Wahlprogramm der AfD wird nur in einem einzigen Zusammenhang überhaupt die weibliche Form verwendet: „Das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen soll im Öffentlichen Dienst generell nicht gestattet und in öffentlichen Schulen weder von Lehrerinnen noch Schülerinnen getragen werden“ (AfD 2021, S. 86).

„Gender-Data-Gap“, „Gender-Care-Gap“) oder auf Möglichkeiten diese zu überwinden verwiesen („Gender-Budgeting“, „Gender-Check“ von Gesetzen, „gendergerechte Klimapolitik“) (Bündnis 90/Die Grünen 2021; Die Linke 2021; FDP 2021). Eine Verwendung des Begriffs auf einer eher kulturell-identitätspolitischen Ebene findet sich nur zwei Mal und zwar einerseits bei der Linken: „All genders are beautiful“ (Die Linke 2021, S. 101) und andererseits bei der SPD: „Es gilt auf allen Ebenen der Anti-Gender-Bewegung entgegenzutreten“ (SPD 2021, S. 63). Bei der Union wird der Begriff „Gender“ hingegen gar nicht verwendet (CDU/CSU 2021).

In Bezug auf die Frage nach geschlechtergerechter Sprache sind die Unterschiede zwischen den Wahlprogrammen ebenfalls deutlich. Neben Volt, die als einzige Partei explizit ihrem Wahlprogramm einen Absatz zur eigenen Nutzung diskriminierungssensibler Sprache voranstellt und dem Thema damit eine besondere Bedeutung beimisst (Volt 2021), nutzen auch die SPD, die Grünen, die Linke, die Tierschutzpartei und die Freien Wähler den Genderstern. Die Union, FDP, Piraten und die ÖDP verwenden zumeist die Doppelnennung (z.B. Bürgerinnen und Bürger). Das Thema Gendern konkret findet sich nur bei wenigen Parteien in ihren Programmen. Einerseits ist hier erneut die AfD zu nennen, die mit Aussagen wie die „sogenannte ‚gendergerechte Sprache‘ ist eine groteske Verunstaltung der deutschen Sprache. Sie schafft keine Gleichberechtigung“ oder „Politisch korrekte Sprachvorgaben zur Durchsetzung der Gender-Ideologie lehnen wir ab“ (AfD 2021, S. 159, 154) sich eindeutig gegen das Gendern positioniert. Zum anderen die Linke: „Wir treten für eine diskriminierungsfreie Sprache ein, die der Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identitäten gerecht wird.“ (Die Linke 2021, S. 107). Alle anderen Parteien äußern sich zum Thema Gendern nicht explizit und auch zum allgemeineren Thema Sprache vielfach gar nicht (SPD, FDP, Grüne) oder nur sehr allgemein wie bei der Union: „Die deutsche Sprache ist ein besonders wichtiger Teil unserer Identität.“ (CDU/CSU 2021, S. 136). Dies ist insofern durchaus interessant, als weder die Grünen, als die Partei, die gemeinhin besonders stark mit der Forderung zu Gendern in Verbindung gebracht werden, noch die Union, innerhalb der immer wieder Forderungen nach Genderverboten (vgl. Christoph Ploß) laut wurden, der Thematik eine so große Relevanz beimessen, als dass sie sich hierzu offiziell in ihren Wahlprogrammen einlassen wollten.

Der vorliegende Artikel fokussiert auf die Frage, welche Position die deutsche Bevölkerung zum Thema Gendern hat und inwiefern die Einstellungen hierzu mit politisch-ideologischen Sichtweisen korrelieren. Konkret testet er, ob die Parteineigung sowie die generelle politische Selbstpositionierung auf links-rechts sowie GAL/TAN-Skalen, aber auch die Einstellung gegenüber staatlichen Eingriffen und Regulierungen mit der Präferenz für generisches Maskulin auf der einen oder Genderstern auf der anderen Seite zusammenhängen. Dies ist insofern innovativ, als bisherige Arbeiten zum Gendern vielfach aus linguistischer Perspektive Fragen wie die Anwendbarkeit geschlechtergerechter Sprache in verschiedenen Kontexten (Kotthoff 2020), ihre Verständlichkeit (Friedrich und Heise 2019) sowie Auswirkungen auf Ansichten der Rezipienten (Formanowicz et al. 2013, 2015) oder auch aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive die Nutzung des Gendersterns diskutieren (Stöber 2021), die Akzeptanz in der Bevölkerung dabei aber nur selten im Fokus steht und v.a. zumeist nicht systematisch im Hinblick auf mögliche Erklärungsfaktoren

untersucht wird. So zeigen Steiger und Irmen (2007) zwar, dass in Rechtstexten v.a. neutrale Formulierungen vielfach große Akzeptanz finden und auch als angemessener bewertet werden als Doppelnennungen oder das generische Maskulinum und Adler und Plewnia (2019) kommen anhand einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Deutsche Sprache, die auf Basis des Sozioökonomischen Panels 2017/18 durchgeführt wurde, zu dem Befund, dass die Partizipialform „Studierende“ noch positiver bewertet wird, als die Doppelnennung (Studentinnen und Studenten) oder das generische Maskulinum. Über diese ersten deskriptiven Ergebnisse hinaus, liefern diese Analysen aber wenig mögliche Erklärungen für die vorgefundene Varianz der Einstellungsmuster zum Thema Gendern. Daneben wird das Thema zwar immer wieder auch von den Medien und Meinungsforschungsinstituten aufgegriffen (Infratest dimap 2021; Michaux et al. 2021; ZDF-heute 2021), aber auch bei diesen Umfragen wird über Auswertungen, die rein bivariat Unterschiede zwischen soziodemographischen Gruppen (Männer/Frauen, Alte/Junge) betrachten, keine weiterführenden Erklärungsmuster für die in der Bevölkerung ersichtlichen unterschiedlichen Standpunkte zum Thema Gendern geliefert, oder dies auch nur angestrebt. Dies ist der Ausgangspunkt für Artikel 9 (Jäckle 2022b).

Dieser fokussiert dabei auf eine der aktuell am häufigsten genutzten Varianten, um in Texten die unterschiedlichen Geschlechter sprachlich sichtbar zu machen: den Genderstern. Der Artikel greift auf eine Politikpanel Umfrage aus dem Juli/August 2021 mit mehr als 10.000 Teilnehmenden zurück (Wagschal und Jäckle 2021), in der es um unterschiedliche politische Fragen ging (u.a. die Einschätzung der Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl oder Fragen des Klimaschutzes), aber nicht um das Thema Gendern. Ein großes Problem bisheriger Umfragen zu dem Thema ist nämlich, dass die Befragten in aller Regel sehr direkt und explizit gefragt werden, wie sie eine bestimmte gegenderte Schreibweise beurteilen, welche Schreibweise sie selbst gewählt hätten oder wie sie grundsätzlich zu geschlechtergerechter Sprache stehen (z.B. Adler und Plewnia 2019; Infratest dimap 2021; MDR 2021). Angesichts der großen Emotionalität in der öffentlichen Debatte, kann eine solche direkte Fragestellung jedoch zu einem durch soziale Erwünschtheit verzerrten Antwortverhalten führen. Zudem ist durchaus denkbar, dass Personen, obgleich sie rationalen Argumenten der Befürworter einer gegenderten Schreibweise zugänglich sind, ihr eigenes Verhalten, was die aktive Nutzung der Sprache anbelangt, nicht entsprechend anpassen. Daher wählt der vorliegende Artikel eine andere Option zur Abfrage der Gender-Akzeptanz. Vor Start der eigentlichen Online-Umfrage wurden die Teilnehmer gefragt, in welcher sprachlichen Form sie die Befragung präsentiert bekommen wollen. Sie hatten dabei die Auswahl zwischen dem Genderstern („Lehrer*innen“) und dem Generischen Maskulinum (beschrieben als „nicht gegendert, Lehrer“ um den Fachterminus Generisches Maskulinum zu vermeiden). Auf diese Weise kann die wirkliche, intrinsische Einstellung der Befragten zum Thema Gendern abgefragt werden, ohne, wie es bei einer direkten Fragestellung gar nicht anders möglich wäre, vorab ein Priming zu setzen. Die eigentliche Umfrage wurde den Befragten dann in der von ihnen ausgewählten sprachlichen Version präsentiert. Diese Versuchsanordnung gewährleistet, dass die angegeben Präferenz für oder gegen Genderstern von äußeren Faktoren maximal unbeeinflusst ist (Jäckle 2022b, S. 482). Zudem kann davon ausgegangen werden, dass der „Aufwand“ für die Befragten im Vergleich zu einer aktiven Nutzung (beim Sprechen oder in Texten) beim Lesen einer Umfrage minimal ist und Personen, die sich für das Gendern aussprechen in der Umfrage auch mit sehr großer Sicherheit die gegenderte Variante auswählen.

Die statistische Analyse, bei der vorab fehlende Werte durch multiple Imputation mittels Kettengleichung (MICE) ersetzt wurden, kommt zu dem Befund, dass es zwar Unterschiede zwischen den Parteianhängern in der Genderpräferenz gibt – mit der erwartbaren Zustimmung bei Grünen und Ablehnung bei der AfD – diese Parteeffekte jedoch unter Kontrolle auf weitere, grundlegendere politisch-ideologische Einstellungsmuster fast gänzlich verschwinden. Personen, die sich weiter politisch links und im grün-alternativ-liberalen Spektrum verorten, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit, die Variante mit Genderstern zu wählen. Noch stärker ist allerdings der Effekt der Frage, wie man zu staatlichen Eingriffen steht. Diejenigen, die solch einer Regulierung generell positiv gegenüberstehen, wählen mit weitem Abstand deutlich häufiger die Genderstern-Variante der Umfrage. Die politisch-ideologischen Ansichten erweisen sich zudem unter Kontrolle von Alter, Geschlecht, Bildungsstatus, Einkommenssituation und Wohnort als die erklärungskräftigsten Faktoren für die Akzeptanz des Gendersterns. Dieser Befund ist in zweierlei Hinsicht interessant. Erstens erscheint die Frage nach dem Gendern damit als stark politisch bedingt, im Sinne von Fukuyama könnte man auch sagen, dass hierbei offensichtlich „tief liegende identitätspolitische Einstellungsmuster aktiviert werden“ (Jäckle 2022b, S. 493), was wiederum dafür spricht, dass das Thema in Zukunft die politische Debatte in Deutschland auf Grund seines großen Emotionalisierungs- und Konfliktpotenzials prägen dürfte, wie dies andere identitätspolitische Themen bereits tun (Abou-Chadi und Wagner 2020; Hildebrandt und Jäckle 2021).²¹ Auch erscheint eine primär unter linguistischer bzw. kommunikationswissenschaftlicher Ägide betriebene Forschung zum Thema Gendern damit als nicht ausreichend. Zweitens weist der Befund aber auch auf eine Lücke in der bisherigen politikwissenschaftlichen Forschung hin. Während sich die Parteien- und Extremismusforschung in den letzten Jahren vermehrt der Politisierung von Genderthemen gewidmet hat (Abou-Chadi et al. 2021; Coffé 2018; Graff und Korolczuk 2021; Kováts 2017) fehlt es bislang an Arbeiten, die sich dem Zusammenhang zwischen Einstellungen zum Thema Gender in der Bevölkerung und den Parteipositionen widmen. Dabei wäre es sinnvoll der auch in diesem Artikel ausgeklammerten Frage nachzugehen, in welche Richtung hier eine Beeinflussung stattfindet. Sind es die Parteien, die durch ihre Positionen im Sinne von *party cues* die Einstellungen der Bürger prägen, oder greifen die Parteien einfach nur die in der Gesellschaft sowieso bereits vorhandenen Ansichten auf, um ihre eigene Wählerbasis möglichst gut zu repräsentieren? Auch wenn der Befund dieses Artikels, dass grundlegende politisch-ideologische Einstellungsmuster wichtiger für die Einstellung zum Genderstern sind als die konkrete Parteipräferenz, eher für letztere Kausalrichtung spricht, erscheint hier weitere empirische Arbeit zweifellos als notwendig.

²¹ Die sich im Nachgang einer in der FAZ erschienenen Besprechung des Artikels (Behr 2023) entsponnene Debatte auf Twitter zeigte im April 2023 beispielhaft, welche Relevanz dieses Thema augenscheinlich für viele Personen hat und mit welcher emotionalen Vehemenz hier argumentiert wird.

2.3. Block 3: Politische Gewalt

In der Politik geht es immer um die Durchsetzung, Beilegung oder Verregelung voneinander abweichender Interessen und damit um Konflikte zwischen unterschiedlichen Akteuren, seien es einzelne Individuen, gesellschaftliche Gruppen oder Staaten. Mit der Covid-19 Pandemie und Gender- bzw. Sexualitätsfragen wurden in den beiden vorangegangenen Kapiteln zwei inhaltliche Themenblöcke behandelt, die in der letzten Zeit – zumindest in Deutschland – ein großes Konfliktpotenzial bewiesen haben. In diesem dritten Block der Arbeit wird nun auf einen bestimmten Modus des Konfliktaustrags fokussiert, nämlich die Gewalt.

Gewalt kann dabei als eines der zentralsten Elemente menschlichen Zusammenlebens gelten (Walby 2018). Sie findet sich im persönlichen Umfeld innerhalb der Familie im Rahmen häuslicher Gewalt, ebenso wie im hierarchischen Machtverhältnis zwischen Untertanen und Herrscher, bzw. Bürger und Staat und auch auf internationaler Ebene bei Kriegen zwischen Staaten. Die Vorstellung einer komplett gewaltlosen Gesellschaft ist damit so weit von der Realität entfernt, dass sie als utopisch zu bezeichnen ist. Gleichwohl wird selbst in den von Morus oder Campanella gezeichneten Idealstaaten Gewalt durchaus ein nicht unwichtiger Platz eingeräumt – diese politisch-gesellschaftlichen Utopien beschreiben damit keineswegs einen gewaltfreien Zustand.²² Und auch Gandhi als der wohl wirkungsmächtigste Vertreter einer metaphysischen und ethischen Gewaltlosigkeit sieht eine gewaltfreie Gesellschaft nur unter bestimmten Bedingungen als potenziell möglich an. Zunächst dürfte es keine technisierte Gesellschaft sein, sondern eine landwirtschaftlich geprägte, da technologischer Fortschritt mit Ausbeutung von Menschen, der Entwicklung immer tödlicher Waffensysteme und dem Verlust des Respekts vor der menschlichen Arbeitskraft und damit vor der Person selbst einherginge (Rao 1974, S. 41–44). Eine solche bäuerliche Gemeinschaft könne zudem nur gewaltlos sein, wenn sie klein sei, in selbstgewählter Armut lebe, wirtschaftlich autark sich selbst versorgen würde und politisch dezentral, d.h. nicht staatlich organisiert in Form einer „enlightened anarchy“ (Rao 1974, S. 44) existiere. Mit den Realitäten eines modernen Staatswesens ist ein solcher Gesellschaftsentwurf sicherlich nicht kompatibel.

Auch wenn die Forschung zeigen konnte, dass die Entstehung nicht gewaltförmiger Kampagnen zur Durchsetzung politischer Ziele mit einer verstärkten Einbindung in die Weltgemeinschaft zunimmt und gleichzeitig das Auftreten von gewaltsam vorgehenden Kampagnen unwahrscheinlicher wird (Karakaya 2018), was letztlich einen Erfolgsvorteil des nicht gewalttätigen Widerstands, im Vergleich zur bewaffneten Alternative bedeuten würde, zeigen sich in der Praxis doch auch klare Grenzen für die Wirkung der Gewaltlosigkeit (Pischedda 2020). Gewalt in den Blick der sozialwissenschaftlichen Forschung zu nehmen ist somit naheliegend.

²² Bei Campanella steht beispielsweise auf wiederholte Sodomie die Todesstrafe (Campanella 2016, S. 16), in Morus Utopia gibt es Sklaverei und die Utopier würden Kriege gegen andere Reiche auch nicht nur zu Verteidigungszwecken führen (Avineri 1962).

Klassische, soziologische und politikwissenschaftliche Theoretiker wie Marx und Engels²³, Weber²⁴ oder Arendt²⁵ haben sich intensiv mit Gewalt als gesellschaftlichem Phänomen beschäftigt – oftmals in Abgrenzung zu Macht, Herrschaft und Unterdrückung. Die weitere sozialwissenschaftliche Forschung zu Gewalt wurde dann v.a. von zwei Disziplinen vorangetrieben: einerseits der Kriminologie, die Gewalt im zwischenmenschlichen Kontext analysiert, sowie den internationalen Beziehungen und Sicherheitsstudien, die Gewalt in Form von kriegerischen Auseinandersetzungen untersuchen (Walby 2013, S. 96). Durch diesen disziplinbezogenen Fokus wurden bestimmte Aspekte von Gewalt jedoch nur unzureichend sozialwissenschaftlich beleuchtet. Erst dadurch, dass in den letzten etwa 20 Jahren verstärkt Belange von Frauen, Minderheiten und Menschen aus dem globalen Süden in den Blick der Sozialwissenschaften gerückt sind, hat sich auch das Verständnis dessen verändert, was als Gewalt zu werten ist und entsprechend untersucht werden sollte. Hierdurch wurden bestimmte Typen von Gewalt erstmals systematisch einer wissenschaftlichen Untersuchung zugeführt und damit vielfach erst überhaupt sichtbar gemacht. Dies gilt beispielsweise für Femizide, Vergewaltigungen als Kriegsverbrechen, oder *Hate Crimes* (für einen ausführlichen Literaturüberblick siehe Walby 2013, S. 98–99). Die Anwendung dieses breiteren Verständnisses von Gewalt in den Sozialwissenschaften führte dort auch zum Teil zu substantiellen Umdenkprozessen. So ließen sich die bis dato relativ unbestrittene Annahme, dass der Grad an Gewalt mit fortschreitender Modernisierung einer Gesellschaft abnehme (Elias 2010), oder die klassische Vorstellung davon, was einen Krieg auszeichnet, im Angesicht dieser weiteren Gewaltformen nicht mehr aufrechterhalten (Münkler 2002).

Gewalt kann somit unterschiedlich breit aufgefasst werden. Während Foucault Gewalt eng als physischen Akt gegenüber Körpern oder Dingen definiert (Foucault 1982, S. 789) legte der Friedensforscher Galtung eine sehr weitreichende Definition von Gewalt vor:

„violence is present when human beings are being influenced so that their actual somatic and mental realizations are below their potential realizations“ (Galtung 1969, S. 168).

Gewalt stellt seiner Theorie zufolge den Grund für die Differenz zwischen dem was sein könnte (Potenzial) und dem was real ist dar. An einem Beispiel macht er klar, was das bedeutet. Während der Tod eines Menschen im 18. Jahrhundert in Folge einer Tuberkuloseerkrankung aufgrund der damals nicht vorhandenen Behandlungsmöglichkeiten als unvermeidbar zu betrachten sei und damit keinen Gewaltzustand dargestellt hätte, müsste man in der heutigen Zeit, in der diese Krankheit medizinisch heilbar ist, einen solchen Tod als Ausdruck einer Verhinderung des Potenzials der betreffenden Person und damit als Gewalt betrachten

²³ „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“ (Marx und Engels 1848, 3).

²⁴ „Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche [...] das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht“ (Weber 1992, 6).

²⁵ „Violence can always destroy power; out of the barrel of a gun grows the most effective command, resulting in the most instant and perfect obedience. What never can grow out of it is power“ (Arendt 1969, S. 53).

(Galtung 1969, S. 168). Diese Sichtweise führt Galtung dazu, Gewalt anhand von fünf zentralen Dimensionen zu typologisieren (Galtung 1969, S. 169–172):²⁶

- 1) der Unterschied zwischen physischer und psychischer Gewalt;
- 2) die Frage, ob es eine Person/ein Objekt gibt, welche/s durch die Gewalt verletzt wird;
- 3) die Frage ob es ein Subjekt gibt, das die Gewalt ausübt (direkte, persönliche Gewalt) oder ob kein solcher Akteur vorhanden ist (strukturelle, indirekte Gewalt);
- 4) dem Unterschied zwischen intendierter und nicht intendierter Gewalt;
- 5) dem Unterschied zwischen observierbarer, manifester Gewalt und latenter Gewalt. Mit letzterer meint Galtung die Situation eines leicht kippenden Gleichgewichts, in der zwar aktuell noch keine Gewalt sichtbar ist, die aber in jedem Moment in einen solchen Zustand wechseln könnte.

Die Unterscheidung zwischen direkter, persönlich ausgeübter Gewalt und struktureller Gewalt stellt für Galtung dabei die grundlegendste Unterscheidungsdimension dar. Während erstere präziser ist, da sie aktiv genutzt und auch als solche von Opfern erfahren wird – und dabei einer starken zeitlichen Fluktuation unterliegt (Phasen hoher persönlicher Gewaltintensität wechseln sich mit solchen geringerer Intensität relativ rasch ab) – ist die strukturelle Gewalt per definitionem stärker statischer Natur und damit in den Köpfen der Menschen weniger präsent (Galtung 1969, S. 173–174). Sie stellt gewissermaßen die immer vorhandenen Hintergrundgeräusche der Gewaltsamkeit dar, die die Menschen an der Realisierung ihrer Potenziale behindern. Sie ist dabei aber vielfach nicht weniger gewaltsam in Bezug auf ihre Konsequenzen als direkte, persönliche Gewalt. Als weitere Gewaltart neben der direkten und der strukturellen Gewalt führt Galtung später noch die kulturelle Gewalt ein, die eingebaut in den symbolischen Bereich unserer Gesellschaften (Religion, Ideologie, Kunst, Wissenschaften) als Legitimierung für die beiden erstgenannten Formen von Gewalt dienen könne. Die von den Nationalsozialisten vertretene Ideologie eines Herrenvolks, aus der Gewalt gegenüber anderen, entsprechend dieser Sichtweise minderwertigen Outgroups, geradezu als logische Konsequenz erwächst, wäre ein besonders ausgeprägtes Beispiel einer solchen, kulturellen Gewalt (Galtung 1990).

Auch wenn Galtungs Gewaltbegriff, insbesondere durch die Integration der strukturellen Gewalt, die sozialwissenschaftliche Forschung beispielsweise in der kritischen Friedensforschung und bei der Analyse des auf Imperialismus und Kolonialismus fußenden Nord-Süd-Konflikts nachhaltig geprägt hat (z.B. Senghaas und Galtung 1987), so gibt es doch deutliche Kritik an seiner sehr breiten Gewaltdefinition. So bleibe Dieter Nohlen zufolge der Begriff der strukturellen Gewalt bei Galtung inhaltlich fließend, was einer präziseren Operationalisierung entgegensteht. Einzig „in seinen [Galtungs S] Wertprämissen [würde er] Halt gewinnen“ (Nohlen 2004, S. 948).²⁷ Die Galtungsche Gewaltdefinition würde vielfach v.a. aus dem Linken, neomarxis-

²⁶ Mit der Unterscheidung zwischen Bestrafung und Belohnung, die beides Möglichkeiten der Einflussnahme auf Menschen darstellen und beide deren Möglichkeiten ihre Potenziale auszuschöpfen negativ bedingen können, nennt Galtung noch eine sechste Dimension, die er im Weiteren allerdings nicht weiter verfolgt (Galtung 1969, S. 170).

²⁷ Nohlen fasst den seiner Meinung nach von Galtung unzureichend wissenschaftlich explizierten Kern der strukturellen Gewalt folgendermaßen zusammen: sie „ist schlecht, gehört bewußt gemacht und überwunden“ (Nohlen 2004, S. 948).

tischen politischen Spektrum heraus ideologisch aufgeladen verwendet und liefere für die konkrete Erklärung von Situationen menschlichen Leids – beispielsweise für die Analyse der menschengemachten Ursachen von Epidemien – keinen Mehrwert (Hirschfeld 2017).²⁸ Zudem biete die Theorie Galtungs das Fundament dafür, dass soziale Ungerechtigkeiten, verstanden im Sinne von struktureller Gewalt, als Rechtfertigung für Gegengewalt herangezogen würden (Isensee 1983, S. 19). Problematisch aus der Perspektive der empirischen Wissenschaft, aus der heraus auch diese Arbeit verfasst wurde, ist darüber hinaus, dass es kompliziert werden dürfte, das Grundkonzept der Beeinflussung von Menschen, so dass ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potentielle Verwirklichung, auch nur ansatzweise sinnvoll zu operationalisieren (A. Fuchs 1992). Entsprechend dieser Überlegungen wird im Folgenden zwar eine um die psychische Komponente von Gewalt erweiterte Definition genutzt, Gewalt wird dabei allerdings nicht im strukturellen Sinne nach Galtung verstanden, sondern primär als direkte Beeinflussung, bei der sowohl Subjekt als auch Objekt klar benennbar sind.

Konkret geht es zudem ausschließlich um politische Gewalt. In welcher Form diese ausgeübt wird, ist dabei nachrangig: von direkter Benachteiligung einzelner Personen(gruppen), beispielsweise im ökonomischen Sinne, über Zerstörung, Beschädigung und Sabotage materieller Güter und öffentlicher Infrastruktur, die Ausübung von Zwang, bis hin zu Anschlägen auf die psychische oder physische Gesundheit von Menschen lassen sich viele verschiedene Formen der Ausübung politischer Gewalt unterscheiden. Gleich ist all diesen Gewaltformen jedoch der Fokus darauf, bestimmte Adressaten durch den Gewaltakt aktiv im Sinne eines politischen, sozialen oder kulturellen Wandels zu beeinflussen (Bosi und Malthaner 2015, S. 439). Politische Gewalt ist dementsprechend kein Selbstzweck, sondern stets mit einer klaren Agenda verbunden. Die Frage, von wem und wie diese hinter der Gewalt stehenden Ziele normativ beurteilt werden, determiniert dabei welche Begrifflichkeiten zur Beschreibung dieser Gewaltformen herangezogen werden. Handelt es sich um Terrorismus, Freiheitskampf oder gerechtfertigten Widerstand gegenüber einem übergriffigen Staatsapparat? Auch die Frage, wie Gewalt anwendende Akteure diese vor sich selbst rechtfertigen, aber auch nach außen legitimieren, ist im Kern eine Frage, mit der sich die politische Soziologie auseinandersetzt (Apter 1997). Obgleich in diesem Block eine Definition von politischer Gewalt verwendet werden soll, die auch psychische Gewalt umschließt – und sich Artikel 15 (Bauschke und Jäckle 2023) mit Online Hate-Speech einem aktuellen Beispiel psychischer Gewaltsamkeit widmet, liegt das Hauptaugenmerk im Folgenden doch auf von nichtstaatlichen Akteuren ausgeübten Formen physischer und politisch motivierter Gewalt.

2.3.1. Wird Terrorismus immer brutaler? (Art. 10)

Seit Mitte der 1990er Jahre kam es zu einer Häufung von islamistisch motivierten Terroranschlägen. Am 26. Februar 1993 wurden bei einer Bombenexplosion in der Tiefgarage des World Trade Centers in New York sechs Personen getötet und über 1000 verletzt. Bereits bei diesem Anschlag war das eigentliche Ziel der Attentäter, die beiden Türme komplett zum Einsturz zu bringen, was zu tausenden Todesopfern geführt

²⁸ Wenn Forscher den Grund für Epidemien im Globalen Süden vorrangig in der durch das Abhängigkeitsverhältnis ehemaliger Kolonien zu neokolonialen Mächten gegebenen, mit Armut einhergehenden, strukturellen Gewalt sehen, sei dies nicht mehr als eine „Form des moralisierenden Geschichtenerzählens, die die wirklichen strukturellen Dimensionen von Gesundheit unerforscht ließe“ (Hirschfeld 2017, S. 156 [eigene Übersetzung]).

hätte (Reeve 1999, S. 6–24). Zwei Jahre später konnte ein großangelegter Plan für eine Anschlagsserie (*Operation Bojinka*), bei welcher der Papst auf dem Weltjugendtag auf den Philippinen hätte ermordet, 11 Flugzeuge auf dem Weg aus Asien in die USA in der Luft gesprengt und ein weiteres mit Sprengstoff bestücktes Kleinflugzeug in die CIA-Zentrale in Langley hätte gelenkt werden sollen, wenige Tage vor der geplanten Ausführung durch Zufall vereitelt werden (Moghadam 2017, S. 222; Reeve 1999, S. 71–93). Am 17. November 1997 töteten islamistische Terroristen beim Massaker von Luxor 62 Personen, darunter 58 ausländische Touristen. Im Februar 1998 unterzeichneten mehrere Führer jihadistischer Gruppierungen, darunter Osama bin Laden und Ayman al-Zawahiri von al-Qaida eine Fatwa mit der sie zur Gründung einer Internationalen Front für den Jihad gegen Juden und Kreuzfahrer aufrufen:

„The ruling to kill the Americans and their allies – civilians and military – is an individual duty for every Muslim who can do it in any country in which it is possible to do it [...] We – with Allah's help – call on every Muslim who believes in Allah and wishes to be rewarded to comply with Allah's order to kill the Americans and plunder their money wherever and whenever they find it. We also call on Muslim ulema, leaders, youths, and soldiers to launch the raid on Satan's U.S. troops and the devil's supporters allying with them, and to displace those who are behind them so that they may learn a lesson.“ (Bin-Ladin et al. 1998)

Ein halbes Jahr später, am 7. August 1998 – dem achten Jahrestag des Beginns der *Operation Desert Storm* – detonierten fast zeitgleich vor den US-Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressallam (Tansania) Autobomben. Bei diesen von der Terrororganisation al-Qaida ausgeführten Anschlägen starben insgesamt 224 Menschen und mehr als 5000 wurden verletzt.

Um diese Zeit entwickelte sich innerhalb der akademischen Terrorismusforschung das Konzept des *Neuen Terrorismus*, dessen Andersartigkeit im Vergleich zu bislang bekannten Formen des Terrorismus von vielen Autoren betont wird. Laqueur spricht von „*postmodern terrorism*“ (1996) sowie einer „*radical transformation, if not a revolution, in the character of terrorism*“ (2000, S. 4), nach der kleine, lose organisatorisch verbundene Cluster von Fanatikern auf Rache und Zerstörung aus seien. Der deutlich einfachere Zugang von Terroristen zu Massenvernichtungswaffen würde den Neuen Terrorismus zu einer deutlich größeren Gefahr für die Menschheit anwachsen lassen, als es ältere Formen des Terrorismus gewesen seien (Laqueur 2000, S. 6–7). Carter et al. zeigen sich ebenfalls besorgt ob eines „*catastrophic terrorism*“ (1998), der potenziell auch Zugang zu Massenvernichtungswaffen bekommen könnte und auch nach Simon und Benjamin (2000) sei dies eines der konstituierenden Elemente des Neuen Terrorismus – neben seiner organisatorischen Unabhängigkeit von staatlicher Unterstützung und seiner völlig uneingeschränkten Gewaltanwendung.²⁹

Die Anschläge vom 11. September 2001, als besonders ausgeprägtes Beispiel dieser Form von Terror, wirkten entsprechend als Katalysator der theoretischen Debatte über den Neuen Terrorismus. Münkler (2014,

²⁹ Simon und Benjamin haben zwar primär den islamistischen Terrorismus im Blick, wenn sie die Gefahren des Neuen Terrorismus aufzeigen, aber auch Attentate wie den Sarin-Gas-Anschlag der Aum-Sekte auf die Tokioter U-Bahn oder den Bombenanschlag in Oklahoma City (beide 1995), sehen sie als Beispiele (Simon und Benjamin 2000, S. 59). Andere Autoren nutzen abweichende Termini für den Neuen Terrorismus, meinen damit aber inhaltlich zumeist eine sehr ähnliche Entwicklung. Glucksmann spricht von „*megaterrorism*“ (2004) und „*nihilistische[m] Terrorismus*“ (Leick 2002), Sprinzak wiederum vom „*megalomaniac hyperterrorist*“ (Sprinzak 2001, S. 72) als neuem Feind.

S. 234) und Haubrich (2006) sehen dabei auch den Wechsel von einem zuvor primär innerstaatlich motivierten und agierenden Terrorismus hin zu einem, die internationale Ordnung gefährdenden, neuen Typus eines globalen Terrorismus. Ähnlich argumentiert Schneckener, wenn er al-Qaida als „Prototyp des transnationalen Terrorismus“ (2006, S. 49) bezeichnet. Nach Peter Neumann habe die Globalisierung und insbesondere der Informationsaustausch über das Internet, welcher die netzwerkartigen Organisationsstrukturen des Neuen Terrorismus erst ermöglicht hat, zusammen mit einem Wandel der politischen Grundüberzeugungen der Terroristen hin zu einer generellen, oftmals religiös begründeten Ablehnung der universellen und liberalen Normen der späten Moderne, das Fundament für einen deutlich exzessiver auftretenden Terrorismus gelegt. Die Terroristen sähen sich einer medial übersättigten und in Bezug auf Gewaltbilder auch abgestumpften Öffentlichkeit gegenüber. Um trotzdem mit ihren Botschaften durchzudringen und den von ihnen angestrebten psychischen Effekt bei den Menschen zu erzielen, griffen sie zu immer tödlicheren und spektakuläreren Formen von Gewalt (Neumann 2009, S. 4–5). Qualitativ komme die Veränderung des Terrorismus darin zum Ausdruck, dass die Feinddefinition im Vergleich zu der des traditionellen Terrorismus, der i.d.R. Regierungen durch politisch motivierte Gewalt stürzen oder zum Handeln zwingen wollte, sich deutlich ausgeweitet habe (Münkler 2002, S. 184). Das westliche System bzw. die westliche Zivilisation als Ganzes würden vom Neuen Terrorismus als Feind betrachtet. Dies habe u.a. Konsequenzen für die Art von Anschlagzielen, welche von den Terroristen gewählt würden. Während der traditionelle Terrorismus sich selbst gewisse ethische Grenzen auferlege und nur entsprechend des *ius in bello* Kriteriums als legitim erachtete Ziele angriffe – d.h. vor allem nicht gezielt Zivilisten attackiere (Spencer 2006, S. 7) – würde der Neue Terrorismus eine solche selbstauferlegte Begrenzung der Angriffsziele nicht vornehmen (Walzer 2015). Eine Unterscheidung zwischen Zivilisten und Kombattanten bzw. zwischen weichen und harten Zielen fände nicht mehr statt. Mit Trutz von Trotha (1999) kann somit argumentiert werden, dass der Neue Terrorismus aufgrund seiner völlig entgrenzten Gewaltanwendung der Logik eines „neo-Hobbesschen Krieges“ folgt. Nicht mehr Schadensminimierung durch Einhaltung der *ius in bello* Kriterien, sondern die Maximierung des Schadens sei das Ziel. Dies sei möglich, da sich der Neue Terrorismus weitestgehend von einer Unterstützung durch die Bevölkerung unabhängig gemacht habe, wodurch es nicht mehr notwendig sei die Zivilbevölkerung zu schonen (Münkler 2014, S. 221). Jeder könne so zum Angriffsziel werden und als neue strategische Regel gelte: „Je größer der Schaden, desto größer die Anzahl der Opfer, desto größer die erzielte Aufmerksamkeit und desto nachhaltiger der Erfolg des Terroranschlags“ (Münkler 2002, S. 187).

Laut Kurtulus (2011, S. 478) ließe sich die Neuartigkeit dieses Terrorismus an insgesamt vier Punkten festmachen:

- a) stärkere religiös bzw. mystische Motivierung im Vergleich zum traditionellen Terrorismus, dessen Motive sich eher im politischen Kampf fanden;
- b) weitgehendes Fehlen einer hierarchischen Organisationsstruktur. Stattdessen seien dem Neuen Terrorismus zuzuordnende Terrorgruppen, wie al-Qaida, eher als horizontale Netzwerke organisiert;

- c) die realistische Möglichkeit, dass Terroristen biologische, chemische oder sogar atomare Massenvernichtungswaffen in ihren Besitz bringen könnten und auch nicht davor zurückschrecken würden, diese zum Einsatz zu bringen;
- d) die insgesamt deutlich brutalere Vorgehensweise im Vergleich zu traditionellen Varianten des Terrorismus.³⁰

Insbesondere dieses letzte Argument einer gestiegenen Brutalität des Neuen Terrorismus findet viel Zuspruch. Auch wenn Ernst-Otto Czempel die Anschläge vom 11. September 2001 als politische Gewalt verstanden haben will und den Begriff des (reinen) Terrorismus nur für Gewaltakte nutzen möchte, die zwar Terror und Angst verbreiten aber aufgrund des Fehlens eines Publikums „keinerlei politische Signatur“ (Czempel 2001) tragen würden, so sieht er doch, die extrem hohe Zahl an Opfern als ein besonderes Spezifikum dieser Tat an. Seiner Argumentation nach sollte man aufgrund der Opferzahl und aufgrund der für diese Tat notwendigen, hochkomplexen, generalstabmäßigen Planung, die einer paramilitärischen Einheit bedürfe, die Angriffe als „kriegerischen Akt“ (Czempel 2001) werten, auch wenn dieser nicht durch einen staatlichen, sondern einen gesellschaftlichen Akteur ausgeführt wurde. Sofsky und Schneckener sind ebenso Vertreter der Brutalisierungsthese. Ihnen zufolge geht es dem Neuen Terrorismus „nicht allein um ein Maximum an Aufmerksamkeit, sondern offenbar auch um ein Maximum an Opfern und Zerstörung“ (Schneckener 2006, S. 13). „Der Terrorkrieg [...] will Menschen in großer Zahl töten, Schrecken verbreiten, das Leben durch Angst paralisieren“ (Sofsky 2002, S. 177–178). Besonders pointiert bringt Bruce Hoffman diese Ansicht zu Papier, indem er schreibt:

„Seit Jahrzehnten galt weithin als ausgemacht, was Brian Jenkins 1975 mit folgenden Worten zusammenfasste: ‚Terroristen wollen, dass möglichst viele Menschen zusehen und zuhören, nicht dass möglichst viele Menschen sterben.‘ Die Ereignisse vom 11. September haben solche Vorstellungen als Wunschdenken oder gar als gefährliche Anachronismen entlarvt“ (Hoffman 2001, S. 279).

Die These des Neuen Terrorismus wird jedoch von einer Reihe an Autoren zurückgewiesen. Zum Teil handelt es sich dabei um eine größtenteils semantische Kritik an der Verwendung des Adjektivs „neu“ (Duyvesteyn 2004; Field 2009), teilweise wird ihm aber auch inhaltlich die Neuartigkeit abgesprochen, auf historische Ähnlichkeiten zu traditionellem Terrorismus (Copeland 2001; Tucker 2001) oder aus einer konstruktivistischen Perspektive auf die Prägung dieses Begriffs durch die Boulevardpresse verwiesen, wodurch es sich eher um ein soziales Konstrukt als um eine empirische Tatsache handeln würde (Spencer 2010). Zudem würde, so die kritische Terrorismusforschung (Jackson 2007), der starke Fokus auf den 11. September 2001 eine verzerrte und gleichzeitig eingeschränkte Sichtweise hervorbringen, wodurch „man überhaupt auf die Idee [käme], einen Neuen Terrorismus ausmachen zu können“ (Jäckle und Baumann 2015, S. 15). Die traditionelle Terrorismusforschung wäre zudem primär anwendungsorientiert, d.h. daran interessiert,

³⁰ Schneckener liefert einen ähnlichen Kriterienkatalog wie Kurtulus für den neuen transnationalen Terrorismus, wobei er zudem auf ein „unklares Täterprofil“ verweist, nach dem aufgrund „multi-nationaler Gruppierungen [...] und unterschiedliche Methoden und Pfade der Rekrutierung [...] ein sehr großer, letztlich nicht überschaubarer Personenkreis für eine potenzielle Täterschaft in Frage“ (Schneckener 2011, S. 360) komme. Daneben lasse sich auch das Tatprofil und die möglichen Anschlagziele nicht mehr so eng umgrenzen, wie bei traditionellen Formen des Terrorismus: „Spätestens seit dem 11. September wird bei den Sicherheitsbehörden im Prinzip jeder Plot, jede Art von Anschlag, für vorstellbar gehalten“ (Schneckener 2011, S. 361).

wie man mit dem Problem des Terrorismus umgehen, wie man ihm entgegentreten sollte. Darüber würde sie allerdings die Forschung zu den Grundlagen des Terrorismus vernachlässigen. Auch an der aufgestellten Brutalisierungsthese, lässt sich diese Kritik festmachen. Diese würde von ihren Verfechtern als gesetzt betrachtet. Eine systematisch vergleichende, auf empirischen Daten fußende Analyse, inwiefern der Neue Terrorismus wirklich deutlich brutaler ist, als es der traditionelle Terrorismus war, liefern die genannten Autoren jedoch allesamt nicht.

An dieser Stelle setzt Artikel 10 (Jäckle und Baumann 2017) an. In ihm wird die Frage gestellt, ob und wenn ja, in welcher Hinsicht, der Terrorismus etwa seit der Jahrtausendwende (v.a. seit dem 11. September 2001) an Brutalität zugenommen hat. In Abgrenzung zu vielen der zuvor genannten Arbeiten, die einen stärker theoretischen und/oder normativen Fokus aufweisen, ist dieser Artikel eindeutig empirisch-analytisch ausgerichtet. Zentral für die Analyse ist dabei zunächst konzeptionell zu definieren, was unter Brutalität bzw. Brutalisierung im Kontext mit Terrorismus verstanden werden kann und welche konkreten Operationalisierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Im Artikel werden letztlich neun Maße herangezogen, die eine Brutalisierung indizieren könnten (Jäckle und Baumann 2017, S. 879):

1. Anzahl an Terroranschlägen,
2. Gesamtzahl an Opfern von Terroranschlägen,
3. Durchschnittliche Anzahl an Opfern pro Terroranschlag,
4. Anzahl an Selbstmordattentaten,
5. Anzahl an Terroranschlägen gegen weiche Ziele,
6. Gesamtzahl an Opfern von Terroranschlägen gegen weiche Ziele,
7. Durchschnittliche Anzahl an Opfern pro Terroranschlag gegen weiche Ziele,
8. Anzahl an Selbstmordattentaten gegen weiche Ziele,
9. Anzahl an Enthauptungen.

Die Daten für die empirische Analyse entstammen der *Global Terrorism Database* (LaFree und Dugan 2007). In Form von Zeitreihendiagrammen wird die Entwicklung der neun Indikatoren von 1970-2015 betrachtet. Dabei ergibt sich komprimiert das in **Tabelle 2** zusammengefasste Bild. Gleich welchen Startzeitpunkt man für den Neuen Terrorismus heranzieht, Anfang der 1990er Jahre oder den 11. September 2001, findet sich nur eine sehr begrenzte empirische Evidenz für eine deutliche Brutalisierung des Terrorismus.

Insbesondere die Annahme, dass es eine deutlich größere Anzahl an Anschlägen gegen weiche Ziele (Zivilisten) gebe und diese Anschläge auch im Hinblick auf die Anzahl der Opfer „effektiver“, d.h. tödlicher geworden sein müssten, bestätigt sich nur bedingt. Zwar steigen die Werte dieser beiden Indikatoren seit Mitte der 1990er tendenziell an und übertreffen seither auch die Angriffe auf harte Ziele, dabei sind die besonders eklatanten Hochpunkte (1997, 2001 und 2006-2009) auf den Bürgerkrieg in Algerien, den in Bezug auf die Opferzahl extremen Ausreißer 9/11 sowie den *War on Terror* in Afghanistan zurückzuführen. Aufgrund ihrer Spezifika eignet sich keiner dieser drei Hochpunkte wirklich, um einen generellen, systematischen Trend hin zu mehr Brutalität im Terrorismus auszumachen.

Tabelle 2: Zusammenfassung der empirischen Überprüfung der Brutalisierungsthese

Indikator	Brutalisierung gegeben seit...	
	Anfang 1990er	9/11
Anzahl an Terroranschlägen	✘	✘
Gesamtzahl an Opfern von Terroranschlägen	✘	✘
Durchschnittliche Anzahl an Opfern pro Terroranschlag	teilweise	✘
Anzahl an Selbstmordattentaten	✘	✓
Anzahl an Terroranschlägen gegen weiche Ziele	✘	✘
Gesamtzahl an Opfern von Terroranschlägen gegen weiche Ziele	teilweise	✘
Durchschnittliche Anzahl an Opfern pro Terroranschlag gegen weiche Ziele	teilweise	✘
Anzahl an Selbstmordattentaten gegen weiche Ziele	✘	✘
Anzahl an Enthauptungen	✘	✓

Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis von Jäckle und Baumann (2017, S. 897).

Die einzigen beiden Indikatoren, die eine qualitative Veränderung des Terrorismus aufzeigen, sind die Zahl der Selbstmordanschläge sowie die Zahl der Enthauptungen, die beide nach dem 11. September 2001 deutlich angestiegen sind. Diese beiden Indikatoren zeigen, dass der islamistische Terrorismus, der für diese Terrorakte verantwortlich ist, im Hinblick auf die mediale Aufmerksamkeitslogik in der Tat auf eine Brutalisierung der von ihm erzeugten Bilder setzt. Eine generelle Brutalisierung, nach der der Neue Terrorismus im Sinne eines „mega-terrorism“ oder „catastrophic terrorism“ eine komplett neue Qualität als traditionelle Terrorismusformen aufzeigen würde, lässt sich hingegen nicht bestätigen. Was sich deutlicher abzeichnet als eine generelle Brutalisierung ist eine regionale Verlagerung der Terrorismusschwerpunkte. In den 1970ern waren dies v.a. Westeuropa und Nordamerika, in den 1980ern dann primär Zentral- und Südamerika und ab Anfang der 1990er Jahre dann vermehrt der Mittlere Osten, Südasien und sub-Sahara Afrika. Lokal (z.B. Afghanistan, Irak, Pakistan) lässt sich damit durchaus von einem gestiegenen Brutalitätsniveau des Terrorismus sprechen. Ob dies allerdings – gerade auch im Vergleich der ähnlich brutalen Terrorwellen in früheren Jahrzehnten – eine generelle Brutalisierung des Terrorismus indiziert und damit rechtfertigt von einem *Neuen Terrorismus* zu sprechen, darf bezweifelt werden. Vielmehr handelt es sich bei den zum Teil geradezu apokalyptischen Szenarien, die Autoren wie Laqueur in Bezug auf den Neuen Terrorismus zeichnen, eher um „Begriffsdrachen“ (Jäckle und Baumann 2015) die einem empirischen Test nicht wirklich standhalten.

2.3.2. Rechtsextreme Gewalttaten und rechter Terror seit 1990 (Art. 11)

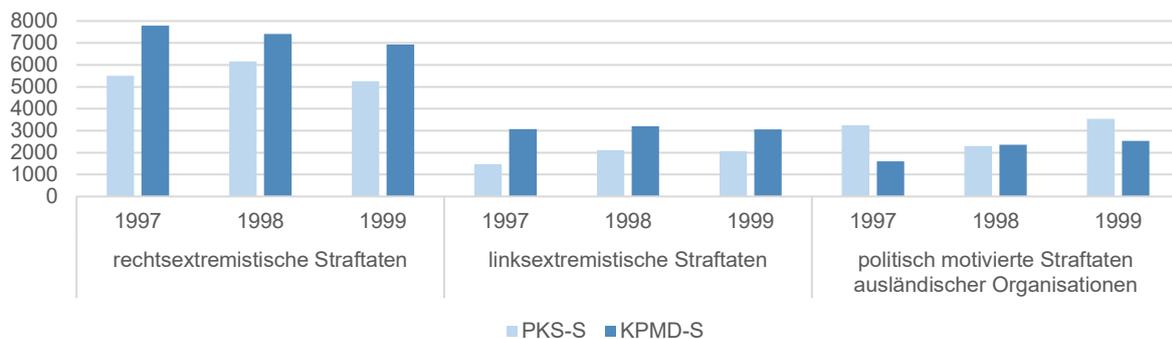
Während – wie im letzten Abschnitt beschrieben – zumindest von einigen Autoren verneint wird, dass es sich beim internationalen Terrorismus um politische Gewalt handele, da entweder eine primär religiöse bzw. mystische und damit apolitische Motivierung hinter dem Terror stehe, oder es im Sinne von Czempiel ein „reiner Terrorismus“ sei, dessen Fokus auf der Vernichtung und Zerstörung von Menschenleben liege und der daher als politisch „gewissermaßen gesichtslos“ (Czempiel 2001, S. 6) einzustufen sei, beschäftigt sich dieser und der folgende Abschnitt mit Gewalt, die eindeutig als politisch motiviert gelten kann.

Artikel 11 (König und Jäckle 2023) fokussiert dabei auf den Teilbereich der rechtsextremen Gewalt in Deutschland. Laut Verfassungsschutzbericht (BMI 2022) konnten im Jahr 2021 von den insgesamt 55.048

politisch motivierten Straftaten knapp 40 Prozent (21.964) dem Bereich *Politisch motivierte Kriminalität – rechts* zugeordnet werden. Etwa 18,4 Prozent (10.113) entfielen auf *politisch motivierte Kriminalität – links*, 0,9 Prozent auf *religiöse Ideologie* (Islamismus), 2,1 Prozent auf *ausländische Ideologie*³¹ und bei 38,8 Prozent (21.339) ließ sich keine Zuordnung zu einem der vier Phänomenbereiche vornehmen (BMI 2022, S. 25).

Zentral für eine sinnvolle empirische Auswertung ist dabei nach welchen Kriterien Straftaten als politisch motivierte Gewalt eingestuft werden und auf welche Art und Weise dies geschieht. Das für die obige Unterteilung genutzte Definitionssystem der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) wurde zum 01.01.2001 eingeführt, nachdem die bis dahin parallel genutzten Systeme der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik-Staatschutz (PKS-S) sowie des Kriminalpolizeilichen Meldedienst Staatsschutzkriminalität (KPMD-S) aufgrund unterschiedlicher Grundlogiken und Erfassungswege³² zum Teil deutlich voneinander abweichende Zahlen ausgewiesen hatten (vgl. **Abbildung 15**).

Abbildung 15: Anzahl politisch motivierter Straftaten nach PKS-S einerseits und KPMD-S andererseits (1997-1999)



Anmerkung: Eigene Darstellung, Datenquelle: Erster Periodischer Sicherheitsbericht (BMI/BMJ 2001, S. 270).

Insbesondere nach einer Recherche von Tagesspiegel und Frankfurter Rundschau, die für den Zeitraum 1990 bis Juli 2000 93 Todesopfer rechter Gewalt dokumentierten, während die KPMD-S bis dato nur 25 Todesopfer für denselben Zeitraum nannte (BMI/BMJ 2001, S. 271–272), setzte eine öffentliche Diskussion über die Ursachen dieser Diskrepanzen ein (vgl. auch Kleffner 2019). Dabei wurde auch diskutiert, inwieweit politische Hintergründe einer nicht erfolgten Klassifizierung als rechte Gewalt, beispielsweise um

³¹ Im Bereich des auslandsbezogenen, nicht islamistischen Extremismus werden vor allem türkische und kurdische Organisationen genannt, wie die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), die DHKP-C (revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) oder die, vielfach als Graue Wölfe bezeichnete, rechtsextremistische türkische Ülkücü-Bewegung (BMI 2022, S. 232).

³² Als Eingangsstatistik erfasste die KPMD-S Straftaten anhand der polizeilichen Erstmeldungen, was eine tatzzeitnahe Auswertung ermöglichte, aber gleichzeitig eine hohe Unsicherheit der gemeldeten Fälle bedeutete (die nach weiteren Ermittlungen evtl. nachträglich in der Statistik geändert werden mussten). Die PKS-S hingegen klassifizierte die Straftaten nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen (wenn das Verfahren an die Staatsanwaltschaft übergeben wird) entsprechend ihrer politischen Motivation sofern eine solche klar erkennbar war. Oftmals konnte eine eindeutige politische Motivation jedoch nicht festgestellt werden (beispielsweise, weil Täter sich hierzu nicht äußerten, oder keine Zuordnung zu einer Organisation möglich war). Dies führte dazu, dass 50-70 Prozent aller polizeilich erfassten Staatsschutzdelikte in der PKS-S nicht nach rechts- oder linksextremistisch klassifiziert werden konnten und somit auch nicht in die jeweiligen Statistiken gingen (BMI/BMJ 2001, S. 265–266). Neben den extremistischen Straftaten wurden ergänzend auch antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten in der PKS-S gelistet. Die Länder legten dabei den Begriff „fremdenfeindlich“ jedoch zum Teil sehr unterschiedlich aus (Kleffner und Holzberger 2004, S. 58), wodurch diese Zählung ebenfalls nicht vergleichbar war.

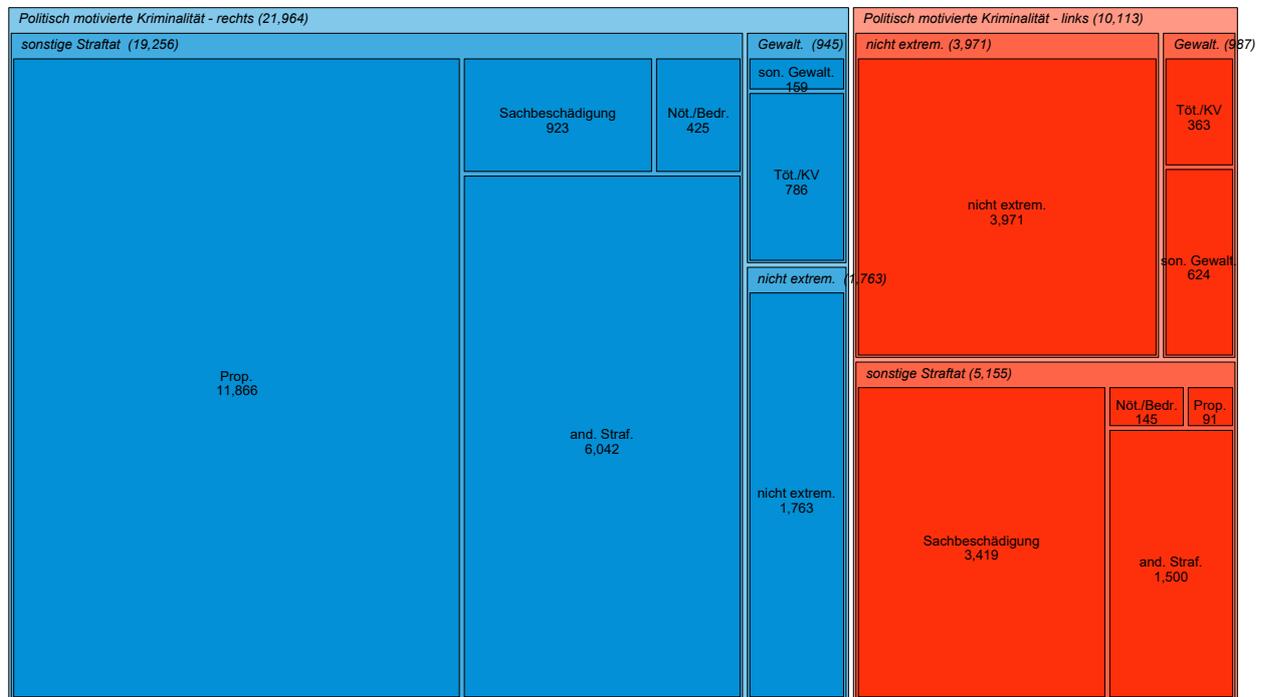
das eigene Bundesland nicht zu schlecht dastehen zu lassen, hierfür eine Rolle gespielt haben könnten. Aber auch mangelnde Sensibilität im Umgang mit dem Thema rechte Gewalt bei einzelnen Polizeibehörden oder Verfassungsschutzbehörden der Länder sowie strukturelle Probleme bei der Definition rechtsextremistischer Straftaten kamen so zum Vorschein (Dick 2011). Straftaten konnten unter der alten Herangehensweise nur als rechtsextremistisch eingeordnet werden, wenn sie auf ein extremistisches Motiv aufbauten, d.h. die klare Absicht erkennen ließen das System der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu überwinden. Bei vielen Anschlägen auf Minderheiten, die von Rechtsextremisten als legitime Opfer gesehen werden (z.B. Obdachlose, Sozialhilfeempfänger, „Asoziale“, Punks, Linke, Ausländer, Homosexuelle) und bei denen das Motiv eindeutig auf rechtsextremistisches Gedankengut hingedeutet hat („minderwertiges Leben“, „Recht des Stärkeren“), konnte aufgrund des fehlenden Merkmals der Systemüberwindung daher keine Einstufung als rechtsextremistisches Staatsschutzdelikt erfolgen (BMI/BMJ 2001, S. 273–274). Ziel der Einführung der PMK, deren Richtlinien für alle Bundesländer verbindlich sind, war es die geschilderten Probleme bei der Klassifizierung zu beseitigen, indem alle „einschlägigen Verfahren von der Eröffnung bis zum Abschluss gemeldet werden“ (Kleffner und Holzberger 2004, S. 58). Obgleich es hierdurch nun besser möglich ist Hasskriminalität als politisch motiviert zu klassifizieren, wird auch die PMK insbesondere in Bezug auf die Ausweisung rechter Straftaten weiterhin kritisch betrachtet. So werden teilweise immer noch Tötungsdelikte, selbst wenn Staatsanwaltschaften und Gerichte hier eine rechtsextreme Motivation als gegeben ansehen, nicht in die Statistik aufgenommen (Kleffner und Holzberger 2004, S. 61–62). In dieser Hinsicht gilt es die in **Abbildung 16** präsentierten PMK-Zahlen aus dem Verfassungsschutzbericht 2021 zu rechter und linker Gewalt³³ auch im Hinblick auf ein mögliches Underreporting kritisch zu hinterfragen (Erentzen und Schuller 2020).

Zunächst fällt auf, dass die mit fast 22.000 Fällen mehr als doppelt so hohe Anzahl an rechts motivierten Straftaten zu mehr als der Hälfte auf Propagandadelikte, wie Hakenkreuzschmierereien zurückzuführen ist. Im linken Spektrum spielt diese Deliktkategorie hingegen so gut wie keine Rolle. Auffällig ist zudem, dass im Bereich der linken Gewalt knapp 39,3 Prozent der Straftaten nicht als extremistisch eingestuft werden. Unter den rechten Straftaten sind dies gerade einmal 8,0 Prozent. Linke Gewalt ist zudem häufiger gegen Sachen gerichtet (33,8 Prozent links motivierte Sachbeschädigungen vs. 4,2 Prozent rechts motivierte), rechte häufiger gegen Personen (425 Nötigungen/Bedrohungen von rechts vs. 145 von links). Auch bei den besonders schweren Gewalttaten zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen rechter und linker Gewalt. Körperverletzungen und (versuchte) Tötungsdelikte machen 83,2 Prozent aller rechtsextremen Gewalttaten aus, bei den linksextremen sind es nur 36,8 Prozent. Unter den sonstigen Gewalttaten finden sich im Jahr 2021 im rechten (bzw. linken) Spektrum je 119 (243) Widerstandsdelikte, 12 (166) Brandstiftungen & Sprengstoffexplosionen, 7 (147) Fälle von Landfriedensbruch, 10 (47) gefährliche Eingriffe in den Verkehr, sowie 11 (21) Fälle von Freiheitsberaubung/Raub/Erpressung. Insgesamt zeigt der Überblick der PMK

³³ Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird darauf verzichtet die beiden weiteren Phänomenbereiche religiöse und ausländische Ideologie in die Abbildung zu inkludieren. Ebenfalls nicht enthalten sind Zahlen zu Reichsbürgern/Selbstverwaltern und Gruppierungen, die eine verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates betreiben (BMI 2022, S. 102–120, 175–270).

damit durchaus systematische Unterschiede in der Form, der Qualität wie der Quantität der Straftaten, die von rechts und von links begangen werden.

Abbildung 16: Politisch motivierte Gewalt 2021



Anmerkung: eigene Darstellung auf Basis des Verfassungsschutzberichts 2021 (BMI 2022, S. 25–34). Gewalt. = Gewalttat, son. Gewalt = sonstige Gewalttat (z.B. Brandanschlag, Widerstandsdelikt, Landfriedensbruch), Nöt./Bedr. = Nötigung und Bedrohung, Töt./KV = Tötung und Körperverletzung, and. Straf = andere Straftat (z.B. Volksverhetzung, Beleidigung), Prop. = Propagandadelikte.

Aktuelle Zahlen des Bundeskriminalamts zeigen eine weitere Verschärfung der Lage in Bezug auf den rechtsextremen Phänomenbereich. So stiegen die rechtsmotivierten Straftaten im Jahr 2022 verglichen mit dem Vorjahr um 6,96 Prozent auf 23.493 Delikte an, wohingegen die linksmotivierten um mehr als 31 Prozent auf 6.976 sanken (BKA 2020, S. 4). Bei den besonders schweren Gewalttaten (v.a. Körperverletzungen und Tötungsdelikte) ist diese Entwicklung sogar noch ausgeprägter. Hier stieg die Zahl der rechtsmotivierten Fälle um 12,28 Prozent wohingegen sie im linksextremen Spektrum um 30 Prozent zurückging. Sachbeschädigungen hingegen gingen im rechten wie linken Spektrum um jeweils knapp 38 Prozent zurück (BKA 2020, S. 6–7). Von den insgesamt 1426 durch politisch motivierte Gewaltkriminalität im Jahr 2022 gesundheitlich geschädigten Personen entfielen 47,3 Prozent auf rechtsmotivierte, 16,0 Prozent auf linksmotivierte, 13,2 Prozent auf ausländische Ideologie, 1,6 Prozent auf religiöse Ideologie und 38,3 Prozent ließen sich nicht zuordnen. Das Themenfeld Hasskriminalität, welches Straftaten listet, deren Motivation auf gruppenbezogenen Vorurteilen basiert, ist im Jahr 2022 ebenfalls angewachsen, von 10.501 Fällen 2021 auf 11.520 Fälle 2022. Mehr als 87 Prozent der Straftaten im Bereich Hasskriminalität werden (unter anderem) dem Themenfeld Fremdenfeindlichkeit zugeordnet (BKA 2020, S. 9–10).

Die obigen Zahlen zum Thema rechter Gewalt zeigen zunächst zweierlei Dinge: Erstens gibt es von der grundlegenden Definition bis hin zur Aufnahme und Kategorisierung der Straftaten eine große Anzahl an

Stellschrauben, die determinieren wie hoch die berichteten Zahlen letztlich ausfallen. Eine wirklich objektive, reliable und v.a. valide Messung kann damit nicht sichergestellt werden. Daneben ist zweitens trotz dieser Unzulänglichkeiten offensichtlich, dass rechte politische Gewalt ein Phänomen ist, das auch heutzutage in Deutschland weiterhin relevant ist und in einer Größenordnung auftritt, bei der es sich keineswegs um reine Einzelfälle handeln kann. Trotz der thematischen Relevanz und der auch keineswegs neuen Erkenntnis, dass die offiziellen staatlichen Zahlen zu rechter Gewalt in Deutschland zumindest kritisch hinterfragt werden sollten, mangelt es an Arbeiten, die sich diesen Themenbereich systematisch empirisch ansehen. An dieser Stelle setzt Artikel 11 an.

Der Beitrag liefert dabei einen Überblick der Entwicklung der Gewalt von rechts während der sogenannten vierten Welle rechtsextremer Politik. Klaus von Beyme hatte die ersten „three waves of right wing extremism“ (von Beyme 1988) folgendermaßen eingeteilt: 1. Welle (1945-55), 2. Welle (1955-1980) und 3. Welle ab 1980. Während in der ersten Welle primär neonazistische und neofaschistische Parteien³⁴ anzutreffen waren, die sich längerfristig nicht als relevante politische Kräfte etablieren konnten, und auch die in der zweiten Welle gegründeten, rechtspopulistischen Parteien der ersten Stunde zumeist nur bei ein bis zwei aufeinanderfolgenden Wahlen Erfolge feiern konnten, bevor sie wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwanden (beispielsweise die Poujardisten in Frankreich), gelang es den radikal rechten Parteien ab den 1980er Jahren über einen inhaltlichen Fokus v.a. auf das Thema Immigration mehr Wähler anzusprechen. Als Vertreter dieser Welle können die zwar bereits Anfang der 1970er Jahre gegründete Schweizerische Volkspartei (SVP) und der französische Front National gelten, die jedoch erst ab den 1980er Jahren größere Wahlerfolge hatten, sowie die 1986 gegründeten Schwedendemokraten oder auch die niederländische Centrumpartij, die 1980 gegründet, 1984 in die Centrum Democraten aufging. Obgleich diese und ähnliche Parteien gewisse Wahlerfolge feiern konnten, blieben sie doch politische Paria in ihren jeweiligen Systemen. Absprachen unter den anderen Parteien verhinderten mit wenigen Ausnahmen einen Einzug in Koalitionsregierungen³⁵ und damit weitestgehend die aktive Ausübung politischer Gestaltungsmacht durch diese Parteien (Mudde 2020, S. 301).

In der vierten Welle, die von Cas Mudde etwa ab dem Jahr 2000 angesetzt wird, nahm die Relevanz rechtsradikaler und rechtspopulistischer Parteien deutlich zu. Mudde begreift die Normalisierung der rechtsradikalen Parteien und ihren Weg in den politischen Mainstream als das zentrale Unterscheidungskriterium

³⁴ Zu diesen nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten rechtsextremen Parteien gehörten beispielsweise die 1952 als erste Partei in der Bundesrepublik verbotene nationalsozialistisch ausgerichtete Sozialistische Reichspartei (SRP), oder der neofaschistische Movimento Sociale Italiano (MSI), der als eine der einzigen in der Nachkriegszeit gegründeten rechtsextremen Parteien, auch langfristig erfolgreich war. 1995 ging aus ihm die Alleanza Nazionale hervor, die wiederum als Vorläuferorganisation der Fratelli d'Italia gelten kann. Diese stellt seit Oktober 2022 mit Georgia Meloni die erste Ministerpräsidentin Italiens, die einer postfaschistischen Partei angehört.

³⁵ Es gab zwei Ausnahmen rechtspopulistischer Parteien, die gegen Ende der zweiten Welle Regierungsgewalt übernahmen: Erstens, trat die zwar ideologisch rechtspopulistisch ausgerichtete, dabei aber v.a. auf eine möglichst weitgehende Unabhängigkeit Norditaliens (Eigenbezeichnung: Padanien) vom restlichen Italien abzielende Lega Nord unter Umberto Bossi im Jahr 1994 der ersten Regierung von Silvio Berlusconi bei, brachte diese aber durch ihren Austritt aus der Koalition nach wenigen Monaten auch wieder zu Fall. Zweitens ist hier die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) zu nennen, die sich unter der Führung Jörg Haiders bei den Nationalratswahlen 2000 mit gleichvielen Mandaten den Sieg mit der christdemokratischen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) teilte und mit dieser im Anschluss eine Koalitionsregierung unter Kanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) bildete.

zwischen der dritten und der vierten Welle. Da die von ihm genannten Beispiele aus den Niederlanden, Österreich und Frankreich diesen Wandel exzellent illustrieren, sollen sie an dieser Stelle wiederholt werden (Mudde 2019, S. 2–3).

- Als 1982 erstmals ein einziges Mitglied der rechtsextremen Centropartij mit gerade einmal 0,8 Prozent der Stimmen in das niederländische Parlament (die Zweite Kammer der Generalstaaten) einzog, kam es zu großen Gegendemonstrationen vor dem Parlamentsgebäude in Den Haag. Dreißig Jahre später sitzen 22 Rechtsradikale im Parlament, was 14,7 Prozent der Sitze entspricht.³⁶ Proteste dagegen gab es keine mehr und die Regierung unter Führung von Mark Rutte von der liberal-konservativen VVD betreibt laut Mudde in Bezug auf Immigration eine Politik, die sich inhaltlich von den Forderungen der früheren rechtsradikalen Centrum Democraten nicht unterscheiden würden.
- Wie in Fußnote 35 beschrieben bildete sich im Jahr 1999 zum ersten Mal in der österreichischen Nachkriegsgeschichte eine Regierung unter Beteiligung einer rechtspopulistischen Partei. Die Koalition aus ÖVP und FPÖ sah sich dabei von Anfang an mit großen innerösterreichischen wie auch internationalen Protesten konfrontiert. Die damals vierzehn anderen EU-Staaten verhängten sogar zunächst Maßnahmen gegen Österreich, nach denen bilaterale und diplomatische Beziehungen zur österreichischen Bundesregierung auf ein Mindestmaß zu reduzieren seien.³⁷ Als die FPÖ 2017 erneut in einer Koalitionsregierung mit der ÖVP an die Macht kam, gab es hingegen so gut wie keine Proteste, weder in Österreich, noch aus dem Ausland.
- Im Jahr 2002 erreichte Jean-Marie Le Pen, der damalige Parteichef des Front National, überraschend mit 16,9 Prozent die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen. In der Folge kam es zu einer deutlichen Mobilisierungskampagne gegen den rechtsextremen Kandidaten. Die Wahlbeteiligung stieg von 71,6 Prozent im ersten auf 79,7 Prozent im zweiten Wahlgang. Im Ergebnis konnte Jacques Chirac seinen Stimmenanteil von 19,9 Prozent im ersten auf 82,2 Prozent im zweiten Wahlgang deutlich ausbauen, wohingegen Le Pen nur etwa einen Prozentpunkt dazugewinnen konnte. Als 2017 seine Tochter Marine Le Pen, die mittlerweile die Führung des FN übernommen hatte, gegen Emmanuel Macron in die zweite Runde einzog zeigte sich keine solche starke anti-rechts Mobilisierung mehr. Die Wahlbeteiligung ging in der zweiten Runde sogar um mehr als 3 Prozentpunkte zurück und anders als ihr Vater gelang es Marine Le Pen ihr Ergebnis aus dem ersten Wahlgang (21,3 Prozent) nochmals deutlich auf 33,9 Prozent auszubauen. Auch wenn Macron die Wahl gewann, zeigte diese Wahl doch das große Potenzial des im politischen Mainstream angekommenen FN.

³⁶ Bei den Parlamentswahlen 2017, auf die sich Mudde an dieser Stelle bezieht, zogen zwei rechtsradikale Parteien in die Zweite Kammer ein. Einerseits die von Geert Wilders geführte Partij voor de Vrijheid (PVV) sowie die neugegründete, stark EU-skeptische Forum voor Democratie (FvD). Bei den Wahlen 2021 erhielten die beiden Parteien zusammen knapp 16 Prozent der Stimmen und 25 Sitze (17 PVV, 8 FvD).

³⁷ Die 14 EU-Staaten hatten vorab mit der Androhung von Sanktionen versucht Einfluss auf die ÖVP zu nehmen und so eine Regierungsbeteiligung der FPÖ zu verhindern. Als diese trotzdem zu Stande kam, mussten sie Taten folgen lassen. Die Tatsache, dass diese bilateralen Maßnahmen innerhalb des Landes als „EU-Sanktionen“ firmierten und somit zum Kampfbegriff einer vermeintlich negativen Einstellung der EU gegen Österreich gedient haben, wertet Anton Pelinka in einem Zeitungsinterview als „ersten großen Erfolg der Regierung Schüssel“ (Winkler-Hermaden 2010).

Neben diesen drei Fällen lassen sich noch viele weitere Beispiele einer Normalisierung extrem rechter Politik finden, etwa der ideologische Wandel der US Republikaner unter Donald Trump (und schon zuvor als die Tea Party Bewegung innerparteilich an Dominanz gewann), die Präsidentschaft Jair Bolsonaro in Brasilien, das ideologisch immer weiter nach rechts rückende und in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit deutlich repressiver agierende Ungarn unter Victor Orbán, oder Finnland, wo seit 2019 die rechtspopulistische Partei Die Finnen (Perussuomalaiset) als zweitstärkste Kraft im Parlament vertreten sind.

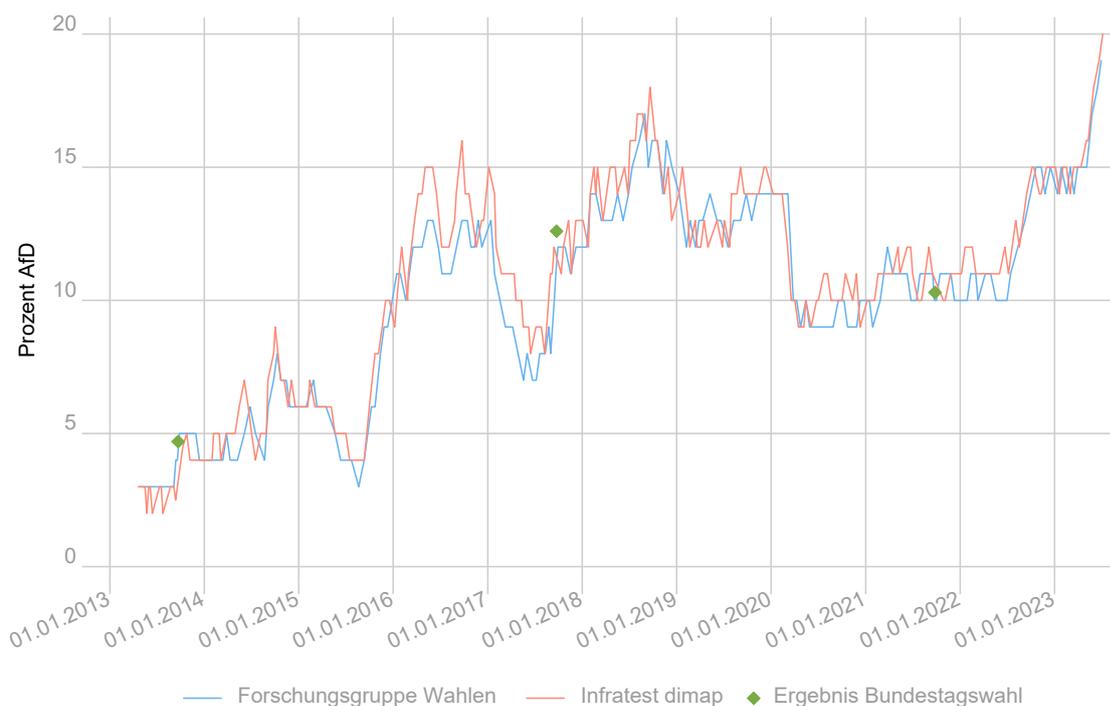
Auch Deutschland blieb von der vierten Welle extrem rechter Politik nicht verschont. Insbesondere der Aufstieg und der ideologische Wandel der Alternative für Deutschland (AfD) von einer stark neoliberal und euroskeptisch ausgerichteten, populistischen Partei (Arzheimer 2015; Berbuir et al. 2015; Lewandowsky 2015; Schmitt-Beck 2014) zu einer Partei, die sich mittlerweile deutlich im rechtsextremen Milieu bewegt (Arzheimer und Berning 2019), ist hier zu nennen. Anfang 2013 gegründet erzielte die AfD einen ersten Achtungserfolg bei den Bundestagswahlen im selben Jahr, als sie mit 4,7 Prozent der Stimmen nur knapp den Einzug ins Parlament verpasste. In den darauffolgenden Jahren etablierte sich die Partei sowohl auf Landes-, Bundes- und Europaebene stabil und dauerhaft mit vielfach zweistelligen Ergebnissen innerhalb der politischen Landschaft. Insbesondere in Ostdeutschland konnte sie dabei sehr gute Ergebnisse erzielen, so beispielsweise 27,5 Prozent bei der letzten Landtagswahl in Sachsen im Jahr 2019. Seit ihrer Gründung haben sich bereits dreimal Teile der Partei abgespalten, wobei sich die jeweilige Rest-AfD stets weiter radikalisiert hat. Zunächst setzten sich 2015 die nationalkonservativen Kräfte um Frauke Petry gegen den stärker wirtschaftsliberal eingestellten AfD Gründer Bernd Lucke durch, der in der Folge aus der Partei austrat. Im Jahr 2017 war es dann Petry, die sich mit ihrem Kurs nicht gegen die radikaleren Kräfte in der Partei durchsetzen konnte und deshalb die AfD verließ. Innerhalb der AfD setzte sich mit der Zeit immer stärker die innerparteiliche Gruppierung *Der Flügel*, um den durch geschichtsrevisionistische, antisemitische und rassistische Aussagen auffälligen thüringischen AfD-Landeschef Björn Höcke durch (Tutino und Schillig 2021). Im Januar 2022 war es dann der damalige Parteivorsitzende Jörg Meuthen, der mit der Begründung, dass Teile der Partei „nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung“ stünden und „totalitäre Anklänge“ sichtbar seien, aus der AfD austrat (Tagesschau 2022). Lucke, Petry und Meuthen versuchten jeweils nach ihrem Austritt aus der AfD mit eigenen politischen Projekten neu zu starten (ALFA/LKR, Die Blauen, Zentrumspartei). Letztlich war diesen jedoch kein Erfolg beschieden.

Die AfD hingegen steht Anfang Juli 2023 sogar stärker da, als zu ihrer Hochphase Ende 2018, als sie erstmals in allen 16 Landesparlamenten vertreten war und im Bundestag die drittstärkste Fraktion stellte. Mitte 2023 konnte die AfD auch auf kommunaler Ebene erhebliche Erfolge verbuchen. Im thüringischen Kreis Sonneberg setzte sich am 25.06.2023 bei der Landratswahl der AfD-Politiker Robert Sesselmann in einer Stichwahl gegen den CDU-Kandidaten Jürgen Küpper mit 52,8 zu 47,2 Prozent durch. Damit hat sich die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler gegen einen Kandidaten entschieden, der nicht nur von der CDU, sondern auch von allen anderen relevanten politischen Parteien (FDP, Grüne, SPD und Linke) unterstützt wurde und dagegen für einen Kandidaten einer Partei, deren thüringischer Landesverband vom dortigen Landesverfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wird (Tagesschau 2023). Die AfD stellt damit

erstmalig einen Landrat in Deutschland. Eine Woche später konnte die AfD dann in der sachsen-anhaltinischen Kleinstadt Raguhn-Jeßnitz die Stichwahl um das Bürgermeisteramt für sich entscheiden. Ihr Kandidat Hannes Loth wurde damit zum ersten hauptamtlichen Bürgermeister seiner Partei. Diese beiden Kommunalwahlen zeigen, dass die AfD – zumindest in bestimmten Regionen Ostdeutschlands – mittlerweile nicht nur ein ernstzunehmender politischer Mitbewerber geworden ist, sondern den Parteienwettbewerb dort in Teilen dominiert.

Aber auch auf Bundesebene ist die Entwicklung eindeutig. Die in **Abbildung 17** präsentierte Zeitreihe der Ergebnisse der Sonntagsfrage für die AfD seit deren Gründung lassen darauf schließen, dass sie, anders als vorherige Parteien aus dem rechtsradikalen Spektrum – die sich letztlich alle nicht durchsetzen konnten (z.B. NPD, DVU, Republikaner) – einen festen Platz in der deutschen Parteienlandschaft eingenommen hat. Die Abbildung zeigt auch, dass die AfD insbesondere im Nachgang der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/16 deutlich zulegte und dieses Niveau von 10-15 Prozent seither relativ stabil hält.

Abbildung 17: Ergebnisse der Sonntagsfrage für die AfD



Anmerkung: eigene Darstellung auf Basis der Daten von <https://www.wahlrecht.de/>.

Die programmatische Wandlung der AfD zeigte sich insbesondere im Bereich der Immigrationspolitik. Spielten Einwanderungs- und Flüchtlingsfragen, im Vergleich zur fiskalökonomisch basierten Euroskepsis bei der Parteigründung nur eine untergeordnete Rolle, entwickelte sich Immigration ab 2015 zum dominierenden Thema innerhalb der AfD. Die Partei griff damit ein Narrativ der Gefahr durch Überfremdung auf, welches auch von der islam- und fremdenfeindlichen Bewegung PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) bedient wurde, die seit Oktober 2014 in Dresden Kundgebungen mit zum

Teil mehr als 10.000 Teilnehmern abhielt (Korsch 2016). In dieser Zeit wurde die AfD auch in den Medien vermehrt als „rechtsextreme Gefahr“ wahrgenommen (Schärdel 2017). Studien, die die Wählerschaft der Partei untersuchten, kamen zudem zu dem Ergebnis, dass es sich bei den AfD-Wählern nicht um sogenannte Modernisierungsverlierer (Spier 2010) handelt, welche die AfD aus ökonomischem Rational heraus wählen würden, sondern um Personen, die ablehnende Einstellungen gegenüber Immigranten und Flüchtlingen einerseits und gegen die etablierten Parteien sowie das gesamte demokratische System andererseits hegen (Hansen und Olsen 2019; Lengfeld 2017). Es verwundert daher wenig, dass die AfD bei der Bundestagswahl 2017 in denjenigen Gemeinden in Bayern, in denen es ein Flüchtlingsheim gab, besonders gut abgeschnitten hat (Stecker und Debus 2019). Eine Analyse für Gesamtdeutschland kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass der AfD-Anteil bei der Bundestagswahl 2017 in Gemeinden, die nahe an Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge liegen, signifikant höher ausfällt, als in Gemeinden, die von solchen Einrichtung weit entfernt sind (Jäckle 2022c, S. 195). Zudem gibt es eine stabile Erkenntnislage, dass historische Pfadabhängigkeiten den AfD-Wahlerfolg in Teilen erklären können. So hat sich einerseits gezeigt, dass die AfD auf das Potenzial anderer rechtsextremer Parteien zurückgreifen kann, die vor Gründung der AfD in bestimmten Regionen stark waren (Schulte-Cloos 2022). Zudem zeigen Analysen, dass auch historisch weiter zurückliegende Geschehnisse eventuell die Stärke der AfD miterklären können, seien es Wahlergebnisse der NSDAP (Cantoni et al. 2020), die regionale Varianz in der Aufnahme von Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach dem Krieg (Menon 2023), oder die Unterdrückung von Katholiken im 19. Jahrhundert (Haffert 2022). Auch zwischen der Nähe zu ehemaligen NS-Konzentrationslagern und dem AfD-Stimmenanteil zeigte sich in mehreren Studien signifikante Korrelationen – genauer hierzu weiter unten (Hoerner et al. 2019; Homola et al. 2020; Jäckle 2022c).

Mit abnehmender Valenz des Flüchtlingsthemas seit 2017 hat die AfD begonnen sich auch in anderen Politikbereichen als die vermeintlich einzig verbliebene, echte Opposition gegenüber den von ihr so bezeichneten „Altparteien“ zu positionieren. Dies zeigte sich etwa in der Corona-Krise, als die AfD nachdem sie zu Beginn der Pandemie keine klare Linie verfolgte, ab Herbst 2020 die von der Regierung getroffenen Schutzmaßnahmen vehement kritisierte und die Anti-Corona-Demonstrationen unterstützte (Lehmann und Zehnter 2022). Diese Strategie der Fundamentalopposition und generellen Elitenkritik haben der AfD im Zuge der Corona-Krise allerdings keinen Zugewinn an Stimmen beschert – im Vergleich zu 2017 hat die Partei bei der Bundestagswahl 2021 sogar 2,3 Prozentpunkte verloren. Bayerlein und Metten (2022) führen dies darauf zurück, dass die Unterstützungsbasis der AfD in Bezug auf Covid-19 Eindämmungsmaßnahmen stark gespalten war. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24.02.2022 stellte sich die AfD ebenfalls in Opposition zur breiten Masse der im Bundestag vertretenen Parteien, indem sie eine militärische Unterstützung der Ukraine gegen die russische Aggression ablehnte und die Hauptschuld für den Krieg nicht bei Russland, sondern bei den USA und der NATO sah. Ihr am 07.02.2023 in den Bundestag eingereicherter Antrag einer „Friedensinitiative“ (Gauland et al. 2023) wurde in der parlamentarischen Debatte von den Vertretern der anderen Parteien heftig als pro-russisch kritisiert. Auch laut dem Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes Haldenwang verbreiten Teile der Partei gezielt russische Propaganda (Zeit Online 2023c). Die Partei ändert im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg auch ihre Kommunikationsstrategie,

indem sie den lange Zeit von den Ostermärschen bekannten Slogan „Frieden schaffen ohne Waffen“ aufgreift und sich selbst als einzige echte Friedenspartei Deutschlands bezeichnet (vgl. **Abbildung 18**).

Abbildung 18: Beispiele für Selbstpositionierung der AfD als Friedenspartei



Quelle: AfD Landesverband NRW: <https://afd.nrw/aktuelles/2023/02/85297/> und Twitter-Account des AfD Bundestagsabgeordneten Petr Bystron <https://twitter.com/PetrBystronAfD/status/1623747996025249792>

Angesichts der von AfD-Politikern im Hinblick auf Geflüchtete vielfach an den Tag gelegten aggressiven Rhetorik und der teilweise unverhohlenen Gewaltandrohungen gegen diese Menschen (exemplarisch sei an die von AfD-Politikerinnen entfesselte Debatte um einen „Schießbefehl“ auf Flüchtlinge Anfang 2016 erinnert³⁸) erscheint die Selbstpositionierung als „Friedenspartei“ wenig glaubwürdig. Artikel 11 fokussiert daher insbesondere auch auf den Zeitraum seit 2015, als sich die AfD vehement gegen die Flüchtlingspolitik der großen Koalition ausgesprochen hat, um zu untersuchen, inwieweit die hierbei in die Öffentlichkeit gebrachten flüchtlingskritischen und zum Teil xenophoben Positionen der AfD möglicherweise rechte Gewalt, insbesondere gegen Flüchtlinge, befördert hat. Im Artikel wird zunächst rechte Gewalt definiert, wobei auch eine Abgrenzung zwischen geplantem rechtsextremem Terrorismus und spontanen rechtsextrem motivierten Gewalttaten und Anschlägen vorgenommen wird (Holbrook und Taylor 2013; McLaren 1999; Ravndal 2018). Basierend auf dieser Definition werden im Folgenden für die 30 Jahre seit der Deutschen Wiedervereinigung die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten und die Anzahl politisch motivierter Straftaten nach Bundesländern betrachtet. Hierbei zeigt sich ein deutlicher Ost-West-Unterschied: so werden für das Jahr 2019 in Sachsen ca. 2000 gewaltbereite Rechtsextremisten vom Verfassungsschutz angegeben, in Rheinland-Pfalz – das im Bezug auf die Bevölkerungszahl etwa gleichgroß wie Sachsen ist – hingegen nur ca. 150. Der Artikel liefert zudem einen Überblick der rechtsextremen Anschläge gegen Flüchtlinge von 2014-2019, sowie der im Zeitraum 1990-2020 von Rechtsextremisten begangenen politischen Morde. Bei

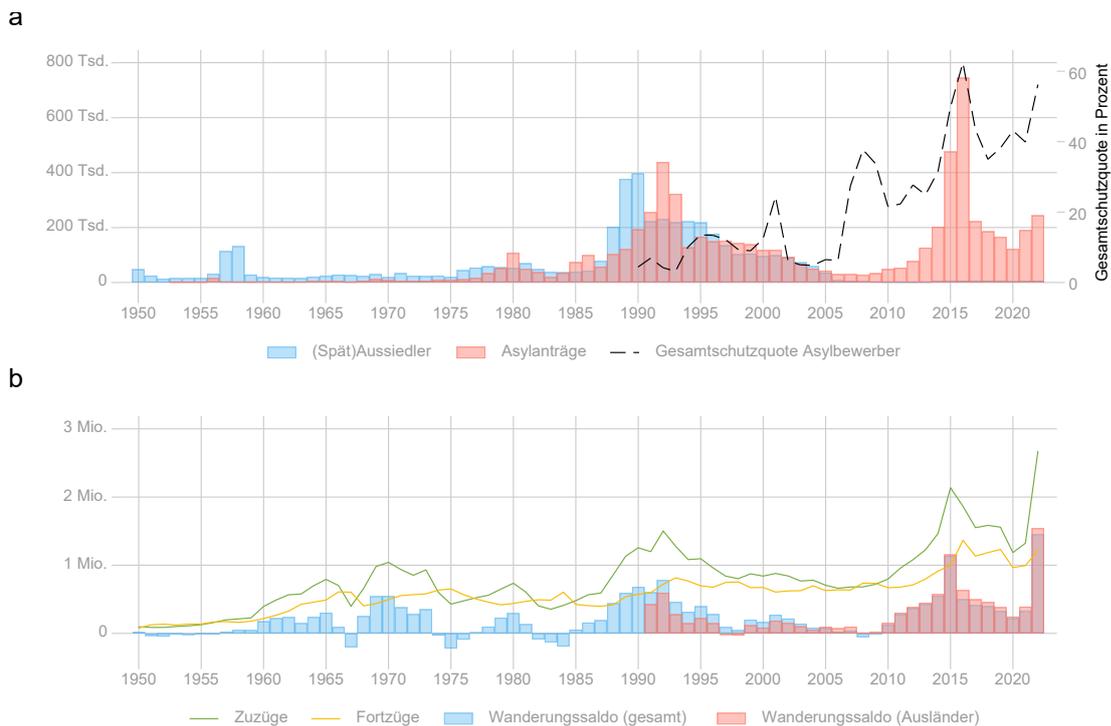
³⁸ Im Januar 2016 forderte die damalige Parteichefin Frauke Petry an der deutschen Grenze „Notfalls von der Schusswaffe Gebrauch zu machen“ um Flüchtlinge am Grenzübertritt zu hindern. Ihre Stellvertreterin Beatrix von Storch befürwortete in einem Facebook-Post zunächst in dieser Situation sogar auf Kinder und Frauen schießen zu lassen (Meiritz 2016). Denn „wer das HALT an unserer Grenze nicht akzeptiert, der ist ein Angreifer. Und gegen Angriffe müssen wir uns verteidigen“ (<https://www.facebook.com/BeatrixVonStorch/posts/1046239668750811>). Im Nachgang erklärte sie diese Aussage dadurch, auf der Computermaus ausgerutscht zu sein (Hagen 2016) und relativierte ihre Aussage dahingehend, dass der Schusswaffeneinsatz gegenüber Kindern nicht, der gegenüber Frauen hingegen schon gerechtfertigt wäre (Rydlink 2016).

diesen beiden Themen zeigt sich erneut das bereits angesprochene Problem des *underreporting* in den offiziellen staatlichen Statistiken, weshalb zusätzlich auf Daten der Amadeu Antonio Stiftung zurückgegriffen wird. Darüber erläutert der Artikel anhand von Beispielen inwiefern gerade in den letzten Jahren eine qualitative Veränderung der rechtsextremistischen Gewalt zu beobachten war, hin zu klareren Terrorstrukturen (vgl. NSU, Gruppe Freital, Hannibal-Netzwerk) und einer gesteigerten Militanz der Szene, die auch vor politischen Morden nicht mehr zurückschreckt (vgl. Anschläge in Hanau und Halle, Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke). Abschließend wird die öffentliche und mediale Reaktion auf diese rechtsextremen Terrorakte in dem Artikel in den Blick genommen. Dabei wird ersichtlich, dass AfD-Politiker in der Tat vielfach solche Anschläge zunächst als Taten verwirrter Einzeltäter bezeichnen. Der Mord an Walter Lübcke – begangen von einem Neonazi, der auch für die AfD Wahlplakate klebte und an deren Wahlkampfveranstaltungen teilgenommen hat (Mestermann 2020) – wurde von einzelnen Vertretern der AfD sogar in zynischer Weise kommentiert (Thorwart 2019). Die anderen Parteien hingegen brachten diese Anschläge vielfach mit einem Klima des Hasses in Verbindung, welches von der AfD aktiv befördert würde. Nach dem antisemitischen Anschlag von Halle bezeichnete die damalige CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer die AfD beispielsweise als den „politischen Arm des Rechtsradikalismus“ (Merlot 2019). Im Gegenzug heizten AfD-Politiker den Konflikt gelegentlich durch Verharmlosung und Provokationen an. Im Vergleich zu früheren Jahrzehnten scheint sich die politische Debatte damit substantiell verändert zu haben. Statt einer relativ einheitlichen Verurteilung von gewalttätigen Übergriffen durch alle relevanten politischen Parteien schüren diese Taten heute den politischen Konflikt zwischen den Parteien und zeigen, wie extremistische Formen des rechtsextremen Aktivismus den Parteienwettbewerb prägen.

2.3.3. Anschläge auf Geflüchtete (Art. 12, 13 & 14)

Während Anschläge auf Geflüchtete in Artikel 11 als eine von mehreren Formen von Terror- und Gewaltaktionen rechtsextremer Täter untersucht wurden, widmen sich die Artikel 12, 13 und 14 ausschließlich diesem Phänomen. Seit den 1980er Jahren nahm die Zahl der Anträge auf Asyl in Deutschland deutlich zu und erreichte Anfang der 1990er Jahre bislang nicht dagewesene Ausmaße von 200 bis 400 Tausend registrierten Asylbewerbern pro Jahr. Zu dieser Zeit erhielten nur die wenigsten Asylbewerber einen Schutzstatus (vgl. **Abbildung 19a**). Neben Asylbewerbern, kamen im selben Zeitraum auch vermehrt Spätaussiedler (v.a. aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion) nach Deutschland. Blickt man auf die gesamten Zu- und Fortzüge nach, bzw. aus Deutschland heraus, zeigt sich, dass in Deutschland seit Beginn der Bundesrepublik bis auf wenige Jahre stets die Zuwanderung überwogen hat (vgl. **Abbildung 19b**). Im Jahr 1992 erreichte der Wanderungssaldo mit 782 Tausend allerdings aufgrund der soeben angesprochenen Asylbewerber- und Spätaussiedlerdynamik einen bis dato nicht erreichten Höchstwert. Die seit 1991 verfügbaren Statistiken zur Aufgliederung des gesamten Wanderungssaldos in Ausländer und Deutsche zeigen zudem, dass die Zuwanderung seit den frühen 1990er Jahren primär, später sogar ausschließlich auf Ausländer zurückzuführen ist. Der Fakt, dass der gesamte Wanderungssaldo seit 2005 höher ausfällt als der Wanderungssaldo der Ausländer, bedeutet, dass jährlich mehr Deutsche Deutschland verlassen, als dass Deutsche, die im Ausland leben, in ihr Heimatland zurückkehren. Entsprechend kann auch der gesamte Wanderungssaldo als guter Indikator für die Zuwanderung von Ausländern dienen.

Abbildung 19: Anzahl an registrierten (Spät)Aussiedlern, Asylanträgen sowie Gesamtschutzquote in Asylverfahren (a) sowie Zuzüge, Fortzüge und Wanderungssaldo (b)



Anmerkung: eigene Darstellung auf Basis der Daten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge BAMF (2006, 2011, 2021, 2023), einer Zeitreihe des Bundesverwaltungsamts zu Spätaussiedlern und ihren Angehörigen (2023) sowie Daten des Statistischen Bundesamtes zu Wanderungsbewegungen (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Wanderungen/Tabellen/wanderungen-alle.html>).

Die Situation Anfang der 1990er Jahre, mit ihrer für die deutsche Nachkriegsgeschichte einzigartig hohen Migration intensivierte eine bereits seit Anfang der 1980er Jahre hitzig geführte Asyldebatte.³⁹ Ihr Ende fand diese politische Auseinandersetzung im sogenannten Asylkompromiss, den die Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP mit der oppositionellen SPD im Dezember 1992 schlossen. Dieser schränkte das individuelle Grundrecht auf Asyl (heute Art. 16a GG) deutlich ein – laut Herbert wurde „Deutschland gegenüber Zuwanderung über das Asylrecht praktisch abgeriegelt“ (Herbert 2017, S. 319). Dem selbstgesetzten Ziel einer deutlichen Reduzierung der Asylanträge wurde das Gesetz durchaus gerecht. Zwischen 2006 und 2009 wurden in Deutschland nur noch etwa 30.000 Asylanträge jährlich gestellt und damit nur etwa ein Zehntel des Antragsaufkommens der Jahre 1990-1992.

Die hoch emotional geführte Asyldebatte und der politische Asylkompromiss können dabei jedoch nicht losgelöst von sozialen Entwicklungen betrachtet werden. Erst die in Teilen enthemmte politische Diskussion, bei der Asylbewerber vielfach unter den Generalverdacht gestellt wurden, Leistungen missbräuchlich

³⁹ Im Angesicht steigender Asylbewerberzahlen machten seit den 1980er Jahren Politiker von CDU/CSU aber auch SPD und FDP mit Begriffen wie „Scheinasylant“, „Asylmissbrauch“, „Asylbetrug“, „Asylschmarotzer“ und „Wirtschaftsflüchtling“ Stimmung gegen Asylbewerber. Maßgeblich angeheizt wurde die Debatte auch von Medien wie der Bild-Zeitung oder der Welt am Sonntag (vgl. Blanke 1993; Leggewie 1999).

in Anspruch zu nehmen, führte zu einer Atmosphäre, in der das öffentliche zur Schau stellen von Ausländerfeindlichkeit in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen salonfähig wurde. Die Asyldebatte traf dabei zudem in den neuen Bundesländern auf eine Bevölkerung, die sich in einer eklatanten wirtschaftlichen und sozialen Umbruchsituation befand und deren rassistisches und ausländerfeindliches Gedankengut, unter der SED-Diktatur noch notdürftig verdeckt, nach der Wende sich ungehindert Bahn brechen konnte. Und dies, obgleich – oder evtl. auch gerade weil – der Ausländeranteil in Ostdeutschland Anfang der 1990er Jahre verschwindend gering war: im Westen lebten Ende 1990 etwa 5 Millionen Ausländer (acht Prozent der westdeutschen Bevölkerung), im Osten waren es 112.000 (1 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung) (Destatis 2022). In den frühen 1990er Jahren kam es in der Folge vor allem in Ostdeutschland zu einer ganzen Reihe an gewalttätige Ausschreitungen und Anschlägen gegen Ausländer und Asylbewerber. Dabei traten die Täter zum Teil in großen Gruppen und öffentlich auf, was zu pogromartigen Situationen führte, wie etwa 1991 in Hoyerswerda oder 1992 in Rostock Lichtenhagen. Vielfach wurden Brandanschläge auf Unterkünfte von Ausländern und Asylbewerbern verübt sowie diese Personengruppen auch körperlich angegriffen. Gleichwohl muss betont werden, dass es sich bei diesen Taten keineswegs um ein rein ostdeutsches Phänomen handelte und auch bereits vor dem Mauerfall im Westen Brandanschläge auf Unterkünfte von Asylbewerbern oder Aussiedlern stattgefunden haben. In einer Antwort auf eine kleinen Anfrage im Bundestag wurden für 1988 13 und für 1989 19 Brandanschläge auf entsprechende Heime und Einrichtungen berichtet (Deutscher Bundestag 1990). Die beiden ausländerfeindlich motivierten Brandanschlägen am 23.11.1992 in Mölln (Schleswig-Holstein) und am 29.05.1993 in Solingen (NRW), bei denen Rechtsradikale insgesamt acht Menschen töteten und 26 zum Teil schwer verletzten, zeigten aufs Deutlichste das Ausmaß rechter Gewalt auch in den alten Bundesländern.

Analysen der möglichen Erklärungsfaktoren für die ausländerfeindlichen Anschläge Anfang der 1990er Jahre kamen zu nur wenigen relativ deutlichen und belastbaren Befunden. So wurden in Ostdeutschland in der Tat prozentual deutlich mehr Anschläge begangen als im Westen, was Krueger und Pischke (1997) auf historisch gewachsene soziokulturelle Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland und weniger auf ökonomische Ungleichheiten zurückführen. Auch Studien, welche die Grundlagen von fremdenfeindlicher Gewalt, nämlich die Einstellung zu Ausländern und Migranten in den Blick nahmen, kamen mehrheitlich zu dem Ergebnis, dass wirtschaftliche Deprivation keinen so großen Einfluss hat, wie soziale Desintegration und die mit dieser einhergehenden Anomie (Braun und Koopmans 2010; Esser und Brosius 1996; Koopmans und Olzak 2004; Merkl 1995).⁴⁰ Nach Merton (1938) kann Anomie oder Normlosigkeit als ein Zustand begriffen werden, in dem eine Person eine Diskrepanz zwischen sozial anerkannten Zielen sowie den eigenen Mitteln und Möglichkeiten zu deren Erreichung erfährt. Diese Normlosigkeit könnte dazu führen, dass Personen, die einen Mangel an Anerkennung fühlen, Überlegenheitsgefühle und negative Stereotype

⁴⁰ Falk et al. (2011) kommen in ihrer statistischen Analyse rechtsextremer Gewalt in Deutschland hingegen zu dem Befund, dass diese in Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit besonders hoch ist, was ihrer Meinung nach zu einem großen Teil die Unterscheide zwischen West- und Ostdeutschland erklären würde.

gegenüber Outgroups wie Migranten herausbilden um auf diese Weise die eigene wahrgenommene Ausgrenztheit zu kompensieren.

Betrachtet man die in **Abbildung 19** dargestellte Entwicklung der Asylantragszahlen sowie des Wanderungssaldos, lässt sich unschwer eine Parallele zwischen den frühen 1990er Jahren und den Jahren 2015-16 ausmachen. Die Kriege in Afghanistan und v.a. in Syrien führten zu einem sprunghaften Anstieg der Asylanträge, die Zuwanderung nach Deutschland überstieg im Jahr 2015 erstmals überhaupt die Marke von einer Million Menschen und auch die politische Debatte drehte sich erneut zu dieser Zeit fast ausnahmslos um die sogenannte „Flüchtlingskrise“. Vor dem Hintergrund dieser durchaus ähnlichen Ausgangslage zeigte Deutschland ein gespaltenes Bild. Einerseits versuchten viele Deutsche den Satz von Kanzlerin Merkel „Wir schaffen das“ mit Leben zu füllen und eine Willkommenskultur zu etablieren, was von ausländischen Beobachtern als starkes Signal der Menschlichkeit gewertet wurde (R. Cohen 2015). Andererseits gab es an der Aufnahme der Geflüchteten aber auch deutliche Kritik. So etwa vom damaligen CSU-Chef und bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU), der eine Obergrenze von 200.000 Flüchtlingen pro Jahr forderte (Remme 2016). Besonders heftig fiel die Kritik bei AfD und der im Oktober 2014 gegründeten Protestbewegung PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands) aus, die in Dresden wöchentlich immer Montags auf von den Organisatoren als „Abendspaziergängen“ bezeichneten Zusammenkünften demonstrierte. Den größten Zulauf hatten diese Demonstrationen im Dezember 2014 und v.a. im Januar 2015 mit nach Polizeiangaben bis zu 25.000 Demonstranten am 12.01.2015. Die Polizeiangaben wurden jedoch von Experten vielfach als zu hoch angesehen. So kam Dieter Rucht in einer wissenschaftlich fundierten Schätzung, die er für das WZB Berlin durchgeführt hat, für die Demonstration vom 12.01.2015 auf etwa 17.000 Teilnehmer (Rucht 2015). Auf diesen Demonstrationen wurden vielfach Ausländer und Asylbewerber verunglimpft und deren Menschenwürde angegriffen. So wurde der Gründer von PEGIDA, Lutz Bachmann, beispielsweise für Aussagen auf Facebook, in denen er Ausländer als „Viehzeug“, „Gelumpe“ und „Dreckspack“ bezeichnet hatte, wegen Volksverhetzung verurteilt (Süddeutsche Zeitung 2016).

Ob, und wenn ja, unter welchen Umständen solche xenophoben Aussagen und das hierdurch geschaffene aggressive Klima sich in Gewalttaten entlädt, ist eine der Fragen, der die drei in dieser Arbeit enthaltenen Artikel zu fremdenfeindlichen Anschlägen nachgehen. Dabei werden ausschließlich in Deutschland verübte Anschläge in den Blick genommen. Zeitlich fokussiert Artikel 12 auf das Jahr 2015 (Jäckle und König 2017), Artikel 13 auf die Jahre 2015 und 2016 (Jäckle und König 2018) und Artikel 14 gibt einen Überblick der Entwicklung von 2015 bis 2017 (Jäckle und König 2019). Insbesondere 2015 und 2016 kann von einer sehr hohen Salienz des Themas „Asyl“ ausgegangen werden. Alle drei Artikel nutzen dabei Daten aus der *Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle*, welche von der Amadeu Antonio Stiftung zusammen mit PRO ASYL und dem Magazin Stern unterhalten wird (Mut gegen Rechte Gewalt 2016). Die in dieser Datenbank aufgelisteten Anschläge auf Geflüchtete (unterteilt in Brandanschläge, Körperverletzungen, und sonstige Anschläge auf Unterkünfte) werden als abhängige Variable in Mehrebenenregressionsmodellen verwendet. Diese nicht-offizielle Quelle zu nutzen, die anhand von Zeitungsberichten Gewalttaten gegen Flüchtlinge sammelt, ist

aus zweierlei Gründen angebracht. Erstens, liegen in ihr die Daten im Gegensatz zu den offiziellen Statistiken der PMK geographisch disaggregiert auf Gemeindeebene vor, wodurch es möglich ist regionale Schwerpunkte im Anschlagsgeschehen adäquater zu untersuchen und andererseits gilt sie als die umfassendste Quelle für flüchtlingsfeindliche Gewalttaten, während die PMK-Daten – wie oben erwähnt – vielfach mit einem signifikanten under-reporting zu kämpfen haben.

Als mögliche Erklärungsfaktoren für Gewalt gegenüber Migranten und Asylbewerbern wurden bislang vielfach, eher aus einer soziologischen Perspektive, sozio-kulturelle Variablen sowie ökonomische Deprivationserfahrungen getestet (Fertig und Schmidt 2011; Ohlemacher 1994; Skrobanek 2004). In den hier präsentierten Artikeln stehen hingegen drei andere Faktoren im Vordergrund: 1) die Stärke rechtsextremer sowie rechtspopulistischer Parteien, 2) Ansteckungseffekte von vorangegangenen räumlich und/oder zeitlich nahen fremdenfeindlichen Aktionen sowie 3) als bedrohlich wahrgenommene Ereignisse, die fremdenfeindliche Gewalt auslösen könnten.

Der Einfluss rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien

Der politische Kontext, in dem die Gewalt verübt wird, wurde im Gegensatz zu sozio-ökonomischen Faktoren bislang seltener untersucht. Eine Ausnahme stellen die Arbeiten von Braun und Koopmans dar (Braun 2011; Braun und Koopmans 2010; Koopmans 1996). In diesen Studien gehen die beiden Autoren von einem Kanalisierungseffekt aus, nach dem das Vorhandensein rechtsextremer politischer Organisationen fremdenfeindliche Einstellungsmuster bei den Bürgern in eine nicht-gewalttätige Richtung kanalisieren und die Gefahr von Anschlägen damit entschärfen könnte. Ihren Ergebnissen zu Folge ist die Stärke rechtsextremer Parteien bei Wahlen negativ mit der Zahl der Anschläge gegen Ausländer korreliert.

Andererseits zeigen empirische Studien, dass Anhänger rechttradikaler Parteien im Vergleich zu denen anderer Parteien eine höhere Bereitschaft aufweisen Straftaten zu begehen, insbesondere gegen Immigranten (Falk et al. 2011; Merkl 1995). Zudem sprechen zwei weitere Argumente für einen andersartigen Einfluss als es Braun und Koopmans vermuten. So kann erstens angenommen werden, dass je stärker eine rechtsextreme Partei ist, sie umso mehr mit ihren Ansichten auch die öffentliche Debatte mitbestimmen kann und hierdurch – selbst wenn sie nicht selbst aktiv zum Einsatz von Gewalt aufruft – die von ihr betriebene ausländerfeindliche Propaganda dazu führt, dass einzelne ihrer Anhänger Asylbewerber oder generell Migranten als legitime Ziele von Anschlägen begreifen (Krueger und Pischke 1997; Ohlemacher 1994). Zweitens haben rechte Parteien vielfach auch (inoffizielle) organisatorische und personelle Verbindungen zu weiteren rechtsextremen Akteursgruppen (z.B. freie Kameradschaften, Hooligans, Identitäre Bewegung), bei denen der Verfassungsschutz ein erhöhtes Gewaltpotenzial erkennt und die schon länger die eigentliche Stärke der rechtsextremen Szene in Deutschland abseits der politischen Parteien ausgemacht haben (Backes und Mudde 2000). Der Wandel der AfD im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise zu einer Ein-Themen-Partei, deren Hauptziel es ist, Zuwanderung nach und Asyl in Deutschland faktisch unmöglich zu machen, die weiter oben bereits angesprochenen verbalen Ausfälle von Politikern dieser Partei gegenüber Migranten sowie die vorhandenen Beziehungen zu rechtsradikalen Gruppierungen sprechen dafür, dass die relative Stärke der AfD seit 2015 Gewalttaten gegenüber Flüchtlingen eher befeuert haben dürfte.

In Bezug auf den Zusammenhang zwischen der Stärke rechtsextremer/rechtspopulistischer Parteien und Anschlägen auf Geflüchtete zeigt die statistische Analyse⁴¹ des Jahres 2015 (Jäckle und König 2017) einen deutlich signifikant positiven Effekt. D.h. je stärker rechte Parteien (AfD, NPD, Republikaner, die Rechte, proNRW, proDeutschland) bei der Bundestagswahl 2013 bzw. der Europawahl 2014 in einem Kreis abgeschnitten haben, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass es dort zu einem fremdenfeindlichen Anschlag kommt. Dies gilt unter Kontrollen einer ganzen Reihe an sozio-ökonomischen und kulturellen Faktoren auf Kreis- (Arbeitslosenquote, Wahlbeteiligung, Geschlechterverhältnis, Bevölkerungszahl) und Bundeslandebene (durchschnittliche nationale vs. europäische Identität). Die These einer Kanalisierung der Fremdenfeindlichkeit durch rechte Parteien kann somit verworfen werden. Für die weiteren Jahre 2016 und 2017 nimmt der statistische Einfluss rechter Parteien ab und wird insignifikant. Der Effekt dreht sich jedoch nie um, wie es die Kanalisierungsthese erwarten würde (Jäckle und König 2018, 2019). Als weitere Kontrollvariable wurde auch der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund auf Landkreisebene in die Modelle eingebracht. Entsprechend der Annahme der Kontakthypothese (Allport 1954), die sich zur Erklärung der Varianz vorurteilsbehafteter Einstellungsmuster in Ost- und Westdeutschland bereits empirisch bewährt hat (Wagner et al. 2003), sind in Kreisen mit einer höheren Quote an Menschen mit Migrationshintergrund, fremdenfeindliche Anschläge signifikant weniger wahrscheinlich als in solchen, in denen weniger Menschen mit Migrationshintergrund leben (Jäckle und König 2017). Wie zuvor bei der Stärke der rechtsextremen Parteien schwächt sich der Effekt dieser Variable in den Jahren 2016 und 2017 ebenfalls deutlich ab (das gilt auch, sofern alternativ die Ausländerquote als Maß herangezogen wird). Auch eine zusätzliche Kontrolle auf die Zahl der in einem Kreis aufgenommenen Asylbewerber zeigt keinen darüber hinausgehenden Einfluss (Jäckle und König 2019).

Ansteckungseffekte vorangegangener fremdenfeindlicher Vorkommnisse

Ein weiterer möglicher Faktor, der die Wahrscheinlichkeit von fremdenfeindlichen Anschlägen mit beeinflussen könnte, sind Ansteckungseffekte vorheriger fremdenfeindlicher Aktionen. Die Grundidee dahinter ist, dass sich Gewalttaten ähnlich wie Epidemien ausbreiten können und es gewissermaßen zu einem Überspringen von Gewalt von einer Region auf eine andere angrenzende kommen kann. Entsprechende konzeptionelle Ideen und empirische Überprüfungen finden sich sowohl in der IB-nahen Konfliktforschung (Hill und Rothchild 1986; Li und Thompson 1975; Most und Starr 1980), der Terrorismusforschung (Aaltola 2009, S. 27; Engene 2004, S. 18; Midlarsky et al. 1980), als auch in soziologischen Arbeiten, die Gewalt- und Konfliktodynamiken über mathematische Diffusionsmodelle zu erklären suchen (Midlarsky 1978; Myers 2000; Patten und Arboleda-Flórez 2004; Pitcher et al. 1978). Bei fremdenfeindlichen Gewalttaten kann ebenfalls davon ausgegangen werden, dass solche Anschläge für potenzielle Täter eine Vorbildfunktion darstellen und es entsprechend zu Nachahmungstaten kommt.

Damit ein solcher Effekt eintreten kann, ist es allerdings notwendig, dass potenzielle Täter Kenntnis von diesen Anschlägen haben. Da bei weitem nicht über alle fremdenfeindlichen Gewalttaten deutschlandweit

⁴¹ Es wird eine Mehrebenenregression mit drei Leveln geschätzt. Level 1 sind Kreis-Tage, Level 2 die 402 Kreise und Level 3 die 16 Bundesländer (Jäckle und König 2017, S. 233).

in den Medien berichtet wird, gleichzeitig jedoch davon ausgegangen werden kann, dass sich regional entweder über die Lokalpresse oder über Mund-zu-Mund-Propaganda durchaus Informationen über solche Anschläge verbreiten, wird in den Artikeln ein lokaler Ansteckungseffekt postuliert.⁴² Daneben kann davon ausgegangen werden, dass nicht nur fremdenfeindliche Anschläge, sondern auch Demonstrationen, die offen gegen Ausländer oder Asylbewerber gerichtet sind, ein mobilisierendes Potenzial für weitere Anschläge haben. Aus diesem Grund werden sowohl Anschläge als auch solche Demonstrationen als Vorkommnis betrachtet, das eine Ansteckungsdynamik zu weiteren Anschlägen auslösen kann. Um diese Annahme zu testen, wird für jeden Tag im Datensatz die Distanz eines jeden Kreises zu dem nächstgelegenen Vorkommnis (Anschlag oder Demonstration) innerhalb der letzten sieben Tage berechnet und in das Modell in logarithmierter Form mitaufgenommen. Zudem werden zwei weitere mögliche Gewaltdiffusionsannahmen untersucht: einerseits das deutschlandweite Niveau an fremdenfeindlicher Gewalt (gemessen über die Gesamtzahl an Anschlägen innerhalb der letzten Woche) und andererseits eine längerfristige, räumliche Pfadabhängigkeit (gemessen über die kumulierte Anzahl an Anschlägen in einem Kreis). Auf eine ähnliche Weise gingen bereits Braun und Koopmans der Frage der Ansteckungsdynamiken nach (Braun 2011; Braun und Koopmans 2010).

Die Ergebnisse der statistischen Analysen hinsichtlich der Ansteckungseffekte sind eindeutig. In allen drei Artikeln zeigt sich die Distanz zu den nächstgelegenen fremdenfeindlichen Vorkommnissen als starker Erklärungsfaktor. Je näher diese waren, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem fremdenfeindlichen Anschlag kommt. Für das Jahr 2015 sagt das Modell etwa eine Wahrscheinlichkeit von 4,2 Prozent für einen fremdenfeindlichen Anschlag innerhalb eines Monats in einem Kreis vorher, sofern das nächstgelegene fremdenfeindliche Vorkommnis 600 km und damit sehr weit entfernt stattgefunden hat. Hat ein solches Ereignis jedoch innerhalb eines Radius von 10 km um den Kreismittelpunkt stattgefunden erhöht sich diese Wahrscheinlichkeit um mehr als das Vierfache auf 19,6 Prozent (Jäckle und König 2017, S. 241). Geographische Nähe kann damit als Faktor begriffen werden, der eine Ansteckungsdynamik erleichtert. Da Modelle, bei denen die Distanz in logarithmierter Form eingebracht werden, einen deutlich besseren Model-Fit aufweisen, als solche, bei denen die Distanz linear einfließt, kann angenommen werden, dass vorangegangene fremdenfeindliche Vorkommnisse insbesondere im allernächsten regionalen Umfeld als mögliche Vorbilder für weitere Anschläge wahrgenommen werden. Daneben zeigen aber auch die kumulierten Anschläge innerhalb eines Kreises (regionale Pfadabhängigkeit) sowie das gesamtdeutsche Niveau fremdenfeindlicher Anschläge die erwarteten Effekte. Beide erhöhen signifikant die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem weiteren fremdenfeindlichen Anschlag kommt (Jäckle und König 2019). Insgesamt zeigen die Befunde bezüglich der Ansteckungsdynamik, dass Gewalttaten gegenüber Ausländern, Asylbewerbern

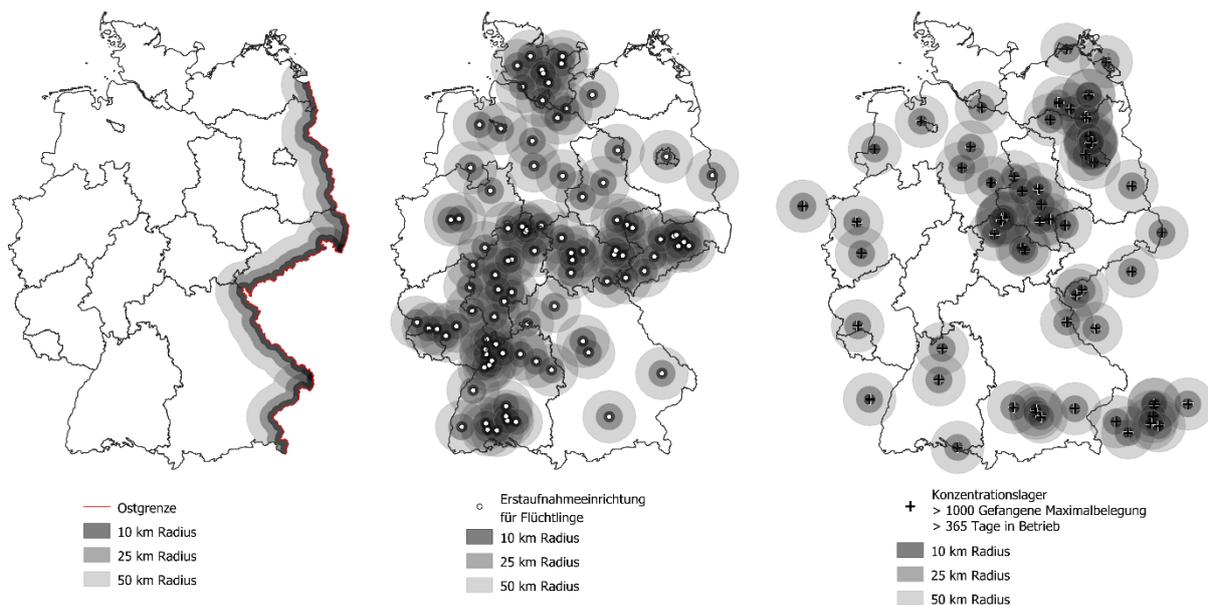
⁴² Bei besonders gravierenden Gewalttaten, über die breit und überregional berichtet wurde, konnten Ansteckungseffekte eindeutig nachgewiesen werden. So rollte nach den pogromartigen Ausschreitungen in Hoyerswerda eine ganze Welle an fremdenfeindlichen Anschlägen durch Deutschland. Stellte der Staatsschutz zu Beginn des Jahres 1991 noch etwa 30 fremdenfeindliche Gewalttaten pro Monat fest, waren es im September bereits 220 (davon $\frac{3}{4}$ nach dem 17.09 – dem Beginn der Ausschreitungen in Hoyerswerda) und im Oktober 489. Entsprechend ist es auch nachvollziehbar, wenn Steuer und Kissel in diesem Zusammenhang von einem „zweiten Deutschen Herbst“ sprechen (Steuer und Kössler 2022).

oder Migranten nicht im luftleeren Raum stattfinden, sondern es vielfach bereits einen gewaltsamen Vorlauf gegeben hat, der auch regionale Schwerpunkte in der Anschlagshäufigkeit zu einem gewissen Grad erklären kann.

Eine ganze Reihe neuerer Arbeiten zeigen zudem, dass der Einfluss dieses regionalen Kontexts auf fremdenfeindliche Einstellungsmuster sowie die Wahl rechtsextremer Parteien nicht nur auf Ereignisse zurückzuführen sein muss, die wenige Tage bis Wochen zuvor in der Nähe stattgefunden haben, sondern dass auch deutlich weiter zurückliegende Vorkommnisse Auswirkungen zeitigen können. Die Forschung zu diesen historischen Vermächtnissen (*historical legacies*) untersuchte für Deutschland beispielsweise, inwiefern die Nähe zu ehemaligen Konzentrationslagern der Nazis auch nach mehreren Jahrzehnten gewisse regionale Unterschiede in Einstellungsmustern gegenüber Ausländern, oder dem Wahlerfolg rechtsextremer Parteien erklären können (Hoerner et al. 2019; Homola et al. 2020; Jäckle 2022c; Pepinsky et al. 2023).⁴³ Ohne auf Einzelheiten der theoretischen Argumentation einzugehen, lässt sich der Grundgedanke dieser Analysen wie folgt zusammenfassen: Menschen, die während der NS-Herrschaft und in den Jahren nach 1945 in unmittelbarer Nähe von Konzentrationslagern lebten, mussten mit einer höheren kognitiven Dissonanz zurechtkommen, was zu einer stärkeren Übereinstimmung mit den Überzeugungen des NS-Systems führte. Diese Einstellungen wurden dann über Generationen hinweg weitergegeben und könnten durch das, was Hoerner et al. als „memory satiation“ (Hoerner et al. 2019) bezeichnen, sogar noch verfestigt worden sein. Jäckle (2022c) testet darüber hinaus in seiner Analyse des Wahlergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017 noch den Einfluss zweier weiterer geokodierter Faktoren. Dabei handelt es sich um die Nähe zu Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge, sowie die Nähe zur Ostgrenze Deutschlands. Während erstere im Sinne der Kontakthypothese und als Reaktion auf die Flüchtlingsbewegungen der Jahre 2015 und 2016 untersucht wird (vgl. auch Stecker und Debus 2019), hat sich letztere bereits in einer vorherigen Analyse anhand von Daten zur Bundestagswahl 2017 für das Bundesland Bayern als höchst erklärungskräftig erwiesen (Jäckle et al. 2018).

⁴³ Obgleich sich die meisten dieser Analysen mit den Auswirkungen der NS-Herrschaft auf das heutige Deutschland beschäftigen, finden sich auch vereinzelt Arbeiten, die entsprechende *historical legacies* in anderen Ländern untersuchen. Für polnische Gemeinden, die um das ehemalige Vernichtungslager Treblinka angesiedelt sind, können Charnysh und Finkel (2017) beispielsweise gewisse ökonomische Langzeitauswirkungen feststellen: Je näher ein Ort am ehemaligen Vernichtungslager lag, umso besser ist auch noch in den 1970er Jahren die Bausubstanz der dortigen Wohnungen. Die Autoren führen diesen Befund auf einen durch Aneignung jüdischer Wertgegenstände erworbenen Reichtum der dortigen Bevölkerung zurück. Daneben zeigt ihre Analyse, dass auch das Wahlergebnis der antisemitischen Partei *Liga Polskich Rodzin* (LPR, Liga Polnischer Familien) bei den Wahlen 2001 von der Distanz nach Treblinka abhing. Während sie in der Gemeinde Kosów Lacki, wo das Vernichtungslager liegt, 14 Prozent der Stimmen gewann, schätzt das Regressionsmodell für Gemeinden, die mehr als 50 km vom Lager entfernt sind, einen Stimmenanteil von 9,5 Prozent (Charnysh und Finkel 2017, S. 813).

Abbildung 20: Distanzdummies zur Erklärung des AfD-Wahlerfolgs bei der Bundestagswahl 2017



Quelle: Jäckle (2022c, S. 180).

Abbildung 20 zeigt die Operationalisierung dieser drei geographischen Marker, die in dieser Studie (Jäckle 2022c) unter anderem über Distanzdummies erfolgt. Auf diese Weise ist es besser möglich potenzielle nicht-lineare Effekte zu identifizieren, bzw. Grenzen auszumachen ab denen ein geographischer Marker keinen Einfluss mehr auf eine abhängige Variable hat, d.h. den räumlichen Bereich besser abzugrenzen innerhalb dessen ein sozialer Ansteckungseffekt auffindbar ist. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass die geographische Nähe zu allen drei Markern – unter Kontrolle einer Vielzahl an weiteren Faktoren – gewisse signifikante und auch realweltlich relevante Unterschiede beim Wahlergebnis der AfD erklären kann: Für einen Ort, der 1 km von der Ostgrenze Deutschlands entfernt ist, schätzt das Modell *ceteris paribus* einen um 1,6 Prozentpunkte höheren AfD-Anteil. Für Gemeinden die sehr nah an einem ehemaligen Konzentrationslager⁴⁴ oder einer Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge liegen (< 5 km), wird ebenfalls ein um 1,2 bzw. 0,6 Prozentpunkte höherer AfD Anteil geschätzt, als für Gemeinden, die mehr als 50km von diesen geographischen Markern entfernt sind (Jäckle 2022c, S. 27).

⁴⁴ Hierbei zeigte sich, dass es wichtig ist den Blick weder nur auf die 12 Hauptlager zu richten, wie dies Homola et al. (2020) und Pepinski et al. (2023) tun, noch undifferenziert alle Nebenlager, auch wenn es dort nur sehr wenige Gefangene gegeben hat und/oder sie nur für eine sehr kurze Zeitspanne betrieben wurden, als Grundlage der statistischen Analyse heranzuziehen wie dies bei Hoerner et al (2019) der Fall ist, sondern mit Blick auf die realen historischen Gegebenheiten an dieser Stelle zu differenzieren. Die Analyse schließt daher Hauptlager sowie die größeren (> 1000 Gefangene Maximalbelegung) und länger in Betrieb befindlichen (> 365 Tage) Nebenlager zusammen in die Analyse ein. Die Informationen zu den Lagern und deren geographische Koordinaten entstammen einem Datensatz von Anne Knowles, der auch die Grundlage für das Überblickswerk „Geographies of the Holocaust“ (Knowles et al. 2014) darstellt. Sie wurden überprüft und wo nötig ergänzt durch Daten des Projekts „Deutschland ein Denkmal“ (<http://www.deutschland-ein-denkmal.de/>), welches auf die wohl umfassendste Sammlung an historischen Informationen zum System der Konzentrationslager aufbaut, die neunbändige Enzyklopädie „Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager“ (Benz et al. 2005).

Zusammengenommen zeigen die Analysen zu *historical legacies* sowie zu den Ansteckungseffekten vorangegangener fremdenfeindlicher Vorkommnisse, dass eine Analyse xenophober, nationalistischer, chauvinistischer und antisemitischer Einstellungsmuster wie auch von Outcomes, die durch solche Einstellungen mit determiniert werden (seien es Wahlergebnisse für rechtsextreme Parteien, oder fremdenfeindliche Gewalttaten), stets den regionalen historischen Kontext in den Blick nehmen muss.

Bedrohlich wahrgenommene Ereignisse

Als ein weiterer Faktor, der mit fremdenfeindlichen Anschlägen in Zusammenhang stehen könnte, betrachtet Artikel 13 (Jäckle und König 2018) bestimmte Ereignisse, die als bedrohlich wahrgenommen werden können. Die Annahme dahinter ist, dass bestimmte Arten von Ereignissen, die allgemein als Attacken auf das Zusammenleben in Deutschland oder die westliche Lebensweise allgemein gesehen werden können, über die ausführlich medial berichtet und die eventuell auch parteipolitisch intensiv diskutiert werden, geeignet sein können, bei bestimmten Personengruppen latent vorhandene, fremdenfeindliche Einstellungsmuster zu aktivieren und damit Gewalttaten zu evozieren. Bisherige Studien konnten bereits nachweisen, dass bestimmte, in der Öffentlichkeit sehr präsente Ereignisse wie (islamistische) Terroranschläge, die das Potenzial haben Ausländer – insbesondere Menschen aus muslimischen Ländern – als mögliche Gefahr und Bedrohung der westlichen Gesellschaft darzustellen, zu fremdenfeindliche Stimmungen in der Bevölkerung beitragen (Boomgaarden und De Vreese 2007; Frey 2021; Jacobs et al. 2011; Jakobsson und Blom 2014; Jungkunz et al. 2019; Legewie 2013; Spilerman und Stecklov 2009). Neben Terroranschlägen könnten aber potenziell auch andere Ereignisse eine ähnliche Wirkung auf fremdenfeindliche Einstellungsmuster wie auch in der Folge auf die Wahrscheinlichkeit von Anschlägen auf Asylbewerber und Migranten haben. Artikel 13 prüft daher ob 1) von Flüchtlingen begangene Gewalt oder Straftaten in Deutschland, 2) Polizeirazzien gegen islamistische Fundamentalisten, Terrorwarnungen und -anschläge in Deutschland, sowie 3) terroristische Attentate in Nachbarländern als auslösende Elemente von fremdenfeindlichen Anschlägen angesehen werden können. Insbesondere der letztgenannte Faktor zeigt sich in den berechneten Mehrebenenregressionen als durchgehend signifikant. Dies kann wahrscheinlich auf die intensive Medienberichterstattung über diese Anschläge (z.B. Charlie Hebdo 07.01.2015, Paris 13.11.2015, Brüssel 22.03.2016) zurückgeführt werden. Terrorwarnungen in Deutschland hingegen (beispielsweise die Absage des Radrennens „Rund um den Finanzplatz Eschborn-Frankfurt“ am 01.05.2015) waren zwar auch in den Medien präsent, aber doch deutlich weniger stark als die Anschläge in den Nachbarländern, denen viele Menschen zum Opfer gefallen sind. Entsprechend werden auch nicht nur die drei Typen kritischer Ereignisse untersucht, sondern auch Kommunikation zu diesem Thema. Konkret wird untersucht, ob Gewalt gegen Flüchtlinge durch öffentliche Äußerungen von Politikern einwanderungsfeindlicher Parteien mobilisiert wird, die Einwanderer oder Asylbewerber als bedrohlich darstellen. Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass dies in der Tat so ist. Je mehr negative Aussagen über Ausländer von Politikern einwanderungskritisch eingestellter Parteien mit relevanter Medienreichweite (AfD und CSU) getätigt wurden, desto höher war die Wahrscheinlichkeit für einen fremdenfeindlichen Anschlag (Jäckle und König 2018).

Von Flüchtlingen begangene kriminelle Handlungen zeigen hingegen nur einen schwach signifikanten, leicht positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit fremdenfeindlicher Anschläge. Auch wenn ein solch mobilisierender Effekt bei den medial und politisch besonders stark rezipierten sexuellen Übergriffen in der Silvesternacht 2015 in Köln (und einigen anderen Städten) in mehreren Studien aufgezeigt wurde (Frey 2020; Jäckle und König 2019) kommt es an dieser Stelle offensichtlich sehr stark darauf an, wie intensiv ein solcher Fall in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Auf Basis eines feingliedrigen geokodierten Datensatzes können Riaz und seine Kollegen (2021) zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit von fremdenfeindlicher Hasskriminalität in Gemeinden kurzfristig deutlich ansteigt, sofern dort in den Tagen zuvor eine Straftat begangen worden ist, die Migranten zugeschrieben wurde.

2.3.4. Hate Speech in Sozialen Netzwerken gegen Bürgermeister (Art. 15)

Während sich die Artikel 11-14 allesamt mit aus politischen Gründen begangenen Formen physischer Gewalttätigkeit beschäftigen, legt der letzte Artikel des Blocks (Bauschke und Jäckle 2023) seinen Fokus auf psychische Gewalt. Konkret untersucht er innerhalb sozialer Netzwerke Hate Speech die gegen Bürgermeister gerichtet ist. Hass und Hetze gegen Politiker haben in Deutschland seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/16 deutlich zugenommen. Vielfach sind es dabei Lokalpolitiker, die sich für eine Unterbringung und Integration von Flüchtlingen eingesetzt haben, die sich vehementen Angriffen auf ihre Person ausgesetzt sahen. Oftmals blieb es dabei nicht bei verbalen Angriffen, Beleidigungen und Bedrohungen, sondern es ereigneten sich auch vermehrt Sachbeschädigungen, und Körperverletzungen, bis hin zum politischen Mord an Walter Lübcke. Für das Jahr 2016 geht aus der Antwort der Bundesregierung zu einer kleinen Anfrage der Grünen-Fraktion hervor, dass, basierend auf Daten der PMK, insgesamt 1840 Straftaten, darunter 41 Gewaltdelikte, gegen Amts- und Mandatsträger begangen wurden. Im Jahr 2017 waren es 1527, darunter 65 Gewaltdelikte (Deutscher Bundestag 2018). Es handelt sich somit nicht um Einzelfälle, sondern spätestens seit 2015 gibt es eine systematische Gefährdung von Politikern, Opfer einer Straftat zu werden.

Mit der Corona-Pandemie eröffnete sich dann ein weiteres Themenfeld im Rahmen dessen Hate Speech gegen Politiker nochmals deutlich zunahm. So fand eine von der Tagesschau durchgeführte Recherche in von Rechtsextremen und Querdenkern genutzten Telegram Gruppen und Chats im Zuge der Diskussionen über eine mögliche Impfpflicht gegen Covid-19 250 Tötungsaufrufe gegen Personen aus Politik, Wissenschaft, Medizin, Behörden und Medien (Wiebe 2022).⁴⁵ Die sozialen Medien stellen dabei eine Plattform dar, auf der es Tätern relativ einfach möglich ist, anonym gegen Politiker zu hetzen. Die Begrifflichkeit Hassrede/Hate Speech ist in Deutschland juristisch nicht klar festgelegt. Vielfach handelt es sich bei Aussagen, die Menschen herabwürdigen, um den Tatbestand der Volksverhetzung. Im Folgenden wird unabhängig von der formaljuristischen Einstufung einer Tat jedoch weiterhin der in der öffentlichen Debatte präsente Begriff der Hate Speech genutzt. Auf nationaler Ebene haben sich bereits eine ganze Reihe an Studien mit dieser Thematik beschäftigt und die Relevanz des Problems in verschiedenen Ländern wie

⁴⁵ Laut den Autoren des Artikels handelt es sich bei den gefundenen Fällen jedoch nur um „die Spitze des Eisberges, da sich Telegram – anders als Twitter – nicht komplett durchsuchen lässt, sondern nur die Kanäle und Chats, in denen man selbst Mitglied ist. Die meisten Chatgruppen sind geheim und können nur mit einem Einladungslink betreten werden.“ (Wiebe 2022).

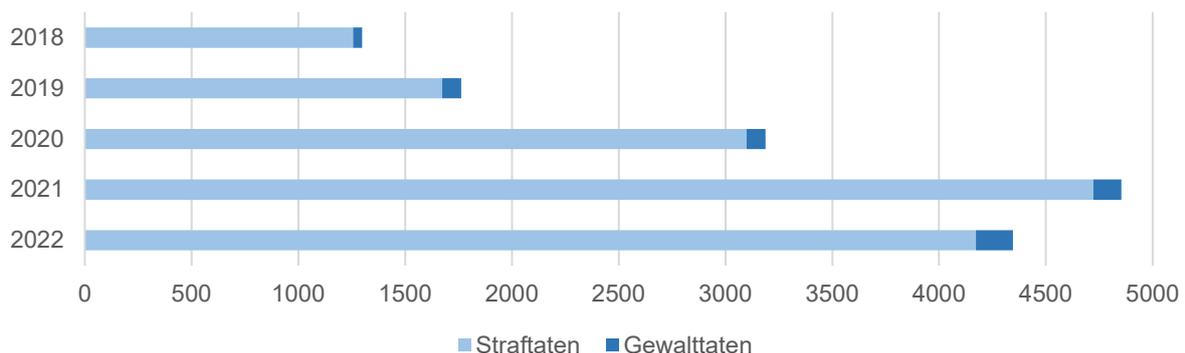
Großbritannien (Gorrell et al. 2018), Norwegen (Bjørge und Silkoset 2018) oder Japan (T. Fuchs und Schäfer 2020) festgestellt. Es zeigt sich, dass die relative Prominenz von Politikern sowie bestimmte brisante Themen, die mit einem bestimmten Politiker in Verbindung gebracht werden, nachweislich das Risiko für diese Politiker erhöhen, Opfer von Online-Hassreden zu werden (Gorrell et al. 2020).

In Deutschland hat auf nationaler Ebene v.a. ein von der Grünen Politikerin Renate Künast angestrebter Prozess gegen eine Person, die sie auf Facebook unter anderem als „Stück Scheiße“ und „Geisteskranke“ bezeichnet hatte, das Thema Online Hate Speech gegen Politiker in das Licht der Öffentlichkeit gebracht. Nachdem das Landgericht Berlin in der ersten Instanz diese und andere beleidigende Äußerungen noch als zulässige Meinungsäußerungen aufgefasst hatte (was heftige Kritik seitens der Politik, z.B. durch den damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble nach sich zog), hat das Kammergericht Berlin in einem weiteren Urteil zwölf der insgesamt 22 beanstandeten Äußerungen als Beleidigungen eingestuft. Die zehn weiteren seien hingegen nicht strafbar, weshalb Künast auch kein Recht auf die Herausgabe der Nutzerdaten hätte (Jedicke 2020). Im Jahr 2022 hob das Bundesverfassungsgericht dieses Urteil des Kammergerichts auf, da dessen Entscheidung die Klägerin in ihrem allgemeinen Persönlichkeitsrecht verletzt würde (Deutsche Welle 2022). Die mediale Aufmerksamkeit, die den von Renate Künast angestrebten Prozessen zuteilwurde, führte auch dazu, dass dem Thema Hate Speech auch bei Lokal- und Regionalpolitikern, die weniger in der Öffentlichkeit stehen, eine größere Beachtung geschenkt wurde. Eine ganze Reihe an Studien führten in der Folge Umfragen unter Amts- und Mandatsträgern durch und kamen darin zu dem Befund, dass ein großer Prozentsatz dieser bereits Anfeindungen, Bedrohungen oder Beleidigungen im Zusammenhang mit ihrem politischen Amt erfahren hatte (Bannenberget al. 2021; Knight 2021; Süddeutsche Zeitung 2019). Nach einer Umfrage des Magazins KOMMUNAL, an der sich fast 2500 Bürgermeister beteiligt hatten, hat sich der Anteil der Bürgermeister, die schon einmal in ihrem Amt beleidigt, beschimpft, bedroht oder tödlich angegriffen wurden, von 41 Prozent 2019 auf 62 Prozent 2020 erhöht (Erhardt 2020). Zwei von der Heinrich Böll Stiftung in Auftrag gegebene Studien zeigen nicht nur das Ausmaß des Phänomens mit 42-60 Prozent der Befragten, die Erfahrungen mit solchen Anfeindungen und Angriffen gemacht haben, sondern thematisieren auch die potenzielle Gefahr, dass sich Lokalpolitiker aufgrund dieser Umstände aus der Politik zurückziehen, oder sich erst gar keine Bewerber mehr für diese Ämter finden (Alin et al. 2021; Blätte et al. 2022). Laut einer repräsentativen Umfrage vom April 2021 unter insgesamt 1641 Bürgermeistern aus ganz Deutschland gaben 37 Prozent an, aus Sorge vor Hass und Gewalt auf die Nutzung sozialer Medien weitgehend zu verzichten. 30 Prozent äußerten sich zu bestimmten Themen aus diesem Grund nur noch seltener und 19 Prozent haben schon einmal darüber nachgedacht ihr Amt aufzugeben. Von denjenigen, die selbst bereits einmal von Hass und Gewalt betroffen waren, gaben 46 Prozent an, dass sie dies stark oder relativ stark belasten würde. Etwa ein Drittel dieser Politiker hat auch schon einmal über einen Rückzug aus der Politik nachgedacht. Unter denjenigen, bei denen auch die Familie Bedrohungen oder Angriffen ausgesetzt war, sind es sogar fast die Hälfte, die einen solchen Rückzug bereits einmal in Erwägung gezogen hat (Körper-Stiftung 2021, S. 22–28). Diese Zahlen zeigen, dass die Angriffe auf Lokalpolitiker eine echte Gefahr für das Funktionieren des gesamten demokratischen Systems darstellen. Ähnlich äußert sich auch die

ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) in ihrem Buch „Unsere gefährdete Demokratie: Wie wir mit Hass und Hetze gegen Politiker und Journalisten umgehen“ (Leutheusser-Schnarrenberger 2022).

Zudem lässt sich nachweisen, dass Hate Speech in den Sozialen Medien oftmals kein reines Online-Phänomen bleibt, sondern, dass diese auch reale, physische Gewalttaten vorbereiten und auslösen kann (Müller und Schwarz 2020). Die Relevanz des Themas ist damit zweifellos gegeben, wie auch ein Blick auf die offiziellen PMK-Statistiken zeigt. Um der Entwicklung in diesem Deliktbereich Rechnung zu tragen, wurde zum 01.01.2019 im „Kriminalpolizeilichen Meldedienst politisch motivierte Kriminalität“ ein bundeseinheitlicher Katalog zu diesem Angriffsziel eingeführt. Straf- und Gewalttaten gegen Amts- und Mandatsträger werden seitdem mit dem Unterangriffsziel „Amtsträger“ und/oder „Mandatsträger“ erfasst (BKA 2020, S. 8). **Abbildung 21** weist darauf hin, wie sich die Zahl dieser Vorfälle von 2018 bis 2022 mehr als verdreifacht hat. Aus einer politiktheoretischen Perspektive ist das Thema ebenfalls von Interesse, da an ihm exemplarisch die in den letzten Jahren intensiv diskutierte Frage aufgezeigt werden kann, wo die Grenzen der Rede- und Meinungsfreiheit im digitalen Raum verlaufen (Delcker 2020).

Abbildung 21: Straftaten und Gewalttaten gegen Amts- und/oder Mandatsträger



Quelle: Berichte des Bundeskriminalamts „Politisch motivierte Kriminalität“ aus den Jahren 2019-2022 (BKA 2020, 2021, 2022, 2023).

Der Fokus des hier berichteten Artikels liegt allerdings nicht nur auf der Beschreibung der Situation, in der sich Bürgermeister befinden – konkret solche in Baden-Württemberg (Substudie 1) – sondern v.a. auch wie diese mit Online-Anfeindungen umgehen (Substudie 2) und ob Hate Speech Auswirkungen auf die Nutzung der Sozialen Medien durch die Bürgermeister in ihren Amtsgeschäften hat (Substudie 3). Es darf nämlich nicht vergessen werden, dass die Sozialen Medien neben der Gefahr, die von ihnen im Zusammenhang mit Hass und Hetze ausgehen, für Lokalpolitiker auch ein sehr großes Potenzial besitzen mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten und Bürgernähe zu demonstrieren. Ganz ohne Social Media Kommunikation kann mittlerweile fast kein Bürgermeister mehr sein Amt führen. In der, dem Artikel zugrundeliegenden Umfrage, an der insgesamt 373 der 1101 Bürgermeister aus Baden-Württemberg zwischen dem 5. November und dem 11. Dezember 2020 teilgenommen haben (33,9 Prozent), gaben über 70 Prozent an, Social Media Plattformen entweder rein beruflich, oder sowohl beruflich wie auch privat zu nutzen. Nur 14 Prozent nutzen

keinerlei soziale Medien (Bauschke und Jäckle 2023, S. 230). Dabei wird Facebook von der deutlichen Mehrheit der Bürgermeister (70,7 Prozent) als die wichtigste Plattform für ihre Arbeit angesehen, gefolgt von Messenger Diensten und Instagram (17,2 bzw. 11,7 Prozent). Die Analyse zeigt, dass knapp 54 Prozent bereits einmal im Rahmen ihrer Arbeit Opfer von Hate Speech geworden sind. Diese Zahlen bewegen sich in etwa in dem Bereich, den auch andere Studien festgestellt haben (Körper-Stiftung 2021). Einen Unterschied in der Häufigkeit der Hate Speech zwischen Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen sowie zwischen Politikern unterschiedlicher Parteien lässt sich nicht feststellen (Bauschke und Jäckle 2023, S. 232). Die Mehrzahl der Bürgermeister ignorierte die Hassrede, nur knapp 30 Prozent antworteten auf der Plattform, fünf Prozent blockierten den Autor der Hassbotschaft und etwa acht Prozent zeigten die Hate Speech an. Die Analyse zeigt darüber hinaus, dass die Art und Weise, wie Bürgermeister auf Hate Speech reagieren, stark davon abhängig ist, wie vertraut sie mit der Nutzung Sozialer Medien sind. Je besser sich Bürgermeister mit Social Media auskennen, desto häufiger antworten sie auf Hate Speech aber desto häufiger greifen sie auch auf Plattform-interne Meldemaßnahmen (Nutzer blockieren/Post löschen) oder strafrechtliche Anzeigen zurück (Bauschke und Jäckle 2023, S. 235). Als Ergebnis der dritten Substudie lässt sich zudem der zunächst überraschend wirkende Befund festhalten, dass Bürgermeister, die Hate Speech erfahren und auf diese über die Plattform geantwortet haben, Social Media generell als nützlicher für ihre Arbeit betrachten als Bürgermeister, die keine Erfahrungen mit Hate Speech gemacht haben (Bauschke und Jäckle 2023, S. 237). Dies mag daran liegen, dass der Beruf des Bürgermeisters per se eine gewisse Fähigkeit voraussetzt mit widrigen Umständen umzugehen (Huzel 2019) und diejenigen Befragten, die den Sozialen Medien positive Eigenschaften gerade im Hinblick auf eine Stärkung partizipatorischer Elemente der Demokratie zuschreiben, gewillt sein könnten die negativen Auswirkungen wie Hate Speech und anonyme Bedrohungen als notwendiges Übel hinzunehmen. Dies gilt umso mehr als Studien zeigen, dass repräsentative Formen der Demokratie von Bürgermeistern immer stärker zugunsten von stärker partizipativen Formen abgelehnt werden (Vetter et al. 2018).

Die Ergebnisse der Analyse lassen sich jedoch nicht nur auf der Ebene der einzelnen Bürgermeister interpretieren, sondern sie geben auch Aufschluss über die generelle Entwicklung des Stils der politischen Kommunikation auf der kommunalen Ebene. Im Zuge der Verlagerung des Diskurses in den digitalen Raum der Sozialen Medien mit ihren Filterblasen und der dort vorherrschenden Anonymität hat sich ein deutlich konfrontativeres Kommunikationsverhalten ausgebildet, wie das auch schon seit einigen Jahren in der Forschung gesehen wurde (Bennett und Livingston 2018; Davis 2010; Van Aelst et al. 2017). Der Gesetzgeber war indes nicht untätig und hat sich dem Thema ebenfalls gewidmet. Im Oktober 2017 trat das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) in Kraft, welches bußgeldbewehrte Compliance-Regeln für Soziale Netzwerke bezüglich deren Umgangs mit Nutzeranfragen zu Hassrede sowie eine Auskunftspflicht gegenüber den Opfern von Hate Speech einführte (Bundesgesetzblatt 2017). Inwiefern dieses Gesetz bzw. dessen Novelle, die im März 2021 in Kraft trat und Anbieter Sozialer Medien zusätzlich verpflichtet bestimmte Informationen über Nutzer mit dem Bundeskriminalamt (BKA) zu teilen, sofern konkrete Anhaltspunkte für eine gravierende Straftat vorliegen (Gefährdung des demokratischen Rechtsstaats, Kinderpornographie, Bedrohung gegen Leben, sexuelle Selbstbestimmung, körperliche Unversehrtheit oder persönliche Freiheit),

die geschilderten Probleme und Gefahren durch Hate Speech in den Sozialen Medien für Bürgermeister und andere Amts- und Mandatsträger wirksam reduzieren kann, bleibt abzuwarten. Denn gerade die großen Internetkonzerne, die die Plattformen betreiben, wehren sich vehement gegen dieses Gesetz und haben damit auch Erfolg. So hat das Verwaltungsgericht Köln im März 2022 einem Einspruch des Facebook Mutterkonzerns Meta sowie von Google stattgegeben, nach dem Teile des NetzDG (insbesondere die Auskunftspflicht gegenüber dem BKA) nicht mit EU-Recht vereinbar seien.

2.4. Block 4: CO₂-Fußabdruck wissenschaftlicher Konferenzen (Art. 16, 17 & 18)

Der letzte Block dieser Habilitationsschrift sticht im Vergleich zu den drei vorherigen Blöcken insoweit heraus, als er den Wissenschaftsbetrieb selbst zum Gegenstand hat. Konkret beschäftigt er sich am Beispiel der Politikwissenschaft mit der Frage, wie nachhaltig wissenschaftliche Konferenzen, die eine zentrale Position in der heutigen Forschungslandschaft einnehmen, im Sinne des Ausstoßes von Treibhausgasen sind und welche Stellschrauben hierbei existieren, um den *Carbon Footprint* der Wissenschaft insgesamt zu reduzieren. An dieser Stelle fällt im Vergleich zu den drei vorherigen Blöcken zudem auf, dass diese Forschung durchaus einer expliziten normativen Grundüberzeugung unterliegt, nach der eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen ein vorrangiges Ziel politischer aber auch gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklungen in den kommenden Jahren sein muss. Auch wenn die drei in diesem Block enthaltenen Artikel in Teilen damit vom Weberischen Ideal einer werturteilsfreien Forschung abweichen, indem sie einerseits die aktuelle Praxis des „Konferenztourismus“ kritisch hinterfragen, andererseits aber auch konkrete Vorschläge unterbreiten, auf welche Weise eine deutliche Reduzierung der durch Konferenzen induzierten Emissionen möglich wäre (was letztlich als Policy-Beratung interpretiert werden kann), halte ich diese Artikel aus mehreren Gründen für einen guten Abschluss dieser Habilitationsschrift.

Erstens war die Ausgangslage für diese Forschung weniger eine bestimmte normative Grundüberzeugung als vielmehr ein exploratives Interesse an der bislang empirisch noch nicht behandelten Frage, wie CO₂-intensiv wissenschaftliche Konferenzen eigentlich sind und welchen Anteil diese damit am gesamten *Carbon Footprint* einer Disziplin wie der Politikwissenschaft ausmachen. Zweitens zeigen diese drei Arbeiten aus methodischer Perspektive schön auf, wie Simulationsrechnung basierend auf Geodaten auch für sozialwissenschaftliche Fragestellungen eine fruchtbare Anwendung finden können. Drittens offenbart die Diskussion der Ergebnisse aber auch einen aus politikwissenschaftlicher Perspektive durchaus interessanten Konflikt, nämlich auf welche Art und Weise eine – davon kann wohl ausgegangen werden – von allen Beteiligten als positiv gesehene Reduzierung von Treibhausgasen erreichbar ist. Dabei spielen Fragen nach der Verantwortung (liegt diese beim Individuum, bei der Politik, bei Wissenschaftsinstitutionen oder beim gesamtgesellschaftlichen System?) genauso eine Rolle, wie Fragen der Klimagerechtigkeit (gerade im Blick auf den von der Klimakrise deutlich stärker betroffenen, an deren Entstehung jedoch sehr viel weniger ursächlich beteiligten Globalen Süden). Auch Abwägungserwägungen zwischen Wissenschafts- und Forschungsfreiheit einerseits und dem Klimaschutz andererseits sind hier zu nennen.

Die Relevanz des Themas „Klimakrise“ sollte an sich keiner ausführlichen Erläuterung bedürfen. Gleichwohl schadet es nicht an dieser Stelle nochmals kurz den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu präsentieren, da dies den Rahmen für die drei Artikel setzt. Nach dem im März 2023 erschienenen Synthesebericht des vom Weltklimarat *International Panel on Climate Change* (IPCC) erstellten sechsten *Assessment Reports* (AR6) lag die globale Oberflächentemperatur im Zeitraum 2011-2020 im Vergleich zum vorindustriellen Niveau (1850-1900) durchschnittlich bereits um ca. 1,09 °C höher [90 %-Konfidenzintervall: 0,95 °C – 1,20 °C], wobei der Temperaturanstieg über Land sogar durchschnittlich 1,59 °C erreichte (IPCC 2023, S. 6). Einzelne Regionen der Erde, wie beispielsweise die Antarktis und Afrika, verzeichnen dabei

einen höheren Temperaturanstieg als andere. Die globale Erwärmung führt zudem zu häufigeren und extremeren Episoden von Wetterereignissen (z.B. Starkregen, Dürren, Waldbrände), die die Menschheit vor große Adaptionsprobleme stellt. Diese Probleme beziehen sich auf die Nahrungsmittelproduktion durch Ackerbau und Fischerei genauso wie auf das durch Hitze erhöhte Gesundheitsrisiko.⁴⁶ Zudem schätzt das IPCC insbesondere in den Szenarien mit einem hohen bis sehr hohen Temperaturanstieg (+3 bis +4 °C) das Risiko für das Aussterben von vielen Tier- und Pflanzenarten als sehr hoch ein (IPCC 2023, S. 37–38). All dies verdeutlicht die Notwendigkeit den Klimawandel so gut es geht zu begrenzen, um die Erde auch für zukünftige Generationen als ein bewohnbares Ökosystem zu erhalten.

Auf der UN-Klimakonferenz in Paris einigten sich die Staaten im Jahr 2015 die globale Erwärmung bis zum Jahr 2100 auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen auch unter 1,5 °C zu bleiben.⁴⁷ Um diese Zielmarken zu erreichen, berechnen die Autoren des AR6-Berichts ein weltweit noch zur Verfügung stehendes Restbudget ab dem Jahr 2020 von 500 Gt CO₂ um mit 50 prozentiger Wahrscheinlichkeit das 1,5°C-Ziel einzuhalten, bzw. von 1150 Gt CO₂ um mit 67 prozentiger Wahrscheinlichkeit das 2°C-Ziel einzuhalten. Sollte der Treibhausgasausstoß nicht substantiell sinken, sondern auf dem Niveau des Jahres 2019 bleiben ($59 \pm 6,6$ Gt CO₂e⁴⁸), hieße dies, dass das CO₂-Restbudget für das 1,5 °C-Ziel in gerade einmal 10 Jahren (bis zum Jahr 2030) praktisch aufgebraucht wäre (IPCC 2023, S. 8, 47). Anders ausgedrückt muss laut der Schätzung des IPCC etwa Mitte des Jahrhunderts (2040-2065) *Net Zero* beim CO₂-Ausstoß erreicht sein. Umgerechnet auf den pro Kopf Ausstoß pro Person hieße dies, dass jeder Mensch weltweit bis 2030 seine persönlichen Treibhausgasemissionen auf 2,5 t CO₂e bis 2030, auf 1,4 t bis 2040 und auf 0,7 t bis 2050 reduzieren müsste (IGES 2019). Hinzu kommt, dass bei dieser Berechnung das noch zur Verfügung stehende Restbudget gleichmäßig auf alle Menschen weltweit aufgeteilt wird. Ansätze nach denen diejenigen Länder, die über die letzten Jahrzehnte maßgeblich den Treibhausgasausstoß dominiert haben, auch größere Reduktionsbemühungen zu unternehmen hätten (allen voran die westlichen Industrieländer), würden die Grenze der persönlich „erlaubten“ Emissionen für Menschen aus diesen Staaten noch weiter senken. Zum Vergleich: während die jährlichen pro Kopf Treibhausgasemissionen in Ruanda

⁴⁶ Selbst bei einem globalen Temperaturanstieg von „nur“ 1,7 – 2,3 °C, gäbe es Gebiete, zumeist in Äquatornähe (u.a. Indonesien, Philippinen, das südliche Indien, sowie Teile Westafrikas, Brasiliens, Mittelamerikas und der Karibik) in denen die tägliche Durchschnittstemperatur sowie die Luftfeuchtigkeit *praktisch das ganze Jahr über* (!) ein solch hohes Niveau erreichen, dass hierdurch ein akutes Sterberisiko für Menschen besteht (IPCC 2023, S. 38).

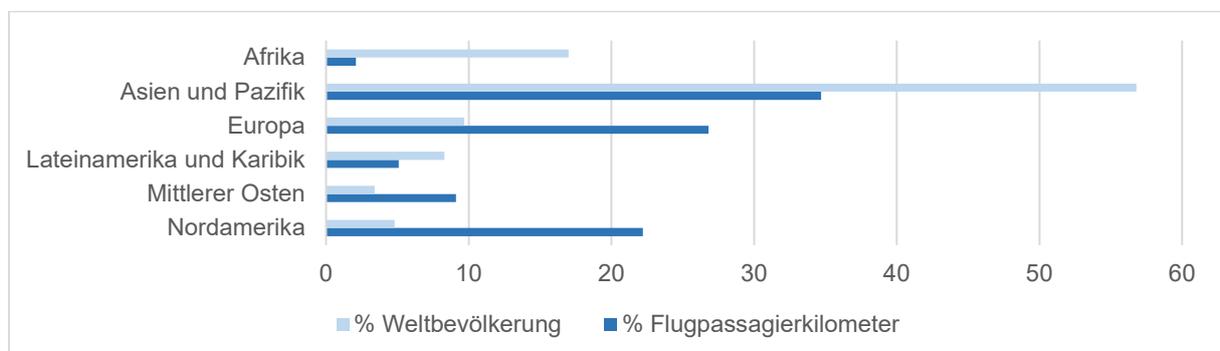
⁴⁷ Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass auch schon ein Anstieg auf 1,5 °C bereits weitreichende Auswirkungen auf bestimmte Naturräume (z.B. Korallenriffe) und auf das menschliche Leben auf der Erde durch Überflutungen, Dürrekatastrophen usw. haben wird. Alle diese Risiken würden jedoch bei einem darüberhinausgehenden Anstieg der globalen Durchschnittstemperaturen signifikant weiter ansteigen (IPCC 2018).

⁴⁸ Neben CO₂ gibt es noch weitere Treibhausgase, wie Methan (CH₄) oder Lachgas (N₂O). Um die kombinierte klimaschädliche Wirkung all dieser Gase zu bemessen, wird für alle anderen Treibhausgase berechnet, wie hoch deren Klimawirkung im Vergleich zu CO₂ ist. Methan beispielsweise hat eine 28-mal so hohe, und Lachgas sogar eine 298-mal so hohe Klimawirkung wie CO₂. Um für eine bestimmte Menge eines Treibhausgases dessen Klimawirkung vergleichbar zu machen, wird diese Menge entsprechend umgerechnet in die Menge CO₂, die dieselbe Klimawirkung hätte. Mithilfe dieser sogenannten CO₂-Äquivalente (abgekürzt CO₂e) kann dann auch die gesamte Menge ausgestoßener Treibhausgase einheitlich angegeben werden. So entspräche ein Prozess, der 1 t Methan, 100 kg Lachgas und 20 t CO₂ ausstößt $1 \cdot 28 + 0,1 \cdot 298 + 20 = 77,8$ t CO₂e.

oder Burundi im Jahr 2021 bei weniger als 800 kg CO₂e lagen, sind es in Deutschland knapp 9 t, in den USA 17,6 t und in Katar sogar 76,6 t (Our World in Data 2023).

Auf welche Weise sich der persönliche CO₂-Fußabdruck in hochentwickelten Gesellschaften am meisten reduzieren lässt haben Wynes und Nicholas (2017) untersucht. Sie kamen dabei zu dem Ergebnis, dass der mit Abstand größte Hebel darin bestünde weniger Kinder zu bekommen (für ein Kind weniger errechnen sie eine Reduzierung in Höhe von 58,6 t CO₂e). Auch wenn die Studie in Bezug auf diesen Befund sowohl methodisch (aufgrund der Berechnungsart, da die von den nachfolgenden Generationen verursachten Emissionen den Eltern zugerechnet werden) als auch ethisch (da Familienplanung ein Menschenrecht ist) starker Kritik ausgesetzt war (Pedersen und Lam 2018; van Basshuysen und Brandstedt 2018), so ist die grundlegende Idee doch überzeugend: die Autoren argumentieren, dass insbesondere diejenigen Maßnahmen ergriffen werden sollten, die das größte Potenzial zur Reduzierung des Treibhausgasausstoßes aufweisen. Die weiteren Maßnahmen, welche eine möglichst große Emissionsreduktion versprechen, seien laut den Autoren ein autofreies Leben (Ersparnis von 2,4 t CO₂e pro Jahr), der Verzicht auf Flugreisen (1,6 t CO₂e für einen Transatlantikflug) und der Umstieg auf eine vegane Ernährungsweise (Ersparnis von 0,8 t CO₂e pro Jahr) (Wynes und Nicholas 2017, S. 1). Die dem Verkehrssektor zuzurechnenden Emissionen stellen damit, zumindest in hochentwickelten Ländern, einen relevanten Anteil an den persönlichen Treibhausgasemissionen dar. Die Mobilität einer Person in Bezug auf die Häufigkeit mit der sie reist, die Entfernung, die sie dabei zurücklegt sowie den von ihr gewählten Verkehrsträger, ist entsprechend einer der wichtigsten Faktoren für die Höhe des persönlichen *Carbon Footprints* – und dabei, zumindest in der Theorie, vergleichsweise einfach zu ändern. Insbesondere der Flugverkehr ist hier zu nennen. Nach Lee und Kollegen (2021) ist der Flugverkehr in seiner Gänze global für etwa 3,5 % des gesamten menschengemachten Einflusses auf das Klima verantwortlich. Der relative Anteil des Fliegens am Treibhausgasausstoß ist jedoch in hochentwickelten Weltregionen, in denen pro Kopf deutlich mehr geflogen wird als in ärmeren Regionen (vgl. **Abbildung 22**) deutlich höher. Nochmals höher ist dieser Anteil in den Wirtschaftsbereichen, in denen internationale Mobilität wichtig ist. Zu diesen gehört sicherlich auch der Wissenschafts- und Forschungsbereich.

Abbildung 22: Anteil Flugpassagierkilometer nach Weltregion (2019)



Anmerkung: eigene Darstellung. Datenquellen (ICAO 2019; United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division 2022).

2.4.1. Forschungsstand zu Wissenschaftlichen Konferenzen und deren Treibhausgasemissionen

Die Teilnahme an wissenschaftlichen Konferenzen stellt für viele Forscher einen elementaren Teil ihrer Arbeit dar. Zumeist wird dabei auf die folgenden Gründe verwiesen, weshalb akademische Konferenzen eine so zentrale Rolle im Wissenschaftsbetrieb einnehmen: Auf diesen Konferenzen können Wissenschaftler eigene Forschungsergebnisse präsentieren und besprechen, neueste Entwicklungen innerhalb der eigenen Disziplin aufschnappen sowie akademische Netzwerke knüpfen und pflegen. Es gibt jedoch auch Kritik an dieser Sichtweise. So würden Wissenschaftler vielfach weniger aus einer forschungsgetriebenen Motivation heraus Konferenzen besuchen, sondern entweder um ihr – mit Bourdieu gesprochen – symbolisches Kapital zu steigern⁴⁹, was durchaus auch von ihren Heimatuniversitäten gewünscht sein kann, um hierdurch deren Renommee zu steigern, oder um persönliche Bekanntschaften und Freundschaften zu anderen Forschern zu pflegen (Hoyer und Naess 2001). Auch Konferenzteilnahmen primär aus touristischen Gründen erscheinen nicht gänzlich abwegig, werden die Veranstaltungsorte von den Organisatoren der Konferenzen doch auch aus diesem Blickwinkel oftmals intensiv beworben.⁵⁰ Zudem lässt eine neuere Studie auch Zweifel daran aufkommen, inwiefern der vielfach kolportierte wissenschaftliche Mehrwert von Konferenzteilnahmen wirklich in dem Umfang existiert. Wynes und Kollegen zeigen, dass diejenigen Forscher der University of British Columbia, die häufig zu Konferenzen fliegen, sich im Hinblick auf akademische Erfolgsmaße (beispielsweise den auf Alter und Disziplin adjustierten H-Index) nicht signifikant von denjenigen Kollegen unterscheiden, die dies nicht oder nur selten tun. Sie finden keinerlei Zusammenhang zwischen der Höhe der durch Konferenzreisen induzierten Treibhausgasemissionen von Forschern und deren bibliometrischen Maßzahlen. Die Höhe der Emissionen war allerdings mit einem anderen Faktor stark positiv korreliert: dem Gehalt der Forscher (Wynes et al. 2019).

In den letzten Jahren haben sich insbesondere in den Wissenschaftsbereichen, die Umwelt- und Klimathemen erforschen, immer mehr Stimmen zu Wort gemeldet, die die aktuelle Praxis des mit vielen Langstreckenflügen verbundenen, weltweiten Konferenztourismus äußerst kritisch betrachten. Sie verweisen dabei darauf, dass Wissenschaftler durch diese Konferenzteilnahmen hohe persönliche Treibhausgasemissionen hätten, die sich auch durch ein ansonsten maximal klimabewusstes Leben nicht kompensieren ließen (Fox et al. 2009; Grémillet 2008; Holden et al. 2017). Dies sei zum einen aus einer moralischen Perspektive im Hinblick auf die individuelle Klimagerechtigkeit problematisch, da Wissenschaftler als Angehörige einer privilegierten sozialen Schicht (insbesondere auch solche aus dem Globalen Norden) überproportional zur Klimakrise beitragen würden, die Konsequenzen ihres Handelns aber insbesondere von Angehörigen weniger privilegierter Schichten (gerade aus dem Globalen Süden) getragen werden müssten. Zum anderen

⁴⁹ Auf einer angesehenen Konferenz die eigene Forschung präsentieren zu dürfen, gilt als Indikator für wissenschaftliche Leistungen. Das ist auch der Grund, warum die Teilnahme an Konferenzen von vielen Wissenschaftlern im CV erwähnt wird. In diesem Sinne sind akademische Konferenzen für Wissenschaftler wichtig, da sie „einen Ruf für Kompetenz und ein Image von Seriosität und Ehrenhaftigkeit“ schaffen, was genau dem entspricht, was Bourdieu unter symbolisches Kapital versteht (Bourdieu 1984, S. 291).

⁵⁰ Viele Konferenzen bieten den Teilnehmern ein extra für sie erstelltes touristisches Programm (z.B. Busreisen, Stadtführungen). Dies steigert, wie Veloutsou und Chreppas zeigen eindeutig die Attraktivität von Konferenzen für Forscher. Die beiden zeigen, dass „sightseeing and social events“ für wissenschaftliche Konferenzen einen Pull-Faktor darstellen, der in seiner Höhe mit dem Faktor „career development“ vergleichbar ist (Veloutsou und Chreppas 2015, S. 117).

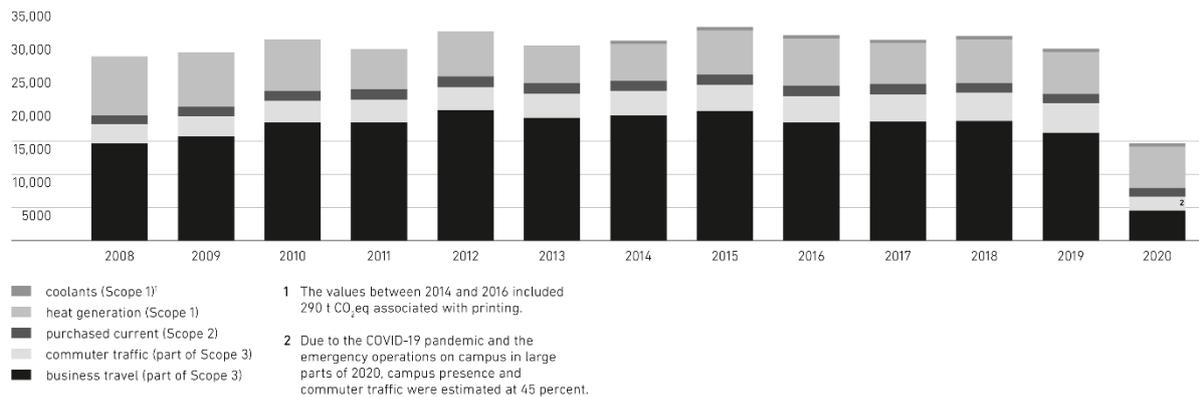
würde durch das eigene Verhalten die Glaubwürdigkeit der Klimawissenschaftler innerhalb der Öffentlichkeit leiden. Getreu der Redewendung *Wasser predigen, Wein trinken* sähe die Bevölkerung die Forscher einerseits Reduktionen von Treibhausgasen anmahnen, die für viele Menschen Einschränkungen in ihrem Lebenswandel bedeuten würden, andererseits würden die Forscher aber selbst um die Welt jetten. Da öffentliches Vertrauen in die wissenschaftliche Expertise ein zentraler, nicht einfach ersetzbarer Baustein für eine erfolgreiche Umsetzung von solchen Policies ist, die einer wissenschaftlichen Begründung bedürfen – wie dies etwa auch die Corona-Krise gezeigt hat (Jäckle und Wagschal 2022, S. 16–17; Wissenschaft im Dialog/Kantar 2020) – und damit auch bei der Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels erforderlich ist, sind Wissenschaftler besonders gefordert, dieses Vertrauen nicht leichtfertig zu verspielen. Gerade in Zeiten alternativer Fakten und weitverbreiteter Verschwörungsmymen ist es wichtig dieses Gut zu schützen. Empirische Studien konnten zudem Belege dafür finden, dass die Glaubwürdigkeit von Wissenschaftlern in dieser Hinsicht elementar mit deren eigenem Verhalten, d.h. ihrem persönlichem *Carbon Footprint* zusammenhängt (Attari et al. 2016, 2019).

Trotz dieser Punkte fanden sich bis vor wenigen Jahren nur vereinzelte Arbeiten, die den *Carbon Footprint* wissenschaftlicher Konferenzen oder einzelner Forscher zum Thema hatten. Zumeist kamen diese aus den Umweltwissenschaften, der Klimaforschung oder angrenzenden Disziplinen und fokussierten auf vergleichsweise kleine, eher regional ausgerichtete Konferenzen (Desiere 2016; Kuonen 2015; Nathans und Sterling 2016; Spinellis und Louridas 2013). Eine weitere Arbeit konnte zeigen, dass Professoren an der Universität Montreal jährlich arbeitsbedingt mehr als 33.000 km reisen und damit einen CO₂-Ausstoß von knapp 10,76 t verursachen. Das entspricht derselben Menge, die ein durchschnittlicher Kanadier mit seinem gesamten Lebenswandel in einem Jahr ausstößt (Arsenault et al. 2019). Angesichts solcher Zahlen drängen sich Fragen der Nachhaltigkeit sowie der Klimagerechtigkeit, die auch aus politik- und sozialwissenschaftlicher Perspektive ein interessantes Untersuchungsobjekt böten, geradezu auf. Umso erstaunlicher ist es, dass das Thema Klimawandel innerhalb der Politikwissenschaft zwar eine wichtige Rolle spielt und als Untersuchungsobjekt aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet wird (Blue 2016; Delreux und Ohler 2019; Nordås und Gleditsch 2007), die eigene Rolle im Klimawandel, konkret der *Carbon Footprint* politikwissenschaftlicher Konferenzen, oder auch der von Konferenzen aus angrenzenden Sozialwissenschaften allerdings bislang nicht untersucht wurde.

Etwas anders sieht es auf institutioneller Ebene einzelner Universitäten aus. Hier finden sich mittlerweile vermehrt wissenschaftliche Arbeiten und von den Universitäten selbst erstellte Berichte, welche die durch Reisen der Mitarbeiter entstandenen Emissionen betrachten – darunter fallen dann zumeist nicht nur Konferenzreisen sondern beispielsweise auch Forschungsaufenthalte. Die Ergebnisse dieser Arbeiten weisen allerdings eine sehr große Varianz auf. Von einem Anteil von etwa 2 %, den Flugreisen am gesamten CO₂-Ausstoß der Universität von Kapstadt (Letete et al. 2011, S. 9) ausmachen, geht die Spanne über 14 % an der Yale University (Thurston und Eckelman 2011) und knapp einem Drittel an der technischen Hochschule Lausanne (Ciers et al. 2018) bis hin zu deutlich über 50 % an der ETH Zürich, wovon wiederum etwa 90 % auf Flugreisen zurückzuführen sind (ETH Zürich 2020, S. 65). Die ETH hat sich dieser Thematik bereits

vergleichsweise früh gewidmet und stellt bereits seit 2008 einen umfassenden Bericht des eigenen Treibhausgasausstoßes zusammen, der in einem Sustainability Report veröffentlicht wird. **Abbildung 23** ist diesem Bericht entnommen und zeigt, dass der Anteil der durch Arbeitsreisen ausgestoßenen Treibhausgase (schwarzer Teilbalken) bis Mitte der 2010er Jahre noch zugenommen hat. Zudem fällt der durch die Reisebeschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie deutlich geringere Ausstoß des Jahres 2020 ins Auge.

Abbildung 23: Treibhausgasemissionen der ETH Zürich (in t CO₂e)



Quelle: Sustainability Report der ETH Zürich 2019/20 (ETH Zürich 2020, S. 65).

Zum Wintersemester 2018/19 erstellte auch die Universität Freiburg erstmals einen Umweltbericht, der unter anderem auch Angaben zu den CO₂-Emissionen der Universität enthält. Dieser Bericht kommt auf Basis einer Auswertung der Dienstreisen einer einzigen Fakultät⁵¹ zu dem Ergebnis, dass Flug-Dienstreisen zwar nur 19 % aller Flugreisen der betreffenden Fakultät ausmachen, aber mehr als 90 % der mobilitätsbedingten Emissionen verursachen. Hochgerechnet auf die gesamte Universität Freiburg kommen die Autoren des Berichts zu dem Ergebnis, dass Flugreisen der Mitarbeiter knapp 5000 t CO₂e pro Jahr verursachen. Dies entspricht etwa 13,4 % der Gesamtemissionen der Universität (Uni Freiburg 2019, 2020). Trotz der vorgestellten Arbeiten fehlten Ende der 2010er Jahre gerade für große internationale Konferenzen belastbare Zahlen, wie deren *Carbon Footprint* ausfällt. An dieser Stelle setzen die drei Artikel an, indem sie den durch An- und Abreise verursachten CO₂-Ausstoß mehrerer der größten europäischen Politikwissenschaftskongressen, der *ECPR General Conferences*⁵², berechnen. Artikel 16 (Jäckle 2019) macht dies für die Konferenzen der Jahre 2013-18, Artikel 17 (Jäckle 2021) nutzt die Tatsache, dass im Jahr 2020 die ECPR Konferenz aufgrund der Corona-Pandemie komplett virtuell stattfand, für einen umfassenden Vergleich der Gesamtemissionen von virtuellen, im Vergleich zu Vor-Ort-Konferenzen. Artikel 18 (Jäckle 2022a) fasst die Ergebnisse überblicksartig zusammen und vergleicht zusätzlich mögliche Optionen zur Reduzierung des

⁵¹ Der Bericht erwähnt nicht um welche Fakultät es sich handelt.

⁵² Die jährlichen Konferenzen des *European Consortium for Political Research* (ECPR) zählen mit durchschnittlich mehr als 1500 Teilnehmern zu den größeren internationalen Konferenzen in der Politikwissenschaft. Einzig einige in den USA stattfindende Konferenzen wie die der *International Studies Association* (ISA) oder der *American Political Science Association* (APSA) mit mehr als 5000 Teilnehmern übertreffen diese. Im Vergleich zu anderen Disziplinen wie der *Society of Neuroscience*, an deren Meeting mehr als 30.000 Personen teilnehmen, handelt es sich gleichwohl um überschaubare Veranstaltungen. In Bezug auf ihre Größe und die geographische Zusammensetzung der Teilnehmer können ECPR Konferenzen gleichwohl als vergleichsweise repräsentativ für viele größere internationale Konferenzen auch in anderen Disziplinen gesehen werden.

Carbon Footprints im Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit. Im Folgenden werden knapp die methodische Herangehensweise, die zentralen Erkenntnisse sowie die auf Basis der Berechnungen entwickelten Vorschläge zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen von wissenschaftlichen Konferenzen aufgezeigt.

2.4.2. Methodische Vorgehensweise

Im Zentrum der drei Artikel stehen die durch An- und Abreise erzeugten Emissionen. Um diese zu berechnen, wurden zunächst via *webscraping* von der ECPR Homepage Teilnehmerlisten der Konferenzen gezogen. Diese enthielten neben dem Namen der Forscher auch deren Affiliation. Unter der Annahme, dass die Forscher von diesen Heimatuniversitäten aus zu den jeweiligen Konferenzen gereist sind, wurden im Anschluss mithilfe einer GIS-Software (QGIS) drei unterschiedliche Distanzen zwischen der geokodierten Heimatuniversität (diese Koordinaten wurden ebenfalls automatisiert aus Wikipedia gezogen) und dem Ort der Konferenz berechnet: eine anhand der Formel für den Großkreis berechnete Flugdistanz, eine auf der Openrouteservice API (<https://openrouteservice.org/>) basierende Distanz für Fernbusse, wobei die schnellste vorgeschlagene Route für PKW als Basis gewählt wurde, sowie eine auf dem Schienennetz basierende kürzeste Distanz für Eisenbahnfahrten. Multipliziert man diese Distanzen (D) mit den sogenannten Emissionsfaktoren (EF), die angeben, wieviel CO_2e ein bestimmtes Fortbewegungsmittel pro Personenkilometer ausstößt, und dann nochmals für Hin- und Rückreise mit dem Faktor 2, erhält man den durch die Konferenzreise verursachten *Carbon Footprint* (CF) einer Person (i):

$$CF_i = D \cdot EF \cdot 2$$

Diese Berechnungsmethode wurde auch in früheren Arbeiten bereits angewandt (Desiere 2016; Kuonen 2015). Die Emissionsfaktoren selbst sind stets Schätzungen, deren exakte Höhe von einer Vielzahl von Annahmen abhängig ist. Dabei spielen für die Berechnungen beispielsweise Annahmen in Bezug auf die durchschnittliche Auslastung eines Verkehrsmittels eine Rolle, welcher Strommix bei elektrisch betriebenen Fahrzeugen (Eisenbahnen) Verwendung findet und ob, bzw. wenn ja, in welchem Ausmaß, *Radiative Forcing* angenommen wird.⁵³ Um die Abhängigkeit der letztlichen Schätzungen von einzelnen dieser Annahmen zu minimieren wird auf Emissionsfaktoren von unterschiedlichen Behörden zurückgegriffen: u.a. das TREMOD Modell des deutschen Umweltbundesamts (Allekotte et al. 2020), den TERM-Report der Europäischen Energieagentur (European Environment Agency 2014) oder die vom britischen Ministerium für Wirtschaft und Energie herausgegebenen Werte (UK Department for Business, Energy & Industrial Strategy 2021). Auf Basis dieser sich in Teilen durchaus deutlich unterscheidenden Emissionsfaktoren und unter der Annahme, dass Personen die Entscheidung, ob sie fliegen, oder mit Bus oder der Bahn fahren primär von der Reisedauer abhängig machen, ist es dann möglich, eine Spanne für das durch die Konferenzreise ausgestoßene CO_2 anzugeben (Jäckle 2019, S. 637–638).

⁵³ *Radiative Forcing* beschreibt den Umstand, dass durch Flugzeuge in großen Höhen ausgestoßene Treibhausgase stärker wirken, als wenn diese auf dem Erdboden ausgestoßen werden.

In Artikel 17 werden die Emissionen der virtuell abgehaltenen ECPR Konferenz im Jahr 2020 mit dem hypothetischen Fall verglichen, wenn diese Konferenz wie ursprünglich angedacht in Innsbruck stattgefunden hätte. Hierzu wurden zusätzlich zum (hypothetischen) reisebedingten Treibhausgasausstoß auch die Emissionen geschätzt, die durch Heizung und Stromverbrauch in Hotel und Konferenzzentrum sowie durch das Catering in Innsbruck entstanden wären. Die Emissionen, die durch die reale Online-Konferenz entstanden sind, wurden ebenfalls geschätzt, und zwar anhand des Stromverbrauchs der Geräte der Teilnehmer sowie der notwendigen Datentransfers für Audio- und Videostreams über das Internet (Jäckle 2021, S. 457–458).

2.4.3. Zentrale Ergebnisse

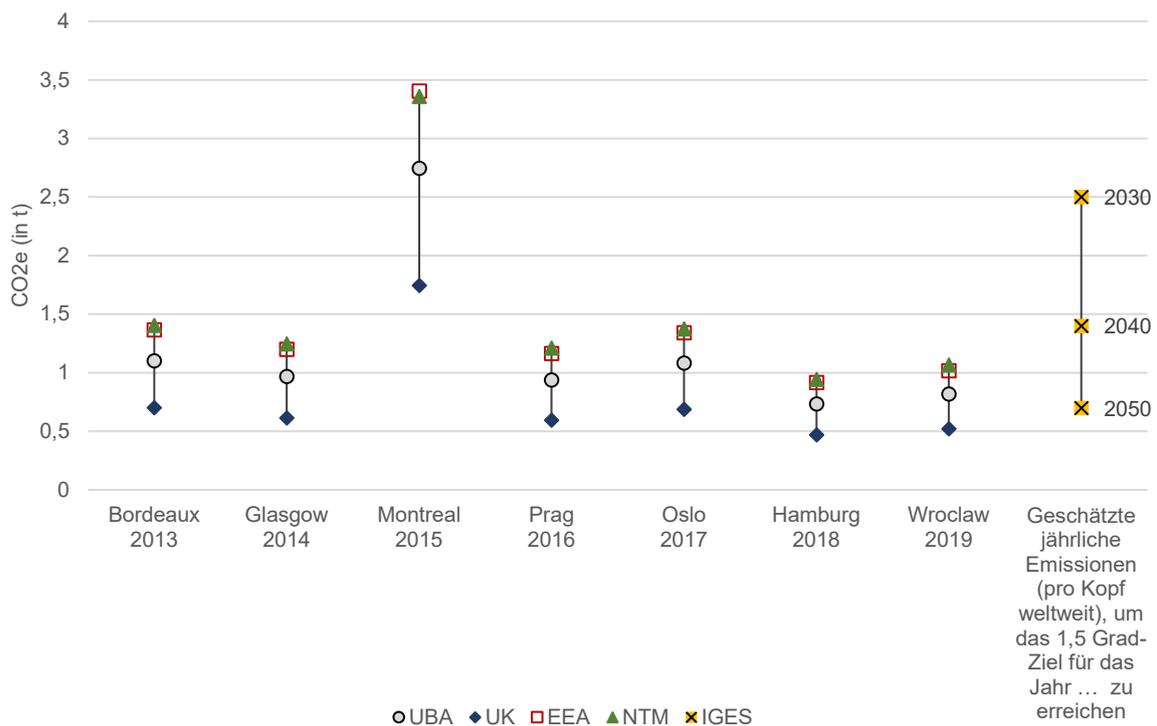
Die Basisschätzung, bei der davon ausgegangen wird, dass Teilnehmer per Bus anreisen, solange die Reisezeit unter fünf Stunden liegt, und erst bei längeren Strecken das Flugzeug nutzen, kommt zu den folgenden Ergebnissen für den Treibhausgasausstoß durch An- und Abreise der Teilnehmer (Jäckle 2022a, S. 30–35):

- Jede der sechs zwischen 2013 und 2019 innerhalb Europas stattgefundenen ECPR Konferenzen verursachte (allein durch An- und Abreise der Teilnehmer bedingt) zwischen ca. 900 und 2300 t CO_{2e}. Das entspricht in etwa den durchschnittlichen jährlichen Emissionen von 120-310 Personen aus Großbritannien.
- Im Jahr 2015 fand die ECPR *General Conference* in Montreal, Kanada statt. Auch wenn an dieser mit 1174 Personen mit Abstand die wenigsten Wissenschaftler teilnahmen, generierte sie doch den größten Treibhausgasausstoß: je nach angelegten Emissionsfaktoren waren dies 2050 – 4000 t CO_{2e}.
- Ob Teilnehmer per Bus, oder per Bahn anreisen macht insgesamt betrachtet keinen großen Unterschied für die Emissionen aus ($\Delta = \text{max. } 20 \text{ t CO}_2\text{e}$).
- Pro Teilnehmer lag der Treibhausgasausstoß zwischen 500 kg und 1,4 t CO_{2e} (1,7 – 3,5 t CO_{2e} für die Konferenz 2015 in Montreal). Damit kommt eine einzige ECPR Konferenzteilnahme durchschnittlich auf etwa die Höhe an Emissionen, die jedem Menschen weltweit rein rechnerisch zwischen 2040 und 2050 noch zur Verfügung steht um das 1,5 °C-Ziel zu erreichen (vgl. **Abbildung 24**).
- Die reisebedingten Pro-Kopf-Emissionen unterscheiden sich dabei extrem in Abhängigkeit von der zurückgelegten Wegstrecke. So waren im Jahr 2018 bei der Konferenz in Hamburg gerade einmal sieben Prozent der Teilnehmer für die Hälfte aller Emissionen verantwortlich.

Neuere, v.a. ab 2019/20 durchgeführte Studien aus anderen Disziplinen kommen im Großen und Ganzen zu Schätzungen in ähnlicher Höhe. Klöwer und Kollegen ermitteln für die riesige Konferenz der American Geophysical Union mit ihren mehr als 28.000 Teilnehmern, Gesamtemissionen von ca. 80.000 t CO₂, was dem gesamten wöchentlichen Ausstoß der schottischen Stadt Edinburgh entspricht. Pro Teilnehmer kommen sie auf etwa 3 t CO_{2e} und damit sogar auf noch höhere Werte als die hier vorgestellten (Klöwer et al. 2020). Für die Konferenz der Radiological Society of North America, die mit insgesamt mehr als 50.000

Teilnehmern ebenfalls zu den sehr großen Wissenschaftskonferenzen gehört, wurde nur für die 23.000 registrierten Teilnehmer eine durch An- und Abreisen per Flugzeug bedingte Gesamtemission von 39.500 t CO_{2e} berechnet (Yakar und Kwee 2020). Laut den Autoren entspricht dies einem Verlust von 51,4 – 79,0 gesunden Lebensjahren, sogenannten *Disability-Adjusted Life Years* (DALY⁵⁴). Die Auswirkungen der durch die Teilnahme an einer Konferenz ausgestoßenen Treibhausgase lassen sich entsprechend dieses Ansatzes also auch im Sinne von direkten Konsequenzen für die Gesundheit von Menschen (primär solcher, die in Ländern des Globalen Südens leben) bemessen.

Abbildung 24: Durchschnittliche, durch An- und Abreise verursachte Treibhausgasemissionen von ECPR General Conferences pro Teilnehmer



Anmerkung: eigene Darstellung (vgl. Jäckle 2022a, S. 33). Die Spanne der Schätzungen ergibt sich aus den unterschiedlichen zu Grunde gelegten Emissionsfaktoren. UBA: TREMOD Modell des Umweltbundesamts (Allekotte et al. 2020), UK: Conversion factors (UK Department for Business, Energy & Industrial Strategy 2021), EEA: TERM-Report der *European Environmental Agency* (2014), NTM: *Network for Transport Measures* (2018). IGES: *Institute for Global Environmental Strategies*. Die IGES-Schätzung basiert auf dem IPCC Special Report 2018 (IGES 2019; IPCC 2018).

Interessant in Bezug auf den gewählten Vergleichsmaßstab ist ebenfalls der Artikel von Kuper (2019), der für die Konferenzen der American Society of Landscape Architects (ASLA) nicht nur den reisebedingten Carbon Footprint berechnet, sondern auch angibt, mit welchem Verlust an arktischem September-Meereis und an wirtschaftlicher Produktivität (v.a. im Globalen Süden) diese Emissionen einhergehen sowie der

⁵⁴ DALY sind definiert als die Summe der durch Tod verlorenen Lebensjahre (YLL = *Years of Life Lost*) und der mit Behinderung verbrachten Jahre (YLD = *Years Lived with Disability*). YLL ist die Differenz zwischen dem Alter, in dem man aufgrund einer Krankheit stirbt, und der verbleibenden Lebenserwartung in diesem Alter, während YLD die Anzahl der Jahre angibt, die man mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen verbracht hat. Solche zusammenfassende Maße werden für die standardisierte Bewertung der durch Tod und Behinderung verursachten Krankheitslast immer wichtiger (Porst et al. 2022).

Frage nachgeht, wie viele Bäume gepflanzt werden müssten, um einen solchen Treibhausgasausstoß zu neutralisieren. Die An- und Abreisen zu sämtlichen ASLA-Konferenzen von 1960-2019 zusammengenommen, hätten laut seiner mittleren Schätzung 45.860 t CO₂e emittiert, was einem Verlust von 137.587 m² arktisches Seees (knapp 20 Fußballfelder) und einem Produktivitätsverlust von 20.900 \$ PPP entspricht. Mehr als 1,9 Millionen Zuckerahorn-Bäume mit einem Stammdurchmesser von drei Inch (7,5 cm), was etwa einer Baumhöhe von 4-5m entspricht, wären notwendig um diese Emissionen innerhalb eines Jahres zu neutralisieren (Kuper 2019, S. 116,121).

Die durch An- und Abreise entstehenden Emissionen stellen dabei mit weitem Abstand den größten Prozentsatz des gesamten, durch eine Konferenz verursachten *Carbon Footprints* dar. Für den hypothetischen Fall, wenn die ECPR Konferenz 2020 wirklich in Innsbruck stattgefunden hätte, berechnet Artikel 17 eine Spanne von 1210 – 2495 t CO₂e reisebedingte Emissionen. Dem gegenüber stehen 32,2 t CO₂e für Elektrizität und Heizung (17,3 t im Hotel und 14,9 t im Konferenzzentrum) sowie je nach Art des Caterings (mit Fleisch/Fisch, vegetarisch oder vegan) zwischen 7 und 48 t CO₂e für die Verpflegung bei der Konferenz (Jäckle 2021, S. 459). Zusammengenommen machen die Emissionen vor Ort damit gerade einmal zwischen 1,5 und 6,2 Prozent des gesamten Treibhausgasausstoßes einer Konferenz aus. Entsprechend ist es auch sinnvoll, primär an der Stellschraube des durch An- und Abreise erzeugten *Carbon Footprints* anzusetzen, wenn es das Ziel ist, die Gesamtemissionen möglichst umfangreich zu reduzieren.

Andere Maßnahmen, die von Konferenzorganisationspartnern auch teilweise durchgeführt und mit Klimaschutzbestrebungen begründet werden, sind hingegen eher symbolischer Natur: beispielsweise der Verzicht auf ein gedrucktes Konferenzprogramm. Der *Carbon Footprint* des 215-seitigen Konferenzprogramms der ECPR Konferenz in Hamburg 2018 (bei der die Teilnehmer optional auf das gedruckte Programm verzichten konnten) liegt, wenn man Emissionsfaktoren aus einem *life-cycle*-Ansatz (Pihkola et al. 2010) – von der Papierproduktion bis zur Entsorgung – heranzieht, bei 565 – 930 g CO₂e pro Stück. Ungeachtet des symbolischen Wertes einer solchen Aktion, um Bewusstsein für das Thema Klimaschutz zu erzeugen, ist der praktische Nutzen doch überschaubar. Hochgerechnet auf die knapp 2000 Teilnehmer, wäre bei einer kompletten Abschaffung des gedruckten Programms nur eine, im Vergleich zu den durch An- und Abreise verursachten Emissionen (905 – 1825 t CO₂e), zu vernachlässigende Gesamtreduktion des Treibhausgasausstoßes von 1,1 – 1,9 t CO₂e möglich (Jäckle 2022a, S. 43).

Angesichts des Befunds, dass es insbesondere die An- und Abreise bei Konferenzen sind, die deren *Carbon Footprint* determinieren, stellt sich die Frage, wie eine Konferenz, die gänzlich auf ein physisches Zusammenkommen verzichtet, im Vergleich zu einer Vor-Ort durchgeführten Konferenz abschneidet. Die komplett virtuelle ECPR Konferenz 2020 bot hier ein gutes Vergleichsobjekt. Bei einer Online-Konferenz stammen die Emissionen primär aus der Elektrizität für den Betrieb der Computer (+ Peripherie wie Monitore), mit denen die Teilnehmer sich von zu Hause zuschalten, sowie derjenigen Elektrizität, die die Datentransfers (Audio und Video) über Server ermöglicht. Legt man für diverse Parameter, wie die Energieaufnahme der Geräte, die gewählte Videoqualität oder den am örtlichen Strommix hängenden Emissionsfaktor für die Erzeugung einer kWh Strom, einerseits minimale sowie andererseits die maximal empirisch vorhandenen

Werte an, lässt sich damit eine Spanne von 0,06 – 12,95 t CO₂e für die Durchführung der Online Konferenz 2020 berechnen. Die maximale Schätzung⁵⁵ für die Online-Konferenz liegt damit etwa 95-mal niedriger als die minimale Schätzung allein für die reisebedingten Emissionen, wenn die Konferenz vor Ort in Innsbruck stattgefunden hätte. Sofern halbwegs realistische (Mittel)Werte für die Online-Konferenz in Bezug auf Stromverbrauch der Geräte und Videoqualität und ein durchschnittlicher europäische Strommix (296 g CO₂/kWh) angesetzt werden, kann man von etwa 780 kg CO₂e für die Online Konferenz ausgehen (Jäckle 2021, S. 458–459). Man könnte nach diesen Zahlen also zwischen 1600 und 3300 Online Konferenzen mit je knapp 2000 Teilnehmern durchführen, bevor man dieselbe Masse an Treibhausgasen generiert hätte, wie eine einzige vor Ort (in Innsbruck) ausgerichtete Konferenz.

2.4.4. Vorschläge zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen

Wie der vorige Abschnitt gezeigt hat, wäre ein kompletter Umstieg von physischen auf Online-Konferenzen aus Perspektive des Treibhausgasausstoßes die beste Option. Es gibt aber auch andere, in Bezug auf den Charakter von Konferenzen weniger invasive Varianten den *Carbon Footprint* wissenschaftlicher Konferenzen signifikant zu reduzieren. Wenn zentralere, gut an das Schienennetz angeschlossene Konferenzorte gewählt werden, Teilnehmer auch längere Reisedauern von bis zu 20 Stunden per Bahn/Bus in Kauf nehmen und diejenigen Teilnehmer, mit der weitesten Anreise (> 4000 km) online zugeschaltet würden, ließe sich der Ausstoß von Treibhausgasen um 75 bis 90 Prozent reduzieren (Jäckle 2019, S. 245). Hybridkonferenzen sowie Incentivierungsmaßnahmen von Seiten der Konferenzorganisatoren möglichst nicht per Flugzeug, sondern auf eine klimafreundlichere Art und Weise zur Konferenz zu reisen⁵⁶, könnten ebenfalls erheblich dabei helfen den Treibhausgasausstoß der Wissenschaft zu senken.

Einige Wissenschaftsdisziplinen versuchen – teilweise bereits seit einigen Jahren – aktiv dem Ziel komplett klimaneutraler Konferenzen näherzukommen (Balanzat 2020; Bankamp und Seppelt 2013; Bossdorf et al. 2010). Gleichwohl zeigen die jüngsten Entwicklungen nach Ende der durch die Corona-Pandemie begründeten Reiseeinschränkungen, dass viele wissenschaftliche Konferenzen nun wieder nur als *in-person-event* stattfinden. Ein Beispiel dafür ist das *Annual Meeting* der APSA (American Political Science Association), welches nach einer komplett virtuellen Konferenz 2020 und zwei Konferenzen, bei denen es die Möglichkeit gab, auch an extra virtuellen Panels teilzunehmen, 2023 wieder ausschließlich als eine vor Ort Konferenz stattfinden wird. Eine Möglichkeit online zu präsentieren oder an Panels teilzunehmen soll es bei dieser APSA-Konferenz in San Francisco explizit nicht geben (<https://connect.apsanet.org/apsa2023/annual-meeting-faqs/>).

⁵⁵ Die maximale Schätzung ist in vielerlei Hinsicht sehr unrealistisch. Beispielsweise geht diese davon aus, dass sämtlicher für die Konferenz verbrauchter Strom fast ausschließlich über klimaschädliche Kohlekraftwerke erzeugt wird, wie dies in Polen der Fall ist. Entsprechend wird für diese Maximalschätzung auf den polnischen Emissionsfaktor für die Stromerzeugung von 773g CO₂/kWh zurückgegriffen, der europaweit mit Abstand die Spitzenposition einnimmt: vgl. UK: 233g/kWh, D: 402g/kWh, F: 58g/kWh (European Environment Agency 2021).

⁵⁶ Die *Society for Conservation Biology* hat beispielsweise 2015 einen *Green Travel Award* an zwei Forscher aus England verliehen, da diese möglichst klimafreundlich per Schiff und Fahrrad zur Konferenz der Gesellschaft nach Montpellier angereist waren (Rosen 2017).

Die ECPR hingegen wird 2023 ihre Konferenz gewissermaßen zerteilen in zwei Arten von Panels: Einerseits Panels, die vor Ort in Prag abgehalten werden und andererseits virtuelle Panels (<https://ecpr.eu/GeneralConference>). Mit diesem Ansatz lassen sich zum einen, wie gezeigt, Treibhausgase einsparen, zum anderen hat dieses System potenziell aber auch noch eine Reihe weiterer Vorteile im Vergleich zu vor Ort Konferenzen (vgl. hierzu auch Sarabipour et al. 2021).

Eine virtuelle Teilnahme ...

- ist einfacher für Personen, für die das Reisen aufgrund körperlicher Beeinträchtigung oder Krankheit schwierig, oder sogar unmöglich wäre (De Picker 2020).
- lässt sich tendenziell einfacher mit anderweitigen familiären Verpflichtungen in der Care-Arbeit in Einklang bringen als eine mehrtägige Konferenzreise (Henderson und Moreau 2020).⁵⁷
- könnte auch die Integration von Forschern aus dem Globalen Süden (vgl. auch das Problem ein Visum zu erhalten) sowie von Nachwuchswissenschaftlern ohne große Förderung fördern, für die die Teilnahme an vor Ort Konferenzen vielfach eine nicht überwindbare finanzielle Hürde darstellt.⁵⁸
- verursacht deutlich weniger Kosten (keine Raummiete, Catering etc.). Aus diesem Grund dürften sich trotz geringerer Konferenzgebühren für Online-Teilnahme als für vor Ort Teilnahme solche Konzepte auch finanziell für die hinter den Konferenzen stehenden wissenschaftlichen Fachgesellschaften lohnen, deren Haupteinnahmequelle oftmals die Konferenzen sind.

Die in den drei Artikeln diskutierten Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen von wissenschaftlichen Konferenzen spielen dabei für sich genommen sicherlich keine wichtige Rolle, wenn es darum geht einen katastrophalen globalen Temperaturanstieg noch abzuwenden – dafür machen sie einen viel zu kleinen Teil an den gesamten, weltweiten Treibhausgasemissionen aus. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie die Anstrengungen nicht wert wären. Denn viel wichtiger als die faktische, direkte Emissionsreduktion dürfte ihre Außenwirkung und ihre Vorbildfunktion sein: Wenn die Bevölkerung sieht, dass Klimaschutz von der Wissenschaft gelebt und nicht nur angemahnt wird, wenn andere Wissenschaftler und Universitäten sehen, dass sich auch mit Online-Konferenzen und Workshops zu deutlich niedrigeren Kosten ähnlich gut Forschung und Vernetzung betreiben lässt, wie bei vor Ort Meetings und, wenn durch die Teilnahme an klimafreundliche Konferenzen entsprechend sozialisierte Wissenschaftler auch außerhalb der akademischen Welt in Wirtschaft, Politik und NGOs diese Sichtweise weitertragen, dann dürfte dies einen sehr viel größeren Einfluss haben, als die Reduzierung der Konferenzemissionen für sich genommen. Entsprechend ist es auch wichtig, dass jegliche Klimaschutzmaßnahmen, die bei einer Konferenz getroffen werden, auch dokumentiert und öffentlich gemacht werden (Holden et al. 2017).

⁵⁷ Da Kinderbetreuung und familiäre Care-Arbeit immer noch überproportional durch Frauen erfolgt, könnte eine Online-Teilnahme Option bei Konferenzen auch dazu beitragen die Geschlechterdiversität in der Wissenschaft zu erhöhen (Jäckle 2021, S. 460).

⁵⁸ Vgl. hierzu auch Roelofs, nach der das Fliegen zwar eine der wertvollsten menschlichen Erfindungen darstellt man aber dabei auch aus Perspektive der Klimagerechtigkeit folgende Frage stets im Hintergrund haben muss: „*Who gets to use this power [das Fliegen, SJ], for what ends and who suffers the consequences is a question we must adress if we are to live responsibly in the new normal of a planet facing climate emergency*“ (Roelofs 2019, S. 269).

Eine umfassende Reduzierung der Emissionen von wissenschaftlichen Konferenzen ist allerdings mit weitergehenden Fragen verknüpft. So basiert das aktuelle Wissenschaftssystem zu großen Teilen darauf, dass Forscher auch durch Teilnahme an Konferenzen Renommee aufbauen, sich dort ein Netzwerk erarbeiten, was beides für ihre Arbeit hilfreich sein kann. Eine einseitige Abkehr einzelner Forscher von diesem System würde vielfach negative Auswirkungen auf deren Karriereverläufe mit sich bringen. Ohne einen institutionellen und systemischen Wandel, der Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsaspekten innerhalb des Wissenschaftssystems eine sehr viel größere Relevanz zuerkennt, ist es daher schwerlich denkbar, dass eine relevante Zahl an Wissenschaftlern Konferenzteilnahmen grundlegend überdenken bzw. reduzieren wird. Freiwillige Initiativen einzelner Wissenschaftler, nicht mehr zu Konferenzen zu fliegen, gibt es zwar⁵⁹, im Verhältnis zu der Gesamtzahl an Wissenschaftlern, die dies potenziell betrifft, handelt es sich hierbei jedoch um keine bedeutende Größe. Institutionelle Projekte, wie das erwähnte an der ETH Zürich⁶⁰, oder das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderte Projekt *flyingless*⁶¹, sind demgegenüber wichtige Ansätze, um die Verantwortung von den Schultern der damit offensichtlich überlasteten einzelnen Forscher auf übergeordnete Ebenen zu verlagern. Letztlich werden sich, wenn eine Reduzierung der durch die Wissenschaft induzierten Emissionen wirklich gelingen soll, aber auch einzelne Wissenschaftler einer zugegebenermaßen unangenehmen Frage stellen müssen. Nämlich, ob – etwas übertrieben ausgedrückt – ein 15-minütiger Vortrag der eigenen Forschung vor einem oftmals nur aus wenigen Personen bestehenden Auditorium einen so großen wissenschaftlichen Mehrwert generiert und es aus einer globalen Klimagerechtigkeitsperspektive heraus betrachtet auch rechtfertigbar ist, dass man hierfür Treibhausgase in einem Umfang ausstößt, die deutlich das übersteigen, was Menschen aus dem Globalen Süden in einem ganzen Jahr an Emission generieren bzw. das was ein Mensch pro Jahr gemäß des zur Verfügung stehenden CO₂-Restbudgets ausstoßen darf, damit das 1,5 oder auch das 2,0 °C-Ziel weiterhin erreichbar bleiben. Hin- und Rückflug auf die APSA Konferenz 2023 in San Francisco aus Frankfurt (Direktflug, Economy-Klasse) würde einen *Carbon Footprint* von ca. 4,5 t CO₂e bedeuten (Quelle: <https://www.atmosfair.de/de/kompensieren/flug/>). Das entspricht dem durchschnittlichen jährlichen Treibhausgasausstoß von 5,9 Menschen in Ruanda im Jahr 2019. Solange klimaneutrales Fliegen nicht möglich ist – und aktuell sieht es danach aus, dass sich auch in den nächsten Jahrzehnten an diesem Zustand nichts ändern wird (Lambrecht und Baars 2023) – kann die Teilnahme an internationalen Konferenzen (bei Anreise per Flugzeug) damit letztlich niemals nachhaltig im Sinne des Klimas sein.

⁵⁹ z.B. <https://noflyclimatesci.org/>, <https://sites.tufts.edu/flyingless/>.

⁶⁰ ETH Air Travel Project: <https://ethz.ch/en/the-eth-zurich/sustainability/eth-sustainability/air-travel/project-background.html>.

⁶¹ Das unter Federführung des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (IFEU) und unter Mitwirkung der Universitäten Potsdam und Konstanz, des Max Planck Instituts für Astronomie in Heidelberg und des EMBL (*European Molecular Biology Laboratory*) laufende *flyingless*-Projekt soll unter anderem mittels umfangreicher Interviews und Befragungen von Wissenschaftlern, Universitätsverwaltungen und Studierenden Hindernisse für den Abbau der wissenschaftlichen Vielfliegerei identifizieren und mögliche Alternativen entwickeln. Dabei soll sowohl die Exzellenz der Wissenschaft beibehalten, die Vernetzung von Forschern ausgebaut und Karrierechancen des akademischen Nachwuchses nicht gefährdet werden (vgl. <https://flyingless.de/>).

Die drei Artikel zum Thema *Carbon Footprint* wissenschaftlicher Konferenzen enthalten zwar einerseits klare Handlungsempfehlungen, sie basieren aber, wie gezeigt wurde, auf einer quantitativen Analyse von Datenmaterial, mit Hilfe derer zunächst die empirische Frage geklärt wurde, wie groß die Treibhausgasemissionen von Konferenzen sind, wobei es sich aufgrund der sozialen, ökonomischen und politischen Implikationen des Klimawandels eben auch nicht nur um eine rein naturwissenschaftliche Frage handelt. Damit sind diese Analysen, wie auch die 15 vorigen Artikel, Beispiele für Forschung innerhalb der (breit definierten) Politischen Soziologie, die, wie es das Zitat von Max Weber eingangs ausgedrückt hat, „die uns umgebende Wirklichkeit des Lebens, in welches wir hineingestellt sind, in ihrer Eigenart verstehen“ (Weber 1922, S. 170) helfen sollen.

3. Literatur

- Aaltola, M. (2009). *Western Spectacle of Governance and the Emergence of Humanitarian World Politics*. New York: Palgrave Macmillan US. <https://doi.org/10.1057/9780230622104>
- Abou-Chadi, T., Breyer, M., & Gessler, T. (2021). The (re)politicisation of gender in Western Europe. *European Journal of Politics and Gender*, 4(2), 311–314. <https://doi.org/10.1332/251510821X16177312096679>
- Abou-Chadi, T., & Finnigan, R. (2019). Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe. *Comparative Political Studies*, 52(6), 868–895. <https://doi.org/10.1177/0010414018797947>
- Abou-Chadi, T., & Wagner, M. (2020). Electoral fortunes of social democratic parties: do second dimension positions matter? *Journal of European Public Policy*, 27(2), 246–272. <https://doi.org/10.1080/13501763.2019.1701532>
- Abutaleb, Y., McGinley, L., & Johnson, C. Y. (2020, Dezember 14). How the ‘deep state’ scientists vilified by Trump helped him deliver an unprecedented achievement. *The Washington Post*. <https://www.washingtonpost.com/health/2020/12/14/trump-operation-warp-speed-vaccine/>. Zugegriffen: 7. März 2023
- Adamczyk, A., Kim, C., & Dillon, L. (2020). Examining Public Opinion about Abortion: A Mixed-Methods Systematic Review of Research over the Last 15 Years. *Sociological Inquiry*, 90(4), 920–954. <https://doi.org/10.1111/soin.12351>
- Adamczyk, A., & Pitt, C. (2009). Shaping Attitudes About Homosexuality - The Role of Religion and Cultural Context. *Social Science Research*, 38(2), 338–351.
- Adler, A., & Plewnia, A. (2019). Die Macht der großen Zahlen. Aktuelle Spracheinstellungen in Deutschland. In L. Eichinger & A. Plewnia (Hrsg.), *Neues vom heutigen Deutsch* (S. 141–162). Berlin, Boston: De Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110622591-008>
- AfD. (2021). *Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag*. <https://www.afd.de/wahlprogramm/>. Zugegriffen: 10. Oktober 2021
- Aknin, L. B., De Neve, J.-E., Dunn, E. W., Fancourt, D. E., Goldberg, E., Helliwell, J. F., et al. (2022). Mental Health During the First Year of the COVID-19 Pandemic: A Review and Recommendations for Moving Forward. *Perspectives on Psychological Science*, 17(4), 915–936. <https://doi.org/10.1177/17456916211029964>
- Albert, H. (1972). Theorie und Praxis. Max Weber und das Problem der Wertfreiheit und der Rationalität. In *Konstruktion und Kritik. Aufsätze zur Philosophie des kritischen Rationalismus* (S. 41–73). Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Alin, S., Bukow, S., Faus, J., John, S., & Jurrat, A. (2021). *Beleidigt und bedroht: Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Ratsmitgliedern in Deutschland: eine Studie*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Allekotte, M., Biemann, K., Heidt, C., Colson, M., & Knörr, W. (2020). *Aktualisierung der Modelle TREMOD/TREMOMM für die Emissionsberichterstattung 2020 (Berichtsperiode 1990-2018)*. Heidelberg: Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-06-29_texte_116-2020_tremod_2019_0.pdf
- Allport, G. (1954). *The Nature of Prejudice*. New York: Doubleday and Company.
- Allport, G., & Ross, J. M. (1967). Personal religious orientation and prejudice. *Journal of Personality and Social Psychology*, 5(4), 423–443.
- Almond, G. A., & Verba, S. (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Apter, D. E. (Hrsg.). (1997). *The Legitimization of Violence*. London: Palgrave Macmillan UK. <https://doi.org/10.1007/978-1-349-25258-9>
- Arendt, H. (1969). *On violence*. San Diego, New York & London: Harcourt Brace Jonanovich.

- Armbruster, S., & Klotzbücher, V. (2020). Lost in Lockdown? Covid-19, social distancing, and mental health in Germany. *Covid Economics*, 22. https://cepr.org/system/files/publication-files/101374-covid_economics_issue_22.pdf. Zugegriffen: 18. November 2022
- Arnett, J. J. (2008). The neglected 95%: Why American psychology needs to become less American. *American Psychologist*, 63(7), 602–614. <https://doi.org/10.1037/0003-066X.63.7.602>
- Arnold, K. (2017, Juli 18). Curtain Falls On Bishkek’s Lone LGBT Club Amid Worsening Atmosphere. *Radio Free Europe, Radio Liberty*. <https://www.rferl.org/a/kyrgyzstan-lgbt-club-closing-gay-rights-homophobia/28561339.html>. Zugegriffen: 31. März 2023
- Arsenault, J., Talbot, J., Boustani, L., Gonzalès, R., & Manaugh, K. (2019). The environmental footprint of academic and student mobility in a large research-oriented university. *Environmental Research Letters*, 14(9), 095001. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/ab33e6>
- Arzheimer, K. (2015). The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany? *West European Politics*, 38(3), 535–556. <https://doi.org/10.1080/01402382.2015.1004230>
- Arzheimer, K., & Berning, C. C. (2019). How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013–2017. *Electoral Studies*, 60, 102040. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.04.004>
- Atari, M., Lai, M. H. C., & Dehghani, M. (2020). Sex differences in moral judgements across 67 countries. *Proceedings of the Royal Society B: Biological Sciences*, 287(1937), 20201201. <https://doi.org/10.1098/rspb.2020.1201>
- Attari, S. Z., Krantz, D. H., & Weber, E. U. (2016). Statements about climate researchers’ carbon footprints affect their credibility and the impact of their advice. *Climatic Change*, 138(1–2), 325–338. <https://doi.org/10.1007/s10584-016-1713-2>
- Attari, S. Z., Krantz, D. H., & Weber, E. U. (2019). Climate change communicators’ carbon footprints affect their audience’s policy support. *Climatic Change*, 154(3–4), 529–545. <https://doi.org/10.1007/s10584-019-02463-0>
- Avineri, S. (1962). War and Slavery in More’s *Utopia*. *International Review of Social History*, 7(2), 260–290. <https://doi.org/10.1017/S0020859000002091>
- Aw, J., Seng, J. J. B., Seah, S. S. Y., & Low, L. L. (2021). COVID-19 Vaccine Hesitancy—A Scoping Review of Literature in High-Income Countries. *Vaccines*, 9(8), 900. <https://doi.org/10.3390/vaccines9080900>
- Bachner, J., & Hill, K. W. (2014). Advances in Public Opinion and Policy Attitudes Research: Advances in Public Opinion and Policy Attitudes Research. *Policy Studies Journal*, 42, S51–S70. <https://doi.org/10.1111/psj.12052>
- Backes, U., & Mudde, C. (2000). Germany: extremism without successful parties. *Parliamentary Affairs*, 53(3), 457–468. <https://doi.org/10.1093/pa/53.3.457>
- Balanzat, D. (2020, März 9). Green Conference: Reducing Carbon Emissions with a Virtual Conference. *Educators in VR*. <https://educatorsinvr.com/2020/03/09/green-conference-reducing-carbon-emissions-with-a-virtual-conference/>
- Baldwin, P. (2022). Sweden stumbles along the Third Way. In *Sweden’s Pandemic Experiment* (1. Aufl., S. 1–7). London: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003289364-1>
- Banerjee, R., Bhattacharya, J., & Majumdar, P. (2021). Exponential-growth prediction bias and compliance with safety measures related to COVID-19. *Social Science & Medicine* (1982), 268, 113473. <https://doi.org/10.1016/j.socscimed.2020.113473>
- Banerjee, R., & Majumdar, P. (2020). *Exponential Growth Bias in the Prediction of Covid-19 Spread and Economic Expectation* (SSRN Scholarly Paper No. ID 3687141) (S. 48). Bonn: IZA - Institute of Labor Economics. <https://papers.ssrn.com/abstract=3687141>. Zugegriffen: 8. Dezember 2020
- Banholzer, N., Lison, A., Özcelik, D., Stadler, T., Feuerriegel, S., & Vach, W. (2022). The methodologies to assess the effectiveness of non-pharmaceutical interventions during COVID-19: a systematic

- review. *European Journal of Epidemiology*, 37(10), 1003–1024. <https://doi.org/10.1007/s10654-022-00908-y>
- Bankamp, D., & Seppelt, R. (2013). Managing resources of a limited planet – Or, how to organise an environmentally friendly congress. *Environmental Modelling & Software*, 46, 299–303. <https://doi.org/10.1016/j.envsoft.2013.03.018>
- Bannenber, B., Pfeiffer, T., & Erb, D. (2021). *Gewalt gegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Hessen* (S. 24). Gießen: Professur für Kriminologie, Justus-Liebig-Universität. <https://www.uni-giessen.de/fbz/fb01/professuren-forschung/professuren/bannenber/forschung/Amtstraegerer/BannenberPfeifferErbGewaltgegenBrgermeisterinnenundBrgermeisterinHessen.pdf>
- Barberá, P., Casas, A., Nagler, J., Egan, P. J., Bonneau, R., Jost, J. T., & Tucker, J. A. (2019). Who Leads? Who Follows? Measuring Issue Attention and Agenda Setting by Legislators and the Mass Public Using Social Media Data. *American Political Science Review*, 113(4), 883–901. <https://doi.org/10.1017/S0003055419000352>
- Bargain, O., & Aminjonov, U. (2020). Trust and compliance to public health policies in times of COVID-19. *Journal of Public Economics*, 192, 104316. <https://doi.org/10.1016/j.jpubeco.2020.104316>
- Bargain, O., & Aminjonov, U. (2021). Poverty and COVID-19 in Africa and Latin America. *World Development*, 142, 105422. <https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2021.105422>
- Barthels, I., Brandhofer, B., Callaghan, M., Lehrke, J., Meidinger, D., & Lehmann, H. (2021, September 17). Der Genderwahn der AfD. *Tagesspiegel*. <https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/der-genderwahn-der-afd/>. Zugegriffen: 10. Oktober 2021
- Bauschke, R., & Jäckle, S. (2023). Hate speech on social media against German mayors: Extent of the phenomenon, reactions, and implications. *Policy & Internet*, 15(3), 335. <https://doi.org/10.1002/poi3.335>
- Bayerlein, M., & Metten, A. (2022). The Impact of COVID-19 on the Support for the German AfD: Jumping the Populist Ship or Staying the Course? *Politische Vierteljahresschrift*, 63(3), 405–440. <https://doi.org/10.1007/s11615-022-00398-3>
- Behr, S. (2023, April 5). Club der Regulierer. Studie: Sprachaktivisten erreichen nur ihr Milieu. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 4. Frankfurt a.M.
- Bennett, W. L., & Livingston, S. (2018). The disinformation order: Disruptive communication and the decline of democratic institutions. *European Journal of Communication*, 33(2), 122–139. <https://doi.org/10.1177/0267323118760317>
- Benz, W., Distel, B., & Königseder, A. (Hrsg.). (2005). *Der Ort des Terrors: Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager* (Bd. 1–9). München: C.H. Beck.
- Berbair, N., Lewandowsky, M., & Siri, J. (2015). The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany? *German Politics*, 24(2), 154–178. <https://doi.org/10.1080/09644008.2014.982546>
- Bergmann, S., & Lindström, M. (2022). *Sweden's Pandemic Experiment* (1. Aufl.). London: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003289364>
- Berkman, C. S., & Zinberg, G. (1997). Homophobia and heterosexism in social workers. *Social Work*, 42, 319–332.
- Berliner Zeitung. (2021, März 10). Streit um gendergerechte Sprache. <https://www.berliner-zeitung.de/news/streit-um-gendergerechte-sprache-thierse-bleibt-in-spd-li.145269>. Zugegriffen: 10. Oktober 2021
- Bernhard, H. (2022, Februar 15). Anti-Corona-Protteste im Osten: Disparate Angriffe auf „das System“. *Deutschlandfunk*. <https://www.deutschlandfunk.de/anti-corona-protteste-osten-rechtsextremismus-100.html>. Zugegriffen: 7. März 2023
- Bin-Ladin, S. U. B.-M., al-Zawahiri, A., Taha, A.-Y. R. A., Hamzah, S. M., & Rahman, F. (1998, Februar 23). Jihad Against Jews and Crusaders - World Islamic Front Statement. <https://irp.fas.org/world/para/docs/980223-fatwa.htm>. Zugegriffen: 28. April 2023

- Björge, T., & Silkoset, E. (2018). *Threats and threatening approaches to politicians: A survey of Norwegian parliamentarians and cabinet ministers* (No. 5) (S. 52). Oslo: Politihøgskolen. <https://phs.brage.unit.no/phs-xmlui/handle/11250/2564720>. Zugegriffen: 9. April 2021
- BKA. (2020). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019 - Bundesweite Fallzahlen*. Bundesministerium des Innern und für Heimat: Bundeskriminalamt. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=6. Zugegriffen: 10. Mai 2023
- BKA. (2021). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020 - Bundesweite Fallzahlen*. Bundesministerium des Innern und für Heimat: Bundeskriminalamt. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-bundesweite-fallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=5. Zugegriffen: 10. Mai 2023
- BKA. (2022). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021 - Bundesweite Fallzahlen*. Bundesministerium des Innern und für Heimat: Bundeskriminalamt. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2022/pmk2021-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=2. Zugegriffen: 10. Mai 2023
- BKA. (2023). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2022 - Bundesweite Fallzahlen*. Bundesministerium des Innern und für Heimat: Bundeskriminalamt. <file:///C:/Users/Sebastian/Downloads/2022PMK-Fallzahlen.pdf>. Zugegriffen: 10. Mai 2023
- Black, K. N., & Stevenson, M. R. (1984). The relationship of self-reported sex-role characteristics and attitudes toward homosexuality. *Journal of Homosexuality*, *10*(1–2), 83–93.
- Blanke, B. (1993). Zuwanderung und Asyl: Zur Kommunikationsstruktur der Asyldebatte. *Leviathan*, *21*(1), 13–23.
- Blätte, A., Dinnebier, L., & Schmitz-Vardar, M. (2022). *Vielfältige Repräsentation unter Druck: Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Blue, G. (2016). Framing Climate Change for Public Deliberation: What Role for Interpretive Social Sciences and Humanities? *Journal of Environmental Policy & Planning*, *18*(1), 67–84. <https://doi.org/10.1080/1523908X.2015.1053107>
- Blum, S., Loer, K., Reiter, R., & Töller, A. E. (2021). Politik und Verwaltung in der Corona-Krise. *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, *14*(2–2021), 247–263. <https://doi.org/10.3224/dms.v14i2.16>
- BMI. (2022). *Verfassungsschutzbericht 2021*. Berlin: Bundesministerium des Innern und für Heimat: Bundesamt für Verfassungsschutz. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2022-06-07-verfassungsschutzbericht-2021>. Zugegriffen: 1. Mai 2023
- BMI/BMJ. (2001). *Erster Periodischer Sicherheitsbericht*. Berlin: Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Justiz. <https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PeriodischerSicherheitsbericht/psb.html>. Zugegriffen: 5. Mai 2023
- Boele-Woelki, K., Fuchs, A., & Academy of European Law (Trier, Germany) (Hrsg.). (2003). *Legal recognition of same-sex couples in Europe*. Gehalten auf der Legal status of same-sex couples in Europe (Conference), Antwerp ; New York: Intersentia.
- Bokemper, S. E., Huber, G. A., Gerber, A. S., James, E. K., & Omer, S. B. (2021). Timing of COVID-19 vaccine approval and endorsement by public figures. *Vaccine*, *39*(5), 825–829. <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2020.12.048>
- Bol, D., Giani, M., Blais, A., & Loewen, P. J. (2021). The effect of COVID-19 lockdowns on political support: Some good news for democracy? *European Journal of Political Research*, *60*(2), 497–505. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12401>
- Bolsen, T., & Palm, R. (2022). Politicization and COVID-19 vaccine resistance in the U.S. In *Progress in Molecular Biology and Translational Science* (Bd. 188, S. 81–100). Elsevier. <https://doi.org/10.1016/bs.pmbts.2021.10.002>

- Boomgaarden, H. G., & De Vreese, C. H. (2007). Dramatic Real-world Events and Public Opinion Dynamics: Media Coverage and its Impact on Public Reactions to an Assassination. *International Journal of Public Opinion Research*, 19(3), 354–366. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edm012>
- Bosi, L., & Malthaner, S. (2015). Political Violence. In D. Della Porta, M. Diani, & D. Della Porta (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Social Movements* (S. 439–451). Oxford: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199678402.013.50>
- Bossdorf, O., Parepa, M., & Fischer, M. (2010). Climate-neutral ecology conferences: just do it! *Trends in Ecology & Evolution*, 25(2), 61. <https://doi.org/10.1016/j.tree.2009.09.006>
- Bourdieu, P. (1984). *Distinction: a social critique of the judgement of taste*. Cambridge, Mass: Harvard University Press.
- Bourgault, S., Peterman, A., & O'Donnell, M. (2021). *Violence Against Women and Children During COVID-19 - One Year On and 100 Papers In: A Fourth Research Round Up*. Washington, DC: Center for Global Development. <https://www.cgdev.org/publication/violence-against-women-and-children-during-covid-19-one-year-and-100-papers-fourth>. Zugegriffen: 24. November 2022
- Brambor, T., Clark, W. R., & Golder, M. (2006). Understanding Interaction Models. Improving Empirical Analyses. *Political Analysis*, 14(1), 63–82. <https://doi.org/10.1093/pan/mpi014>
- Braun, R. (2011). The diffusion of racist violence in the Netherlands: Discourse and distance. *Journal of Peace Research*, 48(6), 753–766. <https://doi.org/10.1177/0022343311419238>
- Braun, R., & Koopmans, R. (2010). The Diffusion of Ethnic Violence in Germany: The Role of Social Similarity. *European Sociological Review*, 26(1), 111–123. <https://doi.org/10.1093/esr/jcp056>
- Bremm, N., & Racherbäumer, K. (2020). Dimensionen der (Re-)Produktion von Bildungsbenachteiligung in sozialräumlich deprivierten Schulen im Kontext der Corona-Pandemie. In D. Fickermann & B. Edelstein (Hrsg.), „Langsam vermisste ich die Schule ...“ (S. 202–215). Waxmann Verlag GmbH. <https://doi.org/10.31244/9783830992318.13>
- Britton, D. M. (1990). Homophobia and Homosociality: An Analysis of Boundary Maintenance. *The Sociological Quarterly*, 31(3), 423–439.
- Brühlhart, M., Klotzbücher, V., Lalive, R., & Reich, S. K. (2021). Mental health concerns during the COVID-19 pandemic as revealed by helpline calls. *Nature*, 600(7887), 121–126. <https://doi.org/10.1038/s41586-021-04099-6>
- Brusselsaers, N., Steadson, D., Bjorklund, K., Breland, S., Stillhoff Sörensen, J., Ewing, A., et al. (2022). Evaluation of science advice during the COVID-19 pandemic in Sweden. *Humanities and Social Sciences Communications*, 9(1), 91. <https://doi.org/10.1057/s41599-022-01097-5>
- Buheji, M., da Costa Cunha, K., Beka, G., Mavrić, B., Leandro do Carmo de Souza, Y., Souza da Costa Silva, S., et al. (2020). The Extent of COVID-19 Pandemic Socio-Economic Impact on Global Poverty. A Global Integrative Multidisciplinary Review. *American Journal of Economics*, 10(4), 213–224. <https://doi.org/10.5923/j.economics.20201004.02>
- Bujard, M., von den Driesch, E., Ruckdeschel, K., Laß, I., Thönnissen, C., Schumann, A., & Schneider, N. F. (2021). *Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern in der Corona-Pandemie*. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Bullock, J. G. (2020). Party Cues. In E. Suhay, B. Grofman, & A. H. Trechsel (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Electoral Persuasion* (S. 128–150). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780190860806.013.2>
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (2006). *Migrationsbericht 2005*. <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2005.pdf>. Zugegriffen: 4. Juli 2023
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (2011). *Das Bundesamt in Zahlen 2010*. <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2010.pdf>. Zugegriffen: 4. Juli 2023

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (2021). *Das Bundesamt in Zahlen 2020*.
<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2020.pdf>. Zugegriffen: 4. Juli 2023
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (2023). *Aktuelle Zahlen (05/2023)*.
<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-mai-2023.pdf>. Zugegriffen: 4. Juli 2023
- Bundesgesetzblatt. Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz – NetzDG) (2017).
- Bundesverwaltungsamt. (2023). *Spätaussiedler und ihre Angehörigen: Registrierung / Verteilung nach Herkunftstaaten. Zeitreihe 1950-2022*. https://www.bva.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/Zeitreihe_1950_2022.pdf;jsessionid=7300A97E6B5120F099FEEE9DF6D65BA3.intranet662?__blob=publicationFile&cv=2. Zugegriffen: 4. Juli 2023
- Bündnis 90/Die Grünen. (2021). *Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021*. Berlin.
<https://www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021>. Zugegriffen: 8. April 2023
- Burstein, P. (2003). The Impact of Public Opinion on Public Policy: A Review and an Agenda. *Political Research Quarterly*, 56(1), 29. <https://doi.org/10.2307/3219881>
- Camino-Mogro, S., & Armijos, M. (2022). Short-term effects of COVID-19 lockdown on foreign direct investment: Evidence from Ecuadorian firms. *Journal of International Development*, 34(4), 715–736. <https://doi.org/10.1002/jid.3598>
- Campanella, T. (2016). *Der Sonnenstaat Idee eines philosophischen Gemeinwesens. Ein poetischer Dialog* (Berliner Ausgabe, 2016, 4. Auflage.). Berlin: Holzinger.
- Cantoni, D., Hagemester, F., & Westcott, M. (2020, Mai). *Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology*. Working Paper, München. http://www.davidecantoni.net/pdfs/afd_draft_20200512.pdf. Zugegriffen: 8. Juli 2023
- Carter, A., Deutch, J., & Zelikow, P. (1998). Catastrophic Terrorism: Tackling the New Danger. *Foreign Affairs*, 77(6), 80. <https://doi.org/10.2307/20049132>
- CDU/CSU. (2021). *Das Programm für Stabilität und Erneuerung*. <https://www.ein-guter-plan-fuer-deutschland.de/>. Zugegriffen: 12. Oktober 2021
- Charnysh, V., & Finkel, E. (2017). The Death Camp Eldorado: Political and Economic Effects of Mass Violence. *American Political Science Review*, 111(4), 801–818. <https://doi.org/10.1017/S0003055417000296>
- Chaux, E., León, M., Cuellar, L., & Martínez, J. (2021). Public Opinion Toward LGBT People and Rights in Latin America and the Caribbean. In *Oxford Research Encyclopedia of Politics*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.1941>
- Cheng, C., Barceló, J., Hartnett, A. S., Kubinec, R., & Messerschmidt, L. (2020). COVID-19 Government Response Event Dataset (CoronaNet v.1.0). *Nature Human Behaviour*, 4(7), 756–768. <https://doi.org/10.1038/s41562-020-0909-7>
- Ciers, J., Mandic, A., Toth, L., & Op ’t Veld, G. (2018). Carbon Footprint of Academic Air Travel: A Case Study in Switzerland. *Sustainability*, 11(1), 80. <https://doi.org/10.3390/su11010080>
- Coenen, E., Schoolmann, J., & Ziemann, A. (2022). Covid-19 und die politische Wirklichkeit der AfD. Ergebnisse einer Diskursanalyse. *Aptum, Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur*, 18(1). https://doi.org/10.46771/9783967692501_3
- Coffé, H. (2018). *Gender and the Radical Right*. (J. Rydgren, Hrsg.) (Bd. 1). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780190274559.013.10>
- Cohen, J. (2020). Unveiling ‘Warp Speed,’ the White House’s America-first push for a coronavirus vaccine. *Science*. <https://doi.org/10.1126/science.abc7056>

- Cohen, R. (2015, Dezember 21). Germany, Refugee Nation. *New York Times*. New York. <https://www.nytimes.com/2015/12/22/opinion/germany-refugee-nation.html>. Zugegriffen: 21. Juni 2023
- Copeland, T. (2001). Is the „New Terrorism“ really new? An analysis of the new paradigm for terrorism. *The Journal of Conflict Studies*, 21(2), 7–27.
- Coppedge, M., Gerring, J., Knutsen, C. H., Lindberg, S. I., Teorell, J., Altman, D., et al. (2022). *V-Dem Codebook v12* (S. 432). Gothenburg: Varieties of Democracy (V-Dem) Project, University of Gothenburg. <https://www.v-dem.net/static/website/img/refs/codebookv12.pdf>. Zugegriffen: 22. April 2023
- Corcoran, K. E., Scheitle, C. P., & DiGregorio, B. D. (2021). Christian nationalism and COVID-19 vaccine hesitancy and uptake. *Vaccine*, 39(45), 6614–6621. <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2021.09.074>
- Cordes, H., Foltice, B., & Langer, T. (2019). Misperception of Exponential Growth: Are People Aware of Their Errors? *Decision Analysis*, 16(4), 261–280. <https://doi.org/10.1287/deca.2019.0395>
- Costa, P. T., Terracciano, A., & McCrae, R. R. (2001). Gender differences in personality traits across cultures: Robust and surprising findings. *Journal of Personality and Social Psychology*, 81(2), 322–331. <https://doi.org/10.1037/0022-3514.81.2.322>
- Czempiel, E.-O. (2001, November 5). Die Globalisierung schlägt zurück. *Frankefurter Rundschau*, S. 6.
- Davies, M. (2004). Correlates of Negative Attitudes toward Gay Men: Sexism, Male Role Norms, and Male Sexuality. *The Journal of Sex Research*, 41(3), 259–266.
- Davis, A. (2010). New media and fat democracy: the paradox of online participation1. *New Media & Society*, 12(5), 745–761. <https://doi.org/10.1177/1461444809341435>
- De Picker, M. (2020). Rethinking inclusion and disability activism at academic conferences: strategies proposed by a PhD student with a physical disability. *Disability & Society*, 35(1), 163–167. <https://doi.org/10.1080/09687599.2019.1619234>
- De Vries, C. E., Bakker, B. N., Hobolt, S. B., & Arceneaux, K. (2021). Crisis signaling: how Italy’s coronavirus lockdown affected incumbent support in other European countries. *Political Science Research and Methods*, 1–17. <https://doi.org/10.1017/psrm.2021.6>
- Deer, B. (2011a). How the case against the MMR vaccine was fixed. *BMJ*, 342(jan05 1), c5347–c5347. <https://doi.org/10.1136/bmj.c5347>
- Deer, B. (2011b). How the vaccine crisis was meant to make money. *BMJ*, 342(jan11 4), c5258–c5258. <https://doi.org/10.1136/bmj.c5258>
- Delcker, J. (2020, Oktober 1). Germany’s balancing act: Fighting online hate while protecting free speech. *POLITICO*. <https://www.politico.eu/article/germany-hate-speech-internet-netzdg-controversial-legislation/>. Zugegriffen: 4. März 2022
- Delreux, T., & Ohler, F. (2019). Climate Policy in European Union Politics. In *Oxford Research Encyclopedia of Politics*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.1097>
- Desiere, S. (2016). The Carbon Footprint of Academic Conferences: Evidence from the 14th EAAE Congress in Slovenia. *EuroChoices*, 15(2), 56–61. <https://doi.org/10.1111/1746-692X.12106>
- Destatis. (2022). Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland zwischen 1990 und 2021: Angleichung oder Verfestigung der Unterschiede? <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-bevoelkerungsentwicklung-ost-west.html>. Zugegriffen: 21. Juni 2023
- Deutsche Welle. (2022, Februar 2). Renate Künast muss Hasskommentare nicht hinnehmen. <https://www.dw.com/de/bundesverfassungsgericht-renate-k%C3%BCnast-muss-hasskommentare-nicht-hinnehmen/a-60631840>. Zugegriffen: 3. Juli 2022
- Deutscher Bundestag. (1990, Januar 26). Drucksache 11/6323: Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 22. Januar 1990 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. <https://dserver.bundestag.de/btd/11/063/1106323.pdf>. Zugegriffen: 23. Juni 2023

- Deutscher Bundestag. (2018). *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage: Gefahren durch rechtsterroristische Strukturen und rechte Militanz in Deutschland* (No. Drucksache 19/2193). <https://dserver.bundestag.de/btd/19/021/1902193.pdf>. Zugegriffen: 3. Juli 2023
- Dezecache, G., Frith, C. D., & Deroy, O. (2020). Pandemics and the great evolutionary mismatch. *Current Biology*, 30(10), R417–R419. <https://doi.org/10.1016/j.cub.2020.04.010>
- Di Pietrantonj, C., Rivetti, A., Marchione, P., Debalini, M. G., & Demicheli, V. (2021). Vaccines for measles, mumps, rubella, and varicella in children. *Cochrane Database of Systematic Reviews*, 2021(11). <https://doi.org/10.1002/14651858.CD004407.pub5>
- Dick, W. (2011, November 15). Auf dem rechten Auge blind? *DW*. <https://www.dw.com/de/auf-dem-rechten-auge-blind/a-15531314>. Zugegriffen: 15. November 2020
- Die Linke. (2021). *Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit - Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021*. https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf. Zugegriffen: 12. Oktober 2021
- Dietze, G., & Roth, J. (2020). Right-Wing Populism and Gender: A Preliminary Cartography of an Emergent Field of Research. In G. Dietze & J. Roth (Hrsg.), *Right-Wing Populism and Gender* (S. 7–22). transcript Verlag. <https://doi.org/10.1515/9783839449806-001>
- Donaldson, C. D., Handren, L. M., & Lac, A. (2017). Applying Multilevel Modeling to Understand Individual and Cross-Cultural Variations in Attitudes Toward Homosexual People Across 28 European Countries. *Journal of Cross-Cultural Psychology*, 48(1), 93–112. <https://doi.org/10.1177/0022022116672488>
- Dong, E., Ratcliff, J., Goyea, T. D., Katz, A., Lau, R., Ng, T. K., et al. (2022). The Johns Hopkins University Center for Systems Science and Engineering COVID-19 Dashboard: data collection process, challenges faced, and lessons learned. *The Lancet Infectious Diseases*. [https://doi.org/10.1016/S1473-3099\(22\)00434-0](https://doi.org/10.1016/S1473-3099(22)00434-0)
- Drury, J. (2018). The role of social identity processes in mass emergency behaviour: An integrative review. *European Review of Social Psychology*, 29(1), 38–81. <https://doi.org/10.1080/10463283.2018.1471948>
- Dumbadze, D. (2017, September 28). Georgia’s Ruling Party ‘Supermajority’ Passes Unilateral Constitutional Reform. *Jamestown Foundation: Eurasia Daily Monitor*, 14(120). <https://jamestown.org/program/georgias-ruling-party-supermajority-passes-unilateral-constitutional-reform/>. Zugegriffen: 31. März 2023
- Duyvesteyn, I. (2004). How New Is the New Terrorism? *Studies in Conflict & Terrorism*, 27(5), 439–454. <https://doi.org/10.1080/10576100490483750>
- Dyer, O. (2016). Andrew Wakefield calls Trump “on our side” over vaccines after meeting. *BMJ*, i6545. <https://doi.org/10.1136/bmj.i6545>
- Dynes, W. R., & Donaldson, S. (Hrsg.). (1992). *Homosexuality in the ancient world*. New York: Garland.
- Ebbinghaus, B. (2009). Vergleichende Politische Soziologie: Quantitative Analyse- oder qualitative Fallstudien-Designs? In V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie - Ein Studienbuch* (S. 481–501). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ebert, C., & Steinert, J. I. (2021). Prevalence and risk factors of violence against women and children during COVID-19, Germany. *Bulletin of the World Health Organization*, 99(6), 429–438. <https://doi.org/10.2471/BLT.20.270983>
- ECDC. (2015). *Rapid literature review on motivating hesitant population groups in Europe to vaccinate*. Stockholm: European Centre for Disease Prevention and Control. <https://data.europa.eu/doi/10.2900/702238>. Zugegriffen: 5. März 2023
- Ehsan, A., Klaas, H. S., Bastianen, A., & Spini, D. (2019). Social capital and health: A systematic review of systematic reviews. *JSM - Population Health*, 8, 100425. <https://doi.org/10.1016/j.ssmph.2019.100425>

- Eith, U., & Mielke, G. (2009). Politische Soziologie: Zur Bedeutung und Methodik empirischer Sozialforschung am Beispiel der Wahlforschung. In H.-J. Lauth & C. Wagner (Hrsg.), *Politikwissenschaft: Eine Einführung* (S. 294–320). Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Elgar, F. J., Stefaniak, A., & Wohl, M. J. A. (2020). The trouble with trust: Time-series analysis of social capital, income inequality, and COVID-19 deaths in 84 countries. *Social Science & Medicine*, *263*, 113365. <https://doi.org/10.1016/j.socscimed.2020.113365>
- Elias, N. (2010). *Über den Prozeß der Zivilisation. 2: Wandlungen der Gesellschaft: Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elmelund-Praestekaer, C., & Emmenegger, P. (2013). Strategic Re-framing as a Vote Winner: Why Vote-seeking Governments Pursue Unpopular Reforms. *Scandinavian Political Studies*, *36*(1), 23–42. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9477.2012.00295.x>
- Engene, J. O. (2004). *Terrorism in Western Europe: explaining the trends since 1950*. Cheltenham, UK ; Northampton, MA: Edward Elgar.
- Engzell, P., Frey, A., & Verhagen, M. D. (2021). Learning loss due to school closures during the COVID-19 pandemic. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, *118*(17), e2022376118. <https://doi.org/10.1073/pnas.2022376118>
- Entman, R. M. (1993). Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. *Journal of Communication*, *43*(4), 51–58. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1993.tb01304.x>
- Erchick, D. J., Gupta, M., Blunt, M., Bansal, A., Sauer, M., Gerste, A., et al. (2022). Understanding determinants of vaccine hesitancy and acceptance in India: A qualitative study of government officials and civil society stakeholders. *PLOS ONE*, *17*(6), e0269606. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0269606>
- Erentzen, C., & Schuller, R. (2020). Exploring the Dark Figure of Hate: Experiences with Police Bias and the Under-reporting of Hate Crime. *Canadian Journal of Criminology and Criminal Justice*, e20190035. <https://doi.org/10.3138/cjccj.2019-0035>
- Erhardt, C. (2020, März 10). Kommunalpolitiker: Bedrohungen sind an der Tagesordnung. *KOMMUNAL*. <https://kommunal.de/kommunalpolitiker-umfrage-2020>. Zugegriffen: 10. April 2021
- Esser, F., & Brosius, H. B. (1996). Television as Arsonist?: The Spread of Right-Wing Violence in Germany. *European Journal of Communication*, *11*(2), 235–260. <https://doi.org/10.1177/0267323196011002005>
- ETH Zürich. (2020). *Sustainability Report 2019/2020*. <https://ethz.ch/en/the-eth-zurich/sustainability/context/nachhaltigkeitsbericht.html>. Zugegriffen: 7. November 2021
- European Environment Agency. (2014). *Focusing on environmental pressures from long-distance transport: TERM 2014 : transport indicators tracking progress towards environmental targets in Europe*. Luxembourg: Publications Office. <http://bookshop.europa.eu/uri?target=EUB:NOTICE:THAL14007:EN:HTML>. Zugegriffen: 22. Oktober 2020
- European Environment Agency. (2021, Januar 15). CO2-emission intensity from electricity generation. <https://www.eea.europa.eu/data-and-maps/daviz/sds/co2-emission-intensity-from-electricity-generation-2/@@view>
- Evans, G. (1993). Is gender on the „new agenda“?: A comparative analysis of the politicization of inequality between men and women. *European Journal of Political Research*, *24*(2), 135–158. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.1993.tb00373.x>
- Falk, A., & Hermle, J. (2018). Relationship of gender differences in preferences to economic development and gender equality. *Science*, *362*(6412), eaas9899. <https://doi.org/10.1126/science.aas9899>
- Falk, A., Kuhn, A., & Zweimüller, J. (2011). Unemployment and Right-wing Extremist Crime*: Unemployment and right-wing extremist crime. *Scandinavian Journal of Economics*, *113*(2), 260–285. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9442.2011.01648.x>

- Fansher, M., Adkins, T. J., Lewis, R. L., Boduroglu, A., Lalwani, P., Quirk, M., et al. (2022). How well do ordinary Americans forecast the growth of COVID-19? *Memory & Cognition*.
<https://doi.org/10.3758/s13421-022-01288-0>
- FDP. (2021). *Nie gab es mehr zu tun. Das Programm der Freien Demokraten*. <https://www.fdp.de/nie-gab-es-mehr-zu-tun>. Zugegriffen: 12. Oktober 2021
- Fernández, J. J., & Lutter, M. (2013). Supranational cultural norms, domestic value orientations and the diffusion of same-sex union rights in Europe, 1988–2009. *International Sociology*, 28(1), 102–120.
<https://doi.org/10.1177/0268580912466881>
- Fernández Simon, M. (2021, Dezember 23). ‘A woman is a woman, a man is a man’: Putin compares gender nonconformity to the coronavirus pandemic. *The Washington Post*. Washington, D.C.
<https://www.washingtonpost.com/world/2021/12/23/putin-gender-russia-news-conference/>.
 Zugegriffen: 31. März 2023
- Fertig, M., & Schmidt, C. M. (2011). Attitudes towards foreigners and Jews in Germany: identifying the determinants of xenophobia in a large opinion survey. *Review of Economics of the Household*, 9(1), 99–128. <https://doi.org/10.1007/s11150-009-9084-3>
- Field, A. (2009). The ‘New Terrorism’: Revolution or Evolution? *Political Studies Review*, 7(2), 195–207.
<https://doi.org/10.1111/j.1478-9299.2009.00179.x>
- Finlay, B., & Walther, C. S. (2003). The Relation of Religious Affiliation, Service Attendance, and other Factors to Homophobic Attitudes among University Students. *Review of Religious Research*, 44(4), 370–393.
- Fisher, R. D., Derison, D., Polley, C. F., Cadman, J., & Johnston, D. (1994). Religiousness, Religious Orientation, and Attitudes Towards Gays and Lesbians. *Journal of Applied Social Psychology*, 24(7), 614–630.
- Foltice, B., & Langer, T. (2018). Exponential growth bias matters: Evidence and implications for financial decision making of college students in the U.S.A. *Journal of Behavioral and Experimental Finance*, 19, 56–63. <https://doi.org/10.1016/j.jbef.2018.04.002>
- Ford, T. E., Brignall, T., VanValey, T. L., & Macaluso, M. J. (2009). The Unmaking of Prejudice - How Christian Beliefs Relate to Attitudes Toward Homosexuals. *Journal of the Scientific Study of Religion*, 48(1), 146–160.
- Formanowicz, M. M., Bedynska, S., Cislak, A., Braun, F., & Sczesny, S. (2013). Side effects of gender-fair language: How feminine job titles influence the evaluation of female applicants: Side effects of gender-fair language. *European Journal of Social Psychology*, 43(1), 62–71.
<https://doi.org/10.1002/ejsp.1924>
- Formanowicz, M. M., Cislak, A., Horvath, L. K., & Sczesny, S. (2015). Capturing socially motivated linguistic change: how the use of gender-fair language affects support for social initiatives in Austria and Poland. *Frontiers in Psychology*, 6. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2015.01617>
- Foucault, M. (1982). The Subject and Power. *Critical Inquiry*, 8(4), 777–795.
<https://doi.org/10.1086/448181>
- Fox, H. E., Kareiva, P., Silliman, B., Hitt, J., Lytle, D. A., Halpern, B. S., et al. (2009). Why do we fly? Ecologists’ sins of emission. *Frontiers in Ecology and the Environment*, 7(6), 294–296.
<https://doi.org/10.1890/09.WB.019>
- Frey, A. (2020). ‘Cologne Changed Everything’—The Effect of Threatening Events on the Frequency and Distribution of Intergroup Conflict in Germany. *European Sociological Review*, 36(5), 684–699.
<https://doi.org/10.1093/esr/jcaa007>
- Frey, A. (2021). Getting under the Skin: The Impact of Terrorist Attacks on Native and Immigrant Sentiment. *Social Forces*, soab135. <https://doi.org/10.1093/sf/soab135>
- Fried, N. (2020, September 30). Wir müssen reden. *Süddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/politik/angela-merkel-corona-bundestag-1.5050943?reduced=true>. Zugegriffen: 28. Dezember 2020

- Friedrich, M. C. G., & Heise, E. (2019). Does the Use of Gender-Fair Language Influence the Comprehensibility of Texts?: An Experiment Using an Authentic Contract Manipulating Single Role Nouns and Pronouns. *Swiss Journal of Psychology*, 78(1–2), 51–60. <https://doi.org/10.1024/1421-0185/a000223>
- Fuchs, A. (1992). Wider die Entwertung des Gewaltbegriffs. *Wissenschaft und Frieden*, 10(4). <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/wider-die-entwertung-des-gewaltbegriffs/>. Zugegriffen: 7. Mai 2023
- Fuchs, T., & Schäfer, F. (2020). Normalizing misogyny: hate speech and verbal abuse of female politicians on Japanese Twitter. *Japan Forum*, 1–27. <https://doi.org/10.1080/09555803.2019.1687564>
- Fukuyama, F. (2018). *Identity: contemporary identity politics and the struggle for recognition*. London: Profile Books.
- Fukuyama, F. (2021, Mai 25). There is no American identity anymore. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-05/francis-fukuyama-usa-donald-trump-democracy-republicans/komplettsicht>. Zugegriffen: 9. März 2023
- Galtung, J. (1969). Violence, Peace, and Peace Research. *Journal of Peace Research*, 6(3), 167–191. <https://doi.org/10.1177/002234336900600301>
- Galtung, J. (1990). Cultural Violence. *Journal of Peace Research*, 27(3), 291–305. <https://doi.org/10.1177/0022343390027003005>
- Gaskins, B., Golder, M., & Siegel, D. A. (2013). Religious Participation, Social Conservatism, and Human Development. *The Journal of Politics*, 75(4), 1125–1141. <https://doi.org/10.1017/S0022381613000765>
- Gauland, A., Chrupalla, T., Moosdorf, M., Baumann, B., & und die Fraktion der AfD. Deutschlands Verantwortung für Frieden in Europa gerecht werden - Eine Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland. , Pub. L. No. 20/5551 (2023). <https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005551.pdf>. Zugegriffen: 2. Juni 2023
- Gellérfi, G. (2020). Nubit amicus : same-sex weddings in Imperial Rome. *Graeco-Latina Brunensia*, (1), 89–100. <https://doi.org/10.5817/GLB2020-1-7>
- Gendern als Wahlkampfthema. (2021, September 8). *arte*. <https://www.arte.tv/de/videos/105441-000-A/gendern-als-wahlkampfthema/>. Zugegriffen: 12. Oktober 2021
- Germani, F., & Biller-Andorno, N. (2021). The anti-vaccination infodemic on social media: A behavioral analysis. *PLOS ONE*, 16(3), e0247642. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0247642>
- Gilkey, M. B., Reiter, P. L., Magnus, B. E., McRee, A.-L., Dempsey, A. F., & Brewer, N. T. (2016). Validation of the Vaccination Confidence Scale: A Brief Measure to Identify Parents at Risk for Refusing Adolescent Vaccines. *Academic Pediatrics*, 16(1), 42–49. <https://doi.org/10.1016/j.acap.2015.06.007>
- Glucksmann, A. (2004). The World of Megaterrorism. *Wall Street Journal*. <https://www.wsj.com/articles/SB107964901046859583>. Zugegriffen: 28. April 2023
- Goetz, K. H., & Martinsen, D. S. (2021). COVID-19: a dual challenge to European liberal democracy. *West European Politics*, 44(5–6), 1003–1024. <https://doi.org/10.1080/01402382.2021.1930463>
- Goitom, H. (2013, Dezember 26). Nigeria: Bill Prohibiting Same-Sex Marriage Moves Forward. *Library of Congress: Global Legal Monitor*. <https://www.loc.gov/item/global-legal-monitor/2013-12-26/nigeria-bill-prohibiting-same-sex-marriage-moves-forward/>. Zugegriffen: 31. März 2023
- Goitom, H. (2015, Februar 24). Malawi: Parliament Passes Comprehensive Marriage, Divorce and Family Relations Legislation. *Library of Congress: Global Legal Monitor*. <https://www.loc.gov/item/global-legal-monitor/2015-02-24/malawi-parliament-passes-comprehensive-marriage-divorce-and-family-relations-legislation/>. Zugegriffen: 31. März 2023
- Goldfinch, S., Taplin, R., & Gauld, R. (2021). Trust in government increased during the Covid-19 pandemic in Australia and New Zealand. *Australian Journal of Public Administration*, 80(1), 3–11. <https://doi.org/10.1111/1467-8500.12459>

- Goldstein, D. A. N., & Wiedemann, J. (2022). Who Do You Trust? The Consequences of Partisanship and Trust for Public Responsiveness to COVID-19 Orders. *Perspectives on Politics*, 20(2), 412–438. <https://doi.org/10.1017/S1537592721000049>
- Gorrell, G., Bakir, M. E., Roberts, I., Greenwood, M. A., & Bontcheva, K. (2020). Which politicians receive abuse? Four factors illuminated in the UK general election 2019. *EPJ Data Science*, 9(1), 18. <https://doi.org/10.1140/epjds/s13688-020-00236-9>
- Gorrell, G., Greenwood, M., Roberts, I., Maynard, D., & Bontcheva, K. (2018). Twits, Twats and Twaddle: Trends in Online Abuse towards UK Politicians. In *Proceedings of the Twelfth International Conference on Web and Social Media, June 25-28, 2018, Stanford, California, USA* (Bd. 12). Stanford: AAAI = Association for the Advancement of Artificial Intelligence. <https://ojs.aaai.org/index.php/ICWSM/article/view/15070>
- Graff, A., & Korolczuk, E. (2021). *Anti-gender politics in the populist moment*. Abingdon, Oxon ; New York, NY: Routledge.
- Graham, C., & Grinstein-Weiss, M. (2021). Introduction: The COVID-19 Shock to Our Deep Inequities: How to Mitigate the Impact. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 698(1), 7–11. <https://doi.org/10.1177/00027162211069426>
- Green, J., & Shorrocks, R. (2021). The Gender Backlash in the Vote for Brexit. *Political Behavior*. <https://doi.org/10.1007/s11109-021-09704-y>
- Grémillet, D. (2008). Paradox of flying to meetings to protect the environment. *Nature*, 455, 1175.
- Grewenig, E., Lergetporer, P., Werner, K., Woessmann, L., & Zierow, L. (2021). COVID-19 and educational inequality: How school closures affect low- and high-achieving students. *European Economic Review*, 140, 103920. <https://doi.org/10.1016/j.euroecorev.2021.103920>
- Haberman, M. (2021, März 1). Trump and his wife received coronavirus vaccine before leaving the White House. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2021/03/01/us/politics/donald-trump-melania-coronavirus-vaccine.html>. Zugegriffen: 7. März 2023
- Haffert, L. (2022). The Long-Term Effects of Oppression: Prussia, Political Catholicism, and the Alternative für Deutschland. *American Political Science Review*, 116(2), 595–614. <https://doi.org/10.1017/S0003055421001040>
- Hagen, K. (2016, Februar 8). Hab ich mich verstorcht. *Spiegel Online*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-beatrix-von-storch-wird-im-netz-verspottet-a-1076209.html>. Zugegriffen: 2. Juni 2023
- Hagström, L., Wagnsson, C., & Lundström, M. (2022). Logics of Othering: Sweden as Other in the time of COVID-19. *Cooperation and Conflict*, 001083672211106. <https://doi.org/10.1177/00108367221110675>
- Hainmueller, J., & Hopkins, D. J. (2014). Public Attitudes Toward Immigration. *Annual Review of Political Science*, 17(1), 225–249. <https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-102512-194818>
- Hainmueller, J., Mummolo, J., & Xu, Y. (2019). How Much Should We Trust Estimates from Multiplicative Interaction Models? Simple Tools to Improve Empirical Practice. *Political Analysis*, 27(2), 163–192. <https://doi.org/10.1017/pan.2018.46>
- Hale, T., Angrist, N., Goldszmidt, R., Kira, B., Petherick, A., Phillips, T., et al. (2021). A global panel database of pandemic policies (Oxford COVID-19 Government Response Tracker). *Nature Human Behaviour*, 5(4), 529–538. <https://doi.org/10.1038/s41562-021-01079-8>
- Halman, L., & van Ingen, E. (2015). Secularization and Changing Moral Views: European Trends in Church Attendance and Views on Homosexuality, Divorce, Abortion, and Euthanasia. *European Sociological Review*, 31(5), 616–627. <https://doi.org/10.1093/esr/jcv064>
- Han, Q., Zheng, B., Cristea, M., Agostini, M., Bélanger, J. J., Gützkow, B., et al. (2021). Trust in government regarding COVID-19 and its associations with preventive health behaviour and prosocial behaviour during the pandemic: a cross-sectional and longitudinal study. *Psychological Medicine*, 1–11. <https://doi.org/10.1017/S0033291721001306>

- Hansen, M. A., & Olsen, J. (2019). Flesh of the Same Flesh: A Study of Voters for the Alternative for Germany (AfD) in the 2017 Federal Election. *German Politics*, 28(1), 1–19. <https://doi.org/10.1080/09644008.2018.1509312>
- Haselberger, S., Fiedler, M., & Hackenbruch, F. (2021, Juli 31). Grünen-Kanzlerkandidatin im Interview: Gendergerechte Sprache in Gesetzestexten? So denkt Baerbock darüber. *Tagespiegel*. <https://plus.tagesspiegel.de/politik/kanzlerkandidatin-baerbock-im-interview-das-hat-mich-sehr-geschmerzt-201713.html>. Zugegriffen: 12. Oktober 2021
- Haubrich, D. (2006). Modern Politics in an Age of Global Terrorism: New Challenges for Domestic Public Policy. *Political Studies*, 54(2), 399–423. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2006.00608.x>
- Hayakawa, K., Lee, H.-H., & Park, C.-Y. (2022). *The Effect of COVID-19 on Foreign Direct Investment*. Asian Development Bank. <https://doi.org/10.22617/WPS220092-2>
- Hayakawa, K., & Mukunoki, H. (2021). The impact of COVID-19 on international trade: Evidence from the first shock. *Journal of the Japanese and International Economies*, 60, 101135. <https://doi.org/10.1016/j.jjie.2021.101135>
- Helbling, M. (2014). Framing Immigration in Western Europe. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 40(1), 21–41. <https://doi.org/10.1080/1369183X.2013.830888>
- Henderson, E. F., & Moreau, M.-P. (2020). Carefree conferences? Academics with caring responsibilities performing mobile academic subjectivities. *Gender and Education*, 32(1), 70–85. <https://doi.org/10.1080/09540253.2019.1685654>
- Henrich, J. P. (2020). *The WEIRDest people in the world: How the West Became Psychologically Peculiar and Particularly Prosperous* (First edition.). New York: Farrar, Straus and Giroux.
- Henrich, J. P. (2023). Q&A on WEIRD. <https://weirdpeople.fas.harvard.edu/qa-weird>. Zugegriffen: 19. April 2023
- Henrich, J. P., Heine, S. J., & Norenzayan, A. (2010a). The weirdest people in the world? *Behavioral and Brain Sciences*, 33, 61–83. <https://doi.org/10.1017/S0140525X0999152X>
- Henrich, J. P., Heine, S. J., & Norenzayan, A. (2010b). Most people are not WEIRD. *Nature*, 466(7302), 29–29. <https://doi.org/10.1038/466029a>
- Herbert, U. (2017). *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge* (Unveränderter Nachdruck, 2. Auflage.). München: C.H. Beck.
- Herek, G. M. (2004). Beyond “Homophobia”: Thinking about sexual prejudice and stigma in the twenty-first century. *Sexuality Research and Social Policy*, 1(2), 6–24. <https://doi.org/10.1525/srsp.2004.1.2.6>
- Herek, G. M., & Capitanio, J. P. (1995). Black heterosexuals’ attitudes toward lesbians and gay men in the United States. *Journal of Sex Research*, 32(2), 95–105.
- Herek, G. M., & Glunt, E. K. (1993). Interpersonal contact and heterosexuals’ attitudes toward gay men: Results from a national survey. *The Journal of Sex Research*, 30, 239–244.
- Herek, G. M., & Gonzalez-Rivera, M. (2006). Attitudes toward homosexuality among U.S. residents of Mexican descent. *Journal of Sex Research*, (43), 122–135.
- Herek, G. M., & McLemore, K. A. (2013). Sexual Prejudice. *Annual Review of Psychology*, 64(1), 309–333. <https://doi.org/10.1146/annurev-psych-113011-143826>
- Hichy, Z., Sciacca, F., Di Marco, G., & De Pasquale, C. (2020). Effects of religious orientation and state secularism on pre-implantation genetic diagnosis. *Heliyon*, 6(8), e04798. <https://doi.org/10.1016/j.heliyon.2020.e04798>
- Hildebrandt, A., & Jäckle, S. (2020). Pervasive Polarization or Partial Convergence? Moral Attitudes of Religious and Secular People at Various Levels of Development. *International Journal of Public Opinion Research*, 32(2), 306–317. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edz017>
- Hildebrandt, A., & Jäckle, S. (2021). The shifting class-base of social democratic parties in Western Europe. *European Politics and Society*, 1–18. <https://doi.org/10.1080/23745118.2021.1909806>

- Hildebrandt, A., & Jäckle, S. (2023). Particularly in Highly Developed and More Gender Egalitarian Societies: Sex Differences in Attitudes Towards Homosexuality. *The Journal of Sex Research*, 1–14. <https://doi.org/10.1080/00224499.2023.2198500>
- Hildebrandt, A., Trüdinger, E.-M., & Jäckle, S. (2017). Sooner or later: the influence of public opinion and religiosity on the enactment of laws recognizing same-sex unions. *Journal of European Public Policy*, 24(8), 1191–1210. <https://doi.org/10.1080/13501763.2016.1228693>
- Hill, S., & Rothchild, D. (1986). The Contagion of Political Conflict in Africa and the World. *Journal of Conflict Resolution*, 30(4), 716–735. <https://doi.org/10.1177/0022002786030004006>
- Hirschfeld, K. (2017). Rethinking “Structural Violence”. *Society*, 54(2), 156–162. <https://doi.org/10.1007/s12115-017-0116-y>
- Hoerner, J. M., Jaax, A., & Rodon, T. (2019). The long-term impact of the location of concentration camps on radical-right voting in Germany. *Research & Politics*, 6(4), 205316801989137. <https://doi.org/10.1177/2053168019891376>
- Hoffman, B. (2001). *Terrorismus. Der unerklärte Krieg*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Holbrook, D., & Taylor, M. (2013). Introduction. In M. Taylor, D. Holbrook, & P. M. Curie (Hrsg.), *Extreme Right Wing Political Violence and Terrorism* (S. 1–14). New York: Bloomsbury Academic. <https://doi.org/10.5040/9781501300967>
- Holden, M. H., Butt, N., Chauvenet, A., Plein, M., Stringer, M., & Chadès, I. (2017). Academic conferences urgently need environmental policies. *Nature Ecology & Evolution*, 1(9), 1211–1212. <https://doi.org/10.1038/s41559-017-0296-2>
- Homola, J., Pereira, M. M., & Tavits, M. (2020). Legacies of the Third Reich: Concentration Camps and Out-group Intolerance. *American Political Science Review*, 114(2), 573–590. <https://doi.org/10.1017/S0003055419000832>
- Hood, R. W., Hill, P. C., & Spilka, B. (2018). *The psychology of religion: an empirical approach* (Fifth Edition.). New York, NY: Guilford Press.
- Hooghe, L., Marks, G., & Wilson, C. J. (2002). Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration? *Comparative Political Studies*, 35(8), 965–989. <https://doi.org/10.1177/001041402236310>
- Horstmann, K. T., Buecker, S., Krasko, J., Kritzler, S., & Terwiel, S. (2021). Who does or does not use the ‘Corona-Warn-App’ and why? *European Journal of Public Health*, 31(1), 49–51. <https://doi.org/10.1093/eurpub/ckaa239>
- House of Commons Health and Social Care and Science and Technology Committees. (2021). *Coronavirus: lessons learned to date*. London: House of Commons Health and Social Care and Science and Technology Committees. <https://committees.parliament.uk/publications/7496/documents/78687/default/>. Zugegriffen: 14. Dezember 2022
- Hox, J. J. (2010). *Multilevel Analysis - Techniques and Applications*. New York: Routledge.
- Hoyer, K. G., & Naess, P. (2001). Conference Tourism: A Problem for the Environment, as well as for Research? *Journal of Sustainable Tourism*, 9(6), 451–470. <https://doi.org/10.1080/09669580108667414>
- Hudson, W. W., & Ricketts, W. A. (1980). A Strategy for the Measurement of Homophobia. *Journal of Homosexuality*, 5(4), 357–372.
- Hussain, A., Ali, S., Ahmed, M., & Hussain, S. (2018). The Anti-vaccination Movement: A Regression in Modern Medicine. *Cureus*. <https://doi.org/10.7759/cureus.2919>
- Huzel, V. (2019). *Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Baden-Württemberg: Ein Amt im Umbruch*. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. <https://doi.org/10.5771/9783748903536>
- Hviid, A., Hansen, J. V., Frisch, M., & Melbye, M. (2019). Measles, Mumps, Rubella Vaccination and Autism: A Nationwide Cohort Study. *Annals of Internal Medicine*, 170(8), 513. <https://doi.org/10.7326/M18-2101>

- Hysa, E., Imeraj, E., Feruni, N., Panait, M., & Vasile, V. (2022). COVID-19—A Black Swan for Foreign Direct Investment: Evidence from European Countries. *Journal of Risk and Financial Management*, 15(4), 156. <https://doi.org/10.3390/jrfm15040156>
- Iacobucci, G. (2020). Covid-19: Increased risk among ethnic minorities is largely due to poverty and social disparities, review finds. *BMJ*, m4099. <https://doi.org/10.1136/bmj.m4099>
- ICAO. (2019). *Presentation of 2019 Air Transport Statistical Results* (Annual Report). https://www.icao.int/annual-report-2019/Documents/ARC_2019_Air%20Transport%20Statistics.pdf. Zugegriffen: 26. April 2023
- IGES. (2019). *1.5-Degree Lifestyles - Targets and Options for Reducing Lifestyle Carbon Footprints. Technical Report*. Aalto: Institute for Global Environmental Strategies, Aalto University.
- Illing, H., Oberfichtner, M., Pestel, N., Schmieder, J., & Trenkle, S. (2022). Geschlechtsspezifische Arbeitsmarktwirkung der Covid-19-Pandemie: Ähnlicher Arbeitszeitausfall, aber bei Müttern höhere zusätzliche Belastung durch Kinderbetreuung. *LAB-Kurzbericht*. <https://doi.org/10.48720/IAB.KB.2203>
- Infratest dimap. (2021). *Weiter Vorbehalte gegen gendergerechte Sprache*. <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/weiter-vorbehalte-gegen-gendergerechte-sprache/>
- Inglehart, R. (1997). *Modernization and Postmodernization: Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*. Princeton University Press. <https://doi.org/10.1515/9780691214429>
- Inglehart, R., & Welzel, C. (2005). *Modernization, Cultural Change, and Democracy: The Human Development Sequence* (1. Aufl.). Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511790881>
- IPCC. (2018). *Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty* (Special Report No. 15). IPCC.
- IPCC. (2023). *Synthesis Report of the IPCC sixth Assessment Report (AR6) - Longer Report*. https://report.ipcc.ch/ar6syrr/pdf/IPCC_AR6_SYR_LongerReport.pdf. Zugegriffen: 23. April 2023
- Isensee, J. (1983). *Das Grundrecht auf Sicherheit: Zu den Schutzpflichten des freiheitlichen Verfassungsstaates. Vortrag gehalten vor der Berliner Juristischen Gesellschaft am 24. November 1982 - erweiterte Fassung*. DE GRUYTER. <https://doi.org/10.1515/9783110893243>
- Iyengar, S. (2010). Framing Research. The Next Steps. In B. F. Schaffner & P. J. Sellers (Hrsg.), *Winning with Words: The Origins and Impact of Political Framing* (S. 185–191). New York: Routledge.
- Iyengar, S., Lelkes, Y., Levendusky, M., Malhotra, N., & Westwood, S. J. (2019). The Origins and Consequences of Affective Polarization in the United States. *Annual Review of Political Science*, 22(1), 129–146. <https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-051117-073034>
- Iyengar, S., Sood, G., & Lelkes, Y. (2012). Affect, Not Ideology: A Social Identity Perspective on Polarization. *Public Opinion Quarterly*, 76(3), 405–431. <https://doi.org/10.1093/poq/nfs038>
- Jäckle, S. (Hrsg.). (2017). *Neue Trends in den Sozialwissenschaften: innovative Techniken für qualitative und quantitative Forschung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Jäckle, S. (2019). WE have to change! The carbon footprint of ECPR general conferences and ways to reduce it. *European Political Science*, 18(4), 630–650. <https://doi.org/10.1057/s41304-019-00220-6>
- Jäckle, S. (2021). Reducing the Carbon Footprint of Academic Conferences by Online Participation: The Case of the 2020 Virtual European Consortium for Political Research General Conference. *PS: Political Science & Politics*, 54(3), 456–461. <https://doi.org/10.1017/S1049096521000020>
- Jäckle, S. (2022a). The Carbon Footprint of Travelling to International Academic Conferences and Options to Minimise It. In K. Bjørkdahl & A. S. Franco Duharte (Hrsg.), *Academic Flying and the Means of Communication* (S. 19–52). Singapore: Springer Singapore. https://doi.org/10.1007/978-981-16-4911-0_2

- Jäckle, S. (2022b). Per aspera ad astra – Eine politikwissenschaftliche Analyse der Akzeptanz des Gendersterns in der deutschen Bevölkerung auf Basis einer Online-Umfrage. *Politische Vierteljahresschrift*. <https://doi.org/10.1007/s11615-022-00380-z>
- Jäckle, S. (2022c). Improving the Explanation of Electoral Behavior Through a Combination of Historical and Local Context – The Case of the AfD’s Results at the Federal Election in Germany in 2017. *Statistics, Politics and Policy*, 13(2), 163–199. <https://doi.org/10.1515/spp-2021-0032>
- Jäckle, S., & Baumann, M. (2017). “New Terrorism” = Higher Brutality? An Empirical Test of the “Brutalization Thesis”. *Terrorism and Political Violence*, 29(5), 875–901. <https://doi.org/10.1080/09546553.2015.1087399>
- Jäckle, S., & Baumann, M. M. (2015). Von Begriffsdrachen und empirischen Schwertern – die These von der Brutalisierung des Terrorismus auf dem Prüfstand. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 22(1), 7–42. <https://doi.org/10.5771/0946-7165-2015-1-7>
- Jäckle, S., & Ettensperger, F. (2021). Boosting the Understanding and Approval of Anti-Corona Measures—Reducing Exponential Growth Bias and its Effects through Educational Nudges. *Swiss Political Science Review*, 27(4), 809–821. <https://doi.org/10.1111/spsr.12479>
- Jäckle, S., & König, P. D. (2017). The dark side of the German ‘welcome culture’: investigating the causes behind attacks on refugees in 2015. *West European Politics*, 40(2), 223–251. <https://doi.org/10.1080/01402382.2016.1215614>
- Jäckle, S., & König, P. D. (2018). Threatening Events and Anti-Refugee Violence: An Empirical Analysis in the Wake of the Refugee Crisis during the Years 2015 and 2016 in Germany. *European Sociological Review*, 34(6), 728–743. <https://doi.org/10.1093/esr/jcy038>
- Jäckle, S., & König, P. D. (2019). Drei Jahre Anschläge auf Flüchtlinge in Deutschland – welche Faktoren erklären ihre räumliche und zeitliche Verteilung? *KZfJSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 71(4), 623–649. <https://doi.org/10.1007/s11577-019-00639-1>
- Jäckle, S., & Timmis, J. K. (2023). Left–Right-Position, party affiliation and regional differences explain low COVID-19 vaccination rates in Germany. *Microbial Biotechnology*, 1751-7915.14210. <https://doi.org/10.1111/1751-7915.14210>
- Jäckle, S., Trüdinger, E.-M., Hildebrandt, A., & Wagschal, U. (2022). A Matter of Trust: How Political and Social Trust Relate to the Acceptance of Covid-19 Policies in Germany. *German Politics*, 1–25. <https://doi.org/10.1080/09644008.2021.2021510>
- Jäckle, S., & Wagschal, U. (2022). Vertrauen in die Politik während der Corona-Krise. *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 15(1–2022), 149–174. <https://doi.org/10.3224/dms.v15i1.04>
- Jäckle, S., Wagschal, U., & Kattler, A. (2018). Distanz zur Grenze als Indikator für den Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12(3), 539–566. <https://doi.org/10.1007/s12286-018-0395-8>
- Jäckle, S., & Waldvogel, T. (2022). Attitudes toward Coronavirus Protection Measures among German School Students: The Effects of Education and Knowledge about the Pandemic. *Social Sciences*, 11(7), 280. <https://doi.org/10.3390/socsci11070280>
- Jäckle, S., & Wenzelburger, G. (2015). Religion, Religiosity, and the Attitudes Toward Homosexuality—A Multilevel Analysis of 79 Countries. *Journal of Homosexuality*, 62(2), 207–241. <https://doi.org/10.1080/00918369.2014.969071>
- Jackson, R. (2007). the core commitments of critical terrorism studies. *European Political Science*, 6(3), 244–251. <https://doi.org/10.1057/palgrave.eps.2210141>
- Jacobs, D., Veny, Y., Callier, L., Herman, B., & Descamps, A. (2011). The impact of the conflict in Gaza on antisemitism in Belgium. *Patterns of Prejudice*, 45(4), 341–360. <https://doi.org/10.1080/0031322X.2011.605845>

- Jakobsson, N., & Blom, S. (2014). Did the 2011 Terror Attacks in Norway Change Citizens' Attitudes Toward Immigrants? *International Journal of Public Opinion Research*, 26(4), 475–486. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edt036>
- Jankowski, M., Stecker, C., Blätte, A., Bräuninger, T., Debus, M., Kurella, A.-S., et al. (2021). Open Expert Survey 2021. Harvard Dataverse. <https://doi.org/10.7910/DVN/XIL6OW>
- Jedicke, P. (2020, Oktober 27). Renate Künast: „Hate Speech ist eine Zersetzungsstrategie“. <https://www.dw.com/de/renate-k%C3%BCnast-hate-speech-interview/a-55383363>. Zugegriffen: 9. April 2021
- Johansson, B., Hopmann, D. N., & Shehata, A. (2021). When the rally-around-the-flag effect disappears, or: when the COVID-19 pandemic becomes “normalized”. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 31(sup1), 321–334. <https://doi.org/10.1080/17457289.2021.1924742>
- Johns Hopkins University. (2023). *COVID-19 Dashboard*. <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>. Zugegriffen: 30. Mai 2023
- Johnson, M. E., Brems, C., & Alford-Keating, P. (1997). Personality correlates of homophobia. *Journal of Homosexuality*, 34, 57–69.
- Jones, B. D., & Baumgartner, F. R. (2004). Representation and Agenda Setting. *Policy Studies Journal*, 32(1), 1–24. <https://doi.org/10.1111/j.0190-292X.2004.00050.x>
- Jones, D. R., & McDermott, M. L. (2022). Partisanship and the Politics of COVID Vaccine Hesitancy. *Polity*, 54(3), 408–434. <https://doi.org/10.1086/719918>
- Jones, P. E., & Brewer, P. R. (2019). Gender Identity as a Political Cue: Voter Responses to Transgender Candidates. *The Journal of Politics*, 81(2), 697–701. <https://doi.org/10.1086/701835>
- Jungkunz, S. (2021). Political Polarization During the COVID-19 Pandemic. *Frontiers in Political Science*, 3, 622512. <https://doi.org/10.3389/fpos.2021.622512>
- Jungkunz, S., Helbling, M., & Schwemmer, C. (2019). Xenophobia before and after the Paris 2015 attacks: Evidence from a natural experiment. *Ethnicities*, 19(2), 271–291. <https://doi.org/10.1177/1468796818757264>
- Jurkowitz, M., & Mitchell, A. (2021). *Americans who relied most on Trump for COVID-19 news among least likely to be vaccinated*. Pew Research Center. <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2021/09/23/americans-who-relied-most-on-trump-for-covid-19-news-among-least-likely-to-be-vaccinated/>. Zugegriffen: 7. März 2023
- Kaina, V., & Römmele, A. (2009). Politische Soziologie und der leere Platz im Bücherregal - Eine kurze Geschichte von Identitätssuche und Selbstbehauptung. In V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie - Ein Studienbuch* (S. 7–15). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Karakaya, S. (2018). Globalization and contentious politics: A comparative analysis of nonviolent and violent campaigns. *Conflict Management and Peace Science*, 35(4), 315–335. <https://doi.org/10.1177/0738894215623073>
- Kawachi, I. (2017). *Trust and Population Health*. (E. M. Uslaner, Hrsg.) (Bd. 1). Oxford: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780190274801.013.35>
- Kennedy, J. (2019). Populist politics and vaccine hesitancy in Western Europe: an analysis of national-level data. *The European Journal of Public Health*, 29(3), 512–516.
- Keuth, H. (1989). *Wissenschaft und Werturteil: zu Werturteilsdiskussion und Positivismusstreit*. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Khan, A., Khan, N., & Shafiq, M. (2021). The Economic Impact of COVID-19 from a Global Perspective. *Contemporary Economics*, 15(1), 64–75. <https://doi.org/10.5709/ce.1897-9254.436>
- Kieserling, A. (2000). Die Soziologie der Selbstbeschreibung. In H. de Berg & J. F. K. Schmidt (Hrsg.), *Rezeption und Reflexion. Zur Resonanz der Systemtheorie Niklas Luhmanns außerhalb der Soziologie* (S. 38–92). Frankfurt: Suhrkamp.

- Kirzinger, A., Kearney, A., Hamel, L., & Brodie, M. (2021). *KFF COVID-19 Vaccine Monitor: The Increasing Importance of Partisanship in Predicting COVID-19 Vaccination Status*. KFF. <https://www.kff.org/report-section/kff-covid-19-vaccine-monitor-the-increasing-importance-of-partisanship-in-predicting-covid-19-vaccination-status-findings/>. Zugegriffen: 8. März 2023
- Kite, M. E. (1984). Sex Differences in Attitudes toward Homosexuals: A Meta-analytic Review. *Journal of Homosexuality*, 10(1–2), 69–81.
- Kite, M. E., & Whitley, B. E., Jr. (1996). Sex Differences in Attitudes Toward Homosexual Persons, Behaviors, and Civil Rights A Meta-Analysis. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 22(4), 336–353. <https://doi.org/10.1177/0146167296224002>
- Kleffner, H. (2019). *Die Reform der PMK-Definition und die anhaltenden Erfassungslücken zum Ausmaß rechter Gewalt* (04 Aufl.). DE: Amadeu Antonio Stiftung. <https://doi.org/10.19222/201804/03>. Zugegriffen: 5. Mai 2023
- Kleffner, H., & Holzberger, M. (2004). War da was? Reform der polizeilichen Erfassung rechter Straftaten. *Bürgerrechte & Polizei/CILIP*, 77(1), 56–64.
- Klein, V., Savaş, Ö., & Conley, T. D. (2022). How WEIRD and Androcentric Is Sex Research? Global Inequities in Study Populations. *The Journal of Sex Research*, 59(7), 810–817. <https://doi.org/10.1080/00224499.2021.1918050>
- Klöwer, M., Hopkins, D., Allen, M., & Higham, J. (2020). An analysis of ways to decarbonize conference travel after COVID-19. *Nature*, 583(7816), 356–359. <https://doi.org/10.1038/d41586-020-02057-2>
- Knight, B. (2021, Februar 9). Germany: Hate speech, threats against politicians rise. *DW*. <https://p.dw.com/p/3p7PK>. Zugegriffen: 10. April 2021
- Knill, C., & Preidel, C. (2015). Institutional opportunity structures and the Catholic Church: explaining variation in the regulation of same-sex partnerships in Ireland and Italy. *Journal of European Public Policy*, 22(3), 374–390. <https://doi.org/10.1080/13501763.2014.951066>
- Knill, C., Preidel, C., & Nebel, K. (2014). Brake rather than Barrier: The Impact of the Catholic Church on Morality Policies in Western Europe. *West European Politics*, 37(5), 845–866. <https://doi.org/10.1080/01402382.2014.909170>
- Knowles, A. K., Cole, T., & Giordano, A. (Hrsg.). (2014). *Geographies of the Holocaust*. Bloomington: Indiana University Press.
- Kollman, K. (2009). European institutions, transnational networks and national same-sex unions policy: when soft law hits harder. *Contemporary Politics*, 15(1), 37–53. <https://doi.org/10.1080/13569770802674204>
- Kollman, K. (2017). Pioneering marriage for same-sex couples in the Netherlands. *Journal of European Public Policy*, 24(1), 100–118. <https://doi.org/10.1080/13501763.2016.1147057>
- Kong, E., & Prinz, D. (2020). Disentangling policy effects using proxy data: Which shutdown policies affected unemployment during the COVID-19 pandemic? *Journal of Public Economics*, 189, 104257. <https://doi.org/10.1016/j.jpubeco.2020.104257>
- König, P. D. (2021). A magic bullet in policy communication? On the ambiguous use of framing in policy research. *Policy Studies*, 42(1), 60–79. <https://doi.org/10.1080/01442872.2019.1581153>
- König, P. D., & Jäckle, S. (2023). The violence of the far-right: the three decades after German reunification. In M. Weisskircher (Hrsg.), *Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics*. London: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003120049>
- Koopmans, R. (1996). Explaining the rise of racist and extreme right violence in Western Europe: Grievances or opportunities? *European Journal of Political Research*, 30(2), 185–216. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.1996.tb00674.x>
- Koopmans, R., & Olzak, S. (2004). Discursive Opportunities and the Evolution of Right-Wing Violence in Germany. *American Journal of Sociology*, 110(1), 198–230. <https://doi.org/10.1086/386271>

- Koos, S. (2021). *Die „Querdenker“: Wer nimmt an Corona-Protesten teil und warum? Ergebnisse einer Befragung während der „Corona- Proteste“ am 4.10.2020 in Konstanz*. Konstanz: Universität Konstanz. [urn:nbn:de:bsz:352-2-bnrddxo8opad0](https://nbn:de:bsz:352-2-bnrddxo8opad0). Zugegriffen: 7. März 2023
- Kopplin, Z. (2016). Trump met with prominent anti-vaccine activists during campaign. *Science*. <https://doi.org/10.1126/science.aal0407>
- Körper-Stiftung. (2021). *Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen. Einschätzungen und Erfahrungen von Bürgermeister/innen in Deutschland*. https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/16886/umfrage_hass_und_gewalt_gegen_kommunalpolitiker.pdf. Zugegriffen: 3. Juli 2023
- Korsch, F. (2016). » Natürliche Verbündete «? In A. Häusler (Hrsg.), *Die Alternative für Deutschland* (S. 111–134). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-10638-6_9
- Kotthoff, H. (2020). Gender-Sternchen, Binnen-I oder generisches Maskulinum, ... (Akademische) Textstile der Personenreferenz als Registrierungen? *Linguistik Online*, 103(3), 105–127. <https://doi.org/10.13092/lo.103.7181>
- Kováts, E. (2017). The Emergence of Powerful Anti-Gender Movements in Europe and the Crisis of Liberal Democracy. In M. Köttig, R. Bitzan, & A. Petö (Hrsg.), *Gender and Far Right Politics in Europe* (S. 175–189). Cham: Springer International Publishing. https://doi.org/10.1007/978-3-319-43533-6_12
- Krizsán, A., & Roggeband, C. (2021). *Politicizing Gender and Democracy in the Context of the Istanbul Convention*. Cham: Springer International Publishing. <https://doi.org/10.1007/978-3-030-79069-1>
- Krueger, A., & Pischke, J.-S. (1997). A statistical analysis of crime against foreigners in unified Germany. *Journal of Human Resources*, 32(1), 182–209.
- Kulik, L. (2005). Impact of Background Variables on Attitudes about Family Life: A Comparative Analysis of Parents and Offspring in Israel. *Journal of Comparative Family Studies*, 36(1), 139–145.
- Kulkarni, S., Harvey, B., Prybylski, D., & Jalloh, M. F. (2021). Trends in classifying vaccine hesitancy reasons reported in the WHO/UNICEF Joint Reporting Form, 2014–2017: Use and comparability of the Vaccine Hesitancy Matrix. *Human Vaccines & Immunotherapeutics*, 17(7), 2001–2007. <https://doi.org/10.1080/21645515.2020.1859319>
- Kuonen, S. (2015). Estimating greenhouse gas emissions from travel – a GIS-based study. *Geographica Helvetica*, 70(3), 185–192. <https://doi.org/10.5194/gh-70-185-2015>
- Kuper, R. (2019). Travel-Related Carbon Dioxide Emissions from American Society of Landscape Architects Annual Meetings. *Landscape Journal*, 38(1–2), 105–127. <https://doi.org/10.3368/lj.38.1-2.105>
- Kurtulus, E. N. (2011). The „New Terrorism“ and its Critics. *Studies in Conflict & Terrorism*, 34(6), 476–500. <https://doi.org/10.1080/1057610X.2011.571194>
- Kye, B., & Hwang, S.-J. (2020). Social trust in the midst of pandemic crisis: Implications from COVID-19 of South Korea. *Research in Social Stratification and Mobility*, 68, 100523. <https://doi.org/10.1016/j.rssm.2020.100523>
- LaFree, G., & Dugan, L. (2007). Introducing the Global Terrorism Database. *Terrorism and Political Violence*, 19(2), 181–204. <https://doi.org/10.1080/09546550701246817>
- Lambert, E. G., Ventura, L. A., Hall, D. E., & Cluse-Tolar, T. (2006). College students' views on gay and lesbian issues: Does education make a difference? *Journal of Homosexuality*, 50, 1–30.
- Lambrecht, O., & Baars, C. (2023, März 16). Klimaneutrales Fliegen - eine Illusion. *Tagesschau Online*. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/illusion-klimaneutrales-fliegen-101.html>. Zugegriffen: 26. April 2023
- Lammers, J., Crusius, J., & Gast, A. (2020). Correcting misperceptions of exponential coronavirus growth increases support for social distancing. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 117(28), 16264–16266. <https://doi.org/10.1073/pnas.2006048117>

- Lane, S., MacDonald, N. E., Marti, M., & Dumolard, L. (2018). Vaccine hesitancy around the globe: Analysis of three years of WHO/UNICEF Joint Reporting Form data-2015–2017. *Vaccine*, *36*(26), 3861–3867. <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2018.03.063>
- Laqueur, W. (1996). Postmodern Terrorism. *Foreign Affairs*, *75*(5), 24. <https://doi.org/10.2307/20047741>
- Laqueur, W. (2000). *The new terrorism: fanaticism and the arms of mass destruction*. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Lauterbach, J. (2021, Mai 24). Hamburgs CDU-Chef will staatlichen Stellen das Gendern verbieten. *Die Welt*. <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article231342157/Sprache-Hamburgs-CDU-Chef-will-staatlichen-Stellen-das-Gendern-verbieten.html>. Zugegriffen: 12. Oktober 2021
- Lee, D. S., Fahey, D. W., Skowron, A., Allen, M. R., Burkhardt, U., Chen, Q., et al. (2021). The contribution of global aviation to anthropogenic climate forcing for 2000 to 2018. *Atmospheric Environment*, *244*, 117834. <https://doi.org/10.1016/j.atmosenv.2020.117834>
- Legewie, J. (2013). Terrorist Events and Attitudes toward Immigrants: A Natural Experiment. *American Journal of Sociology*, *118*(5), 1199–1245. <https://doi.org/10.1086/669605>
- Leggewie, C. (1999). „Deutschland ist ein weltoffenes, tolerantes Land, und das soll so bleiben“. In F.-J. Hutter & C. Tessmer (Hrsg.), *Menschenrechte und Bürgergesellschaft in Deutschland* (S. 83–99). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-322-93308-9_4
- Lehmann, P., & Zehnter, L. (2022). The Self-Proclaimed Defender of Freedom: The AfD and the Pandemic. *Government and Opposition*, 1–19. <https://doi.org/10.1017/gov.2022.5>
- Lehmbruch, G. (1968). *Einführung in die Politikwissenschaft*. Kohlhammer.
- Leick, R. (2002). Wir müssen uns dem Bösen stellen. Interview mit André Glucksmann. *Spiegel*, *21*, 178–184.
- Lemelle, Jr., A. J., & Battle, J. (2004). Black masculinity matters in attitudes toward gay males. *Journal of Homosexuality*, *47*, 39–51.
- Lengfeld, H. (2017). Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *KZ/SS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, *69*(2), 209–232. <https://doi.org/10.1007/s11577-017-0446-1>
- Letete, T. C. M., Mungwe, N. W., Guma, M., & Marquard, A. (2011). Carbon footprint of the University of Cape Town. *Journal of Energy in Southern Africa*, *22*(2), 2–12.
- Leutheusser-Schnarrenberger, S. (2022). *Unsere gefährdete Demokratie: wie wir mit Hass und Hetze gegen Politiker und Journalisten umgehen* (1. Auflage.). Stuttgart: Hirzel.
- Levy, M., & Tasoff, J. (2017). Exponential-growth bias and overconfidence. *Journal of Economic Psychology*, *58*, 1–14. <https://doi.org/10.1016/j.joep.2016.11.001>
- Lewandowsky, M. (2015). Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, *25*(1), 119–134. <https://doi.org/10.5771/1430-6387-2015-1-119>
- Lewandowsky, M., Leonhardt, C., & Blätte, A. (2022). Germany - The Alternative for Germany in the Covid-19 Pandemic. In *Populists and the Pandemic* (1. Aufl., S. 237–249). London: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003197614-21>
- Li, R. P. Y., & Thompson, W. R. (1975). The „Coup Contagion“ Hypothesis. *Journal of Conflict Resolution*, *19*(1), 63–84. <https://doi.org/10.1177/002200277501900104>
- Lipset, S. M., & Rokkan, S. (1967). Party Systems and Voter Alignments. Cross National Perspectives. In S. M. Lipset & S. Rokkan (Hrsg.), (S. 1–64). New York: Free Press.
- MacDonald, N. E. (2015). Vaccine hesitancy: Definition, scope and determinants. *Vaccine*, *33*(34), 4161–4164. <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2015.04.036>
- Maggetti, M., Meyer, I., & Tresch, A. (2021). Covid-19 – A Political Science Perspective. *Swiss Political Science Review*, *27*(2), 227–228. <https://doi.org/10.1111/spsr.12468>

- Majee, W., Anakwe, A., Onyeaka, K., & Harvey, I. S. (2023). The Past Is so Present: Understanding COVID-19 Vaccine Hesitancy Among African American Adults Using Qualitative Data. *Journal of Racial and Ethnic Health Disparities*, 10(1), 462–474. <https://doi.org/10.1007/s40615-022-01236-3>
- Mannemar Sønderskov, K. (2009). Different goods, different effects: exploring the effects of generalized social trust in large-N collective action. *Public Choice*, 140(1–2), 145–160. <https://doi.org/10.1007/s11127-009-9416-0>
- Marier, P., & Mayer, J. F. (2007). Welfare Retrenchment as Social Justice: Pension Reform in Mexico. *Journal of Social Policy*, 36(4), 585–604. <https://doi.org/10.1017/S0047279407001195>
- McConnell, A., & Stark, A. (2021). Understanding policy responses to COVID-19: the stars haven't fallen from the sky for scholars of public policy. *Journal of European Public Policy*, 28(8), 1115–1130. <https://doi.org/10.1080/13501763.2021.1942518>
- McGraw, M. (2022, Januar 31). Trump World adjusts to the growing influence of vaccine skeptics within its ranks. *Politico*. <https://www.politico.com/news/2022/01/31/vaccine-skeptics-gop-politics-trump-00003759>. Zugegriffen: 7. März 2023
- McLaren, L. M. (1999). Explaining Right-Wing Violence in Germany: A Time Series Analysis. *Social Science Quarterly*, 80(1), 166–180.
- MDR. (2021). *MDRfragt: Deutsche Mehrheit lehnt Gendersprache ab*. <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/mdrfragt-umfrage-ergebnis-deutsche-ablehnung-von-gendersprache-100.html>. Zugegriffen: 4. Januar 2022
- Meiritz, A. (2016, Januar 31). Spitzenpolitiker entsetzt über Waffeneinsatz-Äußerungen von AfD-Frauen. *Spiegel Online*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-beatrix-von-storch-schiessbefehl-aeusserung-loest-entsetzen-aus-a-1074937.html>. Zugegriffen: 18. November 2020
- Mendez-Brito, A., El Bcheraoui, C., & Pozo-Martin, F. (2021). Systematic review of empirical studies comparing the effectiveness of non-pharmaceutical interventions against COVID-19. *Journal of Infection*, 83(3), 281–293. <https://doi.org/10.1016/j.jinf.2021.06.018>
- Menon, A. (2023). The Political Legacy of Forced Migration: Evidence from Post-WWII Germany. *Comparative Political Studies*, 56(9), 1398–1432. <https://doi.org/10.1177/00104140221141833>
- Merkel, P. H. (1995). Radical right parties in Europe and anti-foreign violence: A comparative essay. *Terrorism and Political Violence*, 7(1), 96–118. <https://doi.org/10.1080/09546559508427286>
- Merlot, J. (2019, Oktober 13). Kramp-Karrenbauer bezeichnet AfD als „politischen Arm des Rechtsradikalismus“. *Spiegel Online*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/kramp-karrenbauer-nennt-afd-politischen-arm-des-rechtsradikalismus-a-1291321.html>. Zugegriffen: 2. Juni 2023
- Merlot, J. (2021, Juli 14). Wie hoch müssen die Impfquoten wirklich sein? *Spiegel Online*. <https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/coronavirus-der-muehsame-weg-zu-80-prozent-impfquote-a-bc13d9dc-e137-4fc7-a09d-a1c119a15fdb>. Zugegriffen: 4. März 2023
- Merton, R. K. (1938). Social Structure and Anomie. *American Sociological Review*, 3(5), 672. <https://doi.org/10.2307/2084686>
- Mestermann, M. (2020, Januar 21). Mutmaßlicher Lübcke-Mörder half AfD im Wahlkampf. *Spiegel Online*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/stephan-ernst-mutmasslicher-luebcke-moerder-war-bei-afd-aktiv-a-474826c9-5fc3-4fd8-a992-7ab9d7904d74>. Zugegriffen: 14. Juni 2023
- Michael, R. T., Wadsworth, J., Feinleib, J., Johnson, A. M., Laumann, E. O., & Wellings, K. (1999). Private Sexual Behavior, Public Opinion, and Public Health Policy Related to Sexually Transmitted Diseases: A US-British Comparison. *American Journal of Public Health*, 88(5), 749–754.
- Michaux, V., Méndez, J., & Apel, H. (2021). Mündlich Gendern? Gerne. Aber wie genau? Ergebnisse einer Akzeptanzuntersuchung zu Formen des Genderns in der Mündlichkeit. <https://doi.org/10.14618/SR-2-2021-MICH>
- Midlarsky, M. I. (1978). Analyzing Diffusion and Contagion Effects: The Urban Disorders of the 1960s. *American Political Science Review*, 72(3), 996–1008. <https://doi.org/10.2307/1955117>

- Midlarsky, M. I., Crenshaw, M., & Yoshida, F. (1980). Why Violence Spreads: The Contagion of International Terrorism. *International Studies Quarterly*, 24(2), 262. <https://doi.org/10.2307/2600202>
- Min, J. (2020). Does social trust slow down or speed up the transmission of COVID-19? *PLOS ONE*, 15(12), e0244273. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0244273>
- Moghadam, A. (2017). *Nexus of Global Jihad: Understanding Cooperation Among Terrorist Actors*. Columbia University Press. <https://doi.org/10.7312/mogh16537>
- Mogilski, J. K. (2021). Parental Investment Theory. In T. Shackelford (Hrsg.), *The SAGE Handbook of Evolutionary Psychology* (S. 137–154). 1 Oliver's Yard, 55 City Road London EC1Y 1SP: SAGE Publications Ltd. <https://doi.org/10.4135/9781529739442>
- Moore, P. (2015). *Young Americans most worried about vaccines*. YouGov America. <https://today.yougov.com/topics/society/articles-reports/2015/01/30/young-americans-worried-vaccines>. Zugegriffen: 6. März 2023
- Most, B. A., & Starr, H. (1980). Diffusion, Reinforcement, Geopolitics, and the Spread of War. *American Political Science Review*, 74(4), 932–946. <https://doi.org/10.2307/1954314>
- Mudde, C. (2019). *The far right today*. Cambridge, UK: Polity.
- Mudde, C. (2020). Riding the fourth wave. *IPPR Progressive Review*, 26(4), 296–304. <https://doi.org/10.1111/newe.12175>
- Muldoon, O. T., Liu, J. H., & McHugh, C. (2021). The Political Psychology of COVID-19. *Political Psychology*, 42(5), 715–728. <https://doi.org/10.1111/pops.12775>
- Müller, K., & Schwarz, C. (2020). Fanning the Flames of Hate: Social Media and Hate Crime. *Journal of the European Economic Association*, jvaa045. <https://doi.org/10.1093/jeea/jvaa045>
- Münkler, H. (2002). *Die neuen Kriege* (2. Aufl.). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Münkler, H. (2014). *Der Wandel des Krieges: von der Symmetrie zur Asymmetrie* (3. Aufl.). Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Mut gegen Rechte Gewalt. (2016). Chronik Flüchtlingsfeindlicher Gewalt. <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>
- Myers, D. J. (2000). The Diffusion of Collective Violence: Infectiousness, Susceptibility, and Mass Media Networks. *American Journal of Sociology*, 106(1), 173–208. <https://doi.org/10.1086/303110>
- Nathans, J., & Sterling, P. (2016). How scientists can reduce their carbon footprint. *eLife*, 5, e15928. <https://doi.org/10.7554/eLife.15928>
- NDR. (2021). *Prien schickt Gender- Erlass an Schulen - die Grünen zürnen*. <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Prien-schickt-Gender-Erlass-an-Schulen-die-Gruenen-zuer-nen,gendern110.html>. Zugegriffen: 12. Oktober 2021
- Network for Transport Measures. (2018). *Default and benchmark transport data*. <https://www.transportmeasures.org/en/wiki/evaluation-transport-suppliers/>
- Neumann, P. (2009). *Old and new terrorism: late modernity, globalization and the transformation of political violence*. Cambridge: Polity Press.
- Newton, D. E. (2010). *Same-sex marriage: a reference handbook*. Santa Barbara, Calif.: ABC-CLIO.
- Nohlen, D. (2004). Strukturelle Gewalt. In D. Nohlen & R.-O. Schulze (Hrsg.), *Lexikon der Politikwissenschaft* (2. Aufl., Bd. 2, S. 948–949). München: C. H. Beck.
- Nordås, R., & Gleditsch, N. P. (2007). Climate change and conflict. *Political Geography*, 26(6), 627–638. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2007.06.003>
- Nordø, Å. D. (2021). Do Voters Follow? The Effect of Party Cues on Public Opinion During a Process of Policy Change. *Scandinavian Political Studies*, 44(1), 45–66. <https://doi.org/10.1111/1467-9477.12187>

- Oduwole, E. O., Pienaar, E. D., Mahomed, H., & Wiysonge, C. S. (2019). Current tools available for investigating vaccine hesitancy: a scoping review protocol. *BMJ Open*, *9*(12), e033245. <https://doi.org/10.1136/bmjopen-2019-033245>
- Ohlander, J., Batalova, J., & Treas, J. (2005). Explaining educational influences on attitudes toward homosexual relations. *Social Science Research*, *34*(4), 781–799.
- Ohlemacher, T. (1994). Public Opinion and Violence Against Foreigners in the Reunified Germany. *Zeitschrift für Soziologie*, *23*(3). <https://doi.org/10.1515/zfsoz-1994-0303>
- Oliveira, B. L. C. A. D., Campos, M. A. G., Queiroz, R. C. D. S., Britto E Alves, M. T. S. S. D., Souza, B. F. D., Santos, A. M. D., & Silva, A. A. M. D. (2021). Prevalência e fatores associados à hesitação vacinal contra a covid-19 no Maranhão, Brasil. *Revista de Saúde Pública*, *55*, 12. <https://doi.org/10.11606/s1518-8787.2021055003417>
- Olson, M. (1971). *The logic of collective action: public goods and the theory of groups*. Cambridge (Mass.): Harvard University Press.
- Ortmann, J. (2021). *Wahlkampf als Sprachkampf*. BR KulturBühne. <https://www.br.de/kultur/henninglobin-sprachkampf-gespraech-100.html>. Zugegriffen: 12. Oktober 2021
- Our World in Data. (2023). Greenhouse Gas Emissions per Person. <https://ourworldindata.org/grapher/per-capita-ghg-emissions?tab=chart>. Zugegriffen: 23. April 2023
- Patten, S. B., & Arboleda-Flórez, J. A. (2004). Epidemic theory and group violence. *Social Psychiatry and Psychiatric Epidemiology*, *39*(11), 853–856. <https://doi.org/10.1007/s00127-004-0867-9>
- Pedersen, R. L., & Lam, D. P. M. (2018). Second comment on ‘The climate mitigation gap: education and government recommendations miss the most effective individual actions’. *Environmental Research Letters*, *13*(6), 068001. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/aac9d0>
- Pepinsky, T. B., Goodman, S. W., & Ziller, C. (2023). Modeling Spatial Heterogeneity and Historical Persistence: Nazi Concentration Camps and Contemporary Intolerance. *American Political Science Review*, 1–10. <https://doi.org/10.1017/S0003055423000072>
- Pettinicchio, D. (2012). Current Explanations for the Variation in Same-Sex Marriage Policies in Western Countries. *Comparative Sociology*, *11*(4), 526–557. <https://doi.org/10.1163/15691330-12341234>
- Pihkola, H., Nors, M., Kujanpaa, M., Helin, T., Kariniemi, Pajula, T., et al. (2010). Carbon footprint and environmental impacts of print products from cradle to grave: Results from the LEADER project (Part 1). *VTT Tied Valt Tek Tutkimuskeskus VTT Tiedotteita - Valtion Teknillinen Tutkimuskeskus*, (2560), 1–253.
- Pirlott, A. G., & Cook, C. L. (2018). Prejudices and discrimination as goal activated and threat driven: The affordance management approach applied to sexual prejudice. *Psychological Review*, *125*(6), 1002–1027. <https://doi.org/10.1037/rev0000125>
- Pirlott, A. G., & Neuberg, S. L. (2014). Sexual Prejudice: Avoiding Unwanted Sexual Interest? *Social Psychological and Personality Science*, *5*(1), 92–101. <https://doi.org/10.1177/1948550613486674>
- Pischedda, C. (2020). Ethnic Conflict and the Limits of Nonviolent Resistance. *Security Studies*, *29*(2), 362–391. <https://doi.org/10.1080/09636412.2020.1722854>
- Pisoiu, D. (2021). *Rechtsextremismus und neue Akteure in Zeiten der Pandemie: ein Blick aus Österreich und Deutschland* (Bd. 7, S. 7). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip).
- Pitcher, B. L., Hamblin, R. L., & Miller, J. L. L. (1978). The Diffusion of Collective Violence. *American Sociological Review*, *43*(1), 23. <https://doi.org/10.2307/2094759>
- Porst, M., Von Der Lippe, E., Leddin, J., Anton, A., Wengler, A., Breitkreuz, J., et al. (2022). The burden of disease in Germany at the national and regional level—results in terms of disability-adjusted life years (DALY) from the BURDEN 2020 study. *Deutsches Ärzteblatt international*. <https://doi.org/10.3238/arztebl.m2022.0314>
- Pötschke, M. (2009). Methoden der Datenanalyse. In V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie - Ein Studienbuch* (S. 447–480). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Rao, P. S. S. R. (1974). The structure of a non-violent society: an analysis of Gandhian thought. *Journal of Thought*, 9(1), 39–46.
- Ravndal, J. A. (2018). Explaining right-wing terrorism and violence in Western Europe: Grievances, opportunities and polarisation: EXPLAINING RIGHT-WING TERRORISM AND VIOLENCE IN WESTERN EUROPE. *European Journal of Political Research*, 57(4), 845–866. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12254>
- Recio-Román, A., Recio-Menéndez, M., & Román-González, M. V. (2021). Vaccine Hesitancy and Political Populism. An Invariant Cross-European Perspective. *International Journal of Environmental Research and Public Health*, 18(24), 12953. <https://doi.org/10.3390/ijerph182412953>
- Reeve, S. (1999). *The new Jackals. Ramzi Yousef, Osama bin Laden and the future of terrorism*. Boston: Northeastern University Press.
- Remme, K. (2016, Januar 3). Obergrenze. Seehofer: bis zu 200.000 Flüchtlinge pro Jahr verkraftbar. *Deutschlandfunk*. <https://www.deutschlandfunk.de/obergrenze-seehofer-bis-zu-200-000-fluechtlinge-pro-jahr-100.html>. Zugegriffen: 21. Juni 2023
- Rensmann, L., & de Zee, T. (2022). The Pandemic Factor: The COVID-19 Crisis in the Alternative for Germany's 2021 Federal Election Campaign. *German Politics and Society*, 40(4), 69–103. <https://doi.org/10.3167/gps.2022.400404>
- Reuband, K.-H. (2022). AfD-Affinitäten, Corona-bezogene Einstellungen und Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine empirische Analyse auf Bundesländerebene. *Zeitschrift für Parteienwissenschaften*, 67-94 Seiten. <https://doi.org/10.24338/MIP-202267-94>
- Riaz, S., Bischof, D., & Wagner, M. (2021). *Out-group Threat and Xenophobic Hate Crimes - Evidence of Local Intergroup Conflict Dynamics between Immigrants and Natives* (preprint). Open Science Framework. <https://doi.org/10.31219/osf.io/2qusg>
- Robert Koch Institut. (2021). *Wöchentlicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19)*. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Wochenbericht/Wochenbericht_2021-08-26.pdf?__blob=publicationFile. Zugegriffen: 4. März 2023
- Roelofs, P. (2019). Flying in the univer-topia: white people on planes, #RhodesMustFall and climate emergency. *Journal of African Cultural Studies*, 31(3), 267–270. <https://doi.org/10.1080/13696815.2019.1630264>
- Ronzheimer, P. (2021, September 22). Darum hält sich Kubicki nicht an „unsinnige Corona-Regeln“. *Bild.de*. <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/kubicki-im-xxl-interview-uebergendern-die-wahlen-das-klima-und-wein-77744476.bild.html>. Zugegriffen: 12. Oktober 2021
- Rosen, J. (2017). Sustainability: A greener culture. *Nature*, 546(7659), 565–567. <https://doi.org/10.1038/nj7659-565a>
- Rucht, D. (2015). *Wie viele haben demonstriert?* Berlin: WZB. https://www.wzb.eu/system/files/docs/sv/iuk/demonstrantenzahlen_pegida.pdf. Zugegriffen: 23. Juni 2023
- Rydlind, K. (2016, Januar 31). AfD-Vize will doch nicht auf Kinder schießen lassen. *Spiegel Online*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-vize-beatrix-von-storch-will-doch-nicht-auf-kinder-schiessen-lassen-a-1074950.html>. Zugegriffen: 2. Juni 2023
- Sabriseilabi, S., & Williams, J. (2022). Dimensions of religion and attitudes toward euthanasia. *Death Studies*, 46(5), 1149–1156. <https://doi.org/10.1080/07481187.2020.1800863>
- Saiz, J., Ayllón-Alonso, E., Sánchez-Iglesias, I., Chopra, D., & Mills, P. J. (2021). Religiosity and Suicide: A Large-Scale International and Individual Analysis Considering the Effects of Different Religious Beliefs. *Journal of Religion and Health*, 60(4), 2503–2526. <https://doi.org/10.1007/s10943-020-01137-x>
- Sakaluk, J. K., & Daniel, A. (2022). How EIRD Is Sex Research?: A Commentary and Reanalysis of Klein et al. (2021). *The Journal of Sex Research*, 59(7), 818–825. <https://doi.org/10.1080/00224499.2022.2087854>

- Sallam, M. (2021). COVID-19 Vaccine Hesitancy Worldwide: A Concise Systematic Review of Vaccine Acceptance Rates. *Vaccines*, 9(2), 160. <https://doi.org/10.3390/vaccines9020160>
- Sarabipour, S., Khan, A., Seah, Y. F. S., Mwakilili, A. D., Mumoki, F. N., Sáez, P. J., et al. (2021). Changing scientific meetings for the better. *Nature Human Behaviour*, 5(3), 296–300. <https://doi.org/10.1038/s41562-021-01067-y>
- Schärdel, J. (2017). Vom euroskeptischen Herausforderer zur rechtsextremen Gefahr? Eine Untersuchung der regionalen Berichterstattung über die AfD in neun deutschen Landtagswahlkämpfen. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 48(1), 76–101. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2017-1-76>
- Schiller, T. (1997). Teil VI: Politische Soziologie. In A. Mohr (Hrsg.), *Grundzüge der Politikwissenschaft* (S. 413–486). Oldenbourg Wissenschaftsverlag. <https://doi.org/10.1515/9783486793505-007>
- Schmid, M. (2020). Wert(urteils)freiheit. In H.-P. Müller & S. Sigmund (Hrsg.), *Max Weber-Handbuch* (S. 193–195). Stuttgart: J.B. Metzler. https://doi.org/10.1007/978-3-476-05142-4_49
- Schmidt, M. G. (2017). The Party Composition of Government in Western Democracies, 1950–2015. In P. Harfst, I. Kubbe, & T. Poguntke (Hrsg.), *Parties, Governments and Elites* (S. 181–203). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-17446-0_10
- Schmitt, D. P., Realo, A., Voracek, M., & Allik, J. (2008). Why can't a man be more like a woman? Sex differences in Big Five personality traits across 55 cultures. *Journal of Personality and Social Psychology*, 94(1), 168–182. <https://doi.org/10.1037/0022-3514.94.1.168>
- Schmitt-Beck, R. (2014). Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsskepsis: Hintergründe des Beinahe-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 201. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 45(1), 94–112. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2014-1-94>
- Schneckener, U. (2006). *Transnationaler Terrorismus: Charakter und Hintergründe des „neuen“ Terrorismus* (1. Aufl., Originalausg.). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schneckener, U. (2011). Zehn Jahre nach 9/11: Zum politischen Umgang mit dem ‚Terrorrisiko‘. *Politische Vierteljahresschrift*, 52(3), 355–372. <https://doi.org/10.5771/0032-3470-2011-3-355>
- Schonger, M., & Sele, D. (2020). How to better communicate the exponential growth of infectious diseases. *PLOS ONE*, 15(12), e0242839. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0242839>
- Schraff, D. (2020). Political trust during the Covid-19 pandemic: Rally around the flag or lockdown effects? *European Journal of Political Research*, 1475-6765.12425. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12425>
- Schulte-Cloos, J. (2022). Political Potentials, Deep-Seated Nativism and the Success of the German AfD. *Frontiers in Political Science*, 3, 698085. <https://doi.org/10.3389/fpos.2021.698085>
- Schwartz, J. P., & Lindley, L. D. (2005). Religious Fundamentalism and Attachment: Prediction of Homophobia. *International Journal for the Psychology of Religion*, 15(2), 145–157.
- Schwartz, S. H., & Rubel-Lifschitz, T. (2009). Cross-national variation in the size of sex differences in values: Effects of gender equality. *Journal of Personality and Social Psychology*, 97(1), 171–185. <https://doi.org/10.1037/a0015546>
- Senghaas, D., & Galtung, J. (Hrsg.). (1987). *Imperialismus und strukturelle Gewalt: Analysen über abhängige Reproduktion* (7. Aufl.). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Shapiro, G. K., Tatar, O., Dube, E., Amsel, R., Knauper, B., Naz, A., et al. (2018). The vaccine hesitancy scale: Psychometric properties and validation. *Vaccine*, 36(5), 660–667. <https://doi.org/10.1016/j.vaccine.2017.12.043>
- Sharfstein, J. M., Callaghan, T., Carpiano, R. M., Sgaier, S. K., Brewer, N. T., Galvani, A. P., et al. (2021). Uncoupling vaccination from politics: a call to action. *The Lancet*, 398(10307), 1211–1212. [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(21\)02099-7](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(21)02099-7)
- Sidanius, J., & Pratto, F. (1999). *Social Dominance: An Intergroup Theory of Social Hierarchy and Oppression*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Sidanius, J., Pratto, F., & Bobo, L. (1994). Social Dominance and the Political Psychology of Gender: Case of Invariance? *Journal of Personality and Social Psychology*, 67, 998–1011.
- Simon, S., & Benjamin, D. (2000). America and the new terrorism. *Survival*, 42(1), 59–75. <https://doi.org/10.1093/survival/42.1.59>
- Six, B. (2009). Soziale Dominanz und Diskriminierung. In B. Six & L.-E. Petersen (Hrsg.), *Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung*. Weinheim/Baswl: Beltz Verlag.
- Skrobanek, J. (2004). Soziale Identität und Ausländerfeindlichkeit: Das integrative Moment europäischer Zugehörigkeit. *Berliner Journal für Soziologie*, 14(3), 357–377. <https://doi.org/10.1007/BF03204586>
- Slothuus, R. (2007). Framing deservingness to win support for welfare retrenchment. *Scandinavian Political Studies*, 30(3), 323–338.
- Soares, P., Rocha, J. V., Moniz, M., Gama, A., Laires, P. A., Pedro, A. R., et al. (2021). Factors Associated with COVID-19 Vaccine Hesitancy. *Vaccines*, 9(3), 300. <https://doi.org/10.3390/vaccines9030300>
- Sofsky, W. (2002). *Zeiten des Schreckens: Amok, Terror, Krieg* (2. Aufl.). Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Sorell, T., & Butler, J. (2022). The Politics of Covid Vaccine Hesitancy and Opposition. *The Political Quarterly*, 93(2), 347–351. <https://doi.org/10.1111/1467-923X.13134>
- SPD. (2021). *Aus Respekt vor Deiner Zukunft. Das Zukunftsprogramm der SPD*. <https://www.spd.de/programm/zukunftsprogramm>. Zugegriffen: 8. April 2023
- Spencer, A. (2006). Questioning the Concept of »New Terrorism«. *Peace, Conflict and Development*, 8, 1–33. <https://doi.org/10.5282/ubm/epub.13769>
- Spencer, A. (2010). *The Tabloid Terrorist*. London: Palgrave Macmillan UK. <https://doi.org/10.1057/9780230281301>
- Spier, T. (2010). *Modernisierungsverlierer?* Wiesbaden: Springer Fachmedien. <http://public.ebib.com/choice/publicfullrecord.aspx?p=751595>. Zugegriffen: 3. Januar 2019
- Spilerman, S., & Stecklov, G. (2009). Societal Responses to Terrorist Attacks. *Annual Review of Sociology*, 35(1), 167–189. <https://doi.org/10.1146/annurev-soc-070308-120001>
- Spinellis, D., & Louridas, P. (2013). The Carbon Footprint of Conference Papers. *PLoS ONE*, 8(6), e66508. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0066508>
- Sprinzak, E. (2001). The Lone Gunmen. The global war on terrorism faces a new brand of enemy. *Foreign Policy*, 127(Nov./Dez. 2001), 72–73.
- Stecker, C., & Debus, M. (2019). Refugees Welcome? Zum Einfluss der Flüchtlingsunterbringung auf den Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern. *Politische Vierteljahresschrift*, 60(2), 299–323. <https://doi.org/10.1007/s11615-019-00151-3>
- Steffens, M. C. (2005). Implicit and Explicit Attitudes Towards Lesbians and Gay Men. *Journal of Homosexuality*, 49, 39–66.
- Steffens, M. C., & Christof, W. (2004). Attitudes Toward Lesbians, Gay Men, Bisexual Women, and Bisexual Men in Germany. *The Journal of Sex Research*, 41(2), 137–149.
- Steiger, V., & Irmen, L. (2007). Zur Akzeptanz und psychologischen Wirkung generisch maskuliner Personenbezeichnungen und deren Alternativen in juristischen Texten. *Psychologische Rundschau*, 58(3), 190–200. <https://doi.org/10.1026/0033-3042.58.3.190>
- Steuwer, J., & Kössler, T. (2022). Deutscher Herbst 1991 - Rechte Gewalt und nationale Selbstbetrachtung. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72(49–50), 15–20.
- Stöber, R. (2021). Genderstern und Binnen-I: Zu falscher Symbolpolitik in Zeiten eines zunehmenden Illiberalismus. *Publizistik*, 66(1), 11–20. <https://doi.org/10.1007/s11616-020-00625-0>
- Stockemer, D., & Reidy, T. (2021). Special issue introduction: The political ramifications of COVID-19. *International Political Science Review*, 42(3), 297–299. <https://doi.org/10.1177/01925121211015759>

- Stoeckel, F., Carter, C., Lyons, B., & Reifler, J. (2022). The politics of vaccine hesitancy in Europe. *European Journal of Public Health*, 32(4), 636–642.
- Süddeutsche Zeitung. (2016, Mai 3). Pegida-Gründer Bachmann erhält Geldstrafe wegen Volksverhetzung. <https://www.sueddeutsche.de/politik/pegida-gruender-bachmann-geldstrafe-wegen-volksverhetzung-1.2979363>. Zugegriffen: 23. Juni 2023
- Süddeutsche Zeitung. (2019, September 9). Mehr als jeder zweite Kommunalpolitiker von Hetze betroffen. <https://www.sueddeutsche.de/politik/kommunen-frankfurt-am-main-mehr-als-jeder-zweite-kommunalpolitiker-von-hetze-betroffen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-190908-99-791458>. Zugegriffen: 3. Juli 2023
- Tagesschau. (2022, Januar 28). Meuthen verlässt die AfD. <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-vorsitz-meuthen-101.html>. Zugegriffen: 10. Mai 2023
- Tagesschau. (2023, Juni 25). AfD stellt erstmals einen Landrat in Deutschland. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/sesselmann-adf-sonneberg-landrat-100.html>. Zugegriffen: 8. Juli 2023
- Taylor, S. E. (2012). Tend and Befriend Theory. In *Handbook of Theories of Social Psychology: Volume 1* (S. 32–49). 1 Oliver's Yard, 55 City Road, London EC1Y 1SP United Kingdom: SAGE Publications Ltd. <https://doi.org/10.4135/9781446249215.n3>
- Teevs, C., Haagen, K., Röhlig, M., Lehmann, T., & Schulz, B. (2021, Mai 25). CDU-Vorstoß zu Genderverbot stößt auf Widerstand. *Spiegel Online*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-vorstoess-zu-genderverbot-stoesst-auf-widerstand-a-7a86e1f1-5156-4dc2-aaac-6b69d63a505a>. Zugegriffen: 12. Oktober 2021
- The New York Times. (2000, September 13). Dutch Legislators Approve Full Marriage Rights for Gays. <https://www.nytimes.com/2000/09/13/world/dutch-legislators-approve-full-marriage-rights-for-gays.html>. Zugegriffen: 31. März 2023
- Thoresen, S., Blix, I., Wentzel-Larsen, T., & Birkeland, M. S. (2021). Trust and social relationships in times of the COVID-19 pandemic. *European Journal of Psychotraumatology*, 12(sup1), 1866418. <https://doi.org/10.1080/20008198.2020.1866418>
- Thorwart, K. (2019, Juni 17). Tod von Lübcke verhöhnt: Kreispolitiker fordern Rücktritt von AfD-Mann Reschke. *Frankfurter Rundschau*. <https://www.fr.de/meinung/walter-luebcke-kreisverband-verhoeht-getoeteten-regierungspraesidenten-12347641.html>. Zugegriffen: 14. Juni 2023
- Thurston, M., & Eckelman, M. J. (2011). Assessing greenhouse gas emissions from university purchases. *International Journal of Sustainability in Higher Education*, 12(3), 225–235. <https://doi.org/10.1108/14676371111148018>
- Trivers, R. L. (1972). Parental Investment and Sexual Selection. In B. Campbell (Hrsg.), *Sexual Selection and the Descent of Man - The Darwinian Pivot* (S. 136–179). New York: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781315129266>
- Trump, D. J. [@realDonaldTrump]. (2014, März 28). Healthy young child goes to doctor, gets pumped with massive shot of many vaccines, doesn't feel good and changes - AUTISM. Many such cases! *Twitter*. <https://twitter.com/realdonaldtrump/status/449525268529815552?lang=en>. Zugegriffen: 6. März 2023
- Tucker, D. (2001). What is New about the New Terrorism and How Dangerous is It? *Terrorism and Political Violence*, 13(3), 1–14. <https://doi.org/10.1080/09546550109609688>
- Tutino, C., & Schillig, V. (2021). Von Lobgesängen und Hasstiraden. Eine Analyse rechtsextremer Hassrede am Beispiel der thüringischen Landtagsreden von Björn Höcke. *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdung in der Coronakrise*, 9, 120–133.
- UK Department for Business, Energy & Industrial Strategy. (2021, Januar 15). Greenhouse gas reporting: conversion factors 2020. <https://www.gov.uk/government/publications/greenhouse-gas-reporting-conversion-factors-2020>

- Ulmer, A. (2021, Dezember 30). Anti-vax community blasts Trump after pro-shot comments. *Reuters*. <https://www.reuters.com/world/us/anti-vax-community-blasts-trump-after-pro-shot-comments-2021-12-30/>. Zugegriffen: 7. März 2023
- UN. (2008). Sixty-third session, 70th plenary meeting (A/63/PV.70). *United Nations General Assembly*. <https://digitallibrary.un.org/record/644085?ln=es>. Zugegriffen: 14. März 2023
- UNDP. (2018). *Statistical Update 2018: Human Development Indices and Indicators*. New York. <https://hdr.undp.org/content/statistical-update-2018>. Zugegriffen: 22. April 2023
- Uni Freiburg. (2019). *Umweltbericht 2018/2019*. <https://www.nachhaltige.uni-freiburg.de/de/umweltberichte/umweltbericht-1>. Zugegriffen: 7. November 2021
- Uni Freiburg. (2020). *Umweltbericht 2019/2020*. <https://www.nachhaltige.uni-freiburg.de/de/umweltberichte/umweltbericht-2019-2020-2>. Zugegriffen: 7. November 2021
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division. (2022). World Population Prospects 2022. <https://population.un.org/wpp/Download/Standard/MostUsed/>. Zugegriffen: 26. April 2023
- Uslaner, E. M. (2002). *The moral foundations of trust*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Van Aelst, P., Strömbäck, J., Aalberg, T., Esser, F., De Vreese, C., Matthes, J., et al. (2017). Political communication in a high-choice media environment: a challenge for democracy? *Annals of the International Communication Association*, 41(1), 3–27. <https://doi.org/10.1080/23808985.2017.1288551>
- van Basshuysen, P., & Brandstedt, E. (2018). Comment on ‘The climate mitigation gap: education and government recommendations miss the most effective individual actions’. *Environmental Research Letters*, 13(4), 048001. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/aab213>
- Veloutsou, C., & Chreppas, C. (2015). Training or vacation? The academic conference tourism. *Tourismos*, 10(1), 101–130.
- Vetter, A., Heinelt, H., & Rose, L. E. (2018). Mayors’ Notions of Local Democracy. In H. Heinelt, A. Magnier, M. Cabria, & H. Reynaert (Hrsg.), *Political Leaders and Changing Local Democracy* (S. 173–208). Cham: Springer International Publishing.
- Vidya, C. T., & Prabheesh, K. P. (2020). Implications of COVID-19 Pandemic on the Global Trade Networks. *Emerging Markets Finance and Trade*, 56(10), 2408–2421. <https://doi.org/10.1080/1540496X.2020.1785426>
- Villalonga-Olives, E., & Kawachi, I. (2017). The dark side of social capital: A systematic review of the negative health effects of social capital. *Social Science & Medicine*, 194, 105–127. <https://doi.org/10.1016/j.socscimed.2017.10.020>
- Volt. (2021). *Neue Politik. Neues Europa - Unser Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021*. <https://assets.volteuropa.org/2021-09/Volt-BTW21-Wahlprogramm.pdf>. Zugegriffen: 12. Oktober 2021
- von Beyme, K. (1988). Right-wing extremism in post-war Europe. *West European Politics*, 11(2), 1–18. <https://doi.org/10.1080/01402388808424678>
- von Trotha, T., Neckel, S., & Schwab-Trapp, M. (1999). Formen des Krieges. Zur Typologisierung kriegerischer Aktionsmacht. In *Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges* (S. 71–95). Opladen.
- Wagenknecht, S. (2021). *Die Selbstgerechten: mein Gegenprogramm - für Gemeinsinn und Zusammenhalt*. Frankfurt New York: Campus Verlag.
- Wagner, U., Van Dick, R., Pettigrew, T. F., & Christ, O. (2003). Ethnic Prejudice in East and West Germany: The Explanatory Power of Intergroup Contact. *Group Processes & Intergroup Relations*, 6(1), 22–36. <https://doi.org/10.1177/1368430203006001010>
- Wagschal, U., & Jäckle, S. (2021). *Auswertung Online-Umfrage Galileo Welle 2*. Freiburg: Albert-Ludwigs-Universität. https://www.politikpanel.uni-freiburg.de/docs/Galileo_Analyse%20W2.pdf. Zugegriffen: 12. November 2021

- Wagschal, U., Jäckle, S., Hildebrandt, A., & Trüdinger, E.-M. (2020a). *Ausgewählte Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage zu den Auswirkungen des Corona-Virus*. Freiburg. https://www.politikpanel.uni-freiburg.de/docs/Auswertung_PPD_Corona_Umfrage_Mai2020.pdf. Zugegriffen: 12. Mai 2021
- Wagschal, U., Jäckle, S., Hildebrandt, A., & Trüdinger, E.-M. (2020b). *Ausgewählte Ergebnisse der zweiten Welle einer Bevölkerungsumfrage zu den Auswirkungen des Corona-Virus*. Freiburg. https://www.politikpanel.uni-freiburg.de/docs/Auswertung_PPD_Corona_Umfrage_Nov2020.pdf. Zugegriffen: 16. Dezember 2020
- Wagschal, U., Jäckle, S., Hildebrandt, A., & Trüdinger, E.-M. (2021). *Ausgewählte Ergebnisse der dritten Welle einer Bevölkerungsumfrage zu den Auswirkungen des Corona-Virus*. Freiburg. https://www.politikpanel.uni-freiburg.de/docs/Auswertung_PPD_Corona_Umfrage_Feb2021.pdf. Zugegriffen: 12. Mai 2021
- Wagschal, U., Jäckle, S., & Timmis, J. K. (2022). *Ausgewählte Ergebnisse der Politikpanel Deutschland Umfrage Juli 2022*. Freiburg. https://www.politikpanel.uni-freiburg.de/docs/Auswertung_PPD_Juli_2022.pdf. Zugegriffen: 30. Oktober 2022
- Wakefield, A., Murch, S., Anthony, A., Linnell, J., Casson, D., Malik, M., et al. (1998). RETRACTED: Ileal-lymphoid-nodular hyperplasia, non-specific colitis, and pervasive developmental disorder in children. *The Lancet*, *351*(9103), 637–641. [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(97\)11096-0](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(97)11096-0)
- Walby, S. (2013). Violence and society: Introduction to an emerging field of sociology. *Current Sociology*, *61*(2), 95–111. <https://doi.org/10.1177/0011392112456478>
- Walby, S. (2018). *Theorizing violence*. Oxford: Polity Press.
- Walch, S. E., Orlosky, P. M., Sinkkanen, K. A., & Stevens, H. R. (2010). Demographic and Social Factors Associated with Homophobia and Fear of AIDS in a Community Sample. *Journal of Homosexuality*, *57*(2), 310–324.
- Walzer, M. (2015). *Just and unjust wars: a moral argument with historical illustrations* (Fifth edition.). New York: Basic Books, a member of the Perseus Books Group.
- Weber, M. (1895). *Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik*. Freiburg i.B. und Leipzig: Mohr (Siebeck). https://www.deutschestextarchiv.de/book/view/weber_nationalstaat_1895. Zugegriffen: 12. August 2022
- Weber, M. (1904). Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, *19*(1), 22–87.
- Weber, M. (1922). *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: Mohr. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-50765-8>. Zugegriffen: 11. August 2022
- Weidmann, N. B. (2022). Esoteric beliefs and opposition to Corona restrictions. Konstanz. <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-173n9drxps03e1>. Zugegriffen: 5. November 2022
- Wenzelburger, G., & Hörisch, F. (2016). Framing Effects and Comparative Social Policy Reform: Comparing Blame Avoidance Evidence from Two Experiments. *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice*, *18*(2), 157–175. <https://doi.org/10.1080/13876988.2015.1053743>
- White, B. M., Melton, C., Zareie, P., Davis, R. L., Bednarczyk, R. A., & Shaban-Nejad, A. (2023). Exploring celebrity influence on public attitude towards the COVID-19 pandemic: social media shared sentiment analysis. *BMJ Health Care Inform*. <https://doi.org/10.1136/bmjhci-2022-100665>
- Whitley, Jr., B. E. (2001). Gender-Role Variables and Attitudes Toward Homosexuality. *Sex Roles*, *45*(11/12), 691–721. <https://doi.org/10.1023/A:1015640318045>
- Wiebe, J.-H. (2022, Januar 5). Täglich Tötungsaufrufe auf Telegram. *Tagesschau*. <https://www.tagesschau.de/investigativ/funk/todesdrohungen-telegram-101.html>. Zugegriffen: 3. Juli 2023
- Wilkinson, W. W. (2004). Religiosity, Authoritarianism, and Homophobia: A Multidimensional Approach. *International Journal for the Psychology of Religion*, *14*(1), 55–67.

- Winkler-Hermaden, R. (2010, Januar 21). Als Österreich der Buhmann der EU war. *Der Standard*.
<https://www.derstandard.at/story/1263705581215/eu-sanktionen-als-oesterreich-der-buhmann-der-eu-war>. Zugegriffen: 10. Mai 2023
- Wissenschaft im Dialog/Kantar. (2020). *Wissenschaftsbarometer - Corona Spezial*. <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-corona-spezial/>. Zugegriffen: 23. April 2023
- Wissenschaftliche Dienste. (2021). *Impfstrategien der Bundesländer und anderer europäischer Staaten - Mögliche Gründe für unterschiedlich hohe Impfquoten* (No. WD 9-3000-076/21). Berlin: Deutscher Bundestag.
<https://www.bundestag.de/resource/blob/865982/03c9bbc788e394cff00064e977352bdb/WD-9-076-21-pdf-data.pdf>. Zugegriffen: 4. März 2023
- Wjst, M. (2021). Die frühe Phase der COVID-19-Pandemie in Bayern. *DMW - Deutsche Medizinische Wochenschrift*, 146(01), e1–e9. <https://doi.org/10.1055/a-1286-0212>
- Wood, W., & Eagly, A. H. (2012). Biosocial Construction of Sex Differences and Similarities in Behavior. In *Advances in Experimental Social Psychology* (Bd. 46, S. 55–123). Elsevier.
<https://doi.org/10.1016/B978-0-12-394281-4.00002-7>
- World Values Survey Time-Series (1981-2022) Cross-National Data-Set. (2022). World Values Survey Association. <https://doi.org/10.14281/18241.17>
- Wurster, S., Siewert, M. B., Jäckle, S., & Steinert, J. (2022). Introduction to the Special Issue: The First Year of the COVID-19 Pandemic in Germany. *German Politics*, 1–13.
<https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2103544>
- WVS. (2021). 2017-2021 World Values Survey Wave 7 - Master Survey Questionnaire. file:///C:/Users/Sebastian/Downloads/F00010738-WVS-7_Master_Questionnaire_2017-2020_English.pdf. Zugegriffen: 22. April 2023
- Wynes, S., Donner, S. D., Tannason, S., & Nabors, N. (2019). Academic air travel has a limited influence on professional success. *Journal of Cleaner Production*, 226, 959–967. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2019.04.109>
- Wynes, S., & Nicholas, K. A. (2017). The climate mitigation gap: education and government recommendations miss the most effective individual actions. *Environmental Research Letters*, 12(7), 074024.
<https://doi.org/10.1088/1748-9326/aa7541>
- Yakar, D., & Kwee, T. C. (2020). Carbon footprint of the RSNA annual meeting. *European Journal of Radiology*, 125, 108869. <https://doi.org/10.1016/j.ejrad.2020.108869>
- Yakubovich, A. R., Stöckl, H., Murray, J., Melendez-Torres, G. J., Steinert, J. I., Glavin, C. E. Y., & Humphreys, D. K. (2018). Risk and Protective Factors for Intimate Partner Violence Against Women: Systematic Review and Meta-analyses of Prospective–Longitudinal Studies. *American Journal of Public Health*, 108(7), e1–e11. <https://doi.org/10.2105/AJPH.2018.304428>
- ZDFheute. (2021, Juli 16). ZDF Politbarometer 16.07.2021. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-corona-impfpflicht-kanzlerkandidaten-100.html?slide=1626375458070>. Zugegriffen: 8. Oktober 2021
- Zeit Online. (2023a, März 29). Impfstoff für Corona-Hotspots in Thüringen eingetroffen. <https://www.zeit.de/news/2021-03/29/impfstoff-fuer-corona-hotspots-in-thueringen-eingetroffen>. Zugegriffen: 4. März 2023
- Zeit Online. (2023b, Mai 5). WHO hebt Corona-Notstand auf. <https://www.zeit.de/wissen/2023-05/corona-pandemie-gesundheitsnotstand-aufgehoben-who>. Zugegriffen: 30. Mai 2023
- Zeit Online. (2023c, Mai 22). AfD fördert laut Haldenwang Rechtsextremismus und russische Propaganda. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-05/thomas-haldenwang-afd-russische-propaganda>. Zugegriffen: 2. Juni 2023
- Zinn, S., & Bayer, M. (2021). Subjektive Belastung der Eltern durch die Beschulung ihrer Kinder zu Hause zu Zeiten des Corona-bedingten Lockdowns im Frühjahr 2020. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 24(2), 339–365. <https://doi.org/10.1007/s11618-021-01012-9>

Zmerli, S., & Newton, K. (2008). Social Trust and Attitudes toward Democracy. *The Public Opinion Quarterly*, 72(4), 706–724.

4. Überblick über die Artikel inklusive Angabe zum individuellen Beitrag der beteiligten Autoren bei Artikeln in Koautorschaft⁶²

(* Doppelt blindbegutachtet, ° Einfach blindbegutachtet)

Block 1: COVID-19

1. **Jäckle, Sebastian**/Ettensperger, Felix (2021): Boosting the Understanding and Approval of Anti-Corona Measures—Reducing Exponential Growth Bias and its Effects through Educational Nudges, in *Swiss Political Science Review*, Vol. 27, No. 4, 809-821, DOI: [10.1111/spsr.12479](https://doi.org/10.1111/spsr.12479). Replication data and Stata-Do-Files available at Harvard Dataverse. DOI: [10.7910/DVN/TTXZF9](https://doi.org/10.7910/DVN/TTXZF9). *

Zusammenfassung

Ein großes Problem bei der Einhaltung von Coronavirus-Schutzmaßnahmen entsteht durch den sogenannten *Exponential Growth Bias* (EGB), bei dem es sich um eine kognitive Verzerrung handelt, die durch die systematische Unterschätzung des exponentiellen Wachstums und seiner Folgen entsteht. Dieser Artikel repliziert ein Amazon MTurk-Experiment zur Ausbreitung von SARS-CoV-2, welches während der ersten Welle der Pandemie im März 2020 in einer Stichprobe der US-Bevölkerung durchgeführt wurde und sich mit dieser Verzerrung befasst. Unter Verwendung eines *Least-Likely-Designs*, bei dem wir im November 2020 auf eine Stichprobe deutscher Studierender zurückgreifen, zeigt die statistische Analyse einen ähnlich starken EGB, wie das US-amerikanische Vergleichsexperiment. Daneben zeigen die Daten aber auch, dass diese Verzerrung durch eine einfache Bildungsmaßnahme (*Nudging*) reduziert werden. Die Teilnehmer, die diese pädagogischen Anstöße erhielten, zeigten darüber hinaus eine deutlich höhere Zustimmung zu Kontaktbeschränkungen. Dieser Effekt ist robust gegenüber verschiedenen Analysemethoden und der Einbeziehung von Kontrollen. Entsprechend dieser Ergebnisse könnte es für die Politik angebracht sein, die Begrifflichkeit „exponentielles Wachstum“ nicht nur gebetsmühlenartig zu wiederholen, sondern durch einfache pädagogische Nudges zu einem besseren Verständnis der exponentiellen Ausbreitungsdynamik des Coronavirus beizutragen. Dies könnte dabei helfen die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit von Eingriffen in persönliche Freiheitsrechte zu überzeugen.

Eigener Beitrag

	S.J.	F.E.
Konzeptualisierung/Theorie	✓	✓
Methodik	✓	
Datenerhebung	✓	✓
Datenbearbeitung	✓	
Empirische Analyse	✓	
Grafiken/Visualisierungen	✓	
Replikationsdaten	✓	
Schreiben der Arbeit	✓	✓
Review/Editing	✓	✓

⁶² Allen Koautoren wurden die Tabellen mit der Aufgliederung der individuellen Beiträge der Artikel vorgelegt und alle haben dieser als korrekt zugestimmt.

2. **Jäckle, Sebastian**/Waldvogel, Thomas (2022): Attitudes towards Corona Protection Measures among German School Students – the Effects of Education and Knowledge about the Pandemic, in *Social Sciences* 11(280). DOI: [10.3390/socsci11070280](https://doi.org/10.3390/socsci11070280). Replication data and Stata-Do-Files available at Harvard Dataverse. DOI: [10.7910/DVN/DTQSEP](https://doi.org/10.7910/DVN/DTQSEP).*

Zusammenfassung

Dieser Artikel geht der Frage nach, welche Einstellungen Schüler in Deutschland den von der Politik getroffenen Coronavirus-Schutzmaßnahmen gegenüberbringen. Darauf aufbauend wird untersucht, inwieweit die Bewertung der Pandemie durch die Schüler von einem besseren Verständnis der Verbreitung des Virus sowie von ihrem objektiven Wissen und ihrem selbst wahrgenommenen subjektiven Wissen über die Pandemie beeinflusst wird. Auf Basis einer Stichprobe von 563 deutschen Schülern (Alter: 12-26) zeigt Teil I unserer Analyse, dass nach mehr als zwei Jahren der COVID-19-Pandemie (1) ein signifikanter exponentieller Wachstumsbias (EGB), d.h. eine systematische Unterschätzung der Ausbreitungsgeschwindigkeit von COVID-19, nach wie vor besteht, (2) diese verzerrte Wahrnehmung durch einfache Aufklärungsmaßnahmen verringert werden kann, aber (3) diese Behandlung weder einen wesentlichen Einfluss auf die allgemeine Zustimmung zu Anti-COVID-19-Maßnahmen noch auf die Bereitschaft der Teilnehmer hat, selbst spezifische solcher Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Darüber hinaus zeigt Teil II unserer Studie, dass sowohl subjektives als auch objektives Wissen die Zustimmung zu Schutzmaßnahmen sowie die Bereitschaft diese umzusetzen erhöht. Das Gleiche gilt für die Angst vor Infektionen. Daher ist ein pädagogischer Ansatz, der rationale, kognitive und emotionale Elemente kombiniert, wahrscheinlich am besten geeignet, um junge Menschen für die Gefahren einer Pandemie wie COVID-19 zu sensibilisieren.

Eigener Beitrag

	S.J.	T.W.
Konzeptualisierung/Theorie	✓	✓
Methodik	✓	
Datenerhebung	✓	✓
Datenbearbeitung	✓	
Empirische Analyse	✓	
Grafiken/Visualisierungen	✓	
Replikationsdaten	✓	
Schreiben der Arbeit	✓	✓
Review/Editing	✓	

3. **Jäckle, Sebastian**/Trüdinger, Eva-Maria/Hildebrandt, Achim/Wagschal, Uwe (2022): A Matter of Trust: How Political and Social Trust relate to the Acceptance of Covid-19 Policies in Germany, in *German Politics*, Online First, DOI: [10.1080/09644008.2021.2021510](https://doi.org/10.1080/09644008.2021.2021510). Replication data and Stata-Do-Files available at Harvard Dataverse. DOI: [10.7910/DVN/W5CESW](https://doi.org/10.7910/DVN/W5CESW). *

Zusammenfassung

In Deutschland haben Bund und Länder seit März 2020 Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung von COVID-19 ergriffen. In diesem Artikel werden die Auswirkungen von politischem und sozialem Vertrauen auf die Akzeptanz dieser Maßnahmen untersucht. Diese Akzeptanz kann als zentrale Voraussetzung für die Einhaltung der staatlichen Maßnahmen durch die Bevölkerung gesehen werden. In einer Mehrebenen-Regressionsanalyse, die auf zwei Wellen von Umfragedaten basiert, welche im Mai und

November 2020 erhoben wurden, stellen wir fest, dass Vertrauen mit der Akzeptanz von Maßnahmen zur Pandemieeindämmung zusammenhängt. Politisches Vertrauen, d. h. Vertrauen in politische Akteure und Institutionen, hat generell einen positiven Effekt auf die Akzeptanz der Maßnahmen. Darüber hinaus zeigt die Analyse, dass der Einfluss des politischen Vertrauens auf die Akzeptanz in beiden Erhebungswellen mit zunehmend liberalen Positionen ansteigt. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Personen mit diesen Positionen im Allgemeinen eher vor staatlichen Eingriffen zurückschrecken. Im Gegensatz dazu reduziert soziales Vertrauen, also das Vertrauen in andere Bürger, die Akzeptanz von Maßnahmen wie beispielsweise von Kontaktbeschränkungen. Die Daten zeigen darüber hinaus, dass der Problemdruck gemessen in Form von Inzidenzraten, Entfernung zu COVID-19-Hotspots oder Todesraten auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte, keinen Einfluss auf die Akzeptanz von Anti-Corona-Maßnahmen hat.

Eigener Beitrag

	S.J.	EM.T.	A.H.	U.W.
Konzeptualisierung/Theorie	✓	✓	✓	✓
Methodik	✓	✓	✓	
Datenerhebung	✓	✓	✓	✓
Datenbearbeitung	✓			
Empirische Analyse	✓			
Grafiken/Visualisierungen	✓			
Replikationsdaten	✓			
Schreiben der Arbeit	✓	✓	✓	✓
Review/Editing	✓	✓	✓	

4. **Jäckle, Sebastian**/Timmis, James K. (2023): Left-Right-Position, Party Affiliation and Regional Differences Explain Low Covid-19 Vaccination Rates in Germany, in *Microbial Biotechnology*. Vol. 16, No. 3, 662-677. DOI: [10.1111/1751-7915.14210](https://doi.org/10.1111/1751-7915.14210). Replication data and Stata-Do-Files available at Harvard Dataverse. DOI: [10.7910/DVN/JKI7IR](https://doi.org/10.7910/DVN/JKI7IR).^o

Zusammenfassung

Etablierte Instrumente zur Messung der Impfbereitschaft, wie z. B. die Vaccine Hesitancy Determinants Matrix, sind nicht ausreichend geeignet, um politische und ideologische Einstellungen adäquat und konsistent zu messen. Diese quantitative Studie konzentriert sich auf Deutschland, das einen besonders interessanten Fall darstellt, da hier die bei weitem am besten organisierte und sichtbarste „Anti-Covid“-Bewegung in Europa entstanden ist. Die Studie untersucht den Einfluss von politischer Ideologie und Parteizugehörigkeit auf den Grad der Impfbereitschaft. Sie basiert auf vier Onlineumfragen, die zwischen Februar und Oktober 2021 durchgeführt wurden und bei denen insgesamt mehr als 30.000 Personen teilgenommen haben. Wir zeigen, dass die Parteizugehörigkeit, die politische Ideologie und die Region, in der man wohnt, einen Einfluss auf die Impfbereitschaft hat. Diese Variablen haben sogar einen stärkeren Einfluss als zwei Faktoren, die häufig im Hinblick auf die Impfbereitschaft untersucht werden: Geschlecht und Bildungsstand. Weitere Interaktionsmodelle zeigen, dass die Auswirkung der politischen Ideologie auf die Impfbereitschaft durch Alter, Geschlecht und Region konditioniert wird. Je rechter eine junge Person ist, desto zögerlicher ist sie gegenüber der SARS-CoV-2-Impfung, während dies bei älteren Personen nicht der Fall ist. Unsere Ergebnisse sind für künftige Forscher, die die Impfbereitschaft messen, und für politische Entscheidungsträger, die über die unterschiedlichen Auswirkungen komplexer Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit nachdenken, von Bedeutung: Da die Auswirkungen politischer und ideologischer Einstellungen auf die Impfbereitschaft von den etablierten Instrumenten zur Messung der Impfbereitschaft nicht angemessen berücksichtigt werden, empfehlen

wir eine Änderung dieser Instrumente. Um zukünftige Studien zu verbessern sollte eine klare und harmonisierte Definition der politisch-ideologischen Dimension der Impfbereitschaft zusammen mit vorab validierten Messinstrumenten einbezogen werden. Darüber hinaus argumentieren wir, dass die Impfmüdigkeit zwar ein Ergebnis komplexer sozio-politischer Faktoren ist, sie aber an sich auch als Indikator für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Anomie gesehen werden kann. Das Ausmaß an Impfszurückhaltung dürfte damit mit grundlegenden Einstellungen, wie dem Vertrauen in (gesundheits-)politische Entscheidungsträger, (öffentliche) Gesundheitsbehörden, Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen usw. zusammenhängen. Daher empfehlen wir, Fragen zur Impfunwilligkeit in einschlägige nationale Erhebungen zu integrieren.

Eigener Beitrag

	S.J.	J.K.T.
Konzeptualisierung/Theorie		✓
Methodik	✓	
Datenerhebung	✓	✓
Datenbearbeitung	✓	
Empirische Analyse	✓	✓
Grafiken/Visualisierungen	✓	
Replikationsdaten	✓	
Schreiben der Arbeit	✓	✓
Review/Editing	✓	✓

Block 2: Gender und Sexualität

5. **Jäckle, Sebastian**/Wenzelburger, Georg (2014): Religion, religiosity and the attitudes towards homosexuality - A multi-level analysis of 79 countries, in *Journal of Homosexuality*. Vol. 62, No. 2, 207-241, DOI: [10.1080/00918369.2014.969071](https://doi.org/10.1080/00918369.2014.969071). *

Zusammenfassung

Obwohl die Einstellung zur Homosexualität vor allem in den westlichen Industrieländern liberaler geworden ist, gibt es immer noch eine große Varianz im Hinblick auf das weltweite Niveau der Homonegativität. Anhand von Daten aus der vierten und fünften Welle des World Values Survey (1999-2004, 2005-2009) versucht dieser Artikel, diese Varianz mit Hilfe einer Mehrebenenanalyse von 79 Ländern zu erklären. Dabei werden sowohl Merkmale auf individueller Ebene, wie Alter oder Geschlecht, als auch aggregierte Variablen, die mit den Besonderheiten der Nationalstaaten zusammenhängen, berücksichtigt. Insbesondere konzentrieren wir uns auf die Konfession einer Person und deren Religiosität, um ihre Einstellung zur Homosexualität zu erklären. Wir finden deutliche Unterschiede im Grad der Homonegativität unter den Anhängern der einzelnen Religionen.

Eigener Beitrag

	S.J.	G.W.
Konzeptualisierung/Theorie	✓	✓
Methodik	✓	✓
Datenerhebung	✓	✓
Datenbearbeitung	✓	✓
Empirische Analyse	✓	✓
Grafiken/Visualisierungen	✓	✓
Replikationsdaten		
Schreiben der Arbeit	✓	✓
Review/Editing	✓	✓

6. Hildebrandt, Achim/**Jäckle, Sebastian** (2023): Particularly in Highly Developed and More Gender Egalitarian Societies: Sex Differences in Attitudes Towards Homosexuality, in *Journal of Sex Research*. Online first, DOI: [10.1080/00224499.2023.2198500](https://doi.org/10.1080/00224499.2023.2198500).*

Zusammenfassung

Die Forschung hat immer wieder gezeigt, dass Männer Homosexualität weniger akzeptieren als Frauen. Studien zu solchen geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Einstellung wurden jedoch überwiegend in westlichen Demokratien durchgeführt, mit besonderem Schwerpunkt auf den USA. Ob der Geschlechtsunterschied in der Einstellung zu Homosexualität ein weltweites Phänomen ist, wurde bisher nicht untersucht. Anhand von Daten aus der siebten Welle des World Values Survey (2017-2021) zeigt dieser Artikel, dass ein solcher Unterschied in den Ansichten bezüglich Homosexualität zwischen den Geschlechtern nicht universell ist, sondern sich fast ausschließlich auf Europa und Amerika beschränkt. Dies weist auf die Notwendigkeit hin, Studien, die in diesen Gesellschaften durchgeführt wurden, in globalen länderübergreifenden Vergleichen zu wiederholen. Im Gegensatz zu den Vorhersagen der sozialen Rollentheorie oder der biosozialen Konstruktionstheorie, aber im Einklang mit den Vorhersagen der Evolutionspsychologie und einer wachsenden Zahl empirischer Studien in diesem Bereich, vergrößert sich der Geschlechtsunterschied in der Einstellung gegenüber Homosexualität mit zunehmender Gleichstellung der Geschlechter und Entwicklung, insbesondere wenn beide zusammenfallen.

Eigener Beitrag

	S.J.	A.H.
Konzeptualisierung/Theorie		<input type="checkbox"/>
Methodik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Datenerhebung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Datenbearbeitung	<input type="checkbox"/>	
Empirische Analyse	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grafiken/Visualisierungen	<input type="checkbox"/>	
Replikationsdaten	<input type="checkbox"/>	
Schreiben der Arbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Review/Editing		<input type="checkbox"/>

7. Hildebrandt, Achim/Trüdinger, Eva-Maria/**Jäckle, Sebastian** (2016): Sooner or Later: the Influence of Public Opinion and Religiosity on the Enactment of Laws Recognizing Same-Sex Unions, in *Journal of European Public Policy*. Vol. 24, No. 8, 1191-1210, DOI: [10.1080/13501763.2016.1228693](https://doi.org/10.1080/13501763.2016.1228693). *

Zusammenfassung

Beginnend in den 1990er Jahren haben fast alle westlichen Demokratien gleichgeschlechtliche Partnerschaften in einem Zeitfenster von etwas mehr als zwei Jahrzehnten anerkannt. In dieser Studie wird untersucht, welche Faktoren diese rechtlichen Veränderungen beschleunigt oder verlangsamt haben. Die Analyse konzentriert sich auf die Auswirkungen verschiedener kultureller Aspekte: die Einstellung zu Homosexualität im Allgemeinen, die Einstellung zu Schwulen und Lesben als Menschen und die Religiosität. Eine Event-History-Analyse von 19 westlichen Ländern zeigt, dass die Zeit bis zur Einführung eines Gesetzes über gleichgeschlechtliche Partnerschaften umso länger ist, je weniger tolerant die Menschen gegenüber Schwulen und Lesben sind und je höher der Prozentsatz der regelmäßigen Besucher von Gottesdiensten in einem Land ist. Die Ergebnisse liefern neue Erkenntnisse über die Auswirkungen der Kultur auf die Politik und zeigen, wie wichtig es ist, zwischen den verschiedenen Elementen der öffentlichen Meinung zu unterscheiden.

Eigener Beitrag

	S.J.	A.H.	EM.T.
Konzeptualisierung/Theorie		✓	✓
Methodik	✓	✓	✓
Datenerhebung		✓	✓
Datenbearbeitung	✓	✓	
Empirische Analyse	✓		
Grafiken/Visualisierungen	✓		
Replikationsdaten			
Schreiben der Arbeit	✓	✓	✓
Review/Editing	✓	✓	✓

8. Hildebrandt, Achim/**Jäckle, Sebastian**: Pervasive Polarization or Partial Convergence? Moral Attitudes of Religious and Secular People at Various Levels of Development, in *International Journal of Public Opinion Research*. Vol. 32, No. 2, 306-317, DOI: [10.1093/ijpor/edz017](https://doi.org/10.1093/ijpor/edz017). *

Zusammenfassung

Die Auswirkungen von Religiosität auf moralische Einstellungen sind in zahlreichen Studien beschrieben worden. Auch gibt es eine lange Forschungstradition dazu, wie wirtschaftliche Entwicklung Toleranz fördert. Weniger ist dagegen darüber bekannt, wie Religiosität und Entwicklung in ihrer Wirkung auf moralische Einstellungen zusammenwirken. Gaskins, Golder und Siegel (2013) untersuchten diese Wechselwirkung für die folgenden moralischen Einstellungen aus den beiden Bereichen Sexualität/Partnerschaft und Beendigung des Lebens: Einstellungen zu Abtreibung, Scheidung, Euthanasie, Homosexualität und Selbstmord. Daneben spielen aber noch zwei andere Bereiche moralischer Einstellungen eine wichtige Rolle für das gesellschaftliche Zusammenleben: die staatsbürgerliche Moral und die Einstellung zu Gewalt. Da moralische Einstellungen in diesen Bereichen aktiv die Interaktionen der Menschen und ihre Ansichten über (un)angemessenes Verhalten – die sich wiederum in den Gesetzen eines Landes widerspiegeln – verdienen sie ebenfalls eine genauere Betrachtung. Auf Grundlage von Daten aus der sechsten WVS-Welle werden in diesem Forschungsbericht alle moralischen Einstellungen analysiert, zu denen die Befragten in einer ausreichenden Zahl von Ländern befragt wurden. Wir sind somit die ersten, die die Wechselwirkung von Entwicklung und Religiosität für das breiteste Spektrum an moralischen Einstellungen, zu denen Daten zur Verfügung stehen analysieren. Unsere Analyse bestätigt zwar die Ergebnisse von Gaskins et al. (2013) für die Einstellungen zu Sexualität/Partnerschaft und zur Beendigung des Lebens, das Muster, das wir für die staatsbürgerliche Moral und die Einstellung zu Gewalt gefunden haben, ist hingegen ein anderes. Für diese moralischen Einstellungen zeigen die Daten eine Konvergenz zwischen religiösen und säkularen Menschen auf höheren Entwicklungsstufen.

Eigener Beitrag

	S.J.	A.H.
Konzeptualisierung/Theorie	✓	✓
Methodik	✓	✓
Datenerhebung	✓	✓
Datenbearbeitung	✓	✓
Empirische Analyse	✓	✓
Grafiken/Visualisierungen	✓	
Replikationsdaten	✓	
Schreiben der Arbeit	✓	✓
Review/Editing	✓	✓

9. **Jäckle, Sebastian** (2022): Per aspera ad astra – Eine politikwissenschaftliche Analyse der Akzeptanz des Gendersterns in der deutschen Bevölkerung auf Basis einer Online-Umfrage, in *Politische Vierteljahresschrift PVS*, Online First. DOI: [10.1007/s11615-022-00380-z](https://doi.org/10.1007/s11615-022-00380-z). Replication data and Stata-Do-Files available at Harvard Dataverse. DOI: [10.7910/DVN/TPAEOT](https://doi.org/10.7910/DVN/TPAEOT). *

Zusammenfassung

Dieser Artikel zeigt zunächst allgemein, welche Relevanz das identitätspolitisch aufgeladene Thema Gender in jüngster Zeit in der deutschen Politik gewonnen hat, sowie konkret, wie das Thema der sprachlichen Sichtbarmachung sämtlicher Geschlechter im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021 insbesondere von der AfD aktiv genutzt wurde, indem sie es als „Kulturkampf“ gegen eine fehlgeleitete Ideologie präsentierte. Die Hauptanalyse fokussiert auf die Akzeptanz des Gendersterns. Mehr als 10.000 Befragte eines Online-Surveys konnten, bevor die eigentliche Umfrage startete, auswählen, ob sie den Fragebogen mit Genderstern oder mit generischem Maskulinum präsentiert bekommen wollen. Diese Form der vergleichsweise unbewussten Abfrage der interessierenden Eigenschaft minimiert die Gefahr von Priming-

Effekten und sozialer Erwünschtheit. Insgesamt wählten etwa 21 % der Befragten die geschlechtergerechte Version, 75 % die mit generischem Maskulinum (4 % trafen keine Auswahl). Die statistische Analyse zeigt, dass die Bereitschaft, die Variante mit Genderstern zu lesen, eng mit politischen Einstellungsmustern zusammenhängt: Personen, die generell eher staatlichen Eingriffen zustimmen, wählen diese häufiger, genauso wie eher linke und eher ökologisch-alternativ ausgerichtete Menschen. Diese Effekte überlagern auch größtenteils die Unterschiede in Bezug auf die Wahlabsicht. So lässt sich nach Kontrolle auf diese grundlegenden politischen Einstellungen beispielsweise kein Unterschied mehr zwischen Personen mit CDU- und AfD-Wahlabsicht feststellen. Ebenfalls eine höhere Wahrscheinlichkeit die Gendersternvariante zu wählen, haben Frauen, jüngere, höher gebildete und wohlhabendere Befragte sowie Personen aus Großstädten. Die politischen Einstellungseffekte sind allerdings stärker als diese Kontrollfaktoren. Das spricht dafür, dass das Thema Gendern tiefliegende identitätspolitische Einstellungsmuster aktiviert und es damit auch in Zukunft ein großes politisches Konfliktpotenzial besitzen wird.

Eigener Beitrag

	S.J.
Konzeptualisierung/Theorie	✓
Methodik	✓
Datenerhebung	✓
Datenbearbeitung	✓
Empirische Analyse	✓
Grafiken/Visualisierungen	✓
Replikationsdaten	✓
Schreiben der Arbeit	✓
Review/Editing	✓

Block 3: Politische Gewalt

10. **Jäckle, Sebastian**/Baumann, Marcel (2017): “New Terrorism” = Higher Brutality? An Empirical Test of the “Brutalization Thesis”, in *Terrorism and Political Violence*. Vol. 29, No. 5, 875-901, DOI: [10.1080/09546553.2015.1087399](https://doi.org/10.1080/09546553.2015.1087399). *

Zusammenfassung

Dieser Artikel befasst sich mit der Brutalität von Terrorismus und der Frage, ob sich hierbei eine zeitliche Dynamik ausmachen lässt. Die Brutalisierungsthese als Teil des größeren theoretischen Konzepts des „neuen Terrorismus“ besagt, dass der „neue Terrorismus“ brutaler ist als der „alte Terrorismus“. Viele Wissenschaftler behaupten, dass die Anschläge vom 11. September 2001 den Beginn einer neuen Ära des Terrorismus markieren, die sowohl den internationalen als auch den nationalen Terrorismus auf eine neue Stufe der Brutalität gehoben habe. Andere argumentieren, dass dieser Prozess bereits in den frühen 1990er Jahren begonnen hat. Nach der Erörterung möglicher Wege zur Operationalisierung einer Brutalisierung des Terrorismus, z. B. durch die Konzentration auf Selbstmordattentate oder Terroranschläge gegen weiche Ziele, prüft dieser Artikel die empirische Glaubwürdigkeit der Brutalisierungsthese im Hinblick auf beide potenziellen Ausgangspunkte. Daten aus der *Global Terrorism Database (GTD)* zeigen, dass nur drei von neun Indikatoren einer gesteigerten Brutalität des Terrorismus in den 1990er Jahren signifikant angestiegen sind, was die Idee einer allgemeinen Brutalisierung teilweise stützt. Daneben untermauert die gestiegene Zahl von Selbstmordattentaten und Enthauptungen nach dem 11. September 2001 die Vorstellung einer qualitativen Veränderung des Terrorismus in Bezug auf seine Brutalität. Dies geht einher mit der Idee einer Maximierung der Aufmerksamkeit durch Medien und Öffentlichkeit. Gleichwohl ist diese Entwicklungen jedoch regional begrenzt, und die Brutalität dieses „neuen Terrorismus“ übersteigt nur in wenigen Fällen das aus der Hochphase des „alten Terrorismus“ in den 1970er und 1980er Jahren bekannte Niveau.

Eigener Beitrag

	S.J.	M.B.
Konzeptualisierung/Theorie	✓	✓
Methodik	✓	
Datenerhebung	✓	
Datenbearbeitung	✓	
Empirische Analyse	✓	
Grafiken/Visualisierungen	✓	
Replikationsdaten		
Schreiben der Arbeit	✓	✓
Review/Editing	✓	✓

11. König, Pascal D./**Jäckle, Sebastian** (2023): The violence of the Far Right – The three decades after German reunification, in: Weisskircher, Manès (Ed.): *Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics: From the Streets to Parliament*, Routledge. *

Zusammenfassung

Dieses Kapitel bietet eine umfassende Analyse rechtsextremer Gewalt in Deutschland in den drei Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung. Es bietet dabei sowohl quantitative als auch qualitative Perspektiven auf die wichtigsten Entwicklungen in diesem Bereich, wobei der Schwerpunkt auf der nationalen und subnationalen Ebene liegt. Nach einem starken Anstieg rechtsextremer Gewalt folgend auf die Wiedervereinigung war seit den späten 1990er Jahren lange kein klarer Trend erkennlich. Erst mit dem großen Zustrom von Asylbewerbern im Jahr 2015 folgte ein weiterer deutlicher Anstieg der Gewalt. Im Vergleich zu den 1990er Jahren können die in diesem Zeitraum, d.h. im Zuge der vierten Welle rechtsextremer Politik, verübten

Gewalttaten als spontaner und weniger hierarchisch organisiert bezeichnet werden. Zudem wurden sie vielfach von Einzelpersonen ohne vorherige Verbindungen zu extremistischen Organisationen begangen. Daneben finden sich aber auch Anzeichen für eine zunehmende Militanz der rechtsextremen Szene, die terroristische Netzwerke und Akteure mit Verbindungen zu Polizei und Armee einschließt. Ein weiteres neues Merkmal rechtsextremer Gewalt ist der Trend zu losen Netzwerken sowie die Tatsache, dass die jüngsten Angriffe eher auf die Gesellschaft, den Staat oder seine Vertreter als auf Individuen mit Migrationshintergrund abzielten, wie dies in den 1990er Jahren zumeist der Fall war. In Bezug darauf, wie rechtsextreme Gewalt als Thema von der Politik diskutiert wird, zeigt der Beitrag darüber hinaus die Uneinigkeit zwischen den etablierten Parteien und der AfD darüber, wie solche Verbrechen in der öffentlichen Debatte zu interpretieren sind.

Eigener Beitrag

	S.J.	P.K.
Konzeptualisierung/Theorie	✓	✓
Methodik	✓	✓
Datenerhebung	✓	✓
Datenbearbeitung	✓	✓
Empirische Analyse	✓	✓
Grafiken/Visualisierungen	✓	✓
Replikationsdaten		
Schreiben der Arbeit	✓	✓
Review/Editing	✓	✓

12. **Jäckle, Sebastian/König, Pascal D.** (2017): The Dark Side of German “Welcome Culture” – Investigating the Causes Behind Attacks on Refugees in 2015, in *West European Politics*. Vol. 40, No. 2, 223-251, DOI: [10.1080/01402382.2016.1215614](https://doi.org/10.1080/01402382.2016.1215614). *

Zusammenfassung

Im Jahr 2015 erlebte Deutschland einen rekordverdächtigen Zustrom von Flüchtlingen – und wurde international für seine "Willkommenskultur" gelobt. Gleichzeitig stieg jedoch die Anzahl der Angriffe auf Flüchtlinge auf ein alarmierendes Niveau. Dieser Artikel beschreibt die geographische Verteilung dieser Angriffe und untersucht ihre Ursachen, indem er detaillierte sozioökonomische und politische Daten verwendet und eine hierarchische Datenstruktur modelliert. Unter Kontrolle weiterer relevanter Faktoren, wie sie in der bisherigen Forschung beschrieben werden, wird erstens geprüft, ob die Stärke rechtsextremer Parteien eine Rolle spielt, und zweitens wird ein Ansteckungseffekt modelliert, wobei sowohl die räumliche als auch die zeitliche Nähe berücksichtigt wird. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Stärke rechtsextremer Parteien in einem Landkreis die Wahrscheinlichkeit von Angriffen auf Flüchtlinge in diesem Gebiet erheblich steigert. Sie bestätigen auch die Idee eines behavioristischen Ansteckungseffekts. Die sozialstrukturellen Variablen, die als Kontrollen verwendet wurden, zeigten nur eine begrenzte Erklärungskraft.

Eigener Beitrag

	S.J.	P.K.
Konzeptualisierung/Theorie	✓	✓
Methodik	✓	✓
Datenerhebung	✓	✓
Datenbearbeitung	✓	
Empirische Analyse	✓	
Grafiken/Visualisierungen	✓	

Replikationsdaten	✓	
Schreiben der Arbeit	✓	✓
Review/Editing	✓	✓

13. **Jäckle, Sebastian/König, Pascal D.** (2018): Threatening Events and Anti-Refugee Violence: An Empirical Analysis in the Wake of the Refugee Crisis during the Years 2015 and 2016 in Germany, in *European Sociological Review*. Vol. 34, No. 6, 728-743, DOI: [10.1093/esr/jcy038](https://doi.org/10.1093/esr/jcy038). *

Zusammenfassung

In diesem Artikel wird die Rolle von zwei potenziellen dynamischen Einflüssen auf das Auftreten von Gewalt gegen Flüchtlinge in Deutschland in den Jahren 2015 und 2016 untersucht. Erstens wird untersucht, ob drei Arten von bedrohlichen Ereignissen flüchtlingsfeindliche Gewalt auslösen: (i) Gewalt oder Straftaten von Flüchtlingen, (ii) Polizeirazzien gegen islamische Fundamentalisten, (iii) Terroranschläge und -warnungen in Deutschland und Terroranschläge in Nachbarländern. Zweitens wird untersucht, ob diese Gewalt durch öffentliche Äußerungen von Politikern aus Parteien, die sich gegen Einwanderung positionieren, bestärkt wird. Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass solche negativen öffentlichen Hinweise tatsächlich die Wahrscheinlichkeit von Anschlägen erhöhen. Allerdings scheinen diese Äußerungen zum Teil auch durch vorangegangene bedrohliche Ereignisse ausgelöst zu werden. Unter diesen bedrohlichen Ereignissen üben Terroranschläge in Nachbarländern, die besonders schwerwiegende und stark mediatisierte Ereignisse darstellen, einen robusten Einfluss auf Gewalt gegen Flüchtlinge aus. Insgesamt unterstreicht die Analyse der beiden Jahre mit dem größten Asylbewerberzustrom in der neueren deutschen Geschichte die Bedeutung situativer Einflüsse für die Erklärung des Auftretens von Übergriffen gegen Flüchtlinge.

Eigener Beitrag

	S.J.	P.K.
Konzeptualisierung/Theorie	✓	✓
Methodik	✓	✓
Datenerhebung	✓	✓
Datenbearbeitung	✓	
Empirische Analyse	✓	
Grafiken/Visualisierungen	✓	
Replikationsdaten		
Schreiben der Arbeit	✓	✓
Review/Editing	✓	✓

14. **Jäckle, Sebastian/König, Pascal D.** (2019): Drei Jahre Anschläge auf Flüchtlinge in Deutschland – welche Faktoren erklären ihre räumliche und zeitliche Verteilung?, in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Vol. 71, No. 4, 623-649, DOI: [10.1007/s11577-019-00639-1](https://doi.org/10.1007/s11577-019-00639-1). *

Zusammenfassung

Die Bundesrepublik Deutschland erlebte im Jahr 2015, vor allem ab dem letzten Quartal, eine immense Zuwanderung von Flüchtlingen, die bis ins darauffolgende Jahr anhielt. In der Folge kam es zu einem merklichen Anstieg der Anzahl von Anschlägen auf Flüchtlinge, die erst im Jahr 2017 allmählich zurückging. Der vorliegende Aufsatz repliziert eine Studie, die das Auftreten von Anschlägen in Deutschland im Jahr 2015 ergründet hat und prüft, ob die relevanten Erklärungsfaktoren auch in den beiden Folgejahren Gültigkeit haben. Die Analyseergebnisse zeigen, dass noch im Jahr 2015 politische, sozioökonomische und demographische Faktoren struktureller Art einen gewissen Erklärungswert für das Vorkommen von Anschlägen aufweisen. In den Jahren 2016 und 2017 lässt die Erklärungskraft all dieser Variablen jedoch nach und es

zeigt sich über das ganze Land verteilt ein deutlich diffuseres Anschlagmuster. Als robust erweisen sich über den gesamten Zeitraum hinweg hingegen Ansteckungseffekte durch zeitlich wie räumlich nahe vorangehende fremdenfeindliche Ereignisse.

Eigener Beitrag

	S.J.	P.K.
Konzeptualisierung/Theorie	✓	✓
Methodik	✓	✓
Datenerhebung	✓	✓
Datenbearbeitung	✓	
Empirische Analyse	✓	
Grafiken/Visualisierungen	✓	
Replikationsdaten		
Schreiben der Arbeit	✓	✓
Review/Editing	✓	✓

15. Bauschke, Rafael/**Jäckle, Sebastian** (2023): Hate Speech on Social Media against Mayors: Extent, Reactions and Implications – Evidence from Germany, in *Policy & Internet*. DOI: [10.1002/poi3.335](https://doi.org/10.1002/poi3.335). *

Zusammenfassung

Auf der Grundlage einer Online-Befragung von Bürgermeistern aus Baden-Württemberg wird in diesem Artikel analysiert, (1) inwieweit soziale Medien auf kommunaler Ebene missbräuchlich genutzt werden, (2) wie Bürgermeister auf Hassreden reagieren und (3) ob die Erfahrung mit solchen beleidigenden Kommentaren und Drohungen mit ihrer Wahrnehmung von sozialen Medien als Instrument der politischen Kommunikation korreliert. Die Analyse zeigt, dass Hasskommentare Teil der Erfahrung mit sozialen Medien auf lokaler Ebene sind. 53,9 % der Bürgermeister haben in ihrer Rolle als Politiker mindestens einmal persönliche Beleidigungen und Anfeindungen in sozialen Medien erlebt. Die Mehrheit von ihnen (56,7 %) ignorierte die Hassrede ohne Reaktion. Deutlich weniger reagierten aktiver: 29,8 % antworteten auf die beleidigende Nachricht, 5,4 % blockierten die Person, von der die *hatespeech* ausging und 8,2 % gingen strafrechtlich gegen eine gerichtliche Klage ein. Die statistische Analyse zeigt, dass Bürgermeister, die soziale Medien professioneller nutzen, mit größerer Wahrscheinlichkeit aktiv auf Hassreden reagieren. Außerdem wurde festgestellt, dass die Erfahrung mit Hassreden und insbesondere eine aktive Art der Reaktion positiv mit der Einschätzung der Bürgermeister zusammenhängt, wie nützlich sie soziale Medien für die politische Kommunikation halten.

Eigener Beitrag

	S.J.	R.B.
Konzeptualisierung/Theorie	✓	✓
Methodik	✓	
Datenerhebung		✓
Datenbearbeitung	✓	
Empirische Analyse	✓	
Grafiken/Visualisierungen	✓	
Replikationsdaten	✓	
Schreiben der Arbeit	✓	✓
Review/Editing	✓	✓

Block 4: CO₂-Fußabdruck wissenschaftlicher Konferenzen

16. **Jäckle, Sebastian:** WE have to change! The Carbon Footprint of ECPR General Conferences and Ways to Reduce It, in *European Political Science*. Vol. 18, No. 4, 630-650 DOI: [10.1057/s41304-019-00220-6](https://doi.org/10.1057/s41304-019-00220-6).

Zusammenfassung

Die politischen Folgen des Klimawandels sind auf zahlreichen politikwissenschaftlichen Konferenzen thematisiert worden. Im Gegensatz zu der Vielzahl der Diskussionen auf diesen Tagungen fällt auf, dass es keine systematische Erfassung des CO₂-Fußabdrucks politikwissenschaftlicher Konferenzen gibt. Unter Anwendung eines GIS-basierten Ansatzes schätze ich die reisebedingten Treibhausgasemissionen der letzten sechs *ECPR General Conferences* (2013-18). Die Ergebnisse zeigen, dass bei den fünf Konferenzen, die in Europa stattfanden, die durchschnittlichen Emissionen pro Teilnehmer zwischen 0,5 und 1,3 Tonnen CO₂-Äquivalenten lagen. Bei der Konferenz 2015 in Montreal waren es sogar 1,9-3,4 Tonnen. Verglichen mit Schätzungen auf der Grundlage der jüngsten IPCC-Berichte, die eine Reduzierung der Pro-Kopf-Emissionen auf 2,5 Tonnen bis 2030 und sogar 0,7 Tonnen bis 2050 fordern, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, sind die reisebedingten Treibhausgasemissionen der ECPR-Konferenzen sehr hoch. Weitere Schätzungen zeigen jedoch, dass erhebliche Emissionsreduzierungen möglich sind: Durch die Wahl zentralerer Konferenzorte, die Förderung emissionsarmer landgebundener Verkehrsmittel und die Einführung von Online-Teilnahme-Möglichkeiten insbesondere für Forscher aus weit entfernten Teilen der Welt, könnte der CO₂-Fußabdruck um 75-90 Prozent reduziert werden. Der Artikel zeigt zudem anhand von konkreten Empfehlungen auf, wie der CO₂-Fußabdruck von Konferenzen verringert werden könnte.

Eigener Beitrag

	S.J.
Konzeptualisierung/Theorie	✓
Methodik	✓
Datenerhebung	✓
Datenbearbeitung	✓
Empirische Analyse	✓
Grafiken/Visualisierungen	✓
Replikationsdaten	
Schreiben der Arbeit	✓
Review/Editing	✓

17. **Jäckle, Sebastian** (2021): Reducing the Carbon Footprint of Academic Conferences by Online Participation - the Case of the 2020 Virtual ECPR General Conference, in *PS: Political Science & Politics*, Vol. 54, No. 3, 456-461, DOI: [10.1017/S1049096521000020](https://doi.org/10.1017/S1049096521000020).

Zusammenfassung

In diesem Artikel wird untersucht, wie sich die Entscheidung, eine akademische Konferenz in eine Online-Veranstaltung umzuwandeln, auf deren CO₂-Fußabdruck auswirkt. Die Analyse wird durchgeführt am Beispiel der größten europäischen politikwissenschaftlichen Konferenz, der *ECPR General Conference*, welche aufgrund der COVID-19 Pandemie im Jahr 2020 als Online-Konferenz stattgefunden hat. Dabei wird die Menge an Treibhausgasen, die durch die virtuelle Konferenzveranstaltung erzeugt wurden mit dem hypothetischen Fall verglichen, wenn die Konferenz wie ursprünglich geplant in physischer Form stattgefunden hätte. In die umfassende Abschätzung fließen Emissionen aus Stromverbrauch, Reisen, Heizung und Catering mit ein. Es stellte sich heraus, dass der CO₂-Fußabdruck der virtuellen Konferenz mindestens 97- bis 200-mal kleiner war, als er es gewesen wäre, wenn das Treffen physisch stattgefunden

hätte. Hybride Konferenzen, insbesondere wenn diejenigen Teilnehmer online zugeschaltet werden können, die ansonsten sehr weite Anreisewege zurücklegen müssten, in Kombination mit der Förderung von Anreisen per Bus oder Bahn für die Teilnehmer, die persönlich anwesend sind – auch wenn dies längere Reisezeiten als bei einem Flug bedeutet – könnten ein praktikabler Kompromiss sein, um die Emissionen um fast 90 % zu reduzieren.

Eigener Beitrag

	S.J.
Konzeptualisierung/Theorie	✓
Methodik	✓
Datenerhebung	✓
Datenbearbeitung	✓
Empirische Analyse	✓
Grafiken/Visualisierungen	✓
Replikationsdaten	✓
Schreiben der Arbeit	✓
Review/Editing	✓

18. **Jäckle, Sebastian** (2022): The Carbon Footprint of Travelling to International Academic Conferences and Options to Minimize it, in Bjørkdahl, Kristian/Duharte, Adrian (Eds.): *Academic Flying and the Means of Communication*, Palgrave Macmillan, 19-52, DOI: [10.1007/978-981-16-4911-0_2](https://doi.org/10.1007/978-981-16-4911-0_2).

Zusammenfassung

In diesem Kapitel geht es um den CO₂-Fußabdruck von Reisen zu wissenschaftlichen Konferenzen. Die von mir vorgestellten Fälle sind die letzten sieben *General Conferences* des *European Consortium for Political Research* (ECPR), die mit bis zu 2000 Teilnehmern größten europäischen Konferenzen der Politikwissenschaft. Meine Schätzungen zeigen, dass sich der reisebedingte CO₂-Fußabdruck einer einzigen Konferenz auf mehr als 2000 Tonnen Treibhausgase belaufen kann – so viel, wie etwa 270 durchschnittliche britische Bürger in einem ganzen Jahr ausstoßen. Ein Teilnehmer verursacht im Durchschnitt zwischen 500 und 1500 kg CO₂-Äquivalente pro Konferenzreise. Durch drei Maßnahmen (zentraler gelegene Konferenzorte, Förderung von mehr Bus- und Bahnreisen und Einführung einer Online-Teilnahme für Teilnehmer aus weiter entfernten Orten) könnte der CO₂-Fußabdruck jedoch um 78-97 % verringert werden. Im Jahr 2020 führte die COVID-19-Pandemie zu einer allgemeinen Verlagerung auf Online-Konferenzen – auch die *ECPR General Conference* wurde zu einer virtuellen Veranstaltung. Eine detailliertere Schätzung des CO₂-Fußabdrucks dieser reinen Online-Konferenz zeigt, dass die reisebedingten CO₂-Emissionen – wenn die Veranstaltung wie ursprünglich vorgesehen in physischer Form stattgefunden hätte – zwischen 250 und 530 Mal höher gewesen wären, als die der Online-Konferenz.

Eigener Beitrag

	S.J.
Konzeptualisierung/Theorie	✓
Methodik	✓
Datenerhebung	✓
Datenbearbeitung	✓
Empirische Analyse	✓
Grafiken/Visualisierungen	✓
Replikationsdaten	✓
Schreiben der Arbeit	✓
Review/Editing	✓

Anhang: Originalveröffentlichungen

- | Artikel | Titel |
|---------|--|
| 1 | Jäckle, Sebastian /Ettensperger, Felix (2021): Boosting the Understanding and Approval of Anti-Corona Measures—Reducing Exponential Growth Bias and its Effects through Educational Nudges, in <i>Swiss Political Science Review</i> , Vol. 27, No. 4, 809-821, DOI: 10.1111/spsr.12479 . |
| 2 | Jäckle, Sebastian /Waldvogel, Thomas (2022): Attitudes towards Corona Protection Measures among German School Students – the Effects of Education and Knowledge about the Pandemic, in <i>Social Sciences 11</i> (280). DOI: 10.3390/socsci11070280 . |
| 3 | Jäckle, Sebastian /Trüdinger, Eva-Maria/Hildebrandt, Achim/Wagschal, Uwe (2022): A Matter of Trust: How Political and Social Trust relate to the Acceptance of Covid-19 Policies in Germany, in <i>German Politics</i> , Online First, DOI: 10.1080/09644008.2021.2021510 . |
| 4 | Jäckle, Sebastian /Timmis, James K. (2023): Left-Right-Position, Party Affiliation and Regional Differences Explain Low Covid-19 Vaccination Rates in Germany, in <i>Microbial Biotechnology</i> . Vol. 16, No. 3, 662-677. DOI: 10.1111/1751-7915.14210 . |
| 5 | Jäckle, Sebastian /Wenzelburger, Georg (2014): Religion, religiosity and the attitudes towards homosexuality - A multi-level analysis of 79 countries, in <i>Journal of Homosexuality</i> . Vol. 62, No. 2, 207-241, DOI: 10.1080/00918369.2014.969071 . |
| 6 | Hildebrandt, Achim/ Jäckle, Sebastian (2023): Particularly in Highly Developed and More Gender Egalitarian Societies: Sex Differences in Attitudes Towards Homosexuality, in <i>Journal of Sex Research</i> . Online first, DOI: 10.1080/00224499.2023.2198500 . |
| 7 | Hildebrandt, Achim/Trüdinger, Eva-Maria/ Jäckle, Sebastian (2016): Sooner or Later: the Influence of Public Opinion and Religiosity on the Enactment of Laws Recognizing Same-Sex Unions, in <i>Journal of European Public Policy</i> . Vol. 24, No. 8, 1191-1210, DOI: 10.1080/13501763.2016.1228693 . |
| 8 | Hildebrandt, Achim/ Jäckle, Sebastian : Pervasive Polarization or Partial Convergence? Moral Attitudes of Religious and Secular People at Various Levels of Development, in <i>International Journal of Public Opinion Research</i> . Vol. 32, No. 2, 306-317, DOI: 10.1093/ijpor/edz017 . |
| 9 | Jäckle, Sebastian (2022): Per aspera ad astra – Eine politikwissenschaftliche Analyse der Akzeptanz des Gendersterns in der deutschen Bevölkerung auf Basis einer Online-Umfrage, in <i>Politische Vierteljahresschrift PVS</i> , Online First. DOI: 10.1007/s11615-022-00380-z . |
| 10 | Jäckle, Sebastian /Baumann, Marcel (2017): “New Terrorism” = Higher Brutality? An Empirical Test of the “Brutalization Thesis”, in <i>Terrorism and Political Violence</i> . Vol. 29, No. 5, 875-901, DOI: 10.1080/09546553.2015.1087399 . |
| 11 | König, Pascal D./ Jäckle, Sebastian (2023): The violence of the Far Right – The three decades after German reunification, in: Weisskircher, Manès (Ed.): Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics: From the Streets to Parliament, Routledge. DOI: 10.4324/9781003120049-7 |
| 12 | Jäckle, Sebastian /König, Pascal D. (2017): The Dark Side of German “Welcome Culture” – Investigating the Causes Behind Attacks on Refugees in 2015, in <i>West European Politics</i> . Vol. 40, No. 2, 223-251, DOI: 10.1080/01402382.2016.1215614 . |
| 13 | Jäckle, Sebastian /König, Pascal D. (2018): Threatening Events and Anti-Refugee Violence: An Empirical Analysis in the Wake of the Refugee Crisis during the Years 2015 and 2016 in Germany, in <i>European Sociological Review</i> . Vol. 34, No. 6, 728-743, DOI: 10.1093/esr/jcy038 . |
| 14 | Jäckle, Sebastian /König Pascal D. (2019): Drei Jahre Anschläge auf Flüchtlinge in Deutschland – welche Faktoren erklären ihre räumliche und zeitliche Verteilung?, in <i>Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie</i> . Vol. 71, No. 4, 623-649, DOI: 10.1007/s11577-019-00639-1 . |
| 15 | Bauschke, Rafael/ Jäckle, Sebastian (2023): Hate Speech on Social Media against Mayors: Extent, Reactions and Implications – Evidence from Germany, in <i>Policy & Internet</i> . DOI: 10.1002/poi3.335 . |

- 16 **Jäckle, Sebastian:** WE have to change! The Carbon Footprint of ECPR General Conferences and Ways to Reduce It, in *European Political Science*. Vol. 18, No. 4, 630-650 DOI: [10.1057/s41304-019-00220-6](https://doi.org/10.1057/s41304-019-00220-6).
- 17 **Jäckle, Sebastian** (2021): Reducing the Carbon Footprint of Academic Conferences by Online Participation - the Case of the 2020 Virtual ECPR General Conference, in *PS: Political Science & Politics*, Vol. 54, No. 3, 456-461, DOI: [10.1017/S1049096521000020](https://doi.org/10.1017/S1049096521000020).
- 18 **Jäckle, Sebastian** (2022): The Carbon Footprint of Travelling to International Academic Conferences and Options to Minimize it, in Bjørkdahl, Kristian/Duharte, Adrian (Eds.): *Academic Flying and the Means of Communication*, Palgrave Macmillan, 19-52, DOI: [10.1007/978-981-16-4911-0_2](https://doi.org/10.1007/978-981-16-4911-0_2).